

1872.

(Fortsetzung der Beilage zum 15. Stücke de 1872
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 25. Januar 1872.



Abswesend waren und galten für entschuldigt die Herren Bod, Götte, v. Seckendorf.

Die Sitzung wird von Herrn Häusler als bisherigen Vorsitzenden eröffnet, worauf zunächst die Versammlung sich neu constituirt, indem sie für das laufende Jahr abermals zu ihrem Vorsitzenden Herrn Häusler und zu dessen Stellvertreter Herrn Schöttler ernennt.

Beide Herren erklären sich zur Uebernahme ihres Amtes bereit unter Danksagung für das nochmals bezeugte Vertrauen, welches auch ferner zu rechtfertigen ihr Bestreben sein werde.

Nachdem hierauf die Protocolle vom 30. November und 28. December v. J. genehmigt sind,

zeigt der Herr Vorsitzende den Eingang zweier Vorlagen an. Ein Magistratschreiben, die Errichtung einer neuen Realschule betreffend, ist der Schul- und der Statutencommission zu gemeinsamer Vorberathung überwiesen. Eine vom Schuhmachermeister Niedmann unterzeichnete Petition, welche im Hinblick auf die derzeitigen Gesundheitszustände in hiesiger Stadt die Versammlung zu unverzüglicher Beschlussnahme über die Bestellung eines Gesundheitsrathes und die Einrichtung eines Pockenhauses zu veranlassen wünscht, -- findet der Herr Vorsitzende, wenn schon jedes auf diesem Wege vorgebrachte Anliegen hiesiger Bürger in Erwägung zu ziehen sei, doch zu einer sofortigen Berathung nicht geeignet, und überweist selbige daher ebenfalls der Statutencommission.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über die Rechnungen des Stadthaushalts im J. 1870, wie dieselben in dem gedruckten Circulationsetat vorliegen. Da die vorgekommenen Abweichungen vom Voranschlage theils durch ausdrückliche Beschlüsse der Versammlung, theils durch die Umstände genügend motivirt sind, andere Bedenken aber nicht vorliegen, so wird, den Anträgen des Magistrats und der Commission gemäß die Rechnungsablage seitens der Versammlung für geschehen erklärt.

Sodann

II. erstattet Herr Haake namens der Finanzcommission Bericht über den Voranschlag für das städtische Wasserwerk auf das Jahr 1872. Mit einer Einnahme von 26230 fl und einer Ausgabe von 24516 fl 20 g abschließend, wird derselbe auf Empfehlung des Magistrats und der Commission von der Versammlung ohne weiteres genehmigt.

III. Die am 19. October v. J. beschlossenen Abänderungen der in den hiesigen Statuten vorkommenden Maße und Gewichte nach den Bestimmungen der unterm 17. August 1868 erlassenen Maß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund sind von Herzogl. Staatsministerium unter der Bedingung genehmigt worden, daß gewissen Modificationsvorschlägen Herzoglicher Baudirection Berücksichtigung zutheil werde. Der Magistrat muß diese Modificationen nicht nur als unbedenklich, sondern theilweis auch als wesentliche Verbesserungen anerkennen und giebt demnach deren Genehmigung anheim. Dem schließt sich namens der Statutencommission unter ausführlicher Motivirung auch Herr Schöttler an,

worauf die Versammlung sich mit der Aufnahme der fraglichen Aenderungen einverstanden erklärt.

IV. Namens der Schulcommission trägt ferner Herr Leo vor, daß der Gemeindefullehrer Wegel nach vierzigjähriger Dienstzeit wegen zunehmender Altersbeschwerden nunmehr in den Ruhestand zu treten wünscht, welchem Anliegen der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande zu willfahren beantragt. Auf Empfehlung der Commission wird unter dankbarer Anerkennung der langjährigen treuen Dienste des Herrn Wegel dessen Pensionirung von der Versammlung genehmigt.

V. Ebenfalls namens der Schulcommission berichtet Herr Leo, daß in Folge des Beschlusses vom 30. Nov. v. J. der Magistrat zur Aufnahme von vier Classen einer dritten untern Bürgerschule das zweite und dritte Stockwerk des vormaligen

Allerli-Pflegehauses für einen jährlichen Miethpreis von 640 ₰ auf 3 Jahre von kommende Ostern ab ermiethet hat. Dem Antrage des Magistrats, die auf 550 ₰ veranschlagten Kosten einer zweckentsprechenden Herrichtung dieser Localitäten auf die Stadtkasse zu übernehmen, schließt die Commission sich an.

Herr Wieg beantragt, die Entscheidung auszusetzen, bis sich übersehen lasse, ob die beabsichtigte Verwendung des Allerli-Pflegehauses dem Projecte einer Fortsetzung der Münzstraße bis zum Bahnhofs nicht etwa hinderlich werden könnte.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari hält dem entgegen, daß gemäß der dem Magistrate erteilten Vollmacht der Miethvertrag bereits perfect geworden sei, also nur noch die Verwilligung der Herstellungskosten in Frage komme, übrigens aber die betr. Baugesellschaft selbst als jetzige Eigenthümerin des Allerli-Pflegehauses darauf bestanden habe, daß die Miethperiode statt auf zwei Jahr, wie ursprünglich der Magistrat beabsichtigt, auf drei Jahre angesetzt werde.

Herr Wieg zieht hiernach seinen Antrag zurück,
worauf seitens der Versammlung die beantragte Verwilligung ausgesprochen wird.

VI. Wie sodann Herr Leo namens der Finanzcommission berichtet, hat der Kirchen- und Schulvorstand der katholischen Gemeinde in einer Eingabe an den Magistrat die Nothwendigkeit obligatorischen Industrie- und Zeichnenunterrichts bei der katholischen Schule dargelegt und zu diesem Behuf, da die Gemeinde selbst die erforderlichen Mittel nicht aufzubringen vermag, um einen Beitrag aus der Stadtkasse nachgesucht. In Erwägung, daß die katholische Gemeinde ihre Schule aus Glaubensrücksichten nicht aufgeben werde und nicht aufgeben könne, die gehörige Bildung ihrer größtentheils doch der hiesigen Stadt angehörigen Schüler auch im communalen Interesse liege, die angemessene Verwendung eines diesseitigen Zuschusses aber bei der dem Magistrate zustehenden Controle über die Rechnungsführung der katholischen Gemeinde als hinreichend gesichert anzusehen sei, beantragt der Magistrat und in Uebereinstimmung mit diesem die Finanzcommission, daß der Kirchen- und Schulkasse der katholischen Gemeinde von 1872 ab ein jährlicher Zuschuß von 100 ₰ für Schulzwecke gezahlt werde.

Auf Anfrage des Herrn Grafen Görz-Wrisberg constatirt der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß dem Magistrate nur die erwähnte finanzielle Controle, nicht aber irgend welcher Einfluß auf die inneren Verhältnisse der katholischen Schule zustehe;

worauf Herr Graf Görz-Wrisberg, unter Berufung auf das nicht sehr vertrauenerweckende Bild, welches der katholische Kirchen- und Schulvorstand selbst von dem Stande seiner Schule entworfen, anheim giebt, die Beihilfe vorläufig nur für das laufende oder für die nächsten zwei Jahr eintreten zu lassen, vor dauernder

Verwilligung aber zu prüfen, in welcher Weise der dortige Unterricht den unerlässlichen Anforderungen der Jetztzeit entspreche.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari kann dem nicht beistimmen. Zwar theile er die Ueberzeugung, daß die katholische Schule sich nicht in dem wünschenswerthen Zustande befinde und daß einzelne Uebelstände, wie z. B. die Gemeinschaft des Unterrichts für Knaben und Mädchen, sich längst schon in viel höheren Grade, als dies gegenwärtig der Fall zu sein scheine, würden fühlbar gemacht haben, wenn der Herr Dechant Becker die Ordnung nicht mit so großer Energie aufrecht erhielte. Doch dürfe man nicht vergessen, daß die katholische Gemeinde hierin und in andern Mängeln gern Abhilfe schaffen würde, wenn man ihr Seitens der Stadt dabei zu Hilfe kommen wollte. Man könne man zwar sagen: die Stadt thut für ihre Schulen was sie muß; wer seine Kinder aus diesen fern hält, hat den Schaden billigerweise selbst zu tragen. Andererseits aber sei für die Katholiken die Aufrechterhaltung ihrer besondern Schule Religionsache, und von ihrem Standpunkte aus nicht mit Unrecht. Da nun, wie schon gesagt, die Stadt an der Schulbildung der katholischen Jugend unstreitig mit interessiert sei, sofern die Nachtheile, welche Mängel hierin für die Einzelnen selbst mit sich bringe, in der einen oder andern Weise doch auch auf die Stadtgemeinde zurückfallen müssen, so werde nichts übrig bleiben, als die katholische Gemeinde, natürlich ohne einen Rechtsanspruch derselben anzuerkennen und nur soweit dadurch wichtigere Rücksichten nicht verletzt werden, bei dem Streben nach Verbesserung ihrer Schule zu unterstützen. Auf Grund dieser Unterstützung dann aber für den Magistrat ein Schulaufsichtsrecht zu beanspruchen, scheine deshalb bedenklich, weil dies nur eine Quelle unausgesetzten confessionellen Haders abgeben könnte. Bei Beschränkung der Verwilligung auf einen bestimmten kurzen Zeitraum endlich würde die katholische Gemeinde begreiflicher Weise gar nicht in der Lage sein, die beabsichtigten Verbesserungen in ihrer Schule überhaupt nur einzuführen.

Herr Graf Görg-Wrisberg glaubt bei seinem Antrage dennoch beharren zu sollen, da mit dessen Annahme jedenfalls eine Frist gewonnen würde, binnen welcher die Verhältnisse sich klären könnten. Schulzwecke anderer Confessionen aus städtischen Mitteln zu unterstützen, halte auch er für durchaus recht und billig; zu weit aber gehe es, wenn solche Unterstützungen mit dem Anspruche gefordert würden, daß die städtischen Behörden nach wie vor auf jede organische Einwirkung verzichten sollen, und doppelt bedenklich müsse dies erscheinen, wenn man sich gegenwärtige, welche Haltung die katholische Kirche in jüngster Zeit gegen Andersgläubige annehme.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari macht geltend, daß die Katholiken, da sie zu allen städtischen Lasten, also auch zu den Schulen der anderen Confessionen beitragen, ohne Zweifel ein gewisses Anrecht auf die nachgesuchte Unterstützung

haben. Dennoch werde er von solcher lieber ganz Abstand genommen, als bei diesem Anlaß ein Aufsichtsrecht der Stadt gegenüber der katholischen Schule zur Frage gebracht sehen. Denn gesetzt auch, es wäre durchzusetzen, daß dem Magistrate etwa der Lehrplan für dieselbe vorgelegt würde: eine Einmischung der städtischen Schulbehörde würden die katholischen Autoritäten sicherlich nicht zugestehen, und in dieser Sachlage werde voraussichtlich auch nach zwei Jahren keinerlei Aenderung eingetreten sein.

Herr Schöttler theilt in manchen Stücken die vom Herrn Grafen Görz-Wrisberg geltend gemachten Bedenken. Da es sich aber um die Erziehung katholischer Mitbürger handle, müsse er als Staatsbürger und Protestant im Interesse des Princips der Gleichberechtigung der Confessionen bitten, die Verwilligung ohne Vorbehalt auszusprechen.

Auch der Herr Vorsitzende glaubt nicht, daß die gegenwärtige Gelegenheit geeignet sei eine Entscheidung wegen des Aufsichtsrechts der Stadt über die katholische Schule herbeizuführen. Dieselbe werde vielmehr nur in Verbindung mit der allgemeinen Frage nach dem Rechte der staatlichen Organe auf Ueberwachung der Jugendbildung, einer Frage, welche ja nicht lange mehr unausgetragen bleiben könne, ihre Lösung finden. Einstweilen müsse man die Sache nehmen wie sie liege: die katholische Schule bestehe einmal, und wenn man nicht etwa pessimistisch auf ihren Verfall speculiren wolle, was an dieser Stelle natürlich Niemand in den Sinn kommen werde, so habe man allen Grund, zu ihrer Hebung nach Möglichkeit mitzuwirken.

Der Magistrats-Antrag wird hierauf unverändert von der Versammlung angenommen.

VII. Schon im Jahre 1868 war der Bierbrauer Jürgens beim Magistrate eingekommen, daß ihm zum Bau eines neuen Brauhauses ein am Westende des Werders zwischen seinem Hintergebäude und dem hinzugekauften Rüslerischen Grundstück belegenes Stück Straßenterrain überlassen werde. Da dasselbe für den öffentlichen Verkehr ohne alle Bedeutung ist, so hatte der Magistrat unter Vorhalt der Einwilligung der Stadtverordneten sich der Gewährung dieses Gesuches nicht abgeneigt erklärt, worauf ersterer in der Meinung, daß jener Vorbehalt mit Genehmigung des Bauplans seitens des Stadtbauamts erledigt, zur Ausführung des Baues geschritten ist und den fraglichen Straßentheil durch einen Thorweg abgesperrt hat. In Anbetracht, daß dies augenscheinlich in gutem Glauben geschehen, beantragt der Magistrat, die Besitznahme nachträglich zu genehmigen und den Kaufpreis — exclusive der Kosten für Contractaufnahme und Eintragung in das Hypothekenbuch — auf 100 \mathfrak{M} festzusetzen, ein Betrag dessen anscheinende Gerings-

fähigkeit sich dadurch ausgleiche, daß der Käufer einen Blattencanal von 90' Durchmesser und $1\frac{1}{2}$ □' im Durchschnitt hat herstellen müssen.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, beschließt die Versammlung diesem Antrage gemäß.

VIII. Wie der Magistrat in einem Schreiben vom 9. d. Mts. mittheilt, hat Herzogl. Polizeidirection auf Antrag der hiesigen Droschkenhalter Vorschläge zu einer abermaligen Abänderung der Droschkentaxe an den Magistrat gelangen lassen. Dieselben gehen dahin, daß

- 1) bei Fahrten innerhalb der Stadt der Satz von 5 g für eine Person sich für jede Person mehr um 1 g steigern,
- 2) Fahrten über die Stadthore hinaus, jedoch innerhalb des Stadtbezirks, nach demselben Principe berechnet, der Fahrzeit aber, falls sich der Fahrgast nicht auch zurückbefördern läßt, 5 Minuten für die Rückfahrt hinzugerechnet werden,
- 3) bei Fahrten nach einigen entfernteren Vergnügungsorten der Umgegend gewisse Preiserhöhungen eintreten

sollen. Letztere erscheinen Herzoglicher Polizeidirection durch die eingetretenen allgemeinen Preißeigerungen gerechtfertigt. Die unter 1 gedachte Steigerung enthalte keine eigentliche Preiserhöhung und empfehle sich durch Einfachheit der Berechnung. Der Zuschlag von 5 Minuten für die Rückfahrt soll dem Uebelstande begegnen, daß die Droschken bis zu 15 Minuten directer Entfernung von der Stadt benutzt und dann, vielleicht an der äußersten Grenze der städtischen Feldmark, ohne Vergütung für den weiten Rückweg entlassen werden können. Die Genehmigung der Stadtverordneten sowie des Herzogl. Staatsministeriums hat die Polizeidirection nicht für erforderlich gehalten, da nach § 76 der Bundesgewerbeordnung die Ortspolizei in Verbindung mit der Gemeindebehörde zur Feststellung der Taxen für Wagen und sonstige zum öffentlichen Gebrauch aufgestellte Transportmittel befugt sei. Dem entgegen hat der Magistrat sich allein in dieser Frage nicht für competent erachtet; mit den Vorschlägen selbst jedoch wesentlich einverstanden, giebt er deren Genehmigung auch der Versammlung anheim.

Die Statutencommission hingegen, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, kann nicht empfehlen hierauf einzugehen. Wenn die Droschkenhalter, wie sie klagen, bei den jetzigen Verhältnissen nicht bestehen können, so liege dies nicht etwa an einer ungewöhnlichen Sparsamkeit der hiesigen Einwohnerschaft: hätte man hier ein wirklich gutes Droschkenwesen, so würde dasselbe ohne Zweifel auch ausgiebiger benutzt werden. So aber dürfe man sagen, daß es schwerlich noch eine zweite Stadt gebe, wo das Droschkenwesen sich in einem schlechtern und der Bedeutung

des Ortes weniger entsprechenden Zustande befinde. Daher sei es denn ein ganz verkehrter Weg, wenn die Droschkenhalter, um ihre Lage zu verbessern, immer nur neue Preiserhöhungen anstreben, ohne zugleich auf eine Verbesserung ihrer Leistungen Bedacht zu nehmen. Um aber zu dieser einzig gedeihlichen Wendung zu gelangen, fehle es vor allem an energischer Controle seitens der Polizei. In dieser Beziehung werde es genügen, an eine Thatfache zu erinnern. Bei der zuletzt verwilligten Tarifänderung sei bekanntlich die Einrichtung eines zweiten Halteplatzes ausbedungen worden; nach kaum vierzehn Tagen aber habe man denselben unter stillschweigender Duldung der Polizei wieder eingehen sehen, während doch im Interesse sowohl des Publikums als auch eines wirklichen Aufschwungs im Droschkenwesen die Anordnungen einer noch größern Anzahl solcher Stationen zu wünschen wäre. Unter diesen Umständen könne die Commission den beantragten Tarifänderungen nur etwa in dem ersten Punkte zustimmen, wonach die unteren beiden Preisansätze von Person zu Person um je 1 ge gesteigert werden sollten. Die Fälle, welche angeblich einen Zuschlag von 5 Minuten auf die Rückfahrt erforderlich machen, dürften doch nur selten eintreten und demnach die betreffenden Bestimmungen lediglich zum Schaden des Publicums ausschlagen.

Herr Reuter schließt sich diesen Ausführungen in allen Theilen an. Was die erwähnten neuen Halteplätze betreffe, so seien dieselben offenbar gar nicht bezogen worden; auch auf den beiden alten aber könne man zuweilen überall keine Droschke erlangen. Abgesehen von diesen Mängeln aber erkläre sich die schwache Droschkenfrequenz aus den für den Umfang unserer Stadt immer noch viel zu hohen Preisen. Erwäge man dann aber, wie man sich hier zu einer steten Steigerung genöthigt finde, während die Fahrpreise anderer Orten stetig herabgehen, so dränge sich die Vermuthung auf, daß die Organisation des hiesigen Droschkenwesens an einem Grundfehler franke, und mit Rücksicht hierauf wolle er den Antrag stellen, heute überhaupt keinen Beschluß in dieser Sache zu fassen, sondern die Statutencommission mit der Ausarbeitung eines neuen Droschkenreglements zu beauftragen, zu deren Behuf er gern das dienliche Material zur Verfügung stellen wolle, welches er aus andern Städten zusammenzubringen gesucht habe.

Der Herr Vorsitzende glaubt, daß eine solche Aufgabe nicht wohl von der Statutencommission zu lösen sein werde, da alle Initiative in dieser Angelegenheit vielmehr von den Betheiligten selbst oder von der Polizeidirection erwartet werden müsse. Richtiger werde es sein, letzterer das erwähnte Material zu überweisen unter dem Gesuchen, mit dessen Hilfe eine nochmalige Prüfung des Tarifs zu veranlassen.

In der Voraussetzung, daß ein weitergreifender Beschluß nicht gefaßt werde, zieht Herr Reuter seinen Antrag zurück,

worauf die Versammlung, dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden entsprechend, die Propositionen der Polizei ablehnt und den Magistrat zu ersuchen beschließt, bei Ueberweisung des von Herrn Reuter in Aussicht gestellten Materials an die Polizei zu veranlassen, daß die reglementarischen Bestimmungen über das hiesige Droschenwesen nochmals einer genauen Revision unterzogen werden.

IX. Von Herrn Schöttler ist der selbständige Antrag eingebracht, zu beschließen, daß der Magistrat ersucht werde, die Bestimmungen über das Verfahren bei den Einschätzungen zur Communalsteuer folgendermaßen zu vervollständigen:

- 1) Nachdem die Einschätzungscommissionen gewählt sind, werden deren Mitglieder durch den Vorsitzenden des Stadtmagistrats in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung mit Handschlag auf Ehrenwort verpflichtet, die Einschätzungen nach Pflicht, ihrer eigenen gewissenhaften Ueberzeugung gemäß, ohne Ansehen der Person vorzunehmen.
- 2) Nachdem sich die Commissionen constituirt haben, beginnen dieselben ihre Arbeiten in der Art, daß sich die einzelnen Mitglieder zunächst selbst einschätzen.

Zur Motivirung fügt Herr Schöttler hinzu: Er habe diese unliebsame Angelegenheit, sehr wider seine eigene Neigung, dennoch geglaubt zur Sprache bringen zu müssen, weil seiner Ueberzeugung nach die gegenwärtige Vertheilung der Steuerlast in Grund und Wurzel ungerecht und auf die Dauer völlig unhaltbar sei. Ueber die Ursachen dieser Sachlage wolle er hier keine Untersuchung anstellen; Thatsache aber sei, daß bisher bei den Einschätzungen, milde verfahren, mit außerordentlicher Gemüthlichkeit verfahren worden; nur daß leider diese Stimmung nicht bei allen Betheiligten herrschen könne, da in Folge dieses Verfahrens verhältnismäßig am höchsten Diejenigen sich besteuert finden, die daran am schwersten zu tragen haben, während am besten in der Regel die Zahlungsfähigsten davon kommen. Das aber heiße der Socialdemocratie geflissentlich in die Hände arbeiten, und wer gleich ihm ein aufrichtiger Gegner dieser Partei sei und deren Ausbreitung mit gutem Gewissen wünsche entgegen treten zu können, der werde seine Meinung theilen müssen, daß keinen Augenblick zu säumen, jener schreienden Ungerechtigkeit selbst mit einem scharfen Schutte ins eigne Fleisch ein Ende zu machen. An Scheingründen freilich zur Rechtfertigung der herrschenden laren Observanzen sei kein Mangel. So höre man wohl die Befürchtung aussprechen, daß wenn etwa durch ein strengeres und gleichmäßigeres Einschätzungsverfahren ein höherer Steuerertrag ausgebracht würde, die Verwaltung nur um soviel kostspieliger werden möchte. Dieser Schluß aber sei falsch, da abgesehen von dem guten Haushalten, welches

dem gegenwärtigen Magistrate mit vollstem Rechte nachgerühmt werden könne, eben die Stadtverordneten durchaus in der Lage wären, jede finanzielle Ausschreitung zu hindern. Ein zweites Bedenken sei, daß manche reiche Leute auf und davon gehen würden, wenn man sie bei der Besteuerung schärfer ansähe, und eine gewisse Rücksicht hierauf scheine in der That schon üblich geworden zu sein, indem man gewissermaßen principiell über 600 fl als höchsten Steuersatz nicht hinausgehe, womit dann allerdings die Einschätzungen von vornherein unter einen grundsätzlichen Gesichtspunct gebracht werden. Gegenüber diesem Bedenken aber möge man sich vergegenwärtigen, wie thöricht Diejenigen handeln würden, welche etwa höherer Veranlagung zu den Communalsteuern halber von hier wegzuziehen beschlössen: einmal nämlich folge aus der höhern Veranlagung noch gar nicht, daß in demselben Maße nun auch zu steuern, da ja bei gleichmäßiger Handhabung derselben der Steuerertrag wahrscheinlich weit über Bedarf ausfallen werde, und dann ein Theil der veranlagten Steuer unerhoben bleiben könne; sodann werde bekanntlich auch anderer Dritten gesteuert und sicherlich an den allerwenigsten niedriger als hier, so daß ein solcher Speculant seine Rechnung leicht ohne den Wirth gemacht haben könnte. Keinesfalls aber werde man Ursache haben, den Verlust eines Gemeindegliedes von so geringem Bürgerfinne besonders zu beklagen. Ein dritter Einwand laute, daß Der und Der, wenn man ihn bei der Besteuerung milde handle, die Stadt in seinem Testamente bedenken werde. Das aber seien ungefangene Fische, und wer so, mit Berufung auf gute Absichten für die Zukunft, seine gegenwärtigen Pflichten gegen das Gemeinwesen abzukaufen denke, der könne nur die Absicht haben, die Nachwelt über das was er gewesen sei und geleistet habe gröblich zu täuschen. Endlich sage man: bei rigoroser Besteuerung werde die Privatwohlthätigkeit aufhören, Eine Wohlthätigkeit aber, die mit unrechtfertigen Vergünstigungen erkaufte sein wolle, sei ebenfalls nicht eine Wohlthätigkeit aus dem Sackel der Stadt und ein Betrug der öffentlichen Meinung. Auf Erwägungen dieser Art also dürste billiger Weise nicht das Mindeste zu geben sein. Um aber den hieraus und wie sonst entspringenden störenden Einflüssen wirksam zu begegnen, scheine nichts besser geeignet, als die Einschätzungen in der beantragten Weise, nach dem Muster des Verfahrens in preussischen Städten, vorzunehmen. Denn ohne Frage werde es gut sein, wenn vor Beginn dieses schwierigen Werkes in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung das Gedächtniß der Einschätzer aufgefrischt, ihr Gewissen aufgerüttelt werde, und eben das bezwecke der erste Theil des Antrags, während der zweite dazu dienen werde, ihr Bewußtsein denen gegenüber, deren Steuerpflicht sie zu bestimmen haben, von vornherein zu salvidiren. Falls die Versammlung auf diese Anträge nicht eingehen sollte, so würde, um den gegenwärtigen unerträglichen Uebelständen zu entgehen, nur noch der eine

Ausweg der Selbstbesteuerung offen stehen; dieser aber unterliege, wie bekannt, großen Bedenken, welche auf dem vorgeschlagenen Wege vermieden werden.

Herr Lucius erbittet das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, um auf das nachdrücklichste gegen die Auffassung zu protestiren, als sei in der Einschätzungscommission, der er die Ehre habe anzugehören, solchen Rücksichten, wie Herr Schöttler sie charakterisirt habe, jemals auch nur die allermindeste Einwirkung gestattet worden.

Herr Schöttler erwidert, daß er mit seinen Ausführungen keineswegs etwa die in der Versammlung selbst wirksamen Motive habe bezeichnen wollen: was er vorgetragen, sei ihm vielmehr von verschiedenen Seiten aus weiteren Kreisen zu Ohren gekommen. Der Gefahr, dergleichen allgemeinen Einflüssen zu unterliegen, fühle er selbst sich keineswegs enthoben, und so dürfe er denn wohl bitten, seine Worte als eine wohlgemeinte Warnung ohne Empfindlichkeit aufzunehmen und an Herz und Gewissen dringen zu lassen.

Der Antrag des Herrn Schöttler wird der Statutencommission überwiesen.

Schließlich folgt

X. durch Herrn Peters erstattet, der Bericht der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 20. November v. J., die Aufstellung eines Reglements zur Beaufsichtigung der gewerbsmäßigen Unzucht betreffend.

Auf eine von der Oberstaatsanwaltschaft ausgegangene Anregung hat Herzogl. Staatsministerium die Polizeidirection und den Magistrat verständigt, daß der Fortbestand concessionirter Bordelle mit den Bestimmungen in § 160 des Reichsstrafgesetzbuches unvereinbar ist. Beide Behörden haben demnach sich zu dem Beschlusse geeinigt, die Schließung der hier bestehenden öffentlichen Häuser dieser Art auf bevorstehende Ostern anzuordnen. Da indeß die Unterdrückung der gewerbsmäßigen Unzucht als Unmöglichkeit anerkannt ist, so ergiebt sich die Aufgabe, anderweitige Vorkehrungen zu treffen, um die mit diesem Uebel verbundene Gefährdung der öffentlichen Wohlfahrt nach Möglichkeit zu vermindern, und in dieser Absicht wird ein von der Polizei entworfenes und vom Magistrate im Großen und Ganzen als zweckentsprechend anerkanntes Reglement vorgelegt, welches wesentlich darauf basirt, daß die der Prostitution notorisch ergebenden Weibspersonen einer strengen gesundheits- und sittenpolizeilichen Aufsicht unterliegen und zu dem Ende in ein bei der Polizeidirection zu führendes Controleregister eingetragen werden sollen.

Bei Prüfung dieses Reglements hat sich die Commission zunächst die Frage vorgelegt, ob die beiden Behörden befugt seien, derartige Bestimmungen zu erlassen. Nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen Normen aber, und da namentlich nach § 7 des Gesetzes vom 19. März 1850 die Polizei berechtigt ist, im öffentlichen

Interesse unter Zustimmung der städtischen Organe allgemeine Anordnungen zu erlassen, hat die Antwort nur bejahend ausfallen können. Zugleich allerdings hat sich die Forderung aufdrängen müssen, daß alle irgend mögliche Vorkehrung getroffen werde, um Willkühr und Mißgriffe abzuschnelden. Vor allem wird demnach darauf zu dringen sein, daß die Bestimmungen, welche der Polizei als Handhabe zum Vorgehen gegen die der Unzucht verdächtigen Personen dienen sollen, möglichst präcise gefaßt werden, und den Betroffenen außer den gesetzlichen Recursen auch der Rechtsweg offen stehe. Vor Berathung dieser Einzelheiten indessen wünscht die Commission eine allgemeine Debatte über den rechtlichen Charakter des Reglements zu veranlassen.

Herr Lucius. Er vermöge nicht das Bedenken zu unterdrücken, ob es überall zulässig sei, auf das Statut in der Form wie es vorliege einzugehen. Wenn bisher ein Mädchen in eins der unter polizeiliche Aufsicht gestellten Bordelle eingetreten, so sei dies ein Act freier Entschliessung gewesen, und ebenso habe ihr Austritt jederzeit nur von ihrem freien Willen abgehangen. Ganz anders würde sich die Sache nach dem vorliegenden Statut gestalten. Der Polizei solle zustehen, ohne weiteres Mädchen aufzugreifen, in ein Controlbuch einzutragen und allwöchentlich einer Untersuchung zu unterwerfen — alles ohne daß die Betroffenen darin gewilligt oder durch ein gerichtliches Erkenntniß dazu verurtheilt worden. Das aber sei doch ohne Zweifel ein höchst bedenklicher Eingriff in die persönliche Freiheit. Zunächst in formeller Hinsicht entstehe die Frage, ob die städtischen Behörden befugt, ein solches Statut zu genehmigen. Nachdem man allmählig zum Rechtsstaat vorgebrungen, die Sicherheit der Person durch das Staatsgrundgesetz gewährleistet sei, werde sich schwerlich ein Richter finden, der es gutheissen könne, daß dieses fundamentale Recht durch ein Statut in Frage gestellt werde. Principiell also sei Redner der Meinung, daß das Statut unzulässig, und dies habe, wenigstens instinctiv, auch die Polizei gefühlt, wie daraus hervorgehe, daß sie gleichzeitig einen andern Weg ins Auge fasse. Auch von der rein praktischen Seite aber gebe das Statut Anlaß zu den größten Bedenken. Unsere gegenwärtige Polizei zwar zeichne sich durch Humanität aus. Ob dies aber immer so bleiben, immer also die gleiche Gewähr geboten sein werde, daß die weitgehende Handhabe, welche das Reglement gewähre, nicht mit Willkühr und Härte angewandt werde, sei mindestens doch ungewiß, und alle irgend ersinnlichen Restrictionen würden gegen die Möglichkeit eines Mißbrauchs keine genügende Sicherheit gewähren. Jenen gegen unzüchtige Mädchen auszuübenden Zwang wolle man von einer rechtskräftigen Verurtheilung abhängig machen: wer aber könne für die Unfehlbarkeit jedes Richterspruchs bürgen? Und nun vollends die äußeren Merkmale, nach denen das Reglement die gewerbliche Unzucht qualificire. Da solle unter Controle gestellt werden können jedes

Mädchen, welches mit notorisch unzüchtigen Frauenzimmern verkehre und als syphilitisch erkrankt constatirt werden könne. Wie aber in den gewiß doch denkbaren und selbst häufigen Fällen, daß ein noch unschuldiges Mädchen eine leichtsinnige Schwester hat, eine Unglückliche von einem Manne der höheren Stände verführt und angesteckt wird? Genug, es werde kaum Jemand zweifeln können, daß das Reglement den schreiendsten Exorbitanzen Thür und Thor öffnen würde. Es handle sich hier um die persönliche Freiheit; in einer solchen Frage aber können bindende Entscheidungen nur im Wege der Gesetzgebung erlassen werden, und müsse er daher den Antrag stellen,

die Vorlage an die Commission zurück zu verweisen und besonders die Frage in Erwägung zu ziehen, ob der beabsichtigte Zweck nicht auf anderem Wege, etwa so, daß nur die freiwillig sich meldenden Mädchen in die Unzuchtsregister eingetragen werden, zu erreichen stehe.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari empfiehlt diesen Antrag um so mehr, als dadurch der Versuch ermöglicht sei, mit Herzoglicher Polizeidirection über die Möglichkeit einer andern Auskunft in Berathung zu treten.

Nachdem auch Herr Graf Görz-Wrisberg eine nochmalige Prüfung in der Commission, an deren Verhandlungen Theil zu nehmen er verhindert gewesen zu sein bedauere, empfohlen hat,

spricht sich die Versammlung für die Vertagung aus,
worauf die Sitzung geschlossen wird.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 22. Februar 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Kimpau und Bieweg.

Die Sitzung wird durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Vor Eintritt der Tagesordnung richtet Herr Lucius an den Magistrat die Frage, ob wirklich, wie man im Publicum hoffe, die Einrichtung eines Gesundheitsrathes für die hiesige Stadt beabsichtigt werde.

Der Herr Oberbürgermeister bejaht dies mit dem Bemerken, daß die bezüglichen Eröffnungen an die Versammlung bereits abgegangen seien.

Der Tagesordnung gemäß

I. erstattet Herr Peters Bericht über die Prüfung, welcher die Statutencommission in Folge des Beschlusses der Versammlung vom 23. Januar das Reglement die Beaufsichtigung der gewerblichen Unzucht betreffend nochmals unterzogen hat. Die Commission ist zu dem Schlusse gelangt, ihr ursprüngliches Majoritätsvotum lediglich aufrecht halten zu müssen, da gegenüber den Bedenken der Minorität, welche in den gegen unzüchtige Frauenspersonen beabsichtigten Zwangsmaßregeln ein Attentat auf die persönliche Freiheit zu erkennen glaube, doch die Ueberzeugung vorwalte, daß einmal auf andere Weise die unerläßliche Beaufsichtigung der gewerbmäßigen Prostitution überall unmöglich sein würde, zugleich aber auch ein solcher Zwang vollkommen gerechtfertigt sei. Denn wenn § 32 des Staatsgrundgesetzes jedem Landesangehörigen Sicherheit der Person gewährleiste, so seien dabei ausdrücklich doch die rechtlichen und gesetzlichen Schranken vorbehalten, Maßregeln

also, ~~welche~~ von Polizei und Stadtbehörden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, wie solche in § 7 des Gesetzes vom 29. März 1850 vorliegen, zur Sicherung der öffentlichen Wohlfahrt gegen die verderblichen Folgen eines Lasters getroffen werden, füglich nicht als Eingriff in die persönliche Freiheit erscheinen können. Weiter habe die Commission wiederholt auch die Frage geprüft, ob die der Polizei durch das fragliche Reglement eingeräumten Befugnisse eng und bestimmt genug gefasst seien. Auch in dieser Hinsicht aber scheine, zumal wenn man die Sache vom praktischen Standpunkt ansehe, jedes Bedenken schwinden zu müssen. Um jedoch vollends der Gefahr eines Mißbrauchs vorzubeugen, seien einige Aenderungs- und Ergänzungs-vorschläge für erforderlich gehalten, welche je an ihrer Stelle bei Durchberathung des Reglements zur Sprache gebracht werden sollen.

Zunächst wird eine Generaldebatte eröffnet, bei welcher

Herr Lucius die Erklärung abgibt, daß er trotz reichlichen Nachdenkens sich von der Richtigkeit der vorgetragenen Ansicht nicht zu überzeugen vermocht und daher seine Meinung in einem Separatvotum ausführlicher begründet habe, welches er in extenso verliest. Es wird darin ausgeführt, daß Bestimmungen, welche die persönliche Freiheit in der Weise beschränken, wie dies nach dem vorliegenden Reglement geschehen sollte, auf naturaristischem oder im Verwaltungswege nicht können erlassen werden. Denn als „Recht und Gesetze“, welchen § 32 des Staatsgrundgesetzes jene beschränkende Wirksamkeit beilegt, könne man nur bestehende Rechtsnormen und bestehende Gesetze verstehen, wie z. B. diejenigen, kraft deren Verbrecher nach erfolgtem Richterspruch unter polizeiliche Aufsicht gestellt oder auf frischer That verhaftet, Hausdurchsuchungen mit richterlicher Erlaubniß vorgenommen werden, während eine Vorschrift, daß lichterliche Frauenzimmer ohne vorgängige Verurtheilung unter Controle gestellt und regelmäßigen körperlichen Untersuchungen unterworfen werden sollen, sich nirgend finde. Die „allgemeinen Anordnungen“ sodann, welche nach § 7 des Gesetzes vom 19. März 1850 die Polizei unter Zustimmung der städtischen Behörden im öffentlichen Interesse zu erlassen befugt sei, können dem Wortlaut und der Natur der Sache nach nur solche sein, die die Bevölkerung im allgemeinen verbinden, überdies aber — was ausdrücklich vorgesehen — den Gesetzen nicht widersteiten und namentlich nicht in die verfassungsmäßig verbürgten individuellen Rechte der Staatsbürger eingreifen, weil andernfalls alle diese Rechte illusorisch wären, unter polizeilichen Prätexten beseitigt werden könnten, und somit der kaum gewonnene Rechtsstaat sich wieder zum Polizeistaate verkehren würde. Wenn endlich § 361 des Reichsstrafgesetzbuchs Weibspersonen, welche polizeilichen Anordnungen zuwider gewerbsmäßig Unzucht treiben, mit Haftstrafen bedrohe, so sei damit nichts weiter gesagt, als daß diejenigen, welche ihr Gewerbe der polizeilichen Anordnung gemäß betreiben, ohne Strafe bleiben

sollen, nicht aber, daß solche Personen gezwungen werden können, sich den polizeilichen Anordnungen zu unterwerfen. Nach dem allen müsse das intendirte polizeiliche Zwangsrecht als verfassungswidrig und nichtig erscheinen. Auch unter rein praktischen Gesichtspuncten aber erheben sich gegen das Reglement mancherlei Bedenken. Gewerbsmäßige Unzucht solle angenommen werden, wenn ein Frauenzimmer mit anderen, die derselben überführt sind, sich umhertreibt und wegen Syphilis in das Krankenhaus aufgenommen wird. Ohne Zweifel aber werde man beide Merkmale antreffen können, ohne daß daraus gewerbsmäßige Unzucht bei jener einen bestimmten Person mit Nothwendigkeit zu folgern. Als der gewerbsmäßigen Unzucht ergeben solle ferner jedes Frauenzimmer gelten, welches dieses Vergehens halber gerichtlich verurtheilt worden. Nun würde aber das desfallige Verfahren vor dem Stadtgerichte unter den sogenannten Bagatellprocessen stattfinden, welche höchst summarisch, in der Regel selbst ohne Vereidigung der Zeugen, erledigt zu werden pflegen. Wie leicht unter diesen Umständen durch Schuld einer übelwollenden Zeugin, bei unzureichender Darlegung des Thatbestandes und selbst in Folge unrichtiger Auffassung des Begriffes, „gewerbliche Unzucht“ ein falsches Verdict erfolgen könne, liege auf der Hand. Dabei handle es sich dann aber nicht etwa bloß um eine leichte Strafe, sondern um die Ehre, die Existenz, das ganze Lebensglück eines Menschen, um Fragen also, die sonst der Erkenntniß unserer hohen und höchsten Gerichte unterliegen. Und dies alles, ohne daß die Möglichkeit einer raschen und sichern Remedur geboten wäre. Denn Recurse seien erfahrungsmäßig ein äußerst schwaches Schutzmittel, und der kostspielige und weitläufige Rechtsweg, zumal er keine aufschiebende Kraft haben solle, könne doch schwerlich für geeignet gelten, den einmal angethanen Makel zu tilgen. Nach den früheren Bordellordnungen stand den eingezeichneten Mädchen jeden Augenblick der Rücktritt von ihrem Gewerbe frei. Jetzt solle die unter polizeiliche Controle gestellte Person, bevor sie ihre persönliche Freiheit zurückerlange, erst den schweren Beweis ihrer Besserung führen. Endlich dränge sich die Frage auf: wie, wenn eine Person sich den polizeilichen Recherchen und Untersuchungen nicht unterwerfen will? Derartigen Widerstand gegenüber würde doch nur die Wahl zwischen physischer Gewalt und wiederholten lange andauernden Freiheitsstrafen bleiben; schwerlich aber könne dergleichen sich einfach durch ein Statut ins Werk richten lassen, und noch weniger durch solche Proceuduren eine Besserung der sittlichen Zustände herbeigeführt werden. — Wenn man die Nothwendigkeit des städtischen Reglements mit dem Hinweis auf die Gefahren demonstrirte, welche die Verbreitung der Syphilis für das Publicum herbeiführen würde, so sei zu erwidern, daß dies Publicum doch nur aus Denen bestehe, die den Umgang mit lichterlichen Dirnen suchen. Für dies Publicum aber werde hinlänglich gesorgt sein, wenn man die beabsichtigten Zwangsmaßregeln auf diejenigen Weibspersonen beschränke, welche sich

durch freiwillige Erklärung zur gewerbsmäßigen Unzucht bekennen, da sich deren zweifelsohne immer in genügender Anzahl finden werden. Halte man aber jene Gefahr wirklich für so dringend, so stehe nichts entgegen, Herzogl. Staatsministerium um eine gesetzliche Vorlage zu ersuchen, und so das Erforderliche im Wege der Gesetzgebung anzustreben. Nicht aber möge man verlangen, daß die Vertreter der Stadt ihren Consens zu Bestimmungen erteilen, welche aus Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitsgründen die wichtigsten Grundrechte der Staatsbürger verletzen. — Principiell also, fährt Herr Lucius fort, sei er der Ansicht, daß hier nicht der Ort, über eine so wichtige Frage Entscheidung zu treffen, daß die Versammlung sich hierzu nicht herbeilassen werde, müsse er um so dringender hoffen und wünschen, als bekanntlich auch sonst schon einzelne statutarische Bestimmungen, z. B. die in der Bauordnung enthaltenen Beschränkungen der Baufreiheit, starken rechtlichen Bedenken unterliegen. Daß nicht auch andere rechtsverständige Collegen diesen Fragen kritisch näher getreten, habe ihn allerdings Wunder genommen und an der Richtigkeit seiner Auffassung lange zweifeln lassen. Nachdem aber juristische Autoritäten, wie der Herr Oberstaatsanwalt Rhamm und der Herr Obergerichtspräsident Triepß, die Basirung des Reglements auf Zwang ebenfalls gemißbilligt, glaube er sich dieserhalb beruhigen und eingedenk des Spruches: Principiis obsta! nochmals die Bitte aussprechen zu dürfen, mit ihm gegen die Vorlage zu stimmen.

Der Herr Vorsitzende bittet zunächst um Entschuldigung, daß er, der Geschäftsordnung zuwider, ohne besondere Erlaubniß der Versammlung die wörtliche Verlesung des soeben vernommenen Separatvotums zugelassen. Zur Sache selbst müsse er bekennen, daß die Autoritäten, auf welche der Herr Vorredner sich berufe, ihn von seiner entgegengesetzten Meinung nicht abzubringen vermögen. Offenbar habe Herr Lucius den Begriff „Gesetz“ zu eng gefaßt. Denn Gesetz sei doch nicht nur das was von der gesetzgebenden Gewalt direct ausgehe, sondern ebenso alles was vermöge der von jener Gewalt im Wege der Gesetzgebung auf andere Behörden übertragenen legislatorischen Befugnisse statuiert werde. Solche Befugnisse aber seien den städtischen Behörden durch die Städteordnung, der Polizei durch das Gesetz vom 19. März 1850 zugesprochen; auf keiner Seite also könne durch das fragliche Reglement das Landesgrundgesetz verletzt erscheinen; und so glaube er denn die nichtjuristischen Mitglieder der Versammlung über die angeregten Bedenken beruhigen und die Genehmigung der Vorlage mit gutem Gewissen anheimgeben zu können.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari weist darauf hin, daß Herr Lucius bei seinen Deductionen von einer unrichtigen Voraussetzung ausgegangen. In § 32 des Landesgrundgesetzes sei offenbar nichts weiter gesagt, als daß eine Beschränkung der persönlichen Freiheit nicht von der Willkür einzelner Beamten abhängen solle.

Mit der Auslegung des Herrn Lucius aber würden sich beisehalber auch die Polizeistrafen, welche nach § 3 der Städteordnung auf die Uebertretung städtischer Verordnungen gesetzt werden dürfen, und würde sich ebenso noch manches andere nicht vertragen, was unbestrittene Geltung habe. Alle Verhältnisse, in denen eine Beschränkung der persönlichen Freiheit enthalten, im Wege der Gesetzgebung zu regeln, sei eben unmöglich, und namentlich der vorliegende Gegenstand so durchaus localer Natur, daß die allgemeine Landesgesetzgebung sich füglich nicht mit ihm zu befassen habe. So bleibe denn nichts übrig, als entweder ein Reglement wie das vorliegende zu vereinbaren, oder der Prostitution ihren uneingeschränkten Lauf zu lassen. Daß aber deren Gefahren nur für die licherlichen Leute bestehen, sei unrichtig: Jedermann wisse vielmehr, auf wie vielfachen Wegen die syphilitische Ansteckung selbst bis in den Schoß schuldloser Familien dringen könne. Diesen Gefahren gegenüber die möglichen Sicherheitsmaßregeln aus übertriebener Rücksicht für zweideutige Frauenzimmer von der Hand zu weisen, könne unmöglich dem öffentlichen Interesse entsprechen. Daß unschuldige Mädchen vermöge des Reglements in Wirklichkeit, so leicht wie Herr Lucius es darstelle, an Ehre und Freiheit geschädigt werden könnten, werde man bezweifeln dürfen. Uebrigens sei das Reglement der Oberstaatsanwaltschaft zur Begutachtung bereits vorgelegt worden und von dieser Seite keinerlei Einwendung erfolgt. Bestehe trotzdem noch irgend welches Bedenken gegen die Gesetzmäßigkeit des Reglements, so werde der Magistrat auf Erfordern gern veranlassen, daß vor Genehmigung desselben durch Herzogl. Staatsministerium nochmals das Obergericht und die Oberstaatsanwaltschaft gehört werde.

Herr Lucius vermag sich den Ansichten der Herren Vorredner nicht anzuschließen. Man habe wohl zu unterscheiden zwischen allgemein verbindlichen Bestimmungen und individuellen Maßregeln, die so tief wie die fraglichen in die persönliche Rechtsphäre eingreifen. Nur auf erstere erstrecke sich die legislatorische Befugnis der Polizei und der städtischen Behörden; und dies sei denn auch der Grund, weswegen das Obergericht gewisse Verfügungen unserer Bauordnung für unverbindlich erkannt habe. Daß es zur Sicherung der öffentlichen Wohlfahrt in dem vorliegenden Falle keinen andern Weg als den des Zwanges gebe, könne er nicht glauben, da die der gewerbsmäßigen Prostitution wirklich verfallenen Mädchen sich gegen Maßregeln, die ihnen Straßlosigkeit sichern und ihrem Gewerbe förderlich seien, schwerlich sperren würden, also kein Grund zu der Besorgnis sei, daß ohne jenen Zwang eine Abhilfe überhaupt unmöglich wäre. Unter diesen Umständen werde er eventuell jedenfalls wenigstens für die nochmalige Prüfung des Reglements durch die höchsten juristischen Autoritäten des Landes stimmen, wie solche der Herr Oberbürgermeister Caspari in Anregung gebracht habe.

Herr Peters führt nochmals aus, wie der Ausdruck „Recht und Gesetz“

in der mehrfach angezogenen Bestimmung des Landesgrundgesetzes unmöglich nur von Landesgesetzen verstanden werden könne, da sonst keine Commune irgend welches Statut mit zwingenden oder verbotenden Bestimmungen erlassen könnte. Jenes Erkenntniß des Obergerichtes richte sich gegen Verfügungen, mit denen die Bauordnung in private Eigenthumsrechte eingreife, finde also auf das vorliegende Reglement keine Anwendung.

Nachdem Herr Lucius grade auch das vorliegende Reglement als erorbitanten Eingriff in persönlichste Privatrechte zu charakterisiren versucht hat,

wird die Generaldebatte geschlossen, und geht weiter die Versammlung zur Berathung des Reglements im Einzelnen über.

Zuvor jedoch bemerkt der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß einzelne Mitglieder der Versammlung sich zur Annahme des Reglements muthmaßlich leichter verstehen dürften, wenn von vornherein sein Vorschlag in Betreff einer nochmaligen juristischen Begutachtung desselben in Aussicht genommen werde.

Der Herr Vorsitzende erklärt, zum Schlusse auch über diesen Vorschlag die Entscheidung der Versammlung veranlassen zu wollen.

Hierauf wird zunächst § 1 des Reglements, welcher die Einleitung und allgemeine Motivirung der folgenden Bestimmungen enthält, ohne weiteres genehmigt.

§ 2 verfügt, daß solche Frauenzimmer, die der Prostitution notorisch ergeben sind, unter strengste sitten- und gesundheitspolizeiliche Controle gestellt und in ein bei der Polizei zu führendes Controleregister eingezeichnet werden, als notorisch Prostituirte aber diejenigen gelten sollen, welche entweder wegen gewerblicher Unzucht bereits rechtskräftig verurtheilt sind, oder selbstgeständig Winkelhurei betreiben, oder mehrmals beim Umhertreiben auf der Straße in Gemeinschaft mit anderen Prostituirten betroffen und wegen Syphilis im Krankenhause behandelt sind.

Anstatt der im Entwurfe hinzugefügten Bestimmungen über das bei Eintragungen in das Controleregister zu beobachtende Verfahren schlägt die Commission vor Folgendes aufzunehmen:

„Die Verfügung Herzogl. Polizeidirection, daß eine Weibsperson in das Controleregister eingezeichnet werden solle, muß mit Gründen versehen sein. Diese Verfügung ist der betreffenden Person mündlich zu Protocol unter Hinweisung auf die damit verbundenen Folgen zu eröffnen, und stehen ihr dagegen die gesetzlichen Recurse frei, welche innerhalb einer Frist von 24 Stunden bei der betreffenden Behörde anzumelden und binnen fernerer drei Tage zu verfolgen sind, womit bei Eröffnung der Verfügung gleichfalls bekannt zu machen ist. Erst nach Ablauf dieser Fristen, wenn dieselbe von dem ihr zustehenden Recurse nicht Gebrauch

gemacht hat, oder wenn die verfolgten Recurse von den oberen Behörden zurückgewiesen sind, darf die Einzeichnung vorgenommen werden."

Mit diesem Zufuge wird § 2 genehmigt.

Desgleichen mit einigen redactionellen Modificationen § 3, und unverändert die §§ 4 und 5, durch welche das Verhalten der in das Controleregister eingetragenen Frauenzimmer im Einzelnen geregelt wird.

In § 6 wird unter anderm festgesetzt, daß das Reglement am bevorstehenden 1. Mai in Kraft treten soll. In Erwägung des Vorzuges, welcher namentlich zufolge der ins Auge gefaßten nochmaligen Prüfung durch das Obergericht und die Oberstaatsanwalt eintreten dürfte, wird bei Genehmigung des übrigen Inhalts dieses Paragraphen beschlossen, jene Zeitbestimmung fallen zu lassen und die Verfügung hierüber dem Ermessen des Magistrates und der Polizeidirection anheimzustellen.

Um die Möglichkeit einer Wiederaufhebung der verhängten Controle zu eröffnen, hat die Commission für erforderlich gehalten, als § 7 noch folgende Anordnungen hinzuzufügen:

"Die Wiederaufhebung der zufolge polizeilicher Verfügung vorgenommenen Einzeichnung in das Controleregister kann jederzeit im Rechtswege durch Richterspruch bewirkt werden, sofern die Eingetragene vor Gericht den Nachweis zu führen vermag, entweder daß diese Maßregel von Anfang an eine unbegründete gewesen, oder daß deren Grund wegen inzwischen erfolgter moralischer Besserung, namentlich weil ein reeller Broterwerb nachgewiesen worden, weggefallen sind."

Auch dieser Paragraph wird genehmigt.

Schließlich, dem Antrage des Herrn Oberbürgermeisters Caspari entsprechend, beschließt die Versammlung den Magistrat zu ersuchen,

Derselbe wolle bei Herzogl. Staatsministerio veranlassen, daß wegen der gegen die Rechtsbeständigkeit des Reglements erhobenen Bedenken zuvor erst noch das Gutachten des Obergerichts und der Oberstaatsanwaltschaft eingeholt werde.

Unter diesem Vorbehalt und in der durch die vorausgegangenen Einzelbeschlüsse gewonnenen Form wird das Reglement auf Antrag des Herren Flagge zur namentlichen Abstimmung gestellt. Es sprechen sich

gegen dasselbe die Herren Bock, Ehrenhard, Faillard, Flagge, Lucius,

dafür die Herren Braes, v. Görg-Brisberg, Götte, Haake, Jasper, Kellner, Kloss, Krone, Leo, Meyer, Peters,

Quenstedt, Reibemeister, Reuter, Schöttler, v. Seckendorf, Steinmann, Struck
aus, und ist das Reglement somit angenommen.

Es folgt

II. durch Herrn Haake erstattet, der Bericht der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 30. v. M., laut dessen in Folge des Gesetzes vom 7. December v. J. die Strafgeelder für Contraventionen gegen die Statute das Halten von Hunden und die Einrichtung einer Gewerbeschule betreffend nicht mehr in die städtischen Kassen fließen, für den somit erwachsenden Verlust aber der Stadt bis auf weiteres eine Vergütung von 50 fl jährlich aus der Polizeikasse zugestanden ist, welche zwar ungenügend erscheint, da die gedachten Strafgeelder in den letzten Jahren zwischen 200 und 300 fl betragen haben, gegenüber den angeführten Gesetzen aber nicht anzufechten ist. Um nun die Rechnungsführung zu vereinfachen, hält der Magistrat für angemessen, daß diese 50 fl der Stadtkasse verbleiben und dagegen der an diese aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde abzuführende Jahresbeitrag wegfalle. In Uebereinstimmung mit dem Magistrate empfiehlt auch die Commission diese Anordnung,

welche hiernach von der Versammlung genehmigt wird.

Sodann,

III. einem Antrage des Magistrats vom 17. d. M. entsprechend, über welchen namens der Finanzcommission Herr Götte berichtet, wird die Anschaffung einer Anzahl Helme, Zoppen, Gürtel, Aerte und Fellen zur Ausrüstung der Bürgerfeuerwehr genehmigt, und da der regelmäßige Etat des Rathswehens die erforderlichen Geldmittel nicht bietet, der Kostenbetrag von insgesamt 256 fl 5 gr aus der Stadtkasse verwilligt.

Weiter

IV. berichtet namens der Finanzcommission Herr Jasper über einen unterm 14. d. M. ergangenen Antrag des Magistrats den Verkauf der sogen. Rathöbleiche betreffend.

In Gemäßheit des Beschlusses vom 30. November v. J. hat ein öffentlicher Termin vor Notar und Zeugen stattgefunden, in welchem von dem Bleicher Böttner 3500 fl , von dem Steueraufseher Nagel 3510 fl geboten sind. In einer spätern Eingabe hat dann ersterer sich bereit erklärt, ebenfalls 3510 fl zu zahlen und gebeten, in Anbetracht daß er, bezw. seine Familie, das fragliche Grundstück seit 35 Jahren in Pacht gehabt und vielfach verbessert habe, dasselbe auch zu seinem fernern Fortkommen fast unentbehrlich sei, den Zuschlag ihm zu ertheilen. Nachdem ein höheres Angebot von keinem der beiden Reflectanten zu erlangen gewesen und der

Steueraufseher Nagel schriftlicher Erklärung zufolge von jeder Concurrenz mit dem Büttner zurückgetreten ist, handelt es sich nur noch darum, ob das Gebot zu 3510 \mathfrak{R} als annehmbar betrachtet werden kann. In Erwägung, daß die Zinsen dieses Kaufpreises zu 5 % den bisherigen Pachtbetrag um $45\frac{1}{2}$ \mathfrak{R} übersteigen, das Grundstück, etwa 5 Morgen groß, ziemlich fern von der Stadt, in einer für deren Ausdehnung ungünstigen Gegend belegen und den Uferüberschwemmungen sehr ausgesetzt ist, die Gebäude aber als sehr baufällig anerkannt sind, und hiernach der Morgen mit 600—700 \mathfrak{R} bezahlt sein würde, während in unmittelbarer Nachbarschaft erst kürzlich noch ein Morgen Wiese von der Hägerer Gemeinde für nur 300 \mathfrak{R} verkauft worden: wird vom Magistrat jener Kaufpreis für genügend gehalten und demnach der Versammlung anheimgegeben, dem Bleicher Büttner den Zuschlag zu ertheilen,

ein Antrag, welchem die Commissionen sich lediglich anschließt.

Herr Bock hiegegen beantragt:

In Erwägung, daß

- 1) nach Ausweis der Magistratsacten der Steueraufseher Nagel von dem öffentlichen Meistgebot zu 3510 \mathfrak{R} für die Rathssbleiche zurückgetreten ist,
- 2) der bisherige Pächter, Bleicher Büttner, ebenfalls 3510 \mathfrak{R} für jenes Grundstück offerirt hat,
- 3) zur Zeit Niemandem als der Stadt Braunschweig dingliche Rechte an der Rathssbleiche vor dem Wendenthore zustehen,
- 4) der Stadtverordnetenversammlung in den Verkaufsbedingungen das Recht des freien Zuschlags an den Meistbietenden vorbehalten ist,
- 5) hiernach alle Stipulationen Dritter, welche der Stadtverordnetenversammlung das Recht des freien Zuschlags oder dem Käufer die hieraus resultirende freie Disposition über das fragliche Grundstück verkümmern, nichtig erscheinen,

wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Nach dem Rücktritt des einzigen Concurrenten, Steueraufseher Nagel, wird dem Bleicher Büttner, event. unter verwandten Umständen der Ehefrau desselben, die Rathssbleiche zu dem Kaufpreise von 3510 \mathfrak{R} zugeschlagen und gegen Erfüllung der vom Stadtmagistrate normirten Kaufbedingungen, mithin ohne irgend welche dingliche Anrechte Dritter aus der Vergangenheit, zum freien unbeschränkten Eigenthum überwiesen.

Zur Erklärung fügt Herr Bock hinzu, daß der Deconomierath Griepenkerl den Bleicher Büttner unter Hindeutung auf den ihm zu Gebote stehenden Einfluß, durch

welchen er sich selbst den Zuschlag werde sichern können, für contractliche Abmachungen in Betreff des zu erwerbenden Grund und Bodens zu gewinnen gewußt habe, deren Erfüllung geradezu dessen Existenz gefährden würde; weswegen der Bleicher Büttner ihn ausdrücklich zu den heutigen Mittheilungen und Anträgen beauftragt habe. Der Antragsteller spricht die Hoffnung aus, daß die Versammlung zur Benachtheilung eines ärmeren Mitbürgers durch einen reichen nicht werde die Hand bieten wollen.

Dem entgegen führt der Herr Oberbürgermeister Caspari aus, daß es nicht Sache der städtischen Behörden sei, von dem Bleicher Büttner die Folgen einer thörichten Handlungsweise abzuwenden, zu der er sich auf seine eigene Verantwortung etwa habe verleiten lassen; daß keinesfalls der von Herrn Vock in Vorschlag gebrachte Ausweg thunlich erscheinen könne, da in dem öffentlichen Licitationstermine nur der Bleicher Büttner als Kaufbewerber aufgetreten sei, und durch die hier von einem Dritten abgegebene Erklärung die Büttnersche Ehefrau gesetzlich nicht gebunden sein würde; daß hiernach das Einzige was der Versammlung etwa noch zu thun übrig bleibe, darin bestehe, daß sie den Zuschlag verweigere und einen neuen Licitationstermin anzusetzen beschließe.

In gleichem Sinne sprechen sich auch die Herren Götte und Graf Görz-Brisberg aus.

Die Anberaumung eines neuen Termins hält der Herr Vorsitzende um so mehr für geboten, als aus allem was hier soeben verlautete, ziemlich klar hervorgehe, wie der Bleicher Büttner mit einem andern Licitanten ein Abkommen zu dem Zwecke getroffen habe, um ein Mehrgebot zu hintertreiben, selbst also einen Vortheil auf Kosten der Stadt davonzutragen. Wenn dieses Verfahren nunmehr zu seinem Schaden auszufallen drohe, so würde er dies selbst zu tragen haben; für die städtischen Behörden aber ergebe sich die Aufgabe, zu versuchen, ob sich nicht in der That ein höherer Kaufpreis erzielen lasse.

Herr Peters findet es auf alle Fälle besonders wünschenswerth, daß zur Aufklärung der immerhin doch dunkeln Sachlage der Bleicher Büttner selbst vernommen werde.

Demgemäß beschließt die Versammlung, die Vorlage an den Magistrat zurückgehen zu lassen mit dem Ersuchen, daß derselbe die erforderliche Aufklärung durch Vernehmung des Büttner oder auf anderm Wege zu gewinnen suchen und s. Z. dann der Versammlung weitere Mittheilungen machen wolle.

V. Obgleich die seitens der Stadt gepflogenen Verhandlungen wegen Einrichtung einer Realschule zweiter Ordnung noch nicht zum Abschlusse gelangt sind, so hat der Magistrat doch für angezeigt gehalten, sich schon jetzt nach einem ge-

eigneten Bauplätze umzusehen, da solche in passender Lage nicht leicht zu finden sind, überdies aber bei Berathung des diesjährigen Stats der Antrag ergangen, auf die Einrichtung zweier neuen Gebäude für eine mittlere und eine untere Bürgerschule Bedacht zu nehmen, ein etwa erworbenes Grundstück also, selbst wenn die erwähnte Realschule nicht zu Stande kommen sollte, immer doch Verwendung finden würde. Es sind nun vier Grundstücke zum Kaufe angeboten: 1) das sub no. ord. 4 am Wilhelmithore belegene für 30,000 ₧; 2) das sub no. ord. 30 hinter den Brüdern für 22,000 ₧; 3) das Grundstück sub no. ord. 34 in der Schützenstraße für 35,000 ₧; 4) das sub no. ord. 23 an der Leopoldstraße für 20,000 ₧. Von dem Erwerbe der letzteren beiden hat indessen der Magistrat ohne weiteres abgesehen, weil die dortigen Gebäude sämmtlich abgebrochen werden müßten und für die Baustellen allein die Preise zu hoch erscheinen. Auf den anderen beiden hingegen würden Wohnungen für Director und Bedellen nicht erst zu bauen sein, sondern in bereits vorhandenen und zu conservirenden Gebäuden untergebracht werden können, unter welcher Voraussetzung dann die geforderten Preise nicht zu hoch erscheinen. Nachdem nun das Grundstück am Wilhelmithore durch notariellen Kaufcontract, jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung seitens der städtischen Behörden und des Herzogl. Staatsministerium, für die Stadt sicher gestellt war, hat der Stadtbaumeister zwar dieses sowohl als das hinter den Brüdern für geeignet und preiswürdig erklärt, sich dennoch aber schließlich für den Ankauf des letztern entschieden, weil der Schulbau hier 83,000 ₧, dort aber 111,000 ₧ kosten würde. In Anbetracht dieser bedeutenden Differenz giebt denn auch der Magistrat der Versammlung anheim, den über das Grundstück am Wilhelmithore abgeschlossenen Kaufcontract nicht zu genehmigen, vielmehr den Magistrat zum Ankaufe des Grundstücks sub no. ord. 30 hinter den Brüdern um den Preis von 22,000 ₧ zu ermächtigen.

Finanz- und Schulcommission, für welche Herr v. Seckendorf berichtet, schließen sich diesen Anträgen lediglich an.

Dagegen spricht sich,

nach Abgabe des Vortrags an Herrn Schöttler,

Herr Haenzler aus. Er dürfe sich rühmen, der Vater des Projectes zu sein, mit dessen Ausführung in jenem vorläufigen Kaufcontracte der Anfang gemacht worden. Schon vor mehreren Jahren, als die Erbauung einer zweiten mittleren Bürgerschule in Frage gestanden habe, sei ihm das Obeling'sche Grundstück als zu Schulzwecken vorzugsweise tauglich erschienen, und habe er bei dem Eigenthümer angefragt, ob er dasselbe nicht der Stadt zu überlassen geneigt sein würde. Damals habe Herr Obeling keine Neigung hierzu gezeigt, sodaß man zunächst das Grundstück am Prinzenwinkel zu erwerben genöthigt gewesen. Nachdem

nun aber das Ebeling'sche Grundstück käuflich geworden, würde er es sehr beklagen müssen, wenn sich die Stadt dasselbe entgehen ließe. Denn könnten vielleicht auch Bedenken obwalten, die neue Realschule dorthin zu legen, so stehe unzweifelhaft doch auch die Errichtung neuer Bürgerschulen bevor; aber selbst ohne Aussicht auf eine augenblickliche Verwendung, zu Schulzwecken im allgemeinen, ein so außerordentlich passendes Grundstück zu acquiriren, müsse sich um so mehr empfehlen, als die Zahl geeigneter Bauplätze in hiesiger Stadt zusehends zusammenschwinde, während die Forderung, Schulen nur in durchaus gesunder Gegend zu bauen und wenn irgend möglich in einer Lage, wo dieselben auch als Werke einer edlen Architektur zur Geltung kommen, sich nicht mehr abweisen lasse, — Bedingungen, welche hier in seltenem Maße zu erfüllen sein würden. Für ungegründet aber müsse Redner die gegen diese Wahl erhobenen Bedenken halten. Die Störungen, welche der Lärm des nahen Bahnhofes beim Unterrichte verursachen könnte, werde man ernsthaft doch wohl nicht geltend machen wollen; die Lage an der Peripherie der Stadt könne höchstens dann ein Hinderniß abgeben, wenn man ausschließlich die Realschule ins Auge fasse, welche von Kindern aus allen Stadttheilen besucht werden müßte. Der Kaufpreis erscheine an sich schon keineswegs übermäßig hoch; erwäge man überdies aber, wie Grund und Boden mit jedem Jahr im Werthe steigt, so werde man die hier sich bietende Kaufgelegenheit selbst als sehr vortheilhaft anerkennen müssen. Was endlich die Ersparnisse betreffe, welche laut Voranschlags beim Schulbau auf dem andern Grundstücke gemacht werden könnten, so sei zu fürchten, daß diese Rechnung sich schließlich als illusorisch herausstellen dürfte, da der Grundplan, wie er im Entwurfe vorliege, die Unzulänglichkeit des dort zu Gebote stehenden Raumes sofort veranschauliche und somit die Nothwendigkeit in Aussicht stehe, von den benachbarten Grundstücken hinzukaufen zu müssen. Dies alles erwogen, fühle Redner sich zu dem Antrage gedrungen, daß die Versammlung ihrerseits den Magistrat ersuchen wolle, den Ankauf des Ebeling'schen Grundstücks zu genehmigen, die Entscheidung hinsichtlich des Grundstückes hinter den Brüdern aber auszusetzen, bis der Stadtbaumeister sich über die angedeuteten Bedenken in Betreff des Bauplans und des Kostenpunctes nochmals geäußert.

Herr v. Seefeldorf will nicht verschweigen, daß er bei Durchsicht der beiden Voranschläge sich allerdings des Eindrucks kaum habe erwehren können, als seien die Ansätze für einen Schulbau hinter den Brüdern geflissentlich etwas gedrückt, diejenigen für den Bau am Wilhelmithore dagegen ebenso etwas hoch gegriffen. Ueberdies aber habe auch er sich nur ungern mit dem Gedanken befreundet, die Realschule, so wie dies dort geschehen müßte, auf einem rings durch Wände und Mauern eingeeengten Platze untergebracht zu sehen.

Ersterer Bemerkung gegenüber glaubt der Herr Oberbürgermeister Caspari

dafür einstehen zu können, daß der Stadtbaumeister bei Aufstellung seiner Anschläge mit vollster Unbefangenheit und ohne jede vorgefaßte Meinung verfahren sei; wie denn ein Architekt viel eher ja für das Ebeling'sche Grundstück als für das andere eingenommen sein müsse.

Herr Haeusler. Es sei sicherlich mit allem Dank anzuerkennen, daß der Stadtbaumeister, unbeirrt durch eine natürliche Vorliebe für den zu einer reichern Entfaltung architektonischer Kunst geeigneten Bauplatz, die finanzielle Frage in den Vordergrund gestellt habe. Grade in diesem Fall aber, wo es in erster Linie doch darauf ankomme, daß die neue Schule allen Anforderungen gerecht werde, dürfe man auf den Kostenpunct keine so vorwiegende Rücksicht nehmen und keinesfalls aus Gründen der Sparsamkeit in ein Project willigen, nach welchem die neue Schule von den Hintergebäuden der Langen Straße nur 32' entfernt, auf dieser Seite also an Licht und Luft verkürzt, und überdies dem Lärm einer nahen Kupferschmiedswerkstatt ausgesetzt sein würde — Uebelstände, denen an dieser Stelle, wie schon erwähnt, nur durch Hinzuziehung benachbarter Grundstücke auszuweichen wäre, während es doch immerhin fraglich sei, ob letztere auch zur Verfügung stehen würden.

Herr Graf Götz-Wrisberg würde gegen das Grundstück hinter den Brüdern ohne die soeben charakterisirte Unzulänglichkeit des Areals nichts zu erinnern finden. Zu den schon hervorgehobenen Folgen dieses Uebelstandes aber geselle sich auch die noch, daß die Schule hier mit der Mehrzahl ihrer Klassen nach Norden in jenen engen Hof hinausgehen würde. Gesezt nun vollends, es entstände an dessen Nordseite ein höheres Gebäude, so würde sich hier ein dunkler und kalter Raum bilden, der für die Gesundheit der Schulkinder im höchsten Grade nachtheilig werden müßte. Falls also der Bau nicht anders disponirt werden könnte, würde Redner nicht umhin können, sich ganz entschieden gegen den Ankauf dieses Grundstückes auszusprechen, dann aber ohne jedes Bedenken, und namentlich ohne Rücksicht auf die Baukosten, die Erwerbung des Ebeling'schen Grundstückes empfehlen müssen, welches er für Schulzwecke, abgerechnet etwa den weiten Weg für einen Theil der dorthin zur Schule gehenden Kinder, in jeder Hinsicht für ganz außerordentlich geeignet halte, da er die gerügten Uebelstände aus eigener bei längerem Wohnen in unmittelbarer Nähe gemachter Erfahrung als unzutreffend bezeichnen könne. Vor Entscheidung jener Vorfrage wegen der Möglichkeit einer andern Disposition des Baues hinter den Brüdern indessen sehe er sich nicht in der Lage, mit Ueberzeugung für eins oder das andere zu stimmen.

Auch der Herr Oberbürgermeister Caspari hält für seine Person das Grundstück am Wilhelmithore für durchaus geeignet, die Bedenken gegen dasselbe für un-

erheblich. Denn der Bahnhof liege doch nicht so nahe, daß der von dort herüber dringende Lärm den Unterricht je ernstlich stören könnte; der Schulweg dort hin würde selbst für Kinder aus den ablegensten Stadttheilen so übertrieben weit nicht sein, namentlich im Vergleich mit vielen anderen Städten, wie man denn neuerdings bekanntlich überall die Schule möglichst in die Peripherie hinauszurücken bedacht sei. Falls nun der Ankauf des Ebeling'schen Grundstückes beliebt werden sollte, würde allerdings zu empfehlen sein, dort die Realschule zu errichten, da die Anlage einer neuen Bürgerschule in so unmittelbarer Nähe der gleichartigen Anstalten im Prinzenwinkel nicht rätlich wäre. Am liebsten jedoch würde auch dem Herrn Oberbürgermeister Caspari sein, wenn die ganze Angelegenheit noch in suspenso bliebe und zu weiterer Ueberlegung an den Magistrat zurückverwiesen würde.

Herr Reuter. Zwischen den in Frage stehenden beiden Grundstücken eine sichere Wahl zu treffen, werde immer äußerst schwer halten. Die Mängel des Grundstücks hinter den Brüdern seien nicht zu verkennen; hinzufügen wolle er noch, daß jener Kupferschmied keineswegs der einzige geräuschvolle Nachbar sein würde. Auch das Ebeling'sche Grundstück aber fordere zu ernstern Bedenken heraus. Nicht nur wegen der Nähe des Bahnhofes: ein viel größerer Uebelstand sei, daß es bei den vorherrschenden Südwinden fast immer und aus erster Hand von dem Rauch und Staube der nahen Fabriken heimgesucht werde, deren Abflüsse überdies den anstoßenden Dferranal unaufhörlich verunreinigen und dadurch Miasmen erzeugen, welche bekannter Maßen auch den entfernteren Anliegern schon vielfach gerechten Anlaß zu Klagen geboten haben. Bei solchem Schwanken der Wage könne auch er nur anheimgeben, die Entscheidung für heute auszusetzen und event. die Commissionen mit nochmaliger Umschau nach einem allen Bedürfnissen entsprechenden Bauplätze zu beauftragen.

Herr Ehrenhard bekennt, daß die Kunde von dem mit Herrn Ebeling abgeschlossenen Kaufcontracte auf ihn wie auf den größten Theil der hiesigen Bürger einen sehr tristen Eindruck gemacht habe. Was außer den soeben angeführten Gründen für ihn unter allen Umständen den Ausschlag gebe, sei die Erwägung, daß man Kinder, und namentlich die jüngeren Kinder, welche die mit der Realschule zu verbindenden Elementarclaffen besuchen würden, nicht auf einen Schulweg weisen dürfe, welcher sie in dem Maße wie dies grade in der Gegend des Wilhelmithores unvermeidlich mit den rohesten und rücksichtslosesten Elementen der Bevölkerung in tägliche Berührung bringen müßte. Auf den Fall, daß es sich um die Ermittlung passenderer Bauplätze handeln sollte, glaube er als solchen das Germannische Grundstück am Langenhofe bezeichnen zu können, welches bei Ueberwölbung des angrenzenden Dferrarmes in dem Areal der jenseitig

gen, überdies längst zum Abbruch reifen Häuser eine für alle Bedürfnisse ausreichende Erweiterung finden könnte.

Herr Faillard, in der Beurtheilung des Ebelingschen Grundstücks mit dem Vorredner völlig einverstanden, wünscht das Augenmerk der Versammlung auf das Hesinersche Grundstück am Burgplage zu lenken!

Mit Rücksicht auf das durch Herrn Ehrenhard hervorgehobene Bedenken möchte Herr v. Seckendorf an den Magistrat das Ersuchen richten, statistische Nachweisungen darüber einzuziehen, wieviel Kinder der hiesigen Bürgerschulen sich zum Besuche der erwähnten Elementarclasse eignen.

Herr Schöttler warnt vor dem Ankauf des Grundstücks hinter den Brüdern, welches auf alle Fälle zu klein sein würde. Für das Ebelingsche Grundstück freilich könne er ebensowenig eintreten: wiewohl dasselbe in mancher Hinsicht zu bestehen geeignet, so werde man doch namentlich über die von Herrn Reuter beleuchteten Uebelstände schwerlich hinwegsehen dürfen.

Herr Haessler modificirt hierauf seine Anträge dahin, die Entscheidung überhaupt auszusetzen und den Magistrat um demnächstige weitere Vorlage zu ersuchen, und übernimmt hiernach wieder den Vorsitz.

Herr Ehrenhard giebt die Ernennung einer Specialcommission anheim, zieht diesen Antrag aber zurück, nachdem

der Herr Vorsitzende darauf hingewiesen, wie in den 11 Mitgliedern der vereinigten Schul- und Finanzcommission ausreichende Kräfte für diese Aufgabe vorhanden seien.

Die Versammlung beschließt demnach, die Vorlage beantragter Massen an den Magistrat und die Commission zurückgehen zu lassen,

worauf der Herr Oberbürgermeister Caspari an alle Anwesenden das Ersuchen richtet, die somit erneuerte Aufgabe vorkommenden Falls durch geeignete Nachweisungen fördern zu wollen.

VI. Wie der Magistrat in einem Schreiben vom 17. d. M. vorträgt, hat der Herr Stadtrath Rittmeyer, nachdem er zum Mitgliede und Vorsitzenden im Aufsichtsrathe der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank erwählt worden, eine Entscheidung darüber erbeten, ob er zur Annahme dieser Stellen die Genehmigung der städtischen Behörden bedürfe, event. auch diese zu ertheilen beantragt. Nach dem Dafürhalten des Magistrates nun leiden die Bestimmungen in § 11 des Statuts vom 27. Nov. 1871 auf Fälle wie den vorliegenden keine Anwendung, da es sich hier um eine Stellung handelt, welche weder als ein Amt noch als eine Geschäftsführung betrachtet werden kann, und die Gründe, welche jene Bestimmungen veranlaßt haben: die Möglichkeit einer Arbeitsüberlastung zum Nach-

theil des städtischen Dienstes sowie des Eintritts einer dem Amtsberufe präjudicierlichen Verantwortlichkeit, bei einer derartigen Stellung nicht Platz greifen können. Indes hält der Magistrat sich zur einseitigen Auslegung einer immerhin doch zweifelhaften Bestimmung nicht für befugt und bittet demnach um die Entscheidung der Versammlung, mit der Zusage, solcher beitreten zu wollen. Auf den Fall dann, daß dieselbe dahin ausfallen sollte, daß auch zur Annahme einer derartigen Stellung die Genehmigung der städtischen Behörden erforderlich sei, trage der Magistrat in dem vorliegenden Falle seinerseits kein Bedenken, dieselbe auszusprechen. Denn, wie schon bei früherer Gelegenheit bemerkt worden, liege es unzweifelhaft im Interesse der Stadt, wenn sich der Stadtmagistrat bei allen hier gegründeten Gelbinstituten einen Einfluß sichere, und diese Rücksicht, welche auch bei der neu gegründeten Hypothekenbank eintrete, habe allein den Herrn Stadtrath Rittmeyer zur Annahme der auf ihn gefallenen Wahl bewegen können, da nach den Bestimmungen des Bankstatutes die Mitglieder des Aufsichtsrathes auf eine Gratification wenn je, so doch aller Wahrscheinlichkeit nach auf Jahre hinaus nicht rechnen können. Da überdies, wie schon bemerkt, die bei ähnlicher Veranlassung geltend gemachten Gegengründe in dem vorliegenden Falle nicht zutreffen, so glaubt der Magistrat die Genehmigung des Antrags auch der Versammlung unbedenklich empfehlen zu können.

Die Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, ist mit der Ansicht des Magistrates einverstanden. Die angezogene statutarische Bestimmung mache von der Genehmigung der städtischen Behörden die Uebernahme außerordentlicher Geschäftsführungen abhängig. Als „Geschäftsführung“ aber könne doch nur die verantwortliche Führung eigentlicher Geschäfte verstanden werden, während der Aufsichtsrath der Braunschw.-Hannov. Hypotheken-Bank nur ein controlirendes Organ, und als solches den geschäftsführenden Organen beigeordnet sei. Für den Vorsitzenden des Aufsichtsrathes treten dann zwar noch einige andere Functionen hinzu, welche indes gleichfalls nicht unter den Begriff einer Geschäftsführung fallen. Da nun der Magistrat von vornherein seine Bereitwilligkeit erklärt, die von der Versammlung beliebte Auslegung anzuerkennen, so sei ferner in der Commission erwogen, ob es nicht zweckmäßig sein würde, letztere durch Auslegung dahin zu erweitern, daß künftig auch Stellungen der fraglichen Art darin einbegriffen wären. Auch hierauf jedoch werde nach Ansicht der Commission besser zu verzichten sein, da es im Interesse der Stadt allerdings wünschenswerth erscheine, den besoldeten Stadträthen die Bethheiligung an der Aufsicht über Unternehmungen wie die Hypothekenbank nicht zu erschweren. Auf alle Fälle endlich glaube die Commission den von Herrn Stadtrath Rittmeyer gestellten Antrag zur Genehmigung empfehlen zu sollen.

Herr Lucius vermag sich der empfohlenen Auslegung nicht anzuschließen, da ein Nebenamt wie das in Frage stehende, so gering man sich auch die durch dasselbe übernommenen Verpflichtungen denken möge, immer doch eine Geschäftsführung im Sinne des Statuts sei. Die hiernach, wie er glaube, allerdings erforderliche Genehmigung für den vorliegenden Fall zu ertheilen, sehe er sich durch die Erwägungen außer Stande, welche er bei ähnlicher Veranlassung vertreten habe und die schon im Magistratschreiben angedeutet seien.

Herr Graf Görz-Wrisberg glaubt, daß die fragliche Bestimmung des Statuts in etwas beschränkterem Sinne als Herr Lucius annehme, nämlich nur von solchen Geschäftsführungen zu verstehen sei, welche die Kraft eines Beamten in sehr erheblichem Maße in Anspruch nehmen. Da dies hier nicht der Fall, werde er kein Bedenken tragen, für die erbetene Genehmigung zu stimmen.

Herr Ehrenhard drückt sein Bedauern darüber aus, daß Herr Stadtrath Rittmeyer, wenn ihm seine Berechtigung zur Annahme der auf ihn gefallen Wahl irgendwie zweifelhaft gewesen, die Versammlung nicht von vornherein angegangen.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß Herr Stadtrath Rittmeyer ihn um seine Meinung befragt und er sich dahin ausgesprochen habe, daß ihm die Genehmigung der städtischen Behörden nicht erforderlich zu sein scheine. An die Möglichkeit einer abweichenden Auslegung habe hiernach Herr Stadtrath Rittmeyer erst dann gedacht, als die Angelegenheit durch die Presse in einer dieser Versammlung gegenüber sehr unpassenden Weise zur Besprechung gebracht worden.

Auf eine Anfrage Herrn Reidemeisters

constatirt der Herr Vorsitzende, daß nach Annahme der empfohlenen Auslegung es allerdings zunächst lediglich der Discretion der städtischen Beamten überlassen wäre, wie viel derartige Stellungen sie übernehmen wollten. Nur in dem Falle, daß sie die nach dem Statute ihnen zustehende Befugniß durch übermäßige Cumulirung von Nebenämtern etwa mißbrauchten, würden die städtischen Behörden und zwar disciplinariß dagegen einschreiten können.

Damit wird die Debatte geschlossen, und nachdem

Herr Meyer mündliche Abstimmung beantragt,

von dem Herrn Vorsitzenden zunächst die Frage zur Entscheidung verstellt, ob § 11 des Statuts vom 27. November 1871 dahin zu verstehen sei, daß auch zur Uebernahme eines Nebenamtes von der Art des in Rede stehenden die Genehmigung der städtischen Behörden erforderlich.

Es stimmen darauf

mit Nein die Herren Bock, v. Görz-Wrisberg, Krone, Peters, Quenstedt, Reuter, Schöttler, v. Seckendorff, Solmiz;

mit Ja die Herren Braes, Ehrenhardt, Faillard, Flagge, Götte, Haake, Jasper, Kellner, Kloss, Leo, Lucius, Meyer, Reidemeister, Steinmann, Struck, und ist damit die von Magistrat und Commission empfohlene Auslegung verworfen.

Auf die zweite Frage,

ob Herrn Stadtrath Rittmeyer in dem vorliegenden Falle die erbetene Genehmigung erteilt werden solle,

sprechen sich

zustimmend die Herren Bock, Flagge, v. Görs-Wrisberg, Götte, Jasper, Kloss, Krone, Leo, Peters, Reuter, Schöttler, v. Sedendorf, Solmig, Struck,

ablehnend die Herren Braes, Ehrenhardt, Faillard, Haake, Kellner, Lucius, Meyer, Quenstedt, Reidemeister, Steinmann

aus, und ist die Genehmigung somit erteilt;

worauf

die öffentliche Sitzung geschlossen und die anberaumten vertraulichen Berathungen wegen vorgerückter Zeit ausgesetzt werden.

(Beilage zum 81. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

1872.

(Fortsetzung der Beilage zum 63. Stücke de 1872
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 14. März 1872.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Graf Görz-
Wrisberg, Kloss, Reidemeister, Schöttler.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Von den vorliegenden Protocollen wird das vom 23. Januar ohne Anstand
genehmigt. Zu dem vom 22. Februar

bemerkt der Herr Vorsitzende: Wie der Antrag Herrn Bock's in Betreff
des Verkaufs der Rathsäbleiche nach der eingereichten schriftlichen Formulirung zum
Abdrucke gebracht sei, werde man unter den Motiven eins vermissen, welches der
Herr Antragsteller bei seinem mündlichen Vortrage allen übrigen vorausgeschickt habe.
Zur Wiederherstellung des ursprünglichen Wortlauts sei aber um so weniger Ver-
anlassung gewesen, als der unterdrückte Satz sich bekanntlich im weiteren Verlauf der
Verhandlungen als persönlicher Angriff auf den Landesökonomierath Griepenkerl zu
erkennen gegeben habe und, falls diese Beziehung sogleich ersichtlich gewesen wäre,
als unparlamentarisch hätte gerügt werden müssen.

Ferner berichtigt Herr Bock seine Abstimmung bei der Frage wegen Interpre-
tation von § 11 des Statuts vom 27. November 1871. Indem er mit Nein
gestimmt, habe er, die Fragestellung mißverstehend, die Auslegung der Statutencom-
mission abzulehnen geglaubt.

Herr v. Sackendorff vermisst in dem vorliegenden Protocolle die Notiz,
daß nach der bezüglichlichen Erwiderung des Herrn Oberbürgermeisters Caspary er
selber sich ausdrücklich gegen die Auffassung verwahrt, als habe er mit seiner Aeuße-

rung über die Kostenanschläge zu den ins Auge gefassten Schulbauten (S. 8 des Prot. vom 22. Febr.) irgendwie den guten Glauben des Stadtbaumeisters in Zweifel zu ziehen beabsichtigt.

Im Uebrigen wird das Protocoll vom 22 Februar genehmigt.

Der Herr Vorsitzende zeigt an, daß der Commissionsbericht über die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer ic. gedruckt vorliegt und demnächst zur Berathung gelangen wird; zwei Magistratschreiben, die Einrichtung eines Gesundheitsrathes, sowie verschiedene vor Revision der Bauordnung zu erhebende Principienfragen betreffend, der Statutencommission überwiesen sind.

Zur Tagesordnung übergehend

I. verwilligt die Versammlung auf Antrag des Magistrats und nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden eine Beihilfe von 30 \mathfrak{R} zu den Kosten der Auswanderung eines gemeindeangehörigen Corrigenden.

Sodann

II. erstattet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff Bericht über eine durch die neue deutsche Maß- und Gewichtsordnung nöthig gewordene anderweitige Normirung der Gas- und Wasserpreise, wie solche in einem Magistratschreiben vom 21. v. M. beantragt wird.

Nach dem bisherigen Ansatze berechnet, würde der Gaspreis sich auf 2 \mathfrak{g} 9,903 \mathfrak{A} für den Cubikmeter stellen, was für die Praxis begreiflicherweise unverhältnismäßige Schwierigkeiten herbeiführen müßte. Da nun gleichzeitig eine Herabsetzung der Gaspreise wünschenswerth und unbedenklich erscheint, so wird beantragt, obigen Satz auf 2 $\frac{1}{2}$ \mathfrak{g} abzurunden und diese Ermäßigung, welche auf 1000 engl. Cubikfuß 9 \mathfrak{g} 2,6 \mathfrak{A} beträgt, vom 1. Januar d. J. ab eintreten zu lassen, hingegen den für größere Consumenten bisher zugestandenen Rabatt abzuschaffen, weil bei Fortdauer desselben das Gas beinahe zum Selbstkostenpreise geliefert werden müßte, überdies aber nach der vorgeschlagenen Preisermäßigung das Gas auch ohne Rabatt billiger sein wird als vorher mit Rabatt.

Die Wasserpreise stellen sich gegenmärtig, je nachdem der vierteljährliche Consum 2700, mehr als 2700 oder mehr als 27,000 Cubikmeter beträgt, auf bezw. 10,8 und 6 \mathfrak{A} für den Cubikmeter. Diese Preisansätze werden für unzulänglich erachtet, da bei dem niedrigsten schon jetzt, nach der bevorstehenden Erweiterung des Wasserwerks aber selbst bei dem höchsten nicht einmal die Selbstkosten erstattet werden. Der Magistrat beantragt demnach, daß der Preis für gemessenes Wasser durchgehend auf 1 \mathfrak{g} für den Cubikmeter festgestellt und die Direction des Wasserwerks ermächtigt werde, diesen Preis in Uebereinstimmung mit der Verwaltungsdeputation

bei unregelmäßigem Consum bis um 50 % zu erhöhen, dagegen bei regelmäßigem Verbrauch von mindestens 3000 Cubikmeter vierteljährlich, wenn nicht etwa die Anlage einer längern oder kostspieligen Röhrenleitung erforderlich, auch keine wesentliche Beeinträchtigung der Druckverhältnisse zu besorgen ist, eine Preisermäßigung bis auf 75 % des eigentlichen Betrages zu verwilligen.

Die Finanzcommission schließt sich diesen Vorschlägen in allen Stücken an.

Herr Bock erinnert, daß es genau ein Jahr, seitdem sein Antrag auf Ermäßigung der Gaspreise von $2\frac{2}{3}$ zu $2\frac{1}{3}$ ₰ mit allen Stimmen gegen seine eigene abgelehnt worden. Mit um so größerer Genugthuung begrüße er den vorliegenden Antrag, um dessen allseitige Genehmigung er bitte, indem er seinerseits nunmehr alle diejenigen Einwendungen acceptire, welche vor einem Jahre gegen solche Preisermäßigung geltend gemacht seien.

Die Versammlung genehmigt die Anträge des Magistrats.

Ferner

III. trägt namens der Finanzcommission Herr Solmiz vor, daß nach einem Magistratschreiben vom 4. d. M. der Handwerkerverein für das laufende Jahr abermals um einen Zuschuß von 100 ₰ gebeten hat. Mit Rücksicht auf die früher zur Geltung gekommenen Erwägungen, sowie auf den Ausfall, welchen die Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde in Folge neuerer gesetzlicher Bestimmungen über die Strafgebelde erleidet, beantragt der Magistrat nur 50 ₰ zu verwilligen. Die Commission indessen, in Anerkennung der segensreichen Wirksamkeit des Handwerkervereins, glaubt dessen Gesuch in vollem Umfange zur Genehmigung empfehlen zu dürfen.

Dem schließt sich Herr Lucius an, indem er ausführt, wie Deutschland in seiner gewerblichen Entwicklung hinter andern Ländern noch vielfach zurückgeblieben: eine Thatsache, welche die Förderung aller auf eine höhere Ausbildung des Handwerkerstandes abzielenden Bestrebungen als eine patriotische und volkswirthschaftliche Pflicht erscheinen lasse.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, der Magistrat werde dem Commissionsantrage nicht entgegentreten, wie denn auch bei Einschränkung des Gesuches nur die früheren Beschlüsse der Versammlung maßgebend gewesen. Stehe diese aber jetzt nach dieser Seite hin auf einem andern Standpunkte, so werde sich ferner empfehlen, den früheren Vorbehalt, daß diese Verwilligungen nicht als dauernde sollten anzusehen sein, nunmehr ebenfalls fallen zu lassen und den beantragten Zuschuß dauernd in den Etat aufzunehmen, da hiermit einerseits dem Vorstande des Handwerkervereins eine sichere Disposition ermöglicht, andererseits den städtischen Behörden eine überflüssige Formalität erspart sein würde.

In dieser Erweiterung wird der Commissionsantrag von der Versammlung angenommen.

Es folgt

IV. durch Herrn v. Seckendorf erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die in Folge des Beschlusses vom 22. v. M. angeordneten Ermittlungen wegen Verkaufs der Rathssbleiche.

Laut des vom Magistrate eingeforderten Originaldocuments, welches der Herr Referent seinem vollständigen Wortlaute nach mittheilt, hat der Deconomierath Griepenkerl das für ihn abgegebene Gebot zurückziehen lassen, nachdem er sich mit dem Bleicher Büttner über eine Theilung des Kaufobjects dahin verständigt, daß ihm der östliche Theil des Areals, c. 4 Morgen, welche die Baustellen und Gartenstücke einschließen, dem Büttner der westliche Theil, c. 1 $\frac{1}{4}$ Morgen, sowie das Material der auf dem andern Theile abzubrechenden Gebäude und die Fährgerechtsame verbleiben, und hierbei der Morgen Landes zu 400 \mathfrak{R} , das Abbruchrecht nebst der Fährgerechtsame zum Betrage des sonach durch den Arealwerth nicht gedeckten Restes der Kaufgelder berechnet werden sollte, welche letztere der Deconomierath Griepenkerl zu 4 % und bis Ostern 1876 unkündbar, vorzuleihen übernommen, indem erst auf diesen Zeitpunkt, mit welchem das gegenwärtige Rechtsverhältniß ablaufen würde, die factische Theilung verabredet und seitens des Deconomieraths Griepenkerl nur das Recht vorbehalten ist, einzelne Theile des ihm zufallenden Terrains gegen eine jährliche Entschädigung von je 16 \mathfrak{R} für den Morgen schon früher in Besitz zu nehmen. — Weiter hat dann der Bleicher Büttner zu Protocoll ausgesagt, daß er diesen Contract aus freiem Antriebe und nach vorgängiger Rücksprache mit seiner Frau abgeschlossen habe, sich auch an denselben gebunden halte. Die Büttner'sche Ehefrau gesteht zu, daß sie, anfänglich ebenfalls wohl damit zufrieden, hinterher durch andere Personen verleitet worden sei, sich mißbilligend zu äußern, worauf freiwillig und ungerufen Herr Bock sich bei ihr eingefunden, und im Laufe des Gesprächs erklärt habe, daß ihrem Manne auch ohne jenes Abkommen mit dem Deconomierath Griepenkerl die Rathssbleiche verbleiben müsse und er die Zuschlags-ertheilung entweder für sie oder für ihren Mann vermitteln werde. Auf diese Abrede sei sie damals allerdings eingegangen, obwohl ihr hinzugekommener Mann ihr durch Zeichen zu verstehen gegeben habe, daß sie sich mit ihren Aeußerungen in Acht nehmen möge. Nach reiflicher Ueberlegung aber könne sie sich nunmehr mit jenem Contracte nur durchaus einverstanden erklären und in Uebereinstimmung mit ihrem Manne bitten, daß diesem die Rathssbleiche für das Meistgebot von 3510 \mathfrak{R} zugeschlagen werde.

Dem Magistrat scheinen hiernach alle aus dem Vertrage zwischen dem Bleicher Büttner und dem Oekonomierath Griepenkerl hergenommenen Bedenken um so mehr beseitigt zu sein, als dieser Vertrag die städtischen Behörden streng genommen überhaupt nichts angeht, eine Beeinträchtigung des Büttner aber darin überall nicht zu ersehen ist. Nachträglich haben dann zwar die Inhaber des Expeditionsgeschäftes Lampe u. Behrens 4000 R für die Rathsbleiche geboten. In Erwägung jedoch, daß das Gebot des Bleichers Büttner bereits als angemessen anerkannt war, und der Zuschlag diesem ohne den anscheinend in seinem Interesse erhobenen Einspruch bereits ertheilt sein würde, glaubt der Magistrat auf dieses Mehrgebot keine Rücksicht nehmen, vielmehr lediglich den Büttner'schen Antrag zur Genehmigung empfehlen, auf den Fall jedoch, daß die Versammlung sich nicht in gleicher Weise gebunden erachtete, die Anordnung eines neuen Verkaufstermins anheim geben zu sollen.

Das Angebot der Firma Lampe u. Behrens ist inzwischen, wie der Herr Referent mittheilt, wieder zurückgezogen. Auch hiernach aber kann die Commission dem Vorschlage des Magistrats nicht beitreten, sondern in reiflicher Würdigung aller nunmehr ans Licht getretenen Umstände nur beantragen, daß der Zuschlag bis auf weiteres überall nicht ertheilt, der Magistrat aber ersucht werde,

- 1) der Versammlung durch einen Grundriß baldthunlichst die Mittel an die Hand zu geben, um darüber ins Klare zu kommen, ob und in welcher Weise das Areal der Rathsbleiche bei einer bevorstehenden Erweiterung der Stadt zu verwerthen sein dürfte;
- 2) sich genau darüber auszusprechen, ob die § 1 des mit dem Bleicher Büttner vereinbarten Kaufcontractes unter den Pertinenzien der Rathsbleiche aufgeführte Fährgerechtigkeit als ein Servitut aufzufassen, für welches der Käufer zu entschädigen sein würde, wenn etwa die Oer an dieser Stelle oder in der Nähe überbrückt werden sollte.

Herr Bock beklagt, daß obichon auch er sich für weitere Erhebungen zur Verfügung gestellt, der Magistrat sich gleichwohl einseitig auf Vernehmung der Büttner'schen Geheute beschränkt habe, welche in dieser Sache doch selbst als Partei anzusehen. Gegenüber den von diesen gemachten Aussagen könne er die Versicherung abgeben, daß beide in höchster Verzweiflung zu ihm gekommen seien und ihre Beschwerde mit allerhand Nebenumständen vorgetragen haben, die ihn bewegen mußten ihnen Gehör zu geben. Irgend persönliches Interesse liege ihm in dieser Angelegenheit durchaus fern; was seine Einmischung herbeigeführt, sei lediglich ein Rechtsgefühl, welches nicht dulde, daß ein Armerer durch einen Reichen geschädigt, oder zu Gunsten privater Interessen ein Recht der Stadt beeinträchtigt werde. Daß übrigens der in Frage stehende Contract ganz so harmlos sei, müsse er schon deswegen ve-

zweifeln, weil seine Bemühungen, noch vor erster Berathung über den Gegenstand Einsicht davon zu nehmen, hartnäckig vereitelt worden.

Der Herr Vorsitzende glaubt das was Herr Bock über seinen persönlichen Antheil bei dem beregten Zwischenfalle vorgetragen, auf sich dürfen beruhen zu lassen. Nicht zu verkennen sei, daß eigenthümliche Manöver ins Spiel getreten; auch mit dem Mehrgebote der Firma Lampe und Behrens scheine es eine ganz eigenthümliche Bewandniß gehabt zu haben: aus guter Quelle wisse er, daß die Vertreter dieser Firma nach Abgabe ihres Gebotes sich beim Deconomierath Griepenkerl mit Vergleichsvorschlägen eingestellt und erst nach Verwerfung derselben sich von der Concurrenz zurückgezogen haben. Angesichts dieser Vorfälle werde es sich allerdings empfehlen, den Gegenstand so mannichfacher Speculationen dem Verkehre vorläufig ganz zu entziehen und abzuwarten, ob dessen Chancen nicht demnächst so oder so zum Besten der Stadt benutzt werden können.

Herr Reuter verweist auf eine Eventualität, die zwar noch in weiten Felde zu liegen scheine, immerhin aber dort Berücksichtigung verdiene. Das Terrain, auf welchem nach dem Projecte des Oberbaurath Hobrecht das Pumpwerk zur Entleerung des städtischen Canalsystems Platz finden sollte, sei neuerdings in den Besitz einer Actiengesellschaft übergegangen und würde nur zu hohen Preisen wieder anzukaufen, überdies aber auch in technischer Hinsicht nicht eben von günstiger Beschaffenheit sein. Hingegen könne für diesen Zweck ein passenderes Grundstück als eben die Rathshäusleiche kaum gedacht werden. Da dann aber nicht deren ganzes Areal, sondern nur ein Stück von 1 — 1½ Morgen erforderlich sein würde, so lasse sich vielleicht schon jetzt ein anderweitiges Arrangement mit dem Bleicher Büttner etwa dahin treffen, daß ihm das zu seinem Geschäfte nöthige Terrain sammt den Gebäuden überlassen würde, deren man ja ihrer Baufähigkeit halber die Stadt möglichst bald müsse entledigt zu sehen wünschen.

Herr Götte bemerkt, daß die Commission ein solches Arrangement ebenfalls ins Auge gefaßt, vor allem aber erst ein klareres Bild der Sachlage gewinnen zu müssen geglaubt habe, wozu eben der vom Magistrate zu erbittende Situationsplan dienen werde.

Herr Flaggge wünscht ferner auch die Frage anzuregen, ob das Grundstück nicht zur Anlage eines Schlachthauses geeignet. Um aber alle diese Möglichkeiten gründlich prüfen zu können, werde man allerdings wohlthun, den Verkauf bis nach Ablauf des bestehenden Pachtcontractes auszusetzen.

Nachdem der Herr Vorsitzende constatirt hat, daß die Fährgerechtsame ohne alle Gewähr für deren Qualität als Servitut zum Kaufe gestellt war, zieht die Commission die bezüglichliche Anfrage zurück, worauf der übrige Inhalt des Commissionsantrages genehmigt wird.

Zum Schlusse nimmt der Herr Vorsitzende Anlaß, den Vertrag zwischen dem Bleicher Büttner und dem Deconomierath Griepenkerl gegenüber den Auslassungen Herrn Bock's genauer zu beleuchten. Eine Bedrückung des Bleichers Büttner werde in der That schwerlich darin zu entdecken sein: erwäge man, daß der stipulirte Preis von 400 ₰ für den Morgen nach Beschaffenheit des Terrains keineswegs niedrig, und daß überdieß der Deconomierath Griepenkerl sich zur Vorstreckung der ganzen Kaufsumme verpflichtet habe, so erscheine das Abkommen vielmehr derart günstig für Büttner, daß man zu der Ansicht gelangen müsse, es habe den Landesöconomierath Griepenkerl nur eine Liebhaberei bewegen können, solche Opfer zu bringen. Auch eine Benachtheiligung der Stadt werde in diesen Abkommen Niemand sehen können, da es zwei Käufern in keiner Weise zu verwehren sei, sich wegen ihrer verschiedenen Interessen an dem gemeinsamen Kaufobjecte privatim auseinanderzusetzen.

Herr Bock wiederholt die Versicherung, daß er bei seinem Auftreten in dieser Sache von keinerlei persönlichen Motiven geleitet worden sei.

V. Wie ferner auf Grund eines Magistratschreibens vom 10. d. Mts. Herr Haake als Referent der Finanzcommission vorträgt, wünscht der Kunstgärtner Grabbe die neue Straße, welche er als Verbindungsglied zwischen der Wolfenbüttler Straße und dem Salzdahlmer Wege über seine Grundstücke zu führen beabsichtigt, seitens der Stadt als Communalweg übernommen, in Stand gesetzt und mit Gas- und Wasserleitung ausgestattet zu sehen. Da die Ausführung des Grabbeschen Projectes als wünschenswerth anerkannt ist, so hat der Magistrat sich zur Uebernahme der Straßenanlage unter der Bedingung bereit erklärt, daß der Unternehmer zu den auf 6100 ₰ veranschlagten Kosten einen Zuschuß von 3000 ₰ leiste. Dagegen hat sich der Kunstgärtner Grabbe zu 2500 ₰ erboten und außerdem die Einfassung der Straße mit Bordsteinen beansprucht, welche er bereits angekauft habe und demnach müsse in Anrechnung bringen können. Der Magistrat, mit der Herabsetzung des Beitrags einverstanden, glaubt auf die andere Forderung deswegen nicht eingehen zu können, weil dadurch den Leistungen bei Uebernahme anderer Communalwege präjudicirt sein würde, und giebt demnach folgende Beschlüsse anheim:

- 1) Die Stadt übernimmt die neue Straße als städtischen Communicationsweg und verpflichtet sich, dieselbe nach dem vorgelegten Kostenanschlage, jedoch unter Weglassung der Bordsteine und der Baumpflanzung, in Stand zu setzen, zu unterhalten, nach der Wolfenbüttler Straße zu entwässern, mit Gas- und Wasserleitung zu versehen, und zwei öffentliche

Laternen darauf zu unterhalten, vorausgesetzt daß der Kunstgärtner Grabbe

- a. das Straßenterrain sofort unentgeltlich durch einen auf seine Kosten aufzunehmenden notariellen Contract der Stadt zu freiem Eigenthum abtritt und verlassen läßt; auch
 - b. unvorzüglich die Summe von 2500 ₰ an die städtische Wegebaukasse einzahlt.
- 2) Die Kosten für Instandsetzung der Straße werden bis zum Betrage von 5600 ₰ aus der städtischen Wegebaukasse, die Kosten für die Gas- und Wasseranlagen aus den betreffenden Kassen bestritten.
 - 3) Die Gültigkeit dieser Uebereinkunft wird davon abhängig gemacht, daß Herzogl. Baudirection die Abführung des Wassers nach der Wolfenbüttler Straße gestattet.

Die Finanzcommission schließt sich diesen Vorschlägen lediglich an.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister Caspari die Mittheilung hinzugefügt hat, daß die vorausgesetzte Einwilligung Herzogl. Baudirection inzwischen bereits ausgesprochen ist,

werden die Anträge des Magistrats von der Versammlung genehmigt.

VI. In einem Schreiben vom 12. d. M. theilt der Magistrat mit, daß die Schränke im städtischen Museum zu einer systematischen Aufstellung der erfreulicher Weise in immer reicherm Maße eingehenden Accessionen nicht länger ausreichen. Bei dem nicht unerheblichen materiellen Werthe dieser Sammlungen und da die Verwaltung des Museums sonst keine Kosten verursacht, trägt der Magistrat kein Bedenken, die Anschaffung von vier neuen Schränken zum Preise von je 210 ₰ anheimzugeben, von denen zwei in diesem, zwei im nächsten Jahre aufzustellen sein werden.

Namens der Finanzcommission durch Herrn Jasper aufs wärmste empfohlen, wird dieser Antrag von der Versammlung ohne weiteres angenommen.

Schließlich

VII. erstattet namens der Statutencommission Herr Peters Bericht über den mit einem Magistratschreiben vom 9. October v. J. eingegangenen Entwurf einer neuen Straßenpolizei-Ordnung.

Nachdem das bisher gültige Statut vom 18. Februar 1857 schon seit längerer Zeit als unzureichend anerkannt war, hat es nach Erlass des Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund sowie des Landesgesetzes vom 22. December 1870, die Bestrafung von Polizeiübertretungen betreffend, zweckmäßig erscheinen müssen,

statt einzelner Verbesserungen und Ergänzungen eine völlige Umarbeitung eintreten zu lassen. Von Herzogl. Polizeidirection ausgegangen, ist dieselbe zunächst durch den Magistrat und mit den von diesem vorgeschlagenen Modificationen dann durch die Statutencommission einer eingehenden Prüfung unterzogen, wobei das Augenmerk insbesondere darauf gerichtet sein mußte, ob das neue Statut erschöpfend, zweckentsprechend und mit dem Reichsstrafgesetz im Einklang war. Hinsichtlich der Vollständigkeit läßt dasselbe, indem es Bestimmungen zur Erhaltung der Sicherheit, der Bequemlichkeit, der Ruhe und der polizeilichen Ordnung enthält, im ganzen nichts zu wünschen übrig; im einzelnen freilich hat die Commission verschiedene Zusätze nöthig befunden, und ebenso sind auch durch die übrigen Forderungen allerlei Modificationen angezeigt gewesen.

Es beginnt sonach die specielle Verathung des Statuts.

Die Einleitung wird mit einer redactionellen Aenderung genehmigt, welche dadurch bedingt ist, daß das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund inzwischen für das Deutsche Reich Geltung erlangt hat.

§ 1, welcher den räumlichen Bezirk des Statuts feststellt, nimmt unter No. 2 von gewissen Vorschriften das Stadtgebiet außerhalb der Umfluthgräben aus.

Herr Reuter weist darauf hin, daß für diese Ausnahmen im Laufe der ferneren Verhandlungen möglicherweise eine Einschränkung oder Erweiterung beliebt sein könnte,

und wird daher § 1 unter Vorbehalt desfalliger Modificationen genehmigt.

§ 2, „gefährliche Anlagen“ betreffend, giebt zunächst Vorschriften über die Haltbarkeit von Baugerüsten.

Die Commission schlägt vor hinzuzufügen:

„wozu auch Hängegerüste gehören“.

Ferner sollen nach § 2 die in die Straßen hineingehenden Kelleröffnungen mindestens 2 Fuß von der äußern Kante der breiten Steine zurückweichen.

Seitens der Commission wird die redactionelle Aenderung empfohlen:

„von der obern Kante der Gassenböschung“ u.

Herr Reuter findet den vorgeschriebenen Abstand etwas knapp bemessen und schlägt dafür den Ansaß von 1 Meter vor.

Mit diesen Modificationen wird § 2 genehmigt.

§ 3, welcher von gefährlichen Handlungen und Unterlassungen handelt, setzt unter No. 6 fest, daß von solchen Bauten und Reparaturen an Häusern, Brücken oder Pflaster, durch welche die Passage gefährdet wird, Herzogl. Polizeidirection zuvor in Kenntniß zu setzen ist, damit nöthigenfalls die Straße abgesperrt werden kann.

Durch die Commission beantragt, wird von der Versammlung folgender Zusatz genehmigt:

„Bei Vornahme von Dach- und Hausreparaturen, beim Abwaschen der Häuserfronten, beim Aufhängen oder Auslegen von Baugerüsten an den oberen Stockwerken, beim Auf- und Abwinden von schweren Lasten und bei sonstigen Arbeiten, durch welche die vorübergehenden geschädigt oder verunreinigt werden können, ist die Fußpassage durch eine Lattenvorrichtung abgesperrt zu halten. Bei Beendigung oder längerer Unterbrechung der bezeichneten Arbeiten ist die Vorrichtung sofort zu beseitigen.

No. 7 enthält u. a. auch die Vorschrift, daß im Meßreviere straßenseitige Dach- und Hausreparaturen während der Messe nicht dürfen vorgenommen werden.

Ein von der Commission empfohlener Zusatz:

„mit Ausnahme solcher, bei denen Gefahr im Verzuge ist; doch bedarf es in derartigen Fällen stets der vorgängigen Anzeige bei Herzogl. Polizeidirection“.

wird von der Versammlung ebenfalls genehmigt.

Unter No. 10 wird verfügt, daß bei Glatteis die Fußwege sowie die Zugänge zu den öffentlichen Brunnen von 7 Uhr Morgens an bestreut gehalten werden sollen.

Diese Vorschrift gehört zu denen, von welchen durch § 1 No. 2 die Straßen außerhalb der Umflutgräben ausgenommen sind. Herr Reuter sieht hierzu keinen Grund und beantragt demnach, § 3 No. 10 an jener Stelle zu streichen.

Der Herr Vorsitzende hält dem entgegen, daß vor den Thoren einerseits Glatteis nie in dem Maße wie innerhalb der Stadt gefährlich werden könne, andererseits aber auch bei der größeren Ausdehnung aller Wege eine Bestreuung mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten verknüpft sein würde.

Gleichwohl beschließt die Versammlung dem Antrage Herrn Reuters gemäß.

Herr Götte wünscht diese Verpflichtung erst für die Zeit von acht Uhr Morgens auferlegt zu sehen, was

der Herr Oberbürgermeister Enspari für unbedenklich erklärt, und hierauf die Versammlung genehmigt.

No. 13 lautet:

„Wer aus Mangel an Hofraum genöthigt ist, das Wasser in die Straßengossen zu gießen, muß zur Winterszeit an den Reinigungstagen das Eis in den Gossen aufhauen lassen, damit solches mit abgefahren werden kann“.

Hierfür beschließt auf Antrag der Commission die Versammlung Folgendes zu setzen:

„Das Eingießen von Wasser in die Straßengassen ist nur den Bewohnern derjenigen Häuser gestattet, bei denen genügender Hofraum sich nicht befindet“.

No. 14 verbietet, im Innern der Stadt mit hinter einander gehängten Wagen zu fahren.

Auf Anregung Herrn Reuters und nach einer kurzen Erörterung, an welcher sich der Herr Oberbürgermeister Caspari, sowie die Herren Bieweg und Struck betheiligen, wird von der Versammlung dieses Verbot modificirt und erweitert in nachstehender Fassung angenommen:

„Das Fahren mit hinter einander gehängten Wagen ist innerhalb des Stadtgebietes mit Ausnahme der Staatsstraßen verboten. Ebenso das Umnenden von Wagen, wenn dazu eine Rückwärtsbewegung erforderlich ist.“

In Folge dieser Veränderung gehört § 3 No. 14 dann auch nicht mehr unter die Bestimmungen, welche für die Straßen außerhalb der Umflutgräben durch § 1 No. 2 außer Kraft gesetzt werden.

Wie Herr Reuter anmerkt, würde zu besserer Uebersichtlichkeit unter die § 1 No. 2 aufgeführten nur innerhalb der eigentlichen Stadt gültigen Vorschriften auch diejenige in § 3 No. 15 gesetzt werden, daß im Innern der Stadt schneller als im Trabe nicht gefahren oder geritten werden darf.

Nach No. 16 c darf vom Eintritt der Dunkelheit an nur im Schritt gefahren werden, insofern nicht die Wagen an der Vorderseite mit zwei hellbrennenden Laternen versehen sind.

Herr Reuter weist darauf hin, daß dies bei den Droschken seine Schwierigkeit haben, für solche aber auch eine hellbrennende Laterne ausreichen dürfte.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Aenderung einverstanden.

No. 19 schreibt vor, daß die vor die Hauptthür des Schauspielhauses vorfahrenden Wagen beim Beginne der Vorstellung nur den Weg von Süden, beim Schlusse nur den Weg von Norden her nehmen dürfen.

Die Commission schlägt vor, diese Vorschrift folgendergestalt zu fassen:

„Die vor die Hauptthüren des Schauspielhauses vorfahrenden Wagen dürfen beim Beginn der Vorstellung nur den Weg von Süden her nehmen und vor denselben nicht länger halten als zum Aussteigen der Fahrenden erforderlich ist; insbesondere ist die Annahme des Fuhrlohns vor den Hauptthüren untersagt. Beim Schlusse der Vorstellung dürfen die Wagen nur den Weg von Norden her nehmen.“

Herr Ehrenhard hält es überhaupt für gefährlich, den Wagen die Benutzung der Rampe des Theaters zu gestatten. Anderer Orten, in Berlin z. B.,

sei eine solche Annäherung nicht erlaubt, und wenigstens am Schlusse der Vorstellungen werde es sich empfehlen dergleichen auch hier nicht zu dulden.

Der Herr Vorsitzende. Auch in der Commission sei dieser allerdings schwere Uebelstand zur Sprache gekommen; doch habe man Bedenken getragen, in eine gewissermaßen innere Angelegenheit der Herzogl. Theateradministration mit einem polizeilichen Verbote einzugreifen. Hiernach werde denn keine andere Abhilfe möglich sein als die Intendantur zu ersuchen, daß dem Publicum möglichst auch die Seiteneingänge des Theaters eröffnet werden mögen.

Herrn Ehrenhards Antrag, nach welchem im Schlusse der von der Commission beantragten Fassung statt der Worte „nur den Weg“ u. zu setzen ist: „überall nicht vorfahren“ wird von der Versammlung genehmigt und mit dieser Aenderung der Commissionsvorschlag angenommen.

Am Schlusse von § 3. No. 21 wünscht die Commission folgende Bestimmung eingefügt zu sehen:

„Es ist verboten, wilde Thiere in Menagerieen oder einzeln anders als in wohlverwahrten Kisten oder Käfigen zu transportiren. Ferner müssen Pferde, Maulthiere oder Esel, wenn deren zu gleicher Zeit mehr als zwei Stück transportirt werden sollen, zusammengekoppelt werden; auch sind bissige Thiere dieser Gattungen mit Maulkörben zu versehen. Hornvieh in Heerden darf nur unter sicherer Bewachung, einzelne Stücke aber und zwar weniger als drei, dürfen in die Thore der hiesigen Stadt oder in dieser von einem Orte zum andern nur dann transportirt werden, wenn jedes einzelne Stück

a. von einem Manne am Kopfe geleitet wird,

b. ein fester Strick wenigstens von der Dicke einer Pflugleine um den Leib des Thieres befestigt, ein anderer aber von gleicher Stärke an einem der Vorderfüße angebracht, zwischen dem Leibe und dem erstgedachten Stricke durchgezogen ist und von einem hinterher gehenden Mann gehalten wird.

Bösartige Thiere dieser Gattung dürfen nur in der Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens in die Thore der hiesigen Stadt oder innerhalb derselben von einem Orte zum andern transportirt werden.“

Auf eine von Herrn Ehrenhard ausgehende Anregung wird in dem letzten Passus statt „10 Uhr“ gesetzt „11 Uhr“, und mit dieser Aenderung der Zusatz angenommen.

In § 4, welcher von Erhaltung der Fußwege handelt, schlägt die Commission vor, dem zweiten Absätze vom Entwurfe etwas abweichend die folgende Fassung zu geben:

„Abänderungen an solchen Fußwegen dürfen nur zum Zwecke der Verbesserung und nach vorgängiger Genehmigung durch Herzogl. Polizeidirection vorgenommen werden.“

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden und genehmigt mit dieser Aenderung den Paragraphen.

§ 5, die Freihaltung der Fußwege betr., gestattet bei No. 6 u. a. das Befahren der breiten Steine mit besetzten Kinderwagen, welche nach den Promenaden und vor die Stadt geführt werden, unter der Beschränkung, daß dieselben nur auf den in jedem Einzelfalle bestimmten Wegestrecken transportirt werden, mit einer auf Verlangen vorzuzeigenden schriftlichen Erlaubnißkarte versehen sein und den Begegnenden thunlichst ausweichen sollen. Statt dessen beantragt die Commission nachfolgende Bestimmungen zu treffen:

„Das Befahren der breiten Steine mit besetzten Kinderwagen, um mit letzteren auf die Wallpromenade, vor die Stadt oder nach einem andern Orte der Stadt zu gelangen, ist überall gestattet, wo solches nicht durch eine von Herzogl. Polizeidirection erlassene Bekanntmachung untersagt ist. Die Benutzung der breiten Steine zum Spazierensfahren der Kinder ist verboten; auch müssen die Führer von Kinderwagen den ihnen be-
gegneten Personen thunlichst ausweichen.“

Die Versammlung erklärt sich auch hiermit einverstanden.

Die Vorschrift unter No. 7, laut welcher beim Auf- und Abladen von Gegenständen auf und von Wagen der Fußweg thunlichst frei zu halten und namentlich nicht gestattet ist, denselben durch Auslegen von Leiterbäumen, Laufbrettern, Schläuchen u. s. w. zu versperren, erregt Bedenken, indem

Herr Faillard nicht abzusehen vermag, wie dabei z. B. die Ueberführung von Bier in die Lagerkeller auf die bisher übliche Weise noch fernerhin vorgenommen werden könnte.

Herr Reuter macht aufmerksam, daß Schläuche, welche auf dem Trottoir selbst ausliegen, kaum als Sperrung desselben anzusehen sein dürften.

Der Herr Vorsitzende schlägt, um allen Weiterungen vorzubeugen, die Einschaltung einer Verfügung etwa dahin vor, daß die Schläuche in Fällen wie dem ins Auge gefaßten mit einer Brücke verdeckt und Abends beleuchtet werden müssen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari bittet, diese Verfügung dann gleich auf alles auszudehnen, was bei solchen Gelegenheiten auf dem Trottoir liegt.

Vorbehältlich der Redaction erklärt sich die Versammlung mit einer Einschaltung in diesem Sinne einverstanden, und wird hierauf mit der beschlossenen Modification § 5 genehmigt.

§ 6 handelt von Anlagen, welche den Verkehr beeengen, und untersagt No. 2 das Offenstehen der Fenster, wo diese mit ihrem untern Rande nicht mindestens 8 Fuß über dem Pflaster liegen oder der Raum zwischen der Hauswand und der Gasse nicht mindestens 7 Fuß beträgt.

Die Commission beantragt, für beide Abstände 2 Meter vorzuschreiben.

Herr Reuter wünscht diese Verfügung nicht auf das Innere der Stadt beschränkt zu sehen, und beantragt demnach, außer der entsprechenden Aenderung in § 1 No. 2 statt „Pflaster“: „Boden“, und statt „dem Rande der das Trottoir von dem Fahrweg trennende Gasse“: „dem Rande des Fußwegs“ zu setzen.

Die Versammlung ist mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Nach § 6 No. 3 dürfen Schilder, Marquisen, Laternen nicht niedriger als bis auf 7 Fuß herabreichen.

Dem Antrage der Commission gemäß wird auch hierfür die Höhe von 2 Meter zu setzen beschlossen, und mit den genehmigten Aenderungen sodann § 6 genehmigt.

§ 7 besagt unter No. 2: „Buden oder Verkaufsstände dürfen, außer der Messe, nicht aufgestellt werden.“

Herr Ehrenhard hält dies stricte Verbot für eine ungerechtfertigte Erschwerung des Kleinhandels.

Der Herr Vorsitzende sowie der Herr Oberbürgermeister glauben, daß dies Bedenken zu heben wäre, indem hinter „Messen“ eingeschaltet würde: „und zur Marktzeit in Gemäßheit der Marktordnung“;

welcher Zusatz dann auch von der Versammlung genehmigt wird.

Unter No. 6 wird verfügt, daß einander gegenüber auf beiden Seiten der Fahrbahn zwei Fuhrwerke nur da halten dürfen, wo zwischen ihnen dann noch zwei Wagenpurbreiten offen bleiben.

Die Commission empfiehlt folgenden Zusatz:

„In Betreff des Aufstellens oder Stehenlassens von Fuhrwerk auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen zur Nachtzeit hat es bei den Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches (insbesondere § 366 No. 9) sein Bewenden.“

Desgleichen zu No. 7, wonach das Auffahren auf den Trottoirs, Banketts und sonstigen Fußwegen neben den Häusern nur dann gestattet sein soll, wenn das Auf- oder Abladen auf der Fahrbahn nicht möglich ist, hinter „Häusern“ die Einschaltung:

„sowie auf den durch besonderes Pflaster bezeichneten oder mit Platten belegten durch die Fahrbahn führenden Verbindungswegen.“

Statt der Verfügung unter No. 10, welche das Auffahren der Wagen auf den Wochenmarktplätzen und vor den Ausspannwirthschaften der ortspolizeilichen Regelung unterstellt, beantragt die Commission folgende Bestimmung zu treffen:

„Auf den Wochenmarktplätzen und vor den Ausspannwirthschaften dürfen Wagen und Karren nur so aufgefahren werden, wie solches von Herzogl. Polizeidirection durch öffentlichen Anschlag und im Einzelfalle von den Polizeiofficianten, deren bezügliche Weisungen unbedingt zu befolgen sind, vorgeschrieben wird.“

Herr Bieweg wünscht an dieser Stelle auch dahin eine Vorschrift erlassen zu sehen, daß neben den Gassen auf alle Fälle immer nur ein Wagen stehen dürfe.

Nachdem jedoch Herr Solmiz sowie der Herr Vorsitzende darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Bestimmung dieses Inhalts nicht wohl thunlich, da Bedürfnis und Möglichkeit, je nach den localen Verhältnissen, sich so oder so gestalten,

wird Herr Biewegs Antrag abgelehnt und weiter § 7 mit den von der Commission zu Art. 6, 7 und 10 vorgeschlagenen Erweiterungen und Modificationen genehmigt.

§ 9 ordnet an, daß Private, welche Straßenraum zu vorübergehenden Zwecken benutzen, für jeden Quadratfuß des gewährten Raumes einen wöchentlichen Pachtzins von 2 Pfennigen zu entrichten haben.

Die Commission schlägt vor, den Preis zu $\frac{1}{2}$ g je für den halben Quadratmeter anzusetzen.

Herr Reuter weist darauf hin, daß nach dem Ansatze des Entwurfes sich der Pachtzins für den Quadratmeter genau auf $2\frac{1}{2}$ g stellen würde, und wünscht diesen Satz beibehalten zu sehen, falls nicht etwa ein besonderer Grund obwalte, welcher jene Herabsetzung zweckmäßig erscheinen lasse.

Seitens der Commission wird dies verneint,

worauf die Versammlung § 9 nach dem Vorschlage Herrn Reuters zu modificiren beschließt und mit dieser Modification denselben genehmigt.

Zu § 12, welcher die Säuberung der Straßen betrifft, stellt Herr Vock den Antrag:

- a. in Erwägung zu ziehen, ob es nicht an der Zeit sein möchte, wie in anderen großen Städten die gesammte Straßenreinigung zu centralisiren und auf Rechnung der Communalverwaltung zu übernehmen;
- b. diese Frage einer besondern Commission zur Begutachtung zu überweisen.

Die Versammlung lehnt indeß die Ernennung einer Specialcommission ab, und wird der Antrag sonach vom Vorsitzenden der Statutencommission überwiesen.

Nach § 13 No. 4 soll Zugvieh auf den Straßen nur während des Auf- und Abladens gefüttert werden dürfen.

Die Commission schlägt vor, diese Erlaubniß ferner noch durch den Zusatz einzuschränken:

„und nur an solchen Stellen, wo die Passage dadurch nicht gehemmt wird“;

womit die Versammlung sich einverstanden erklärt, nachdem

dem Antrage Herrn Reuters, die Fütterung auf der Straße gänzlich zu verbieten,

Herr Götte und der Herr Oberbürgermeister Caspari entgegengehalten, daß dies theils nicht möglich, theils aber auch durch keinerlei zwingende Rücksicht geboten erscheine, sofern diese Ueblichkeit keineswegs hier allein, sondern ebenso noch in anderen Städten von gleicher Bedeutung geduldet werde,

und hiernach Herr Reuter seinen Antrag zurückgezogen hat.

Im Uebrigen wird § 13 angenommen.

Die Vorschrift in § 15 No. 2, wonach Abtritts- und Jauchegruben, so oft es die Polizei aus sanitätspolizeilichen Gründen für nöthig erachtet, in vorgeschriebener Weise zu desinficiren sind,

wird dem Antrage der Commission gemäß auch auf

„die durch den Zusammenfluß mehrerer Hausgassen gebildeten Communalgassen“

ausgedehnt.

Unter No. 4 wird die Ausleerung von Senkgruben u. und die Abfuhr ihres Inhalts auf die Zeit von 11 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens im Sommer, 6 Uhr im Winter beschränkt.

Während Herr Struck diese Frist bis 8 Uhr Morgens zu verlängern empfiehlt,

tritt die Versammlung den vermittelnden Vorschlägen des Herrn Oberbürgermeisters bei, indem sie beschließt, statt „5 Uhr“ und „6 Uhr“ beziehungsweise „6 Uhr“ und „7 Uhr“ zu setzen.

Nach der Verfügung unter No. 7 sind Abortdünger, Jauche oder Blut, wenn diese Stoffe näher als 20 Ruthen von Gebäuden oder öffentlichen Wegen abgeladen werden, sofort unter die Erde zu arbeiten.

Dem Antrage der Commission gemäß beschließt die Versammlung den vorgeschriebenen Abstand auf 100 Meter anzusetzen;

worauf § 15 mit den zu Art. 2, 4 und 7 beschlossenen Aenderungen genehmigt wird.

§ 16 bestimmt u. a. daß die Fallröhren bis zur Höhe von 4 Zoll auf das Straßenpflaster herabreichen, die Ausgüsse nicht weiter als 6 Zoll in die Straße ragen sollen.

Ebenfalls nach dem Antrage der Commission werden diese Maße nach dem neuen System zu 0,1 bzw. 0,15 Meter angelegt.

Auf Herrn Reuters Anregung beschließt die Versammlung, diese Vorschrift auch auf die Straßen vor den Thoren auszudehnen und demnach § 1 No. 2 die entsprechende Aenderung zu machen.

Hierauf wird § 16 in seinem ganzen Umfange genehmigt.

Zu § 17 No. 5, welcher das Schießen, Schleudern und Werfen, wo dadurch Personen oder Eigenthum gefährdet werden, untersagt, beantragt die Commission den Zusatz:

„Zum Abbrennen von Feuerwerken vor den Thoren ist immer die polizeiliche Erlaubniß erforderlich, auch wenn solches nicht in der Nähe von Gebäuden geschieht“.

Mit diesem Zusatz wird § 17 genehmigt.

§ 19 lautet im Entwurfe:

„Sollen Metallstangen, Bleche und ähnliche Gegenstände auf gepflasterten Straßen gefahren werden, so müssen sie durch Unterlagen oder Umwickelungen von Stroh oder dgl. gehörig verpackt und ebenso die an Lastwagen befindlichen Ketten und Schrottleitern beim Fahren derart befestigt sein, daß alles laute Getöse durch das Rütteln auf dem Straßenpflaster vermieden wird.“

Während Herr Vock empfiehlt, diese Vorschrift ausfallen zu lassen, stellt Herr Götte zur Erwägung, ob die sogenannten Rollwagen nicht überhaupt nur dann zu dulden seien, wenn sie auf Federn ruhen.

Der Herr Vorsitzende hält beide Anträge für zu weit gehend, da einerseits Verfügungen, wie sie hier vorliegen, im Interesse der öffentlichen Ruhe schlechterdings unentbehrlich, andererseits die plötzliche Abschaffung der jetzt noch im Gebrauch befindlichen unvollkommenen Rollwagen unmöglich. Hingegen werde den beiderseitigen Interessen gedient sein, wenn die schwierige Verpackung der angeführten Lasten durch Anschaffung vollkommenerer Wagen abgelöst werden könne und damit zugleich ein Anstoß zur allmählichen Beseitigung der alten Befehle gegeben sei. Zu dem Ende empfehle es sich, hinter den Worten: „so müssen sie“ einzuschalten:

„falls die Fuhrwerke nicht auf Federn ruhen“.

Herr Götte ist mit dieser beschränkteren Fassung seines Antrags einverstanden,

worauf der Antrag Herrn Vocks abgelehnt und der von dem Herrn Vorsitzenden empfohlene Zwischenfatz genehmigt wird.

Nach § 19 No. 4 darf hinter Leichenwagen mit nicht zum Gefolge gehörenden

den Wagen sowie mit Karren nur in einem Abstände von mindestens 50 Schritten gefahren werden.

Herr Reuter hält diese Maßbestimmung für zu vage und schlägt demnach vor, statt „50 Schritten“ zu setzen „40 Meter“.

Die Versammlung erklärt sich auch damit einverstanden und genehmigt mit diesen Aenderungen § 19.

Zu § 20 empfiehlt die Commission als Ueberschrift statt „Störende Beschäftigungen“ zu setzen:

„Störungen durch Beschäftigungen oder durch Thiere“.

Als No. 2 beantragt ferner die Commission folgende Vorschrift einzuschalten:

„Die in der Nähe bewohnter Gebäude belegenen Kegelbahnen dürfen ohne polizeiliche Erlaubniß zur Nachtzeit von 11 Uhr Abends an nicht benutzt werden“.

Jene Abänderung sowohl wie dieser Zusatz werden von der Versammlung genehmigt, abgelehnt dagegen der Antrag Herrn Ehrenhards, den Zusatz § 1 No. 2 unter diejenigen Bestimmungen aufzunehmen, welche für die Stadttheile vor den Thoren außer Kraft treten sollen.

Die Verfügung unter No. 2 des Entwurfs:

„Beim Abladen von Eisenwaaren auf Straßen und bei ähnlichen Beschäftigungen ist lautes Getöse zu vermeiden“,

wird auf Herrn Bock's Antrag nach kurzer Discussion als nicht ausführbar ausgeschieden.

Nach No. 3 des Entwurfs beantragt die Commission als No. 4 Folgendes einzuschalten:

„Hunde, welche das Publicum durch Heulen oder Bellen belästigen, dürfen einem polizeilichen Verbote zuwider, nicht auf die Straße gelassen werden“.

Die Versammlung ist damit einverstanden und genehmigt sodann den beschlossener Maßen umgestalteten und erweiterten § 20.

§ 21 enthält unter Art. 6 und 7 Bestimmungen in Betreff der Straßenlaternen, Briefkasten, Straßenschilder u. Etwas abweichend von der Fassung des Entwurfs schlägt Herr Reuter vor, diese Bestimmungen folgendermaßen zu geben:

„6. Die Hausbesitzer müssen ohne Entschädigung gestatten, daß an den Häusern Straßenlaternen nebst Zubehör, Briefkasten, Schilder zur Bezeichnung der Straßen, Hydrants, Schieberhähne und Syphons, Isolatoren und Telegraphendrähte oder andere dem öffentlichen Interesse dienende Einrichtungen angebracht werden, insofern der Stadtmagistrat oder

Herzogl. Polizeidirection solches für erforderlich halten. Sie müssen sich allen darauf bezüglichen Anordnungen unterwerfen."

- "7. Außer den Laternenwärtern und den bei den Gas- und Wasserwerken Angestellten darf Niemand eine der Straßenlaternen öffnen oder sonst benutzen. Auch dürfen Laternenhalter und Pfähle oder andere dem öffentlichen Interesse dienende Einrichtungen zu Privat Zwecken nicht benutzt und der Zugang zu denselben auf keine Weise erschwert werden."

Zu dem § 21 No 9 ausgesprochenen Verbote, auf öffentlichen Wegen und Promenaden oder in den öffentlichen Anlagen Singvögel zu tödten, einzufangen oder muthwillig zu verschrecken, beantragt die Commission folgenden Zusatz:

"Wegen des Ausnehmens von Eiern oder Jungen der Singvögel behält es bei den § 368 No. 11 des Reichsstrafgesetzbuches enthaltenen Strafbestimmungen sein Bewenden."

Mit jenen Abänderungen und diesem Zusatz wird § 21 genehmigt.

Zu § 24, "Strafbarkeit" überschrieben, beantragt die Commission die Bestimmung einzufügen, daß die Strafe für Zuwiderhandlungen

"3. gegen § 3 No. 19 den Kutscher und den Fahrenden" treffe, mit welchem Zusatz dann §. 24 genehmigt wird.

Schließlich wird zu § 28 auf Antrag der Commission beschlossen, den Zeitpunkt mit welchem das neue Statut in Wirksamkeit treten soll, vorläufig unbestimmt zu lassen und die demnächstige Feststellung hierüber dem Magistrate anheimzustellen.

Diejenigen Paragraphen, welche zu Erörterungen und Widerspruch keinen Anlaß geboten haben, werden als stillschweigend genehmigt anerkannt, und ist somit die neue Straßenpolizei-Ordnung festgestellt und zugleich die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt.

Die anberaumte vertrauliche Sitzung wird wegen vorgerückter Tageszeit abermals ausgesetzt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 4. April 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Kellner, Peters, Reibemeister, Steinmann, Bieweg.

Die Sitzung wird durch Herrn Schöttler mit dem Bemerken eröffnet, daß er Herrn Haeusler im Vorsitz vertrete, um eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, von der dieser persönlich berührt werde. Wie bekannt, habe Herr Bod sich über ein Vorkommniß der Sitzung am 14. März im Inseratentheile von No. 79 des Braunschw. Tageblattes ausgelassen. Da jedes Mitglied der Versammlung hier bei den öffentlichen Discussionen mit freiem Wort seine Ansicht vortragen und nöthigenfalls sich rechtfertigen oder vertheidigen könne, so müsse es zunächst überflüssig scheinen, dies nachher noch anderweitig zu thun. Gänzlich unpassend aber, wenn die außerhalb dieser Räume öffentlich vorgetragenen Bemerkungen dazu angethan seien, die Versammlung oder einzelne ihrer Angehörigen zu verunglimpfen. Von der Art sei, wie schon früher einige Mal so auch jetzt wieder, Herrn Bod's Appell an die öffentliche Meinung: es erleide darin Herr Häusler einen Angriff, der auf dessen Verfahren bei Handhabung des Vorsitzes nothwendig ein falsches Licht werfen müsse. Hätte Herr Haeusler nicht vorgezogen dazu zu schweigen, so würde er nur zu einer gleichen Erwiderung haben greifen können, damit aber eine Polemik sich angesponnen haben, die der Würde der Stadtverordneten schwerlich angemessen gewesen wäre. An die Versammlung trete daher die Frage heran, und auf den Wunsch mehrerer Collegen habe Redner dieselbe ausdrücklich

zu stellen, ob es für passend zu erachten, wenn die hier am Orte stattgehabten Erörterungen so wie es in jenem Inserate durch Herrn Bock geschehen, in öffentlichen Blättern fortgesetzt werden.

Herr Bock. Sein Inserat im Tageblatte richtete sich gegen die Darstellung des Berichts in No. 1 der Braunschw. Zeitung, als habe er seinen Antrag wegen Verkaufs der Rathsäbleiche anders zu Protocoll überreicht als mündlich gestellt. Zu solcher Abwehr halte er sich auf alle Fälle um so mehr berechtigt, als die officiellen Protocolle häufig erst um Wochen, ja um Monate später als die Sitzungsberichte der hiesigen Zeitungen im Druck erscheinen. Weiter verliest Redner das Inserat selbst, in welchem er jenen Antrag — und zwar lediglich zur Notiz für den Protocollführer — ohne Kürzung genau so wie er ihn in der Sitzung am 22. Februar gestellt, auch schriftlich formulirt zu haben behauptet; den vermisteten Satz als Theil einer einleitenden Motivirung bezeichnet, jede Verantwortlichkeit für dessen Weglassung in dem vor der Genehmigung veröffentlichten officiellen Protocolle ablehnt und die entgegenstehende Darstellung des Sachverhalts tendenziöser Unrichtigkeit zeugt.

Herr Haessler erkennt mit Dank an, daß diese Angelegenheit durch Initiative der Versammlung selbst zur Sprache gebracht werde: andernfalls freilich hätte er deren Aufmerksamkeit seinerseits dafür in Anspruch nehmen müssen. Ihm persönlich seien Angriffe wie der bewußte vollkommen gleichgültig; Verletzungen des parlamentarischen Anstandes aber dürfe er als Vorsitzender im Interesse der Versammlung nicht hingehen lassen. Einer solchen mache sich allerdings schuldig wer als Mitglied einer parlamentarisch verhandelnden Körperschaft Auffassungen, die er an Ort und Stelle entweder gar nicht oder nicht nach Wunsch geltend gemacht, hinterher in öffentlichen Blättern mit Ausfällen auf seine Gegner zu verfechten suche; und so sei in diesem Falle Herr Bock verfahren. Denn jenes Inserat enthalte nicht, wie Herr Bock wolle, eine Berichtigung des Referates der Braunschw. Zeitung: dieses habe nichts gebracht, was hier nicht wirklich vorgekommen wäre, zu einer Berichtigung also überall keinen Anlaß gegeben. In Wahrheit sei jener Artikel nichts als eine Entgegnung auf die Rüge, zu der Redner sich in der Sitzung am 14. März genöthigt gesehen, Herr Bock aber damals, wo er hätte reden können, stillgeschwiegen habe — eine völlig unbegründete Entgegnung überdies, da keineswegs Redner allein der Ansicht, daß der Bock'sche Antrag sich im Protocoll anders ausnehme, als dies bei der mündlichen Verhandlung am 22. Februar der Fall gewesen, vielmehr, soweit er nachgefragt, die damals Anwesenden den fehlenden Passus übereinstimmend als integrierenden Theil des Antrags aufgefaßt haben. Nach dem allen müsse er über die vorhin gestellte Principienfrage eine Entscheidung getroffen zu sehen wünschen: um der Versammlung willen und da er, falls ein

Verfahren wie das von Herrn Bock beliebte gutgeheissen würde, den Vorsitz fernerhin nicht führen könnte.

Herr Bock beharrt dabei, daß er bei schriftlicher Formulirung seines Antrags nichts unterdrückt, hierzu auch bei der Publicität der Verhandlungen an diesem Orte keinerlei Veranlassung gehabt habe. Sollte für unparlamentarisch gelten, Erklärungen wie diese auf dem von ihm gewählten Wege öffentlich vorzutragen, so müsse er seinerseits als unparlamentarisch zuerst jene Insinuation selbst und in noch höherem Grade die Art und Weise bezeichnen wie Herr Haeusler in der Sitzung vom 14. März auf die schon am 22. Februar erledigten Verhandlungen zurückgekommen sei, um ganz hypothetische Worte zu einem persönlichen Angriff zu stemeln und als solchen zu rügen.

Herr Haeusler ersucht die Versammlung ihren Wahrspruch abzugeben, ob er diesen Vorwurf verdiene. Da die Kürzung des Bock'schen Antrages sich erst bei Revision des Protocoll'es herausgestellt, so habe sie sammt den durch sie herausgeforderten Betrachtungen natürlich erst in der nächstfolgenden Sitzung zur Sprache kommen können.

Herr Graf Görz-Weisberg. Soviel ihm erinnerlich, habe Herr Bock am 22. Februar, und zwar dem Anschein nach von einem Papier ablesend, seinen Vortrag mit den Worten „In Erwägung“ begonnen und dann an die Spitze der übrigen Erwägungsgründe, welche sich im Protocolle wiederfinden, wörtlich etwa Folgendes gestellt: „daß die Versammlung die Hand nicht wird bieten wollen, wenn ein angesehenener Mann seinen Einfluß und seine Stellung anwendet, um einen niedriger stehenden zu benachtheiligen“ (oder gar, wie Redner sich mit ziemlicher Sicherheit zu erinnern glaubt, „zu beschwindeln“). Hiernach sei in der That keine andere Auffassung möglich gewesen, als daß dieser Satz so eng wie alle noch folgenden mit dem darauf gegründeten Antrage verknüpft war, und ebenso wenig habe man nach dem was Herr Bock weiterhin zur Erläuterung des Thatbestandes hinzugefügt, umhin können, jene ehrenrührigen Andeutungen auf den Oekonomierath Orlepenkerl zu beziehen. Habe dann Herr Bock dem Protocollführer seinen Antrag ohne diesen Satz übergeben, so werde Niemand bestreiten, daß der Herr Vorsitzende das Recht und die Pflicht gehabt, sich so auszusprechen, wie er es am 14. März gethan. Wenn nun hieraus Herr Bock Anlaß genommen, jene mit Nothwendig sich ergebende Auffassung mit dem Vorwurfe tendenziöser Unrichtigkeit zu belegen, so könne dies keinesfalls als parlamentarisch angemessen bezeichnet werden, und müsse man wünschen, daß dergleichen künftig unterbleibe. Andernfalls möchte allerdings mancher unter den hier Anwesenden vorziehen, einer Versammlung, in der man solchem Insulte ausgesetzt sei, nicht länger anzugehören. Daher könne

auch er die Versammlung nur bitten, sich ganz unumwunden dahin auszusprechen, daß sie ein derartiges Verfahren aus voller Ueberzeugung mißbillige.

Herr Bock bestreitet, den fraglichen Satz in der von dem Herrn Vorredner behaupteten Verbindung aufgestellt zu haben. Vielmehr habe er seinen Antrag mit einer allgemeineren Motivirung eingeleitet und in deren Verlauf ungefähr die Worte gebraucht: er hege keinen Zweifel, daß die städtischen Behörden ihre Hand nicht bieten werden, wenn etwa ein reicher Mann einen ärmern wollte zu übervorthellen suchen. Hätte er ahnen können, daß man diesen Worten eine solche Bedeutung beilegen werde, so würde er, und wie gesagt ohne das mindeste Bedenken, auch diesen Theil seines Vortrags genau so wie er ihn gehalten zu Protocoll übergeben haben.

Herr Lucius. Es handle sich im gegenwärtigen Augenblicke nicht mehr um diese oder jene Auffassung gewisser Redewendungen Herrn Bock's, sondern um die Principienfrage, ob die hier, gewissermaßen in der Familie, vorkommenden Controversen, und namentlich solche von mehr oder minder persönlichem Charakter, in den öffentlichen Blättern fortgesetzt und so öffentliche Erörterungen darüber veranlaßt werden dürfen. Dies könne auch er nur für durchaus unparlamentarisch und für unverträglich mit der Würde der Versammlung halten. Wenn Herr Bock reiflich nachdenke, so werde er selbst als Ehrenmann dies einsehen müssen. Da derselbe übrigens dieser Körperschaft erst kürzere Zeit angehöre, so werde man es verzeihlicher finden können, daß er sich mit den Erfordernissen parlamentarischen Zusammenwirkens noch nicht recht vertraut gemacht habe. Mit Rücksicht hierauf richtet Herr Lucius an die Versammlung die Bitte, nicht gleich eine strenge Rüge zu verhängen, sondern Herrn Bock nur als collegialischen Wunsch dringend ans Herz zu legen, daß er sich eines Verfahrens wie er es mit dem in Rede stehenden Interate eingeschlagen, für die Zukunft enthalten wolle.

Herr v. Sackendorf. Er begreife nicht, wie man den parlamentarischen Tact deshalb außer Augen setzen könne, weil man sich in einem jedes officiellen Charakters entbehrenden Zeitungsberichte etwa ungerecht beurtheilt finde — ganz abgesehen davon, daß diesmal eine Ungerechtigkeit am allerwenigsten jenem Bericht vorzuwerfen gewesen.

Nachdem Herr Bock nochmals geltend gemacht, wie es ihm nach der bisherigen Praxis der Protocollführung unräthlich erscheinen müsse, mit Berichtigungen bis zum Erscheinen der officiellen Protocolle zu warten,

wird die Debatte geschlossen und, den ergangenen Anträgen gemäß unter Mensaukruf, über die Fragen abgestimmt:

- 1) Ist das von Herrn Haensler in der Sitzung am 14. März gegen Herrn Bock beobachtete Verfahren für correct zu halten?

- 2) Ist es unzulässig, Debatten, welche in den Sitzungen erledigt sind, in öffentlichen Blättern fortzusetzen, und spricht event. die Versammlung den Wunsch aus, daß ihre Mitglieder sich dieses Verfahrens enthalten?

Es wird

auf die erste dieser Fragen, indem die nächstbetheiligten beiden Herren sowie die am 14. März nicht zugegen gewesenen Herren Graf Görz-Brisberg und Kloss sich der Stimmabgabe enthalten, mit Ja von den Herren

Brack, Ehrenhard, Faillard, Flagge, Götte, Haake, Jasper, Krone, Leo, Lucius, Meyer, Quenstedt, Reuter, Rimpau, v. Sackendorf, Solmiz und Struck

geantwortet, ein verneinendes Votum also nicht abgegeben;

mit allen Stimmen, einschließlich derjenigen Herrn Bod's selber, auch die zweite Frage bejaht.

Hierauf

übernimmt den Vorsitz Herr Haensler.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet derselbe namens der Statutencommission über einen vom Magistrat empfohlenen Vorschlag zum Vergleich wegen des Kriewitz'schen Nachlasses. Den Antrag, diesen der Stadt durch letztwillige Verfügung zugefallenen Nachlaß den Rosenkrantz'schen Eheleuten auf deren Alimentenforderung zu überlassen, wurde von der Versammlung am 1. August v. J. namentlich deswegen abgelehnt, weil die Erbschaft seitens der Stadt einmal angetreten war, ein Verzicht darauf also nur im Wege der Restitution möglich und diese nur durch eine Uebereilung des Magistrats zu begründen gewesen, außerdem aber zugleich mit dem Testamente auch die Legate hinfällig geworden wären, was gegen den Willen der Erblasserin, für dessen Ausführung der Magistrat durch den Erbschaftsantritt eine Verpflichtung übernommen hatte. Die in Folge dieses Beschlusses fortgesetzten Unterhandlungen haben nunmehr das Ergebnis gehabt, daß die Rosenkrantz'schen Eheleute sich erbieten, gegen Abtretung des fraglichen Nachlasses sich mit den Legataren auseinander zu setzen und namentlich die der Kleinkinderbewahranstalt vermachten 20 \mathcal{R} auszubezahlen, auch die Kosten des Vergleichs allein zu tragen. Dieses Abkommen wird die Stadt jedes Risiko überheben und erscheint um so annehmbarer, als der Ausgang eines Processes nach Lage der Dinge immerhin doch für zweifelhaft gelten muß. Auf Empfehlung der Commission erklärt damit denn auch die Versammlung sich einverstanden.

Sobann

II. trägt namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf Folgendes vor.

Bei Feststellung des Kaufpreises für die Gasanstalt wurde von der Voraussetzung ausgegangen, daß der 1864 zu 17 Millionen Cubiffuß berechnete Gasconsum sich jährlich um eine Million steigern werde. Schon 1871/72 aber müssen 42 Millionen Cbf. producirt werden, wonach denn, bei gleicher Progreßion der Zunahme, nach zwanzig Jahren der sechsfache Betrag des heutigen Quantum erforderlich sein würde. Ist hierauf nun auch mit Wahrscheinlichkeit nicht zu rechnen, so wird jedenfalls doch, und namentlich wenn die Gaspreise nochmals herabgesetzt werden sollten, der Verbrauch noch eine Reihe von Jahren stetig zunehmen. Um solchen Anforderungen aber auf die Dauer genügen zu können, ist auf den Bau eines neuen Retorten- und eines neuen Reinigungshauses Bedacht zu nehmen. Da hierzu das Grundstück der Gasanstalt bei seinem jetzigen Umfange keinen Raum bietet, so hat der Magistrat die Gelegenheit benutzt, das sub No. ord. 5 angrenzende, etwa 1 1/2 Morgen haltende Gothe'sche Grundstück mit Wohnhaus und Stallgebäuden für 10,200 \mathfrak{R} durch Mittelspersonen auf Rechnung der Stadt anzukaufen, und wird nunmehr beantragt, dies nachträglich zu genehmigen und die baar auszahlenden 6000 \mathfrak{R} aus den Cassenvorräthen der Gasanstalt zu verwilligen. Ferner hat der Zimmermeister Schacht sein Grundstück sub No. ord. 6, welches auf einem Raume von 2 Morgen 40 Ruthen drei zu 6925 \mathfrak{R} versicherte Wohnhäuser und Nebengebäude enthält, für 17,000 \mathfrak{R} angetragen: ein Preis, der keineswegs zu hoch erscheint, da der gegenwärtige Eigenthümer Grund und Boden allein mit 8000 \mathfrak{R} bezahlt hat. Dieses Grundstück für die Gasanstalt zu erwerben, ist insbesondere deswegen sehr wünschenswerth, weil sonst bei Auführung eines neuen Retortenhauses der eben erst mit einem Kostenaufwande von 5000 \mathfrak{R} vergrößerte Kohlenschuppen abgebrochen und verlegt werden müßte. In Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrathe hat der Magistrat daher mit dem Zimmermeister Schacht abgeschlossen, wofür ebenfalls die contractlich vorbehaltene Genehmigung der Versammlung nachgesucht wird, mit dem Anheimgeben, die nicht zur Hypothek stehen bleibenden Kaufgelder gleichfalls aus den Beständen der Anstalt zu verwilligen.

Die Commission hat diese Maßnahmen für nothwendig und zweckmäßig erkannt und giebt deren Genehmigung anheim, welche ohne Discussion von der Versammlung ertheilt wird.

III. Wie namens der Finanzcommission ferner Herr v. Seckendorf berichtet, war der Gewerbeschule am Schlusse des vorigen Jahres ein Vorschuß von 114 \mathfrak{R} 28 \mathfrak{g} 1 \mathfrak{d} geleistet, welcher aus deren Einnahme nicht wird gedeckt wer-

den können, und nach dem Vorschlage des Magistrats, dem die Commission beistimmt, auf die Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde übernommen werden soll.

Herr Oberbürgermeister Caspari fügt hinzu, daß die Anstalt leider keinen großen Anflang zu finden scheine, da die Zahl der Schüler unverhältnißmäßig gering, der Besuch überaus unregelmäßig sei (nicht weniger als 88 haben anhaltender Versäumnis halber ausgewiesen werden müssen!) ein Versuch aber, zur Bekämpfung dieser Uebelstände die Mitwirkung der Lehrherren zu gewinnen, keineswegs eine freundliche Aufnahme gefunden habe. Wenn der Magistrat gleichwohl noch nicht zur Aufhebung der Schule rathe, so sei dies weil man hoffe, es werde in den theilhaftigen Kreisen allmählich eine bessere Erkenntnis Platz greifen und namentlich auch die strengere Einziehung der statutenmäßigen Beitrags- und Strafgebühren das Interesse beleben helfen.

Die Versammlung erklärt sich beantragter Maßen mit der Uebernahme des Deficit einverstanden.

IV. Veranlaßt durch die Erwägung, daß den mit der öffentlichen Gesundheitspflege betrauten Behörden in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung die technischen Kenntnisse abgehen, welche zur erfolgreichen Lösung ihrer mit Erweiterung der wissenschaftlichen Einsichten fort und fort wachsenden Aufgabe erforderlich sind, hat der ärztliche Verein hieselbst beim Magistrate schon vor längerer Zeit die Einsetzung eines Gesundheitsrathes angeregt, wie deren an vielen anderen Orten bereits bestehen und mit Erfolg wirken. Der Magistrat hat den hohen Nutzen einer solchen Einrichtung nicht verkannt, auch den eingereichten Reglementsentwurf in allen wesentlichen Theilen von vornherein gebilligt. Eine Schwierigkeit hat sich alsdann in den Bedenken erhoben, die dagegen von Seiten Herzogl. Polizeidirection namentlich mit Rücksicht auf die gesetzlich bestehenden Ressortverhältnisse geltend gemacht wurden. Weitere Verhandlungen haben nun aber zu einer Vereinbarung geführt, welche vom Magistrate mit geringen Modificationen ebenfalls gutbefunden ist, und, obgleich kein eigentliches Statut, gleichwohl zum Gutachten der Versammlung vorliegt, weil diese mehrere Mitglieder zum Gesundheitsrathes soll zu stellen haben und der Stadtkasse durch die neue Einrichtung einige Kosten erwachsen werden. Die Hauptbestimmungen des vereinbarten Reglements sind folgende. Der Gesundheitsrath besteht aus dem Polizeidirector als Vorsitzenden, einem Mitgliede des Magistrats, drei Stadtmagistratsrath, einem oder mehreren städtischen Bautechnikern, dem Stadtphysicus, drei Aerzten und einem Chemiker, welcher das einzige besoldete Mitglied ist. Den erstgenannten fünf Mitgliedern ist Beschlußfassung und Executive, den übrigen nur beratendes Votum beigelegt. Der Polizeidirection in allen Sanitätsangelegenheiten zur Seite stehend, hat das Colle-

gium den öffentlichen Gesundheitszustand fortwährend zu beaufsichtigen, auf Verhütung und Beseitigung schädlicher Einflüsse Bedacht zu nehmen, gesetzliche Bestimmungen zur Beförderung des öffentlichen Gesundheitszustandes insbesondere der Schulkinder, Kostkinder und gewerblichen Hülfspersonen anzuregen und durch Materialsammlungen vorzubereiten: Aufgaben, deren Lösung durch weitere Vorschriften in Betreff der Vertheilung und Führung aller einschlägigen Geschäfte im einzelnen geregelt wird.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorschläge Herr Lucius. Sein Vortrag verbreitet sich zunächst über die Bedeutung der beabsichtigten Maßnahmen sowohl im allgemeinen als auch für hiesige Stadt insbesondere, deren Gesundheitsverhältnisse, wie der zu Grunde liegende Bericht des ärztlichen Vereins mit einer Reihe interessanter statistischer Beobachtungen belegt, von ebenso evidenten wie complicirt auftretenden Schädlichkeiten beeinflusst werden und viel schlechter sind als gewöhnlich angenommen wird, schlechter z. B. als diejenigen Berlins. Weiter geht dann Herr Lucius zur Beurtheilung der vorliegenden Bestimmungen über. Er verkennet nicht, daß ein diesen Vorschlägen gemäß organisirter Gesundheitsrath, zumal bei der sehr eingeschränkten Competenz seiner eigentlich sachverständigen Mitglieder, nicht ganz die wünschenswerthe Wirksamkeit werde entfalten können. Indessen siehe zu hoffen, daß er, einmal ins Leben getreten, bald auch mehr und mehr einwurzeln und Boden gewinnen werde, und so sei denn dieser immerhin noch schwache Anfang allerdings mit Freuden zu begrüßen.

Im allgemeinen erklärt sich damit auch die Versammlung einverstanden.

Bei Berathung der einzelnen Bestimmungen des Reglements

bemerkt zu § 4 desselben Herr Graf Götz-Wrisberg: Bei dem Umfange und der Beschwerlichkeit der dem Gesundheitsrath obliegenden Arbeiten dränge sich nothwendig die Frage auf, ob man dieselben unbefoldeten Vertrauenspersonen werde zumuthen können. Da nun für den Augenblick allerdings wohl unthunlich, noch andere Entschädigungen als die für den Chemiker auszuwerfen, so werde wenigstens die Amtsdauer der übrigen gewählten Mitglieder von vornherein auf eine bestimmte Zeit zu beschränken sein.

Auch Herr Lucius verschließt sich nicht dem Bedenken, ob unter den gegebenen Bedingungen die neue Behörde überhaupt zu einer recht kräftigen Thätigkeit im Stande sein werde. Andererseits indessen zweifle er nicht, die Verhältnisse sich allmählig von selbst dahin entwickeln zu sehen, daß für jede der gestellten Aufgaben eine bestimmte Person mit festem Gehalte dauernd angestellt werde.

Sonstige Bedenken werden nicht aufgeworfen und sonach die neun Paragraphen des Reglements von der Versammlung gutgeheißen.

Die die Revision der Bauordnung und die Anlage einer Realschule betreffend

den Vorlagen müssen theils aus sachlichen Gründen, theils wegen Abwesenheit des Herrn Referenten, von der Tagesordnung abgesetzt werden, und kommt daher als deren letzter Gegenstand

V. die Proposition wegen Einführung der Grundsteuer zur Verhandlung.

Nach dem Gesetz vom 24. August 1849 sollten die Contribution sowie alle übrigen bis dahin von Grund und Boden im Herzogthum entrichtenden Steuern und desgleichen in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel Proviant-, Service- und Fouragegelder, auch Mahl-, Schlachtyer und Thoraccisen ferner nicht erhoben, dagegen aber alles Grundeigenthum nach seinem Reinertrage zu einer gleichmäßigen allgemeinen Grundsteuer veranlagt werden, und zwar in den übrigen Landestheilen von dem nächstfolgenden ersten Januar nach Vollendung der Vorarbeiten, in den beiden Städten von einem demnächst durch besonderes Gesetz festzustellenden Zeitpunkte ab. Nachdem die neue Steuerverfassung in Wolfenbüttel schon mit dem 1. August 1859 in Kraft getreten, hat die Landesversammlung unterm 6. Mai v. J. an Herzogl. Staatsministerium das Ersuchen gerichtet, in Erwägung zu ziehen, ob dieser Zeitpunkt nunmehr nicht auch für die Stadt Braunschweig gekommen sei. Zur gutachtlichen Aeußerung aufgefordert, hat der Magistrat die Einsetzung einer gemischten Commission veranlaßt, welche den Gegenstand einer Vorprüfung unterzogen und deren Ergebnisse in einem gedruckt vorliegenden Berichte vom 15. Februar d. J. mitgetheilt hat.

Die gestellte Frage wird von ihr entschieden bejaht. Nicht weil von der Aufhebung der Mahl und Schlachtsteuer eine nennenswerthe Erleichterung der ärmeren Klassen zu erwarten stände: zu solcher ist keine Aussicht, da nach den übereinstimmenden Erfahrungen anderer Orte die Brot- und Fleischpreise von den Verbrauchssteuern keineswegs in dem Maße wie man wohl glaubt beeinflusst sind, wohl aber die neue Grundsteuer durch Steigerung der Miethpreise voraussichtlich zum größten Theil auf die Inquilinen abgewälzt werden und so wiederum am schwersten auf die minder Wohlhabenden drücken wird. Entscheidend für das Commissionsvotum ist die Erwägung gewesen, daß die in steigender Progression wachsende Zahl der Außenwohner, wenn die erfreuliche Zunahme unsrer Stadt nicht ins Stoden gerathen soll, eine Vermehrung der Zugänge nach der innern Stadt dringend erheischt, diese aber, so lange die Accise erhoben wird, schwerlich zu erreichen steht. — Die jährliche Einbuße der Staatskasse bei Aufhebung der gegenwärtigen Besteuerungsweise würde an Proviant-, Service- und Fouragegeldern 6971 fl 14 gr 1 d , an indirecten Steuern, nach Abschlag der Erhebungskosten, 71,298 fl , insgesammt also 78,269 fl 14 gr 1 d , betragen, und an deren Stelle dann die Erträge 1. der Gewerbesteuer von den bisher steuerfreien Gildegenossen, 2. der von

den Wohnhäusern und fruchttragenden Grundstücken des Stadtgebiets zu entrichtenden Grundsteuern trügen. Erstere, welche allerdings mit zu übernehmen sein wird, da der Stadt nach dem Gesetze vom 3. August 1864 für die künftige Heranziehung der Gildegenossen zur Gewerbesteuer eine Vergütung von 30,000 \mathfrak{M} zugewilligt ist, dürfte jetzt höchstens noch zu 2000 \mathfrak{M} anzunehmen sein und kann bei der Geringfügigkeit der auf den Einzelnen entfallenden Quote gegenüber den Vortheilen des neuen Besteuerungsmodus nicht ins Gewicht fallen. Die Grundsteuer für Wohnhäuser soll mit 10 Procent von der Hälfte des Miethertrages erhoben werden, die Veranlagung in 12 Klassen nach dem jährlichen Miethwerthe von 20 bis 1500 oder einem Steuercapital von 10 bis 750 \mathfrak{M} erfolgen. Die Zahl der Häuser auf 4000, ihr Versicherungskapital auf rund 20 Millionen Thaler und dessen Rente zu $6\frac{1}{2}$ Proc., also einen durchschnittlichen Miethertrag von 350 \mathfrak{M} jährlich für jedes Haus angenommen, ergibt sich für die Wohnhäuser hiesiger Stadt ein Steuercapital von 650—660,000 oder ein jährlicher Steuerbetrag von 65—66,000 \mathfrak{M} . Die übrigen fruchttragenden Grundstücke dürften nach Beschaffenheit der hiesigen Feldmark in die sechste der 12 Steuerklassen zu einem jährlichen Steuerbetrage von 100 \mathfrak{g} auf jeden Morgen eingeschätzt werden, wonach denn ihre jährliche Grundsteuer etwa 2430 \mathfrak{M} betragen würde. Hiernach hätte die Staatskasse an Steuern aus hiesiger Stadt künftig nur 70,430 \mathfrak{M} zu vereinnahmen: 7840 \mathfrak{M} weniger, als bei der jetzigen Besteuerungsweise. Dieser Ausfall aber würde zum Theil vielleicht schon bei der genaueren Einschätzung und sicher in wenigen Jahren durch Vermehrung der steuerpflichtigen Häuser und der steuernden Bevölkerung sich völlig ausgleichen. Auf die hiesigen Grundbesitzer fällt damit allerdings eine nicht unbedeutende Last, von der sie bisher frei gewesen sind. Bei der Lage der Landesgesetzgebung aber läßt dies sich nicht abwenden, und wenn 1849 die städtischen Behörden sich gegen die Anwendung des Grundsteuergesetzes auf hiesige Stadt ausgesprochen, weil damals der Werth der Grundstücke hier dermaßen gesunken war, daß eine neue Abgabe viele Eigenthümer nothwendig hätte zu Grunde richten müssen, so haben diese Verhältnisse sich nunmehr wesentlich zum Bessern gewandt, und würde es daher fehlerhaft sein, noch länger an einem Steuersystem festzuhalten, welches der nothwendigen Stadterweiterung unüberwindliche Hindernisse entgegensetzt. Für die Hauseigenthümer vermindert übrigens diese Last sich nicht unbedeutend durch Wegfall des Services, abgesehen von der Möglichkeit, die Miether Theil daran nehmen zu lassen; eine Entschädigung aber werden alle Eigenthümer in dem mit der Bevölkerungszunahme stetig steigenden Werthe der Grundstücke finden. Dem allen nach geht der Antrag der Commission dahin:

gegen Herzogliches Staatsministerium die Ansicht auszusprechen, daß der in § 34 des Gesetzes vom 24. August 1849 vorgesehene Zeitpunkt zur

Einführung der Grundsteuer in hiesiger Stadt, unter Beseitigung der nach dem Gesetze vom 21. December 1841 bestehenden indirecten Abgaben sowie der Proviant-, Service- und Fouragegelder, nunmehr gekommen sei.

Mit diesen Ansichten der Commission erklärt der Magistrat sich durch Herrn Oberbürgermeister Caspari einverstanden.

Zu Beginn der Discussion

erklärt Herr Lucius: Er halte zwar ebenfalls für zeitgemäß, die indirecten Steuern in hiesiger Stadt abzuschaffen; für bedenklich aber eine so ausschließliche Erklärung zu Gunsten der Grundsteuer. Die Accisen lasten gleichmäßig auf allen Einwohnern; jetzt, solle, und zwar sehr bedeutend, mit einem Durchschnittssatz von 15 fl auf jedes Haus, nur eine Klasse besteuert werden, was um so ungerechter, je leichter diese Last nach dem eigenen Eingeständniß des Commissionsberichtes auf die Aermereu abgewälzt werden könne. Gebe es eine Besteuerungsweise, welche die Lasten gleichmäßiger vertheile, so werde man nicht anstehen dürfen diese zu vereinbaren. Jedenfalls also müsse er anheim geben, daß bei Mittheilung des diesseitigen Gutachtens Herzoglichem Staatsministerium der Wunsch ausgedrückt werde, in Erwägung zu ziehen, ob die Grundsteuer nicht ganz oder zum Theil durch eine andere, etwa eine Einkommensteuer, zu ersetzen sei.

Herr Graf Görz-Wrisberg. Der Herr Vorredner scheine der Meinung zu sein, als müsse vermittels der neuen Steuern auf alle Fälle der ganze Betrag der bisherigen indirecten Steuern aufgebracht werden. Dies aber sei keineswegs der Fall, vielmehr handle es sich, ganz einerlei, welches etwa der finanzielle Ausfall der Neuerung sein werde, lediglich darum, ob die Stadt Braunschweig noch ferner als einzige Ausnahme von der allgemeinen Grundsteuer befreit bleiben solle oder nicht. Entscheide man sich in letztem Sinne, so sei nach Maßgabe der bestehenden Gesetzgebung eben nur die Annahme der Grundsteuer möglich. Da bei Regierung und Ständen schwerlich Neigung vorhanden, für Braunschweig aufs neue ein anomales Steuersystem zu gründen, so würde hier zur Einkommensteuer nicht anders als durch eine entsprechende Abänderung der Landessteuergesetzgebung zu gelangen sein, zu solcher aber werde man sich in den maßgebenden Kreisen ebenfalls sobald nicht schlüssig machen. Um übrigens auf Einführung einer Einkommensteuer antragen zu können, werde man füglich doch erst mit aller Sorgfalt zu prüfen haben, ob solche auch wirklich den Vorzug verdiene, und diese Frage sei bis jetzt noch nicht einmal zur Sprache gekommen.

Herr Lucius. Seine Absicht sei nicht, daß jener bestimmte Antrag gestellt, sondern nur daß eben diese Frage bei Herzogl. Staatsministerio in Anregung ge-

bracht werde. Das aber sei unbedenklich und bei den Unzuträglichkeiten der Grundsteuer in hohem Grade wünschenswerth.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari führt die von Herrn Graf Görz-Wrisberg angedeuteten Gesichtspunkte des weitern aus und gelangt dabei zu dem Ergebniss, daß Herrn Lucius' Vorschlag allerdings auch bei der Landesregierung zu dem Mißverständniß Anlaß geben könnte, als seien die städtischen Behörden der Meinung, die Staatskasse vor jedem Ausfall schützen zu müssen; daß andererseits ein dergestalt ganz beiläufig gestellter Antrag, welcher überdies nicht einmal eine bestimmte Ansicht der Versammlung ausspreche, sondern nur die Erwägung verschiedener Möglichkeiten anheimgebe, an und für sich auch ohne Bedeutung, da die Herzogliche Landesregierung, falls sie es für zweckmäßig halte, schon aus eigenem Antriebe zu solcher Erwägung schreiten und geeignete Vorlagen machen würde; daß endlich aber, wenn etwa die Versammlung sich positiv in dem angeregten Sinne erklären wollte, dagegen die unzulängliche Vorbereitung der ganzen Frage eingewandt werden müßte. Scheine ja ein Vorgehen in der Richtung des von Herrn Lucius gestellten Antrages geboten, so werde der richtige Weg sein, die Frage zunächst zur Prüfung der Commission zu verstellen, um eventuell dann bei Herzoglichem Staatsministerium den besondern Antrag einzubringen, es möge hinsichtlich der Besteuerung für Braunschweig eine Ausnahmestellung dahin beibehalten werden, daß der nach dem Gesetze von 1849 auf die Stadt entfallende Steuerbetrag theils durch die Grundsteuer, theils durch eine Einkommensteuer erhoben werde. Immerhin jedoch sei der Erfolg eines solchen Antrags sehr zweifelhaft, während es auf alle Fälle für die Stadt nur von Nachtheil sein könne, wenn die Angelegenheit noch so lange, wie es bei solcher Weiterung unfehlbar geschehen werde, in der Schwebe bleibe.

Herr Lucius hält es für einen Vorzug eben seines Antrags, daß derselbe keinerlei Weitläufigkeiten nach sich ziehen und doch auf alle Fälle die Frage, um die es sich handle, gehörigen Orts in Anregung bringen werde, während es bei unbedingtster Annahme des Commissionsvotums den Anschein gewinnen müsse, als seien die städtischen Behörden positiv und ohne jede Einschränkung mit der Grundsteuer einverstanden, worauf denn ein nachträglicher Antrag zu Gunsten der Einkommensteuer kaum noch von rechter Wirkung sein könne.

Andererseits glaubt Herr Graf Görz-Wrisberg, daß Herzogliche Landesregierung aus einem Ersuchen, wie es Herr Lucius gestellt zu sehen wünsche, ebenfalls nur würde schließen können, daß bei der Versammlung eine größere Geneigtheit zur Uebernahme der Einkommensteuer vorhanden. Eine solche Auffassung aber dürfe man nicht veranlassen, so lange die Frage nicht völlig spruchreif. Was übrigens Herrn Lucius als schwerster Nachtheil der Grundsteuer vorSchwebe, werde

durch ein gemischtes Steuersystem kaum zu mildern sein, indem eine Erhöhung der Miethpreise, einerlei ob der Betrag der Grundsteuer etwas niedriger oder höher, voraussichtlich doch nicht ausbleiben, und die Einkommensteuer dann obenein noch zu tragen sein werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Daß man sich mit der vorgeschlagenen Antwort auf die von Seiten der Landesregierung gestellte Alternative im voraus binde, sei eine unrichtige Auffassung: habe man nachher Gründe anzuführen, die eine andere Bestimmung für Braunschweig wünschenswerth erscheinen lassen, so könne man diese immer noch geltend machen. Um sich aber für die Einkommensteuer im Principe entscheiden zu können, müsse man zuvor auch in Ueberlegung genommen haben, welche der möglichen Arten einer solchen die zweckmäßigste sein würde: andernfalls könnten möglicherweise die städtischen Behörden in die schiefe Lage gerathen, die auf Grund eines allgemein gehaltenen Antrags von Herzoglicher Landesregierung etwa gemachten bestimmten Propositionen hinterher ablehnen zu müssen. Auch die praktische Durchführung einer Einkommensteuer sei keineswegs so einfach: welche Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten z. B. mit den Abschätzungen verbunden, habe man hier in Braunschweig grade neuerdings ja zur Genüge erfahren.

Herr Ehrenhard erkennt einen großen Uebelstand der ausschließlichen Grundsteuer auch darin, daß einer solchen die zahlreiche Klasse der Inhaber von Dienstwohnungen gänzlich würde entzogen bleiben.

Der Herr Vorsitzende macht hiergegen bemerklich, daß diese Erwägung gar nicht innerhalb der Besteuerungsfrage liegt, da eine freie Dienstwohnung als Theil des Dienst Einkommens zu betrachten, und es demnach lediglich zum Ermessen der vorgesetzten Behörden stehe, ob nach Eintritt der Grundsteuer zur Ausgleichung der solchen Beamten durch Aufhebung der Verbrauchssteuern etwa erwachsenden Vortheile eine anderweitige Normirung des Miethwerthes der Wohnungen vorzunehmen sei. Herrn Lucius gegenüber führt der Herr Vorsitzende aus, daß ein Präjudiz für die Grundsteuer nicht sowohl in dem Commissionsvotum als in der ganzen Sachlage enthalten sei, sofern man sich nach Lage der Dinge nur zu entscheiden habe, ob die Stadt Braunschweig ihre bisherige Sonderstellung noch ferner beibehalten oder unter die allgemeine Steuerverfassung des Landes treten solle. Ein Drittes in Vorschlag zu bringen, der Regierung eine gänzliche Umgestaltung der bestehenden Steuergesetzgebung anheim zu geben, sei die Versammlung zur Zeit nicht in der Lage. Ihrer Stellung aber würde es nicht angemessen sein, so wie es Lucius beantrage, einen ganz unbestimmten Wunsch auszusprechen.

Herr Schöttler ist ebenfalls der Ansicht, daß Wahl- und Schlachtsteuer rationeller Weise nur durch eine Einkommensteuer ersetzt werden sollten, muß indeß

anerkennen, daß dazu nach Lage unserer Gesetzgebung vorläufig keine Aussicht sei, und entscheidet sich daher für das Commissionsgutachten.

Nachdem in gleichem Sinne sich auch Herr Götke ausgesprochen, wird die Discussion geschlossen und bei der dann vorgenommenen Abstimmung Herrn Lucius' Antrag mit allgen Stimmen gegen die der Herren Bock, Ehrenhard, Faillard, Lucius abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen.

Zum Schluß

wird Herrn Bock das Wort zu einem selbständigen Antrage ertheilt. Herr Bock bemerkt, daß er dem Beschlusse hinsichtlich der öffentlichen Discussion von Versammlungsangelegenheiten beigetreten sei, weil er einem einstimmigen Wunsche der Versammlung nicht habe entgentreten mögen. Dagegen müsse er nun aber wünschen, den Uebelständen abgeholfen zu sehen, welche das verspätete Erscheinen der officiellen Protocolle für jeden Betheiligten mit sich führe, und demnach beantragen, eine Einrichtung dahin zu treffen, daß die officiellen Protocolle mindestens eben so rasch wie die Sitzungsberichte der Zeitungspressen veröffentlicht werden können.

Der Antrag wird der Statutencommission überwiesen und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung entschied die Versammlung über eine Reihe von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 2. Mai 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Kellner, Kloss, Lucius, Meyer, Schöttler.

Bei Eröffnung der Sitzung drückt der Herr Vorsitzende sein Bedauern aus, daß dieselbe nicht wie sonst auch durch die Anzeigen bekannt gemacht sei, wozu er, in der Meinung, daß es selbstverständlich, diesmal ausdrücklich Weisung zu geben vergessen habe.

Zur Genehmigung stehen die Protocolle vom 14. März und 4. April.

In ersterem vermißt Herr Bock beim vierten Punkte der Tagesordnung die gehörige Berücksichtigung seines Erbietens, dem Magistrate Auskunft über die Verhandlungen zu geben, welche zwischen dem Bleicher Büttner und dem Defonomie-rath Griepenkerl wegen der Rathsbleiche stattgefunden hatten. Herr Bock beantragt daher, das bezügliche Schreiben nachträglich im Protocoll zu veröffentlichen.

Die Versammlung lehnt dies ab,

worauf Herr Bock sich weitere Erörterungen vorbehält.

Das Protocoll vom 4. April ist vorläufig nur als Entwurf für die Mitglieder der Versammlung gedruckt. Der Herr Vorsitzende erklärt, dies mit Zustimmung der Statutencommission deshalb so angeordnet zu haben, weil er für sich allein nicht in der Lage sei, mit Sicherheit festzustellen, welches Votum Herr Bock bei Abstimmung über die Unzulässigkeit einer öffentlichen Fortführung der hier erledigten Debatten abgegeben habe. Herr Schöttler, welchem das Proto-

coll zur Prüfung vorgelegen, auch mehrere andere privatim befragte Herren glauben in Uebereinstimmung mit dem Protocollführer ein Ja von Herrn Vock vernommen zu haben. Dem widerstreite nun aber die den ebenfalls gleichlautenden Zeitungsberichten gegenüber bereits veröffentlichte Erklärung Herrn Vock's selbst. Bevor dieser Widerspruch nicht aufgeklärt sei, könne das Protocoll nicht zur Kenntniß des Publicums gebracht werden.

Herr Vock beantragt zunächst, sein Inserat in No. 79 des Braunschw. Tageblatts, wie er dasselbe bei den Verhandlungen am 4. April wörtlich verlesen, ebenso auch dem Protocolle einzuverleiben, weil nur so seine Auffassung der Sachlage zu ihrem vollen Rechte gelangen könne.

Die Versammlung lehnt dieses ab.

Hinsichtlich der fraglichen Abstimmung bleibt Herr Vock bei der Aussage, daß er sich derselben nicht angeschlossen. Allerdings habe Herr Lucius für parlamentarisch gehalten, ihm, als sein Name aufgerufen wurde, halblaut zuzureden: „Sagen Sie doch Ja.“ Einer solchen Aufforderung aber wie ein Papagei Folge zu leisten und damit gewissermaßen sich selbst ins Gesicht zu schlagen, sei ihm natürlich nicht eingefallen. Daß er in Wahrheit weder Ja noch Nein gesagt, vielmehr der Stimmabgabe sich gänzlich enthalten habe, werde ihm Herr Faillard bezeugen, der schon am Tage darauf Veranlassung gehabt habe, diese Thatsache gegen Herrn Solmiß aufrecht zu erhalten.

Beide Herrn bestätigen dies; doch glaubt Herr Solmiß seinerseits mit aller Bestimmtheit versichern zu können, daß er in dem Augenblicke, da an Herrn Vock die Reihe gewesen seine Stimme abzugeben, ein deutliches Ja gehört habe.

Herr Vock stellt entschieden in Abrede, in dem fraglichen Momente auch nur einen Laut von sich gegeben zu haben. Daß man ihn habe nöthigen wollen, an einer gegen ihn gerichteten Abstimmung theilzunehmen, möge ein Anderer als parlamentarisch anerkennen; er habe es unter seiner Würde halten müssen, sich einem solchen Verfahren zu unterwerfen. Herr Solmiß drücke sich nicht präcise aus: wenn demselben ein Ja hörbar geworden, so könne es nur dasjenige gewesen sein, welches Herr Lucius zu suppeditiere versucht habe. Er verlange daher, daß Herr Solmiß vernommen werde, ob er ein Ja oder zwei gehört!

Der Herr Vorsitzende. Eine „Vernehmung“ habe Herr Vock hier nicht zu verlangen. Denjenigen Herren, welche zur Aufklärung des Sachverhaltes etwas beizubringen wissen, werde das Wort ertheilt, und dann stehe Jedem frei, seine Wahrnehmungen ganz so vorzutragen wie er sie gemacht habe. Bei jener Abstimmung sei lediglich ein parlamentarisches Princip in Frage gewesen: daß man also nach Erörterung der gegensätzlichen Auffassungen schließlich auch Herrn Vock noch

malß um seine Meinung befragt habe, werde kein Unbefangener für eine unwürdige Zumuthung erklären.

Herr Götke hat ganz deutlich Herrn Vock's eigene Stimme gehört, kann aber nicht behaupten, daß derselbe mit Ja geantwortet habe. Wenn Herr Vock nun der Abstimmung sich gänzlich wolle enthalten haben, so müßte doch auffallen, daß ein Mann, der sich um die genaue Darlegung seiner Absichten sonst mit einer Gründlichkeit bemüht zeige, in der es ihm kein anderes Mitglied der Versammlung gleichthue, nicht auch diesmal seine Stimmenthaltung ausdrücklich constatirt habe.

Herr Graf Görz-Wrisberg. Mit Genugthuung könne er sagen, daß während der fünf Jahre, welche er die Ehre habe dieser Versammlung anzugehören, hier noch niemals ein solcher Ton der Discussion gehört sei, wie ihn Herr Vock anzuschlagen gut finde. Wenn Herr Vock es „unter seiner Würde“ halte, Maßnahmen über sich ergehen zu lassen, zu der die Versammlung sich genöthigt sehe, so könne man es zur Beurtheilung jedes richtig empfindenden Menschen vorstellen, ob eine derartige Ausdrucksweise der Achtung entspreche, welche die Versammlung beanspruchen müsse. Wenn Herr Vock ferner wie ein Recht glaube fordern zu dürfen, daß seinethalben dieser oder jener Colleague „vernommen“ werde, so sei dies ebenfalls nicht am Platze: hier habe Niemand sich vernehmen zu lassen, sondern wer Sachdienliches zu sagen wisse, der melde sich zum Worte und spreche dann sich in bescheidener und dem Gegenstande angemessener Weise aus.

Herr Vock vermag nicht einzusehen, warum Mitglieder der Versammlung sich da wo es die Wahrheit gelte, nicht einer Vernehmung unterwerfen sollten. Der übrigen Kritik des Herrn Vorredners setzt Herr Vock den Wunsch entgegen, daß es Herrn Grafen Görz-Wrisberg gefallen möge, das Inserat in No. 79 des Tageblattes nochmals zu lesen und dann zu sagen, wo dasselbe die Insulte enthalte, welche derselbe laut des Protocolls vom 10. April darin gefunden habe. Herr Vock schickt sich in Betreff dieses Punctes zu einer weiteren Erörterung an,

die jedoch als nicht zur Sache gehörig durch den Herrn Vorsitzenden verhindert wird.

Herr Vock. Herrn Grafen Görz-Wrisberg habe freigestanden, ihn anzugreifen; da man an diesem Orte Standesunterschiede doch wohl nicht wolle gelten lassen, so nehme er für sich das Recht in Anspruch, mit seiner Vertheidigung fortzufahren so lange und in welcher Weise es ihm erforderlich zu sein scheine.

Der Herr Vorsitzende. Herr Vock habe so wenig wie irgend ein anderes Mitglied der Versammlung das Recht, von dem eigentlichen Gegenstande einer Discussion beliebig abzuspringen, um auf abgethane Dinge zurückzukommen. — Uebrigens werde die gegenwärtig vorliegende Frage schwerlich zum Abschluß kommen

können, ohne daß man Herrn Bock unmittelbare Signachbarn, die abwesenden Herren Kloss und Lucius höre. Der Herr Vorsitzende giebt demgemäß anheim, die Verificirung des Protocolls vom 4. April bis zur nächsten Sitzung aufzuschieben.

In Erwägung, daß es für den betreffenden Beschluß selbst gänzlich irrelevant gewesen, ob Herr Bock so oder so gestimmt, daß aber jetzt schon die Debatte eine beklagenswerthe Schärfe angenommen habe, hält Herr Peters für gerathen, einseitigen der Auffassung des Protocollführers Glauben zu schenken, das Protocoll also so wie es vorliegt gelten zu lassen, und zu erwarten, ob Herr Bock Vorschläge zu machen habe, wie seine Reclamation begründet werden könne.

Der Herr Vorsitzende hält dies Verfahren für unstatthaft, da es Sache der Versammlung sei das Protocoll festzustellen.

Herr Graf Götz-Wrisberg wünscht ebenfalls längern Aufschub vermieden zu sehen und schlägt als Ausweg vor, das Protocoll in seiner gegenwärtigen Fassung zu veröffentlichen, Herrn Bock's Einwendungen aber durch das heutige Protocoll zur Kenntniß des Publicums zu bringen.

Auf die Erklärung Herrn Bock's, daß er gegen die Veröffentlichung jedes Protocolls protestiren werde, welches er als richtig nicht anzuerkennen vermöge, erwidert der Herr Vorsitzende, daß ein solcher Protest, sobald einmal die Versammlung über das Protocoll befunden habe, durchaus müßig sein würde.

Die Versammlung beschließt dem Antrage des Herrn Vorsitzenden gemäß, welcher hierauf den weiteren Inhalt des Protocolls zur Begutachtung verstellt.

Herr Bock verlangt die Aussetzung des Verfahrens auch hierüber, was der Herr Vorsitzende ablehnt.

Herr Bock nimmt hierauf das Wort zu einer weitem Erklärung gegen das Protocoll, beginnt dann aber auszuführen, wie er seinen Antrag am 22. Februar nicht so wie bei den Verhandlungen am 4. April Herr Graf Götz-Wrisberg es dargestellt, sondern mit den Worten eingeleitet habe: „Es wird einer weitem Motivirung nicht bedürfen, daß die Stadt ihre Hand nicht kann bieten wollen, wenn ein ärmerer Mitbürger in Gefahr ist, von einem reicheren beschwindelt zu werden“.

Von dem Herrn Vorsitzenden aufmerksam gemacht, daß dies nichts sei, was zur Rectificirung des Protocolls vom 4. April dienen könne, um die allein es sich jetzt handle, Herr Bock also nicht bei der Sache bleibe,

beruft Herr Bock sich darauf, daß seine Ausführung eine in eben diesem Protocolle niedergelegte unrichtige Darstellung zum Gegenstande habe.

Der Herr Vorsitzende sucht Herrn Bock zu verständigen, daß es in diesem Augenblicke nicht darauf ankomme, ob ein in der vorigen Sitzung gethaner

Ausspruch von Herrn Bock als richtig anerkannt werde oder nicht, sondern lediglich darauf, ob das Protocoll von den Vorkommnissen dieser Sitzung ein wahrheitsgetreues Bild gebe.

Da Herr Bock gleichwohl mit seiner Polemik gegen Herrn Grafen Görz-Wrisberg fortfährt,

erklärt der Herr Vorsitzende, der Versammlung anheim stellen zu müssen, ob Herrn Bock eine solche Abschweifung von der Sache gestattet werden solle,

worauf Herr Bock auf das Wort verzichtet und die Versammlung verläßt.

Unter Ausschuß des noch streitigen Punctes wird dann das Protocoll vom 4. April genehmigt. Auch ist die Versammlung damit einverstanden, daß das heutige Protocoll ebenfalls erst nach vorgängiger Prüfung im Plenum veröffentlicht werde.

Sodann

II. erstattet namens der Statutencommission Herr Graf Görz-Wrisberg Bericht über den am 4. April von Herrn Bock gestellten Antrag:

eine Einrichtung dahin zu treffen, daß die officiellen Protocolle mindestens ebenso rasch wie die Berichte der Zeitungsapresse veröffentlicht werden können.

Die Commission hat zunächst constatirt, daß in der Geschäftsordnung nähere Bestimmungen über die Art und Weise wie bei Publication der Protocolle zu verfahren, nicht enthalten sind. Sie ist demnach zu selbständiger Prüfung des vorliegenden Antrags geschritten und zu folgendem Ergebniß gelangt. Allerdings erscheint geboten, die hier gepflogenen Verhandlungen möglichst rasch zur Kenntniß des Publicums zu bringen, weil dadurch allein in weiteren Kreisen das wünschenswerthe Interesse an den Arbeiten der Versammlung rege erhalten werden kann. So rasch jedoch wie die in den Zeitungen gelieferten Referate, werden die officiellen Sitzungsberichte nicht geliefert werden können. Denn jene haben nur den Zweck, einen ungefähren Ueberblick der vorgekommenen Erörterungen und Beschlüsse zu geben; diese hingegen sollen ein authentisches Material für die amtlichen Beziehungen zwischen Magistrat und Stadtverordneten liefern. Dazu aber ist sowohl bei ihrer Abfassung als auch bei der früher einer besondern Commission, seit einigen Jahren zu größerer Vereinfachung nur dem Herrn Vorsitzenden obliegenden Vorprüfung eine Sorgfalt erforderlich, wie sie in so kurz bemessener Frist nicht würde angewendet werden können. Die Commission verkennt ferner die Uebelstände nicht, welche mit der nachträglichen Erledigung von Reclamationen gegen die bereits veröffentlichten Protocolle verbunden sind. Sie hat daher auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßiger sein würde, die Protocolle in derselben Weise wie es mit dem vom 4. April geschehen, immer erst nur für die Mitglieder der Versammlung

breiten zu lassen, einen Zeitraum festzusetzen, innerhalb dessen etwaige Einreden vorzubringen wären, und erst wenn eine Verständigung darüber erzielt, zu weiterer Bekanntmachung zu schreiten. Da diese Verständigung aber ohne Mitwirkung des Plenums voraussichtlich in vielen Fällen nur schwer oder gar nicht zu erreichen sein dürfte — eine Befürchtung, zu welcher die soeben vorgefallenen Debatten eine nur zu schlagende Illustration geliefert — so hat die Commission geglaubt, von den angebotenen Vorschlägen absehen und der Versammlung anheimgeben zu müssen, daß es bei dem bisherigen Verfahren im ganzen sein Bewenden behalte, zugleich aber der Wunsch ausgesprochen werde, die Herstellung der Protocolle inskünftige nach Möglichkeit beschleunigt zu sehen, wozu der Herr Vorsitzende sowie auch der Protocollführer ihre Mitwirkung im Voraus zugesagt haben.

Die Versammlung erklärt sich einverstanden, und ist somit Herrn Voss Antrag abgelehnt.

Ferner

III. trägt auf Grund eines Magistratschreibens vom 10. v. M. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf vor, daß der Gärtner Boffe zwei zu den Abfindungsplänen der Schulhäuser am Radeflint und auf der Wilhelmsstraße gehörige, vor dem Petriithore und auf der Wendenmarsch belegene Wiesenflächen von bzm. 1 Morgen 96,24 Ruthen und 117,3 Ruthen zu dem Preise von 600 \mathfrak{f} zu kaufen erbötig. Da beide Wiesen zusammen für 18 \mathfrak{f} jährlich verpachtet sind, und ein höherer Pachtzins allen Erkundigungen zufolge nicht in Aussicht steht, giebt der Magistrat anheim, die Hiernach immerhin vortheilhafte Verkaufserklärung zu dem angetragenen Kaufpreise zu genehmigen. Die Commission wünscht vor allem nähere Aufklärung über die Lage der fraglichen Parzellen und namentlich derjenigen auf der Wendenmarsch, um ermessen zu können, ob dieselben sich nicht in näherer oder fernerer Zeit zu Baupläzen eignen und sonach dann zu einem höhern Preise ausgebracht werden könnten; event. beantragt der Herr Referent, den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Nachdem jedoch die Herren Quenstedt, Ehrenhard und Flagge aus eigener Vorkenntniß die gänzliche Unwahrscheinlichkeit der angenommenen Eventualität dargethan haben,

wird seitens der Versammlung der Zuschlag beantragter Mäßen erteilt.

IV. In einem Schreiben vom 9. v. M. theilt der Magistrat mit, daß der Bau Rath Hobrecht in Berlin für sein Gutachten über das Project einer Canallstreckung hiesiger Stadt an Honorar und für Auslagen insgesammt 75 \mathfrak{f} liquiditt

hat. Der Magistrat hält diese Forderung für äußerst mäßig und beantragt demnach, 100 R zu verwilligen.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorf berichtet, ist damit einverstanden und giebt weiter anheim, daß diese Summe in Friedrichsd'or ausbezahlt werde.

Herr Wie weg schlägt eine Erhöhung auf 30 Friedrichsd'or vor.

Nachdem jedoch

der Herr Oberbürgermeister Caspari darauf hingewiesen, daß zu einer so weit getriebenen Freigebigkeit, zumal in einem Falle, wo man wie hier über Geld der Stadt disponire, keine Veranlassung vorliege,

Herr Reuter auch dargethan hat, daß die Summe von 20 Friedrichsd'or den Bemühungen des Baurath Hobrecht ungefähr entsprechen werde,

beschließt die Versammlung dem Antrage der Commission gemäß.

Es folgt

V. durch Herrn Grafen Götz-Brissberg erstattet, der Bericht der Statutencommission über ein gedruckt vorliegendes Schreiben vom 4. December v. J., in welchem der Magistrat zufolge des Beschlusses der Versammlung am 2. August v. J. seine Vorschläge in Betreff der Einrichtung einer städtischen Real- oder höhern Bürgerschule entwickelt.

Nach Charakterisirung der Schulbildungsgrade, durch welche in Preußen das Recht zur Anstellung in den verschiedenen Zweigen des Staatsdienstes sowie zum Besuche höherer Lehranstalten, im ganzen Reiche die Zulassung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste erworben wird, legt der Magistrat ausführlich dar, welche Verhältnisse die Gründung einer zwischen den gewöhnlichen Bürgerschulen auf der einen, dem Gymnasium und der Realschule auf der andern Seite in der Mitte stehenden Unterrichtsanstalt für hiesige Stadt wünschenswerth und nothwendig erscheinen lassen. Zunächst kommt dabei der Umstand in Betracht, daß das Gymnasium und die vorhandene Realschule dem Bedürfniß hiesiger Stadt und Umgegend schon räumlich nicht mehr genügen, die Einrichtung von neuen Schulen dieser Art auf Staatskosten aber schwerlich zu erwarten steht; sodann aber und vornehmlich die Thatsache, daß denselben, so lange dort allein eine über das Lehrziel der mittleren Bürgerschulen hinausgehende Bildung zu erlangen ist, nothwendig eine große Menge Schüler zugeführt werden, welche nur bis in die mittleren Klassen vorrücken können, selbst also in keinem Wissenszweige zu einem rechten Abschluß gelangen und zugleich in Folge ihres natürlichen Mangels an Interesse für manches was sie späterhin nicht werden verwerthen können, auf die Gesamtleistung der grade durch sie überfüllten Klassen drücken. Von Herzoglicher Landesregierung kann aber auch die Er-

richtung einer zur Abhilfe dieser Uebelstände geeigneten Mittelschule weder gefordert noch erwartet werden; der Magistrat anerkennt daher als eine Pflicht der Stadtbehörden, Sorge dafür zu tragen. — Hinsichtlich der Organisation der neuen Schule war zunächst zu erwägen, ob eine Realschule zweiter Ordnung oder eine höhere Bürgerschule den Vorzug verdiene. Der wesentliche Unterschied zwischen Schulen dieser und jener Art liegt darin, daß für erstere das Lateinische obligatorischer Unterrichtsgegenstand ist, während es von letzteren ausgeschlossen bleibt. Für diese Beschränkung entscheidet sich denn auch der Magistrat; in allem übrigen aber soll der Unterricht der neuen Schule durchaus nach den Forderungen einer Realschule zweiter Klasse bemessen werden, damit auch für ihre Schüler das Recht erlangt werden kann, nach erfolgreichem Besuch der Prima ihrer Militärpflicht als Einjährig-Freiwilliger zu genügen, zu welchem Ende der Magistrat Herzogl. Staatsministerium ersuchen wird, die geeigneten Schritte beim Reichskanzler zu thun. Demnach denkt der Magistrat die neue Schule auf sechs Klassen einzurichten, beim Schulbau aber auf drei Elementarklassen Rücksicht zu nehmen, welche zur Vorbildung solcher Schüler dienen sollen, die nachher etwa auf die Realschule erster Ordnung überzugehen beabsichtigen. Als Zeit des Eintritts wird das neunte Lebensjahr gesetzt. Die Oberaufsicht würde nicht von den städtischen Schulbehörden sondern von dem Ephorate und dem Consistorium gehandhabt werden, die Lehrer aber von den Gemeindebehörden anzustellen sein, welche auch das Schulgeld zu bestimmen und hingegen für Deckung der Kosten zu sorgen hätten. — Die Kosten betreffend, so dürften zunächst zum Ankauf eines Grundstückes und für den Schulbau 70—80,000 \mathfrak{M} erforderlich und diese Summe als ein von der Stadt vorweg zu bringendes Opfer anzusehen sein; über die currenten Einnahmen und Ausgaben legt der Magistrat einen Etat vor, nach welchem erstere zu 3600, letztere zu 9950 \mathfrak{M} angenommen sind. Rückfichtlich der Einnahmen rechnet der Magistrat zu Anfang auf 200 Schüler und auf ein Schulgeld von je 20 \mathfrak{M} für die erste Klasse, 18 für die zweite und dritte, 16 für die übrigen, einschließlich der Elementarklassen, und auf eine Einführungsgebühr von 1 \mathfrak{M} sowohl bei der Aufnahme als auch bei jedem Aufrücken, faßt zugleich aber eine Erhöhung des Schulgeldes auf bzw. 24 und 20 \mathfrak{M} ins Auge — eine Maßregel, deren Durchführbarkeit allerdings von dem Erfolge eines bei Herzogl. Landesregierung zu stellenden Antrags auf gleiche Steigerung für Gymnasium und Realschule erster Ordnung abhängen wird. Da ferner die Stadt einen nicht unbedeutenden Theil der nach Art. 8. des Interimisticums von 1832 der Staatskasse obliegenden Verbindlichkeiten auf die projectirte Schule zu übernehmen bereit ist, so steht zu hoffen, daß ihr zur Deckung des diesseits erforderlichen jährlichen Zuschusses einige der Einnahmen aus städtischen Legaten und sonstigen Leistungen werden zugewiesen werden, welche bisher nach eben jenem Vertrage zur Unter-

haltung der Staatsschulen verwandt sind. Nach diesem allen formulirt der Magistrat seine Vorschläge folgendermaßen:

1. Es wird auf Kosten der Stadt eine Realschule zweiter Ordnung oder eine höhere Bürgerschule errichtet und derselben diejenige Organisation gegeben, welche nach den Bestimmungen des Reichskanzlers nöthig ist, damit die Schüler der ersten Klasse das Recht zum Eintritt als Einjährigfreiwillige erhalten; jedoch jedenfalls unter Ausschluß des Unterrichts im Lateinischen.
2. Rücksichtlich der Stellung und Befugnisse der Stadt gegenüber der neuen Schule kommen im allgemeinen, jedoch unter den durch die hiesigen Verhältnisse bedingten Modificationen, die in der Stadt Essen bestehenden Grundsätze zur Anwendung, und wird der Magistrat ermächtigt, die erforderlichen Anträge bei Herzogl. Staatsministerium zu stellen, vorbezüglich weiterer Mittheilung an die Stadtverordnetenversammlung vor definitivem Abschluß.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, mit Herzogl. Landesregierung wegen gänzlicher Beseitigung von Art. 8. des Interimisticums von 1832 und dessen Ersetzung durch einen andern auf den vorhin angedeuteten Grundlagen abzuschließenden Vertrag in Unterhandlung zu treten, jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung eines definitiven Abschlusses durch die Stadtverordneten.
4. Die Gründung der Schule wird davon abhängig gemacht, daß über die unter 2. und 3. erwähnten Punkte ein den Interessen der Stadt entsprechendes Uebereinkommen mit Herzogl. Landesregierung getroffen werde, und ist insofern der zu fassende Beschluß als provisorischer zu betrachten.
5. Es wird vorläufig der angeschlossene Etat als Grundlage für die neue Schule angenommen, dessen definitive Festsetzung jedoch vorbehalten, bis die Organisation der Schule mit den erforderlichen Lehrkräften feststeht.
6. Das Schulgeld wird vorläufig auf jährlich 20 fl für die erste, 18 fl für die beiden folgenden und 16 fl für alle übrigen Klassen festgesetzt, zugleich aber beschlossen, mit Herzogl. Landesregierung wegen einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Erhöhung des Schulgeldes auf dem hiesigen Gymnasium und Realgymnasium um 4 fl jährlich zu verhandeln und dann auch in der neuen städtischen Schule die gleiche Steigerung eintreten zu lassen.
7. Mit der neuen Schule werden drei Elementarklassen als Vorschule verbunden und das Schulgeld für diese auf 16 fl jährlich festgesetzt.

8. Der erforderliche Zuschuß wird auf die Revenüen des Kreisfonds übernommen.
9. Damit die neue Schule möglichst bald ins Leben treten könne, wird der Magistrat ermächtigt, wegen Ankaufs eines geeigneten Locals in Verhandlungen einzutreten und vorbehaltlich der Genehmigung durch die Stadtverordneten und Herzogl. Staatsministerium einen Vertrag abzuschließen.

Die Commission ist mit diesen Vorschlägen im ganzen einverstanden, hegt jedoch das Bedenken, ob die beabsichtigte Schulgeldserhöhung mit der billigen Rücksicht auf die minder bemittelten Kreise der hiesigen Einwohnerschaft verträglich sei, und giebt demnach die Genehmigung der Vorlage mit Ausschluß dieses einen Punctes anheim, wünscht aber, daß der Versammlung zuvor erst noch einige genauere Auskunft über die dem Magistrat als Muster vorschwebenden Einrichtungen in Essen gemacht werden.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari bedauert, dem im Augenblicke nicht zur Genüge entsprechen zu können, da die bezüglichlichen Mittheilungen, welche bei den Commissionsmitgliedern in Umlauf gesetzt waren, zur Zeit noch nicht wieder zu den Acten gelangt sind. Im wesentlichen aber sei die Einrichtung der höhern Bürgerschule in Essen eben die welche der Magistrat für die hier zu gründende neue Schule ins Auge gefaßt habe: die Stadt trage deren Kosten und stelle die Lehrer an, während die Oberaufsicht dem Provinzialschuldirektorium zu Düsseldorf zustehe.

Auf eine Anfrage Herrn Flagges theilt der Herr Oberbürgermeister Caspari mit, daß in maximo auf 600 Schüler für die neue Anstalt gerechnet werde.

Zum Etat derselben bemerkt Herr v. Seckendorf, daß der Magistrat sich hoffentlich nicht an die Position von 1400 fl für den Schuldirektor werde gebunden halten, falls etwa um höhern Gehalt eine besonders geeignete Capacität zu erlangen wäre.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari bestätigt diese Auffassung und fügt hinzu, daß der ganze Etat nur auf ungefähren Annahmen beruhe, der Magistrat aber in erster Linie für möglichst tüchtige Lehrkräfte Sorge tragen, erforderlichen Falls also nicht nur für den Director sondern auch für das übrige Personal unbedingt höhere Gehaltsätze verwilligen werde.

Herr Graf Görz-Brissberg führt an, daß die Directoren der höheren Bürgerschulen resp. der entsprechenden Realschulen zu Berlin 1600, zu Magdeburg und Hannover 1400 fl Gehalt beziehen, und demnach letzterer Satz unter gewöhnlichen Verhältnissen auch für hiesige Stadt angemessen erscheinen müsse.

Auf eine Anfrage Herrn Reide meisters: welche Gründe den Magistrat

bewogen haben, für die neue Schule auf ein so anerkanntes Bildungsmittel wie der Unterricht im Lateinischen ist, zu verzichten?

erwidert der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß die Aufnahme des Lateinischen in den Lehrplan der Bestimmung der Schule und deren beabsichtigter Stellung zu den übrigen Schulen nicht entsprochen haben würde und um so weniger erforderlich erscheine, als eine Voraussetzung des ganzen Projectes die sei, daß das bestehende Realgymnasium zu einer Realschule erster Klasse umgestaltet werde.

Nachdem schließlich der Herr Oberbürgermeister Caspari die Erklärung abgegeben hat, daß auf die beanstandete Schulgeldserhöhung auch seitens des Magistrats kein Gewicht gelegt werde,

ertheilt die Versammlung einstimmig den Vorschlägen des Magistrats ihre Genehmigung.

Nach einem Beschlusse am 2. August v. J. war ferner

VI. an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, geeignete Schritte zu thun, um die Anlegung eines Centralfriedhofes mit Leichenhaus anzubahnen. Wie hierauf in einem Schreiben vom 10. November 1871 mitgetheilt wird, hatte der Magistrat zu dem Ende schon vorher aus Anlaß des nahe bevorstehenden Raummanuels auf dem Katharinenkirchhofe mit den Deputirten der sieben städtischen Kirchengemeinden Unterhandlungen angeknüpft, in der Absicht, nach erzielter Verständigung mit diesen auch die Vertreter der übrigen Kirchengemeinden und Religionsgesellschaften hiesiger Stadt hinzuzuziehen. Bisher jedoch ist diese Verständigung nicht geglückt, indem einige Kirchenvorstände die Beibehaltung des jetzigen Verhältnisses wollen, andere sich zwar für eine Zusammenlegung entscheiden aber doch zwei oder drei Friedhöfe wünschen, einige endlich für völlige Centralisation sind. Weitere Verhandlungen werden nach Ansicht des Magistrats mit Erfolg erst dann stattfinden können, wenn er bestimmte Vorschläge zu machen im Stande ist, zu deren Feststellung nunmehr die Mitwirkung der Versammlung in Anspruch genommen wird.

Nachdem zum voraus constatirt ist, daß eingezogenen Erkundigungen nach auch in Hannover, Leipzig, Dresden, Berlin, Frankfurt a. M., Elberfeld und München die betreffenden Einrichtungen zum großen Theile ganz andere sind als gewöhnlich geglaubt wird, und namentlich von einer zwangsweise angeordneten Centralisation sämmtlicher Friedhöfe nirgend die Rede ist, geht das Magistrats Schreiben zu eingehender Untersuchung der Rechtsverhältnisse über, welche im Herzogthum Braunschweig und insbesondere in hiesiger Stadt in Bezug auf die Pflicht zur Unterhaltung eines Kirchhofes, die Mitwirkung der verschiedenen Behörden bei Anlegung von Kirchhöfen und das Eigenthum an den vorhandenen Kirchhöfen bestehen. Der Magistrat bemerkt, daß die Kirchhöfe im ganzen Herzogthume nicht als gemeinheitliche

sondern als kirchliche Angelegenheiten aufgefaßt werden und demnach unter Oberaufsicht der kirchlichen Behörden, in letzter Instanz, abgesehen von der Stadt Braunschweig, unter der des Consistoriums stehen, bei Anlegung neuer Kirchhöfe aber wegen der dabei in Betracht kommenden gemeinheitlichen und polizeilichen Rücksichten auch die politischen Verwaltungsorgane zu hören sind, und insbesondere die Beerdigungsplätze da wo die politische und die kirchliche Gemeinde zusammenfallen, meist ohne weiteres von ersterer beschafft werden. In Braunschweig selbst liegen die Verhältnisse insofern anders, als hier jede lutherische oder andere Gemeinde ihren eigenen Kirchhof hat. Wie die Kirchhöfe entstanden sind bleibt freilich im Dunkel, und namentlich läßt sich nicht angeben, in welcher Weise die verschiedenen Behörden bei der Verlegung vor die Thore mitgewirkt haben. So viel jedoch steht fest, daß die seit einer Reihe von Jahren vorgenommenen Erweiterungen zwar von den Kirchenvorständen beschlossen sind, bei Ankauf des nöthigen Terrains jedoch Magistrat und Ministerium ihre Zustimmung erteilt haben, nicht aber das Consistorium, dessen Mitwirkung der Magistrat denn auch fernerhin zurückweisen zu müssen glaubt. Im Einzelnen gelangt schließlich das Schreiben hinsichtlich der hiesigen Verhältnisse zu folgenden Resultaten. 1. Jede Kirchengemeinde und Religionsgesellschaft in hiesiger Stadt hat zunächst für einen Friedhof selbst zu sorgen, vorbehaltlich jedoch der allgemeinen Verbindlichkeit der Stadtgemeinde, für einen Begräbnißplatz aufzukommen, wenn die Kirchengemeinde dazu nicht im Stande ist. 2. Bei Anlegung eines neuen Begräbnißplatzes können die Gemeindeorgane und die Polizeibehörde insofern die Mitwirkung beanspruchen, als hinsichtlich des Platzes und seiner Herrichtung ihr Einverständnis erforderlich ist; bei mangelnder Uebereinstimmung entscheidet Herzogl. Staatsministerium. Gibt die Stadtgemeinde den Kirchhof her, so muß ihr auch die Wahl des Platzes zustehen, doch ist sie wie in allen Gemeindeangelegenheiten der Entscheidung Herzogl. Staatsministerii auch dann unterworfen, wenn der aufzuerschene Platz von den kirchlichen Organen für ungeeignet gehalten wird. 3. Die Wahl des Begräbnißplatzes und die Bestimmung über dessen Einrichtungen steht, abgesehen von dem eben gedachten Falle, zunächst immer der betr. Kirchengemeinde zu, sodaß die Einwirkung der Gemeindeorgane und der Polizei nur negirend sein kann. Die Genehmigung des Magistrats als Vertreters der äußerlichen kirchlichen Angelegenheiten und Oberaufsehers der Verwaltung des Kirchenvermögens, bei allen lutherischen Stadtkirchen, wenn Kirchenmittel verwandt werden sollen, auch des Kirchencassencollegiums, und auf alle Fälle in oberster Instanz des Herzogl. Staatsministerii, ist selbstverständlich vorbehalten. 4. Die Kirchhöfe, wenn auch durch die Stadtgemeinde angelegt, fallen unter die Verwaltung der kirchlichen Behörden und gehen in das Eigenthum der Kirchen über, welche die Nutzungen beziehen und für die Unterhaltung zu sorgen haben. 5. Die Festsetzung der Vergütungen für Be-

nutzung der Kirchhöfe ist lediglich Sache der kirchlichen Organe und Behörden. Wird indeß der Kirchhof von der Stadt angekauft und eingerichtet, so werden bei dieser Festsetzung die Gemeindeorgane zu hören sein. 6. Die Benutzung bestehender Kirchhöfe kann den Kirchengemeinden aus Gründen des Interesses der politischen Gemeinde zwar entzogen werden, aber nur gegen vollständige Entschädigung, auf welche in solchen Fällen auch die Eigenthümer besonderer Grabstellen Anspruch haben. 7. Da jede Kirchengemeinde Eigenthümerin des von ihr eingerichteten Friedhofes ist, so braucht sie dessen Benutzung den Mitgliedern fremder Gemeinden nicht zu gestatten und kann eventuell die Bedingungen dafür festsetzen. Der Umstand, daß die Kirchhöfe als eine Kirchensache zu betrachten sind, führt zu dem Schlusse, daß jede Religionsgesellschaft ihren besondern Kirchhof haben muß. 8. Die zu Kirchhöfen erforderlichen Grundstücke können nöthigenfalls durch Expropriation erworben werden.

In seinem zweiten Theile wendet sich das Magistratschreiben zur Erwägung der hier zu treffenden neuen Einrichtungen. Außer jenen Rechtsverhältnissen wird dabei auch das bestehende Herkommen in Betracht gezogen, dessen scharfe Beseitigung voraussichtlich auf starken Widerstand stoßen, und falls sie dennoch gelänge, nicht unerhebliche moralische Nachtheile mit sich führen würde. Dahin gehört die Begleitung der Leiche vom Trauerhause nach dem Friedhofe. Mit Rücksicht auf diese Sitte wird man die Friedhöfe von der Stadt oder von demjenigen Theile derselben, in welchem die Kirchengemeinde belegen ist, nicht allzuweit entfernen dürfen, was denn auch im Interesse einer künftigen Bebauung keineswegs geboten erscheint, da vor allen Thoren Gegenden zu finden, wohin die Stadt sich voraussichtlich nicht ausdehnen wird. Berücksichtigung fordert ferner der Umstand, daß mit den bestehenden gesonderten Kirchhöfen sich die Erinnerungen der Gemeindemitglieder an liebe Verstorbene verknüpfen. Nach der Ueberzeugung des Magistrats würde die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Friedhofes für alle Gemeinden die Folge haben, daß die einzelnen Gemeinden nicht mehr mit gleicher Liebe wie bisher für die Unterhaltung und Ausschmückung ihrer Begräbnißplätze sorgen möchten, diese somit dem früheren Zustande bedauerlicher Vernachlässigung anheimfielen, und dadurch zugleich ein sehr fühlbarer Ausfall an den Kircheneinnahmen entstände. Hält nach dem Allen der Magistrat eine Zusammenlegung aller Kirchhöfe an einer Stelle für unthunlich, so erscheint doch eine größere Concentration derselben sehr wünschenswerth, und zwar in der Weise, daß je für mehrere Kirchengemeinden in geeigneter Lage gemeinsame Friedhöfe hergerichtet werden. Da zu dem Ende dann aber sofort größere Terrainflächen angekauft werden müssen, und die Mittel der Kirchen dazu nicht ausreichen, so wird die Stadt sich nicht weigern können, helfend einzutreten. Auch die Kosten für die mit den Todtengräberwohnungen zu verbindenden Leichenhäuser,

welche alsdann angelegt werden können, deren Benutzung indeffen nach Ansicht des Magistrats nur bei Epidemien zu erzwingen, sonst aber dem freien Willen der Betheiligten überlassen werden soll, wird die Stadt zu tragen haben, zumal wenn für die Benutzung keine besondere Gebühren erhoben werden, was allerdings nicht für zweckmäßig gehalten wird.

Hiernach hält der Magistrat folgende Vorschläge geeignet als Grundlage einer Vereinbarung zu dienen:

1. Die Friedhöfe des Domes und der Magnikirche, welche noch auf längere Zeit ausreichen werden und erforderlichen Falls leicht vergrößert werden können, werden vorläufig belassen wo sie sich jetzt befinden.
2. Für die Katharinen- und Andreaskirche wird ein gemeinschaftlicher Begräbnißplatz, jedoch so, daß jede Gemeinde ihren besondern Antheil überwiesen erhält, vor dem Wendenthore eingerichtet, dessen Wahl, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die städtischen Behörden, den beiderseitigen Kirchenvorständen zusteht.
3. Ebenso wird vor dem Wilhelmi- oder Hohenthore ein gemeinsamer Friedhof für die Martini-, Michaelis-, Brüdern- und Petrigemeinde angelegt.
4. Die Gemeinde zum Kreuzkloster, das Militair, die reformirte, katholische und jüdische Gemeinde können ihre gesonderten Begräbnißplätze beibehalten oder sich einem der beiden gemeinschaftlichen Friedhöfe anschließen, wo sie dann je ihre besondere Abtheilung erhalten.
5. Jeder Kirchengemeinde steht das Recht zu, ihren Kirchhof so lange er ausreicht ungestört zu benutzen.
6. Die Stadt übernimmt es, das Terrain zu den Centralfriedhöfen zu erwerben und behält dessen Nutzung so lange es nicht als Begräbnißplatz dient. Wird einer Kirche ihre Abtheilung zum Gebrauch übergeben, so ist der Stadt die entsprechende Quote des Kaufgeldes zu erstatten, auch für Einfriedigung und Herrichtung des Platzes seitens der Kirche zu sorgen.
7. Von diesem Augenblicke an geht die Beaufsichtigung und Unterhaltung auf die kirchlichen Behörden über und bezieht die Kirche die Begräbnißgebühren.
8. Wenn die städtischen Behörden die Erbauung von Leichenhäusern beschließen, was lediglich zu ihrem Ermessen steht, so haben sie die Kosten zu tragen, dagegen aber auch die Bedingungen der Benutzung festzustellen. Soll das Leichenhaus auch zu kirchlichen Zwecken benutzt oder mit einer Todtengräberwohnung verbunden werden, so ist mit den kirch-

lichen Behörden wegen eines Beitrags zu den Kosten Vereinbarung zu treffen.

Die Statutencommission, für welche Herr Graf Görz-Weisberg berichtet, kann den Rechtsanschauungen des Magistrats nicht in allen Stücken beipflichten. Namentlich glaubt sie für die politische Gemeinde bei der Wahl von Kirchhöfen nicht nur eine negirende Einwirkung in Anspruch nehmen zu dürfen, ein unbedingtes Entschädigungsrecht sowohl der Gemeinden als auch der theiligten Privatleute, falls etwa nach Entscheidung der städtischen Behörden bestehende Kirchhöfe aufzuheben wären, nicht einräumen zu können, und ebenso das den kirchlichen Behörden zugeschriebene, gewissermaßen ausschließliche Privilegium auf Anlegung neuer Kirchhöfe bestreiten zu müssen, da ohne Zweifel doch Umstände eintreten könnten — wie in dem Falle z. B., daß Dissidenten das Begräbniß auf den vorhandenen Kirchhöfen versagt würde — welche die städtischen Behörden nöthigen müßten, darin ohne Rücksicht auf die kirchlichen Behörden vorzugehen. Gleichwohl erklärt die Commission sich mit den Propositionen des Magistrats unter folgenden Modificationen und Einschränkungen einverstanden.

1. Zu *M* 1 und 2 der Vorschläge:

- a. Bei den weiteren Verhandlungen über Einrichtung eines gemeinschaftlichen Friedhofes für die Katharinen- und Andreaskirche ist darauf Bedacht zu nehmen, daß mit demselben demnächst auch der Friedhof für die Magnisgemeinde vereinigt werden könne.
- b. Die den Kirchenvorständen zugesprochene Befugniß, den Begräbnißplatz auszuwählen, ist dahin zu verstehen, daß sie geeignete Vorschläge zu machen haben, den städtischen Behörden aber alle ihre Zuständigkeiten in Betreff der Wahl namentlich für den Fall vorbehalten bleiben, daß etwa die Kirchenkassen nicht in der Lage sein sollten, die Ankaufs- und Einrichtungskosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

2. Zu *M* 4 der Vorschläge:

Bei den Verhandlungen über Einrichtung der beiden neuen Kirchhöfe ist thunlichst darauf Bedacht zu nehmen, daß auch die Friedhöfe der Kreuzkloster-, der reformirten, der katholischen und der jüdischen Gemeinde demnächst mit einem der beiden neuen Begräbnißplätze vereinigt werden.

3. Zu *M* 5 der Vorschläge:

Die Befugniß der Kirchengemeinden, ihre jetzigen Friedhöfe so lange dieselben noch ausreichen fortzubenuzen, kann der Natur der Sache nach

nur soweit zugestanden werden, als die Rücksicht auf das Gemeinwohl nicht die frühere Schließung erheischt.

Ueber diese Vorschläge wird die Debatte eröffnet.

Herr Flagge hätte gewünscht, daß der Magistrat sich für einen einzigen Centralfriedhof entschiede, anerkennt jedoch die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen würden, und freut sich, die Angelegenheit nun wenigstens in Fluß gebracht zu sehen, indem er sich der Ueberzeugung hingiebt, daß der Gedanke einer völligen Centralisation, welcher schon jetzt nur noch eine Minderheit der Kirchenvorstände widerstrebe, sich in nicht allzuferner Zeit dennoch Bahn brechen werde. Etwas bestimmter als es seitens der Commission geschehen werde dies Ziel denn wohl auch bei den bevorstehenden Beschlüssen ins Auge zu fassen sein. Herr Flagge giebt zu dem Ende die Annahme einer ausdrücklichen Bestimmung in dem Sinne anheim, daß die einstweilen noch getrennt fortbestehenden Kirchhöfe demnächst, und zwar spätestens nach einem Zeitraum von 15—20 Jahren, mit einem der beiden Centralkirchhöfe vereinigt werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Caspari findet gegen den bezüglichen Commissionsantrag nichts einzuwenden, sofern dieser darauf hinauslaufe, daß dem Magistrate auferlegt werde, sich um fernere Centralisation der Kirchhöfe zu bemühen. Ganz entschieden aber müsse der Magistrat gegen Herrn Flagges Antrag protestiren. Der Magistrat habe sich bei seinen Vorschlägen an dasjenige gehalten, was man nach der Verhandlung mit den Kirchenvorständen hoffen dürfe zu erreichen; bestände die Versammlung darauf, weiter zu gehen, so würde unfehlbar der ganze Plan in nichts zerfallen, da man alsdann nicht nur mit den bei der überwiegenden Masse des Publicums noch fest wurzelnden Gemüthsbedürfnissen, sondern auch mit bestehenden Rechten in Widerstreit gerathen, und dabei ganz unzweifelhaft Herzogliche Landesregierung auf Seiten der kirchlichen Behörden stehen würde. Von diesen Bedenken abzusehen, würde der Magistrat sich nur unter dem Drange einer unbedingten Nothwendigkeit entschließen. So aber, wie die Dinge jetzt liegen, kann der Magistrat sich durch einen Beschluß, der auch das Mögliche in Frage stellen würde, um so weniger binden lassen, je dringender der Raummangel auf dem Katharinenkirchhofe eine baldige Vereinbarung auf der beantragten Grundlage nöthig mache.

Der Herr Vorsitzende macht aufmerksam, daß auch der Commissionsantrag nicht etwa nur einen Versuch empfehle, die engere Centralisation der Kirchhöfe allmählig anzubahnen, sondern solche als ein unter allen Umständen zu erreichendes Ziel hinstelle, worauf denn auch schon bei den Bestimmungen über die Größe der neuen Kirchhöfe Bedacht zu nehmen sein. Demnach aber bestche zwischen dem Commissionsantrage und demjenigen Herrn Flagges kein so großer Unterschied, zumal wenn diesem etwa die Fassung gegeben werde, daß die vorzubereitende

Bereinigung der einstweilen getrennt bleibenden Friedhöfe spätestens dann eintreten solle, wenn dieselben zur Aufnahme neuer Grabstätten nicht mehr ausreichen.

Ebenso hat den Commissionsantrag Herr Reuter aufgefaßt, und er glaubt, daß dieser Auffassung die bestehenden Verhältnisse keineswegs in dem Grade widerstreben, wie auf Seiten des Magistrats angenommen werde. Vorerst, wie gesagt, werde nur bei Wahl des Platzes für den neuen Katharinenkirchhof dahin zu sehen sein, daß dort demnächst auch der Begräbnißplatz für die Magnigemeinde angelegt werden könne; und diese Verlegung selbst werde sich ohne Schwierigkeit bewerkstelligen lassen, da dieselbe für die Gemeinde schlimmsten Falls keinen andern Nachtheil als einen etwas weitem Weg für die Leichenzüge herbeiführen könne. Wenn dann aber dieser zuerst zur Entscheidung kommende Fall den erwarteten Verlauf genommen, so werde das etwa noch vorhandene Widerstreben schon durch die Erkenntniß der Zweckmäßigkeit der neuen Einrichtungen gebrochen werden. Herr Reuter schildert dieselbe an dem Beispiele des Centralfriedhofs zu München, und weist dann nach, daß auch in Berlin die Centralisation der Friedhöfe viel weiter geführt sei, als der Magistrat voraussetze. Allerdings habe man dort noch 36 Friedhöfe; ziehe man aber die beiderseitige Einwohnerzahl zur Vergleichung, so dürfte Braunschweig nach Proportion statt der gegenwärtigen 13 höchstens 2 oder 3 Kirchhöfe haben. In Berlin seien dann aber auch 22 Leichenhäuser im Gebrauch, und hauptsächlich wegen dieser lege er einen so hohen Werth auf die Centralisation der Kirchhöfe.

Herr Solmitz spricht die Ueberzeugung aus, daß die jüdische Gemeinde einer Vereinigung ihres Friedhofes mit den übrigen nicht entgegen sein würde.

Herr Flagge. Ließe man abstimmen, so würden zuverlässig mehr als zwei Drittel der hiesigen Einwohner sich für die Centralisirung aussprechen und nur diejenigen Kreise Widerspruch erheben, die an der Einrichtung neuer Einzelkirchhöfe ein leicht erkennbares Privatinteresse haben. Führe man aber fort, die Einzelkirchhöfe wie bisher zu vermehren, so werde deren Zahl bei der steten Zunahme Braunschweigs am Ende nicht nur auf 36 sondern auf 50 und mehr steigen. Als Beispiel der Abnormitäten, zu denen die gegenwärtigen Zustände führen, erwähnt Herr Flagge die Thatfache, daß die in der Mischtwete Verstorbenen, obwohl diese zur Petrigemeinde gehört, auf dem Kirchhofe des Kreuzklosters begraben werden müssen.

Herr Graf Görz-Wrisberg würde Herrn Flagges Antrag in seiner ursprünglichen Fassung nicht für angemessen halten können, da jede im Wege des Zwanges angestrebte Centralisirung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen müßte, und der Magistrat sich doch nicht wohl in die Lage setzen könne, mit den kirchlichen Behörden der Stadt einen Proceß führen zu müssen. Auch er möchte daher vermieden sehen, daß in dem Beschlusse der Versammlung Wendungen gefunden würden, die sich auf eine directe Zwangsabsicht deuten ließen. Unbedenklich aber werde der Magistrat ersucht werden können, sich um eine weitere Centralisirung zu bemühen, und in der

von dem Herrn Vorsitzenden empfohlenen Fassung werde auch Herr Flagges Antrag ohne Bedenken sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Persönlich sei auch er für eine Centralisirung der Friedhöfe sehr eingenommen; nur habe er keine Neigung, sich deswegen ohne zwingenden Grund mit drei Viertheilen der hiesigen Einwohner in Widerstreit zu setzen. Wenn man übrigens die Einrichtungen zu München als so ganz besonders ansprechend und zweckmäßig rühme, so sei dies Beispiel nicht glücklich gewählt: wer dort einmal einem Begräbniß beigewohnt habe, dem werde nicht entgangen sein, daß dasselbe mehr dem an solchem Orte vorzugsweise verlebenden Luxus der Reichen als einem wirklichen Bedürfnis diene. Aus den schon ausgeführten Gründen sei Herrn Flagges Antrag auch in der neuen Fassung unannehmbar. Natürlich aber werde der Magistrat bei Anlage der projectirten neuen Kirchhöfe für ein hinreichend ausgedehntes Terrain sorgen und zu dem Ende nöthigenfalls auch zu Expropriationen schreiten.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, wie die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Caspari nicht mit der Erklärung harmoniren, laut deren er mit den Commissionsanträgen einverstanden. Denn Herrn Flagges Antrag ziehe nur eine Consequenz derselben, und dem Magistrate werde dadurch nur die Nöthigung auferlegt, Einsprache zu erheben, falls etwa für den neuen Katharinenkirchhof ein Terrain ins Auge gefaßt würde, auf welchem demnächst für die Magnigemeinde voraussichtlich kein Platz wäre. Daß man aber deren Beitritt zu der geplanten Vereinigung so bestimmt ins Auge fasse, könne um so weniger Bedenken erregen, als in dem vorausgesetzten Falle der Unzulänglichkeit ihres Kirchhofs eine Anhänglichkeit der Gemeinde für diesen doch nicht mehr maßgebend sein würde.

Nachdem schließlich auch Herr Jasper von allen Zwangsmitteln abgerathen hat,

wird Herrn Flagges Antrag von der Versammlung abgelehnt, die Proposition des Magistrats nach Maßgabe der Commissionsanträge angenommen.

Endlich

VII. schreitet die Versammlung in Gemeinschaft mit dem Magistrate und unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Caspari zur Berathung einer Steuerreclamation sämmtlicher hiesigen Actien- und Commanditgesellschaften.

Dieselben sind zur Communalsteuer mit 2 Proc. ihres Reinertrages herangezogen, erachten sich dadurch beschwert, und führen zur Begründung dieser Ansicht aus, daß, wenn schon ihr Betrieb eine Bevölkerungsmasse nach Braunschweig ziehe, von der der Gemeinde eine größere Belastung drohe, diese doch nicht rechtfertige, daß ihnen der doppelte Steuersatz der hiesigen Bank auferlegt werde, zumal auch die erneuerte Blüthe und höhere Steuerkraft Braunschweigs wesentlich auf die Entstehung der Actiengesellschaften und der von diesen ausgehenden Neubelebung der hiesigen In-

duſtrie zurückzuführen ſei, und ihre Veranlagung überdies nicht wie die der phyſiſchen Steuerpflichtigen auf dem muthmaſſlichen, ſondern auf dem declarirten Einkommen beruhe, im Verhältniß zu jener alſo bei den allbekannten Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten der Einſchätzungen unverhältnißmäßig hoch gegriffen ſei. Geſtützt auf dieſe Erwägungen beantragen die Reclamanten, ihren Steuersatz auf $1\frac{1}{2}$ Proc. des Reineinkommens zu reduciren.

Zugleich hat in einem beſondern Schreiben die Eiſenbahngesellſchaft angezeigt, daß bei Feſtſtellung ihres Reinertrages durch ein Verſehen 5 Proc. Zinſen von 12 Millionen Thaler Actienkapitalſchuld nicht in Abſatz gebracht ſind, ſodaß die ſteuerbare Summe ſich nicht auf 327,145 Thlr., ſondern nur auf 81,786 Thlr. beläuft.

Herr Reuter als Referent führt zur Erklärung des Steuersatzes von 2 Procent an, daß der Magiſtrat urſprünglich proponirt hatte, dieſe Steuerpflichtigen mit $1-2\frac{1}{2}$ Proc. zu veranlagern. Da ſich aber die Aufſtellung einer Scala verſchiedener Procentsätze als ſehr ſchwierig herausgeſtellt, ſo habe die Verſammlung abweichend von der Magiſtratspropoſition beſchloſſen, überhaupt nur zwei Sätze in Anwendung zu bringen und diejenigen induſtriellen Etabliſſements, deren wenige Angeſtellte der Gemeinde keine Laſten auferlegen, mit 1 Proc., diejenigen aber, welche ein zahlreiches Arbeiterperſonal erfordern und offenbar eine Vermehrung der Gemeindelasten herbeiführen, mit 2 Proc. des Reineinkommens nach Abzug der Zinſen für das Stammkapital zur Communalſteuer heranzuziehen. Wenn dem gegenüber nun die Betheiligten ſich auf die Vortheile berufen, welche den phyſiſchen Steuerpflichtigen daraus erwachſen, daß es in vielen Fällen außerordentlich ſchwierig, deren wirkliches Einkommen richtig abzuschätzen, und daß daher dieſe in einzelnen Fällen ſelbſt bei einem Steuersatz von $3\frac{1}{2}$ Proc. beſſer davon kommen als Geſellſchaften, deren Reineinkommen durch die an die Actionäre zu erſtattenden Berichte bekannt wird: ſo könne die Commiſſion dieſes als zutreffend deßwegen nicht anerkennen, weil principiell auch das Privateinkommen, wo es irgend zu ermitteln, und ſo z. B. bei allen Beamten, immer richtig veranlagt wird, die Fälle aber, in denen dieſes unmöglich, keinen Grund zu Berufungen abgeben können. Wenn ferner ein Mißverhältniß darin gefunden werde, daß auf pp. 100,000 Thlr. Communalſteuer die Braunſchw. Eiſenbahngesellſchaft allein 6536 Thlr. beizutragen habe, ſo ſei auch dieſer Grund hinfällig, weil nach der ſpäteren berichtigten Declaration dieſe Geſellſchaft in Wirklichkeit nur 1634 Thlr. werde zu zahlen haben. Eine Anfrage des Magiſtrates bei den Städten Hannover und Köln habe übrigens ergeben, daß die Actiengeſellſchaften dort nach beſtem Ermessen und event. auf Grund des durchſchnittlichen Ertrags von drei Jahren, aber ohne Rückſicht auf Zinsberechnungen und im Ganzen erheblich höher als hier beſteuert werden. Demnach werde auf das Reductionsgeſuch nicht einzugehen ſein; wohl aber empfehle es ſich deß bei den Zinsberechnungen der verſchiedenen Geſellſchaften zur Anwendung gekommenen

ungleichen Zinsfußes wegen, diese Absetzungen vom Reingewinn für die Folge ebenso unberücksichtigt zu lassen, wie sie bei Einschätzung der Privateinkommen ausgeschlossen bleiben, wodurch zugleich auch der Unterschied zwischen der Veranlagung physischer und juristischer Personen ein schärferen Ausdruck finden werde. — Zu der speciellen Reclamation der Eisenbahngesellschaft übergehend, theilt der Herr Referent die einzelnen Positionen des nachträglich eingereichten Abschlusses mit, aus denen sich ergibt, daß allerdings die Zinsen der an die Herzogliche Landesregierung gezahlten 12 Millionen Thaler in der ersten Declaration nicht abgerechnet waren. Es werden dafür jetzt 600,000 Thlr. von dem ursprünglich angegebenen Gesamt-reingewinn abgerechnet, also ein Zinsfuß von 5 Proc. zu Grunde gelegt. Der Herr Referent giebt zu, daß über die Zulässigkeit dieses Zinsfußes gestritten werden könne, empfiehlt jedoch, da auch verschiedene andere Etablissements denselben zur Anwendung gebracht, für das Mal darüber hinwegzugehen und beantragt namens der Commission:

1. die nachgesuchte Reduction der Steuer auf $1\frac{1}{2}$ Proc. des nach Abzug der Zinsen bleibenden Reinertrags abzulehnen;
2. das Reineinkommen der Eisenbahngesellschaft nach der berichtigten Declaration zu 81,786 Thlr. anzunehmen und davon für das laufende Jahr einen Communalsteuerbetrag von 1634 Thlr. zu erheben;
3. vor Feststellung der den Actiengesellschaften für 1873 aufzuerlegenden Steuerbeträge in Erwägung zu ziehen, ob es nicht zweckmäßiger, unter Reduction des zu erhebenden Procentsatzes das ganze Reineinkommen ohne Zinsabsatz zur Besteuerung zu ziehen.

Die Discussion der Versammlung richtet sich im wesentlichen auf die der Declaration der Eisenbahngesellschaft zu Grunde liegende Berechnungsweise. Namentlich findet Herr Peters unzulässig, daß in dem Abschlusse außer der Dotation des Reservefonds auch eine solche für den Erneuerungsfond in Ausgabe gestellt ist.

Herr Häusler erläutert dies dahin, daß der Erneuerungsfond hier an die Stelle der sonst erforderlichen Abschreibungen vom Vermögen getreten sei; macht andererseits aber darauf aufmerksam, daß nach dem deutschen Handelsgesetzbuche Zinsabzüge in den Abschlüssen von Actiengesellschaften überhaupt nicht statthaft seien, da die gesammten Ueberschüsse als Dividende zur Vertheilung kommen müssen.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari die Commissionsanträge als passendes Uebergangsverfahren zur Annahme dringend empfohlen hat, beschließt demgemäß auch die Versammlung.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Berathung der bei Revision der Bauordnung zu Grunde zu legenden Principien sowie die anberaumte vertrauliche Berathung von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und damit die Sitzung geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 23. Mai 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Faillard, Reuter, Rimpau, Bieweg.

Der Raum vor den Schranken ist mit Zuhörern überfüllt. Unter ihnen, an einem zu diesem Zwecke von ihm herangeschafften Pult hat auch Herr Vock Stellung genommen. Bei Beginn der Sitzung fordert der Herr Vorsitzende denselben auf, seinen Platz innerhalb des für die Stadtverordneten bestimmten Raumes des Saales einzunehmen. Herr Vock remonstrirt hiergegen, indem er vermeint, inmitten der Bürgerschaft stehen und reden zu dürfen. Nachdem indeß der Herr Vorsitzende erklärt hat, ihn dann als nicht erschienen behandeln zu müssen und zur Verhandlung nicht zulassen zu können, tritt Herr Vock in den Sitzungsraum ein, um sich in eine Fensternische zu postiren, und nimmt, da der Herr Vorsitzende auch dieses nicht gestatten zu können erklärt, nach einigem Widerreden am Tische der Stadtverordneten Platz.

Nach der Tagesordnung bleibt

I. zum Protocolle vom 4. April, welches im Uebrigen bereits genehmigt ist, noch festzustellen, ob auf die Frage:

Ist es unzulässig, Debatten, welche in den Sitzungen erledigt sind, in öffentlichen Blättern fortzusetzen, und spricht eventuell die Versammlung den Wunsch aus, daß ihre Mitglieder sich dieses Verfahrens enthalten?

Herr Bock mit Ja gestimmt, wie es von einer großen Zahl der Anwesenden und zu Protocoll aufgefaßt ist, oder aber, seiner eigenen Versicherung gemäß, der Abstimmung sich gänzlich enthalten hat, worüber die Versammlung am 2. Mai wegen Abwesenheit der Herren Kloss und Lucius nicht in der Lage war schlüssig zu werden.

Herr Bock beschwert sich, daß während der Verhandlungen über das Protocoll vom 4. April Herr Häusler den Vorsitz geführt, obgleich er sich bei dem Beschlusse gegen die von ihm, dem Redner, veröffentlichte Berichtigung eines Zeitungsreferats, zu dessen Auffassung auch Herr Häusler sich bekannte, um dessen eigene Sache gehandelt habe. Im Interesse der Unparteilichkeit verlangt Herr Bock, daß dies bei den zunächst bevorstehenden Verhandlungen vermieden werde, Herr Häusler also den Vorsitz an Herrn Schöttler abgebe. Der Herr Vorsitzende, welcher seinerseits sich in der Führung des Vorsitzes nicht verhindert hält, befragt die Versammlung, welche das Verlangen des Herrn Bock mit allen gegen dessen eine Stimme verwirft.

Herr Bock. Dann constatiere er, daß Herr Häusler in eigener Sache den Vorsitz führe.

Auf Herrn Lucius' Vorschlag wird nach kurzem Meinungsaustrausch beschlossen, zugleich mit dem ersten Gegenstande der Tagesordnung auch den zweiten zu debattiren, welcher damit in engem Zusammenhange steht.

Demnach verliest der Herr Vorsitzende

II. den von den Herren v. Seckendorf, Quenstedt, Struck, Graf Görg-Weisberg, Schöttler, Kloss, Reidemeister, Lucius, Flagge, Meyer und Ehrenhard eingebrachten Antrag:

In Erwägung, daß

- 1) der Stadtverordnete Herr Albert Bock im directen Widerspruche mit dem von der Versammlung in ihrer Sitzung vom 4. April d. J. ausgesprochenen Wunsche die in den Sitzungen der Versammlung gepflogenen Verhandlungen abermals durch die in den Nummern 124 und 126 des Braunschweiger Tageblattes erlassene öffentliche Aufforderung vom 5. d. Mts. resp. Erklärung vom 8. d. Mts. auf ungehörige und provocirende Weise in den öffentlichen Blättern fortgesetzt hat,
- 2) die öffentliche Aufforderung vom 5. d. Mts. nicht allein die schuldige Achtung gegen die Versammlung geradezu außer Augen setzt, sondern daß die gedachte Aufforderung sowohl, als die Erklärung vom 8. d. Mts. gegen die beiden Mitglieder der Versammlung, die Herren Götte und Solmich, eine offenbare öffentliche Beleidigung enthält,

3) die Versammlung das Recht und die Pflicht hat, sich selbst und ihre Mitglieder gegen ein derartiges verlegendes und beleidigendes Verfahren, wie es von Herrn Albert Bock eingeschlagen ist, zu schützen, wolle die Versammlung beschließen, an Herrn Albert Bock die Aufforderung zu richten:

die in N^o 124 des Braunschweiger Tageblattes erlassene öffentliche Aufforderung vom 5. d. Mts. innerhalb acht Tagen vom heutigen Tage an gerechnet, mittelst einer in derselben Zeitung zu veröffentlichenden mit seiner Namensunterschrift versehenen Erklärung in unumwundener Weise zurückzunehmen und damit die weitere bestimmte Erklärung zu verbinden, daß er durch die gedachte öffentliche Aufforderung weder die schuldige Achtung gegen die gesammte Stadtverordneten-Versammlung habe außer Augen setzen, noch auch durch diese Aufforderung resp. durch die in N^o 126 des Braunschweiger Tageblattes erlassene Bekanntmachung vom 8. d. Mts. die Herren Götte und Solmiz, die er für wahrheitsliebende und ehrenwerthe Männer halte, habe beleidigen wollen.

Die Versammlung wolle ferner für den Fall, daß Herr Albert Bock sich weigern sollte, der vorstehenden Aufforderung zu entsprechen, wegen des durch sein seitheriges Auftreten gegen die Versammlung und deren Mitglieder bewiesenen unwürdigen Verhaltens auf Grund von § 43 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 den Beschluß fassen:

Herrn Albert Bock von der Versammlung auszuschließen.

Die Discussion eröffnend, beginnt Herr Bock eine Replik auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe abzulesen.

Der Herr Vorsitzende erinnert daran, daß diese Art des Vortrags nach der Geschäftsordnung nicht statthaft.

Herr Bock behauptet, sich nur Notizen gemacht zu haben, von denen er so wie es ihm beliebe Gebrauch zu machen befugt sei.

Herr Bock hebt dann hervor, daß hinsichtlich seines Botums vom 4. April zwischen seiner Erklärung und dem zweifellosen Zeugnisse Herrn Faillards einerseits, dem Protocolle und den Aussagen der Herren Götte und Solmiz andererseits, ein unlösbarer Widerspruch besteht, und behauptet, daß er in der That sich auf die Sache überall nicht erklärt und vollkommenes Stillschweigen beobachtet habe. Ferner tadelt er, daß man sich zur Aufklärung des Sachverhalts nicht an ihn gewandt, sondern andere Mitglieder der Versammlung privatim befragt und auf deren Wahrnehmungen hin die unrichtige Darstellung des Protocolls aufrecht erhalten habe; nennt die Annahme, als habe er gegen sich selbst gestimmt, ein Attentat auf den gesunden Menschenverstand und fordert schließlich den Protocollführer auf, die

Frage zu beantworten, ob ihm bei der fraglichen Abstimmung, als er, Herr Bock, aufgerufen, ein einmaliges oder zweimaliges Ja hörbar geworden.

Der Herr Vorsitzende macht Herrn Bock bemerklich, daß der Protocollführer hier nur auf die von ihm als Vorsitzenden ausgehenden Frage zu antworten habe,

worauf Herr Bock die Forderung stellt, es solle jeder der in der Sitzung am 4. April zugegen gewesenem Herren auf die eben formulirte Frage eine Erklärung zu Protocoll abgeben und zunächst über seine Wahrnehmungen sich aussprechen.

Herr Lucius. Die Gemüther seien erbittert, persönliche Leidenschaften rege geworden. Um so mehr werde dahin zu streben sein, daß in der Debatte Ruhe und Besonnenheit bewahrt bleibe, Wahrheit und Gerechtigkeit walte, wie das von jeher für die besondere Zierde deutscher Männer gegolten. Bevor er seine eigene Ansicht über die vorliegende Frage äußere, sei es nöthig, die vorausgegangenen Thatsachen in Kürze zu constataren. In Nr. 79 des Braunschw. Tageblattes habe Herr Bock mit Bezug auf die Sitzung am 14. März ein Inserat erlassen, in welchem er das Procedere des Herrn Vorsitzenden angriff. Darauf seien in der Versammlung am 4. April zwei Fragen zur Verathung und Beschlussfassung gelangt: 1. ob das Verfahren Herrn Häuslers für correct zu halten, 2. ob es wünschenswerth, daß Mitglieder der Versammlung die an diesem Orte erledigten Verhandlungen nicht in öffentlichen Blättern weiter discutiren. Während auf die erste dieser Fragen die Herren Bock und Häusler sich, wie natürlich, der Abstimmung enthielten, habe Herr Schöttler sie dazu bei der zweiten Frage mit aufgerufen, und sollte nun dem Protocolle zufolge ebenso wie Herr Häusler auch Herr Bock mit Ja geantwortet haben. Herr Bock hingegen stelle dies auf das allerbestimmteste in Abrede, versichere vielmehr, daß er sich der Abstimmung enthalten habe, und so stehe nunmehr zur Entscheidung, ob die Versammlung auch in Betreff jenes zweifelhaften Punktes das Protocoll gutheissen wolle. Er für seine Person würde dies in hohem Grade bedenklich finden müssen. Es falle zunächst der Umstand ins Gewicht, daß alle Anwesenden dem Botum Herrn Bocks unleugbar mit einiger Spannung entgegen gesehen: hätte derselbe also deutlich mit Ja oder mit Nein geantwortet, so würde ein Zweifel überall nicht möglich sein. So aber sehe man sich statt einer zweifellosen Uebereinstimmung sehr mannichfaltig abweichenden Wahrnehmungen gegenüber. Herr Solmiz habe aus Herrn Bocks Munde ein Ja gehört, Herr Götte einen von Herrn Bock herrührenden Laut, der ihm wie Ja geklungen, während Herr Faillard bezeuge, daß Herr Bock geschwiegen habe. Ihm selbst habe es scheinen wollen, als sei Herr Bock in dem Augenblicke, da sein Name aufgerufen wurde, über den Sinn der zur Abstimmung verstellten Frage nicht recht im Klaren gewesen, und aus diesem Grunde habe er ihm leise zugeredet:

„Sagen sie doch Ja“, was vielleicht auch weiter hinaus hörbar geworden sein könne. Er selbst allerdings glaube auch ein dumpfes Sichvernehmenlassen des Herrn Bock gehört zu haben; mit voller Sicherheit jedoch könne er dergleichen nicht behaupten. Dies alles zusammengekommen bilde schon an sich keine Beweisaufnahme, welche das Verdict rechtfertigen könnte, Herr Bock habe mit Ja gestimmt. Und nun trete Herr Bock selbst vor die Versammlung und versichere auf Bürgerehre, daß er geschwiegen habe. Anzunehmen, Herr Bock lüge der Versammlung mit einer so feierlichen Versicherung in den Hals, dazu vollends seien jene Thatfachen zu schwach. Und darum werde er es nicht über sein Gewissen vermögen, sich in Betreff der Protocollfrage an einem Beschlusse zu betheiligen, welcher Herrn Bock öffentlich als Lügner brandmarken würde.

Da bei diesen Worten im Zuhörerraume Beifallsbezeugungen laut werden, so bedeutet der Herr Vorsitzende den dort Anwesenden, daß dergleichen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unstatthaft ist.

Jenen Irrthum des Protocolls zu berichtigen, fährt Herr Lucius fort, würde Herr Bock besser gethan haben, wenn er die heutige Sitzung abgewartet und hier seine Reclamation vorgebracht hätte. Leider habe derselbe einen andern Weg vorgezogen. Kein Unbefangener werde sich der Einsicht verschließen, daß es ein unwürdiges Schauspiel, wenn Mitglieder irgend einer Körperschaft, anstatt ihre widerstreitenden Meinungen zu gehöriger Zeit und am gehörigen Orte zu debattiren, sich in öffentlichen Blättern herumzanken und so dem ungerufenen Geklätz Nahrung liefern, und demgemäß habe sich die ganze Versammlung einhellig in jenem Wunsche zusammengefunden, ihre inneren Differenzen nicht in die Presse hinausgetragen zu sehen. Einem solchen einstimmigen Wunsche seiner Collegen zu gehorchen, sei für jedes Mitglied einer parlamentarischen Versammlung einfach Gebot der Ordnung und des Anstandes. Daß gleichwohl Herr Bock dies nicht gethan, könne man mit dem mildesten Ausdrücke nur als ein in hohem Grade incorrectes Verhalten bezeichnen. Aber hierbei habe Herr Bock es nicht bewenden lassen, vielmehr jenem Wunsche der Versammlung in einer Form entgegengehandelt, welche unter keinen Umständen geduldet werden könne. Herr Lucius verliest die beiden Inserate Herrn Bock's in N^o 124 und 126 des Braunschw. Tagebl. Die Ehrenhaftigkeit der Herren Götze und Solmig sei über jede Verdächtigung erhaben; Niemand dürfe wagen, dieselbe auch nur anzuzweifeln. Ueberdies seien beide Herren in der Sitzung am 4. April dem Beschlusse gegen öffentliche Erörterungen beigetreten, also moralisch gebunden gewesen, sich auf dergleichen unter keiner Bedingung einzulassen. Trotzdem habe Herr Bock sich herausgenommen, sie öffentlich, auf eine hässliche Weise, unter Bedrohung ihres christlichen Namens dazu zu nöthigen. Das sei eine Unwürdigkeit, und deswegen habe Redner den gegen Herrn Bock gerichteten Antrag mit unterschrieben. Schwer ge-

nug sei ihm dieser Schritt geworden, nur mit Ueberwindung habe er sich entschlossen, auf solche Weise gegen einen Mann vorzugehen, der ihm früher sein Vertrauen geschenkt, den er in den wichtigsten Verhältnissen mit seinem Rathe zur Seite gestanden. Allein seinen Ueberzeugungen müsse er jede persönliche Rücksicht hintansetzen; Niemand solle von ihm sagen dürfen, daß er aus Menschenfurcht und Menschengefälligkeit eine bessere Einsicht zum Opfer gebracht habe: und wenn Herr Bock sein Bruder wäre, er würde nicht anders handeln. Freilich hege er immer noch die Hoffnung, Herr Bock selbst werde, so wie der vorliegende Antrag es ihm an die Hand gebe, das Aeußerste von sich abwenden, indem er anerkenne, daß er sich in einem Augenblicke der Leidenschaft übereilt habe, daß er die Herren Götte und Solmig höchstens eines Irrthums, nicht aber einer absichtlichen Unwahrheit zeihen dürfe. Und er hoffe dies um so mehr, da eine solche Erklärung, weit entfernt Herrn Bocks eigne Ehre irgendwie zu schädigen, vielmehr der einzige Weg sei, diese höchst unerquickliche Angelegenheit in ehrenwerther Weise zum Abschluß zu bringen.

Herr Bock kann sich zu keinem Zugeständniß dieser Art verstehen, bevor nicht die genannten beiden Herren zur Präcisirung ihrer dem Zeugniß Herrn Faillards geradezu widersprechenden Aussagen sich darüber erklärt haben, ob sie bei seiner Abstimmung ein Ja oder zwei gehört.

Herr Götte will versuchen, seine von Herrn Bock aufgegriffene Aeußerung am 2. Mai möglichst wörtlich zu wiederholen. Seines Wissens habe er nur gesagt, daß er im Augenblicke der Abstimmung Herrn Bocks einen Ton gehört, welchen er diesem zugeschrieben, daß er jedoch nicht mit Sicherheit zu unterscheiden vermocht, ob es ein Ja oder ein Nein gewesen, daß er sich daher um Aufklärung an seinen Nachbar gewandt und von diesem dann die Antwort erhalten habe, Herr Bock habe mit Ja gestimmt. Die Versammlung möge ihn rectificiren, falls seine Aussage wesentlich anders gelautet; habe sie aber in diesem Sinne gelautet, dann werde man ihm zugestehen müssen, daß der Ausfall, welchen Herr Bock gegen ihn unternommen habe, in keiner Weise von ihm verschuldet war.

Herr Schöttler. Durch eine Geschäftsreise verhindert, an der vorigen Sitzung theilzunehmen, finde er erst heute Gelegenheit, in der fraglichen Sache sein Zeugniß abzulegen. Seiner Gewohnheit gemäß werde er dies ganz unumwunden thun, und könne er zugleich die Versicherung vorausschicken, daß er den betreffenden Verhandlungen als Vorsitzender mit größter Aufmerksamkeit gefolgt sei. Herr Schöttler erinnert sodann an den Hergang der Abstimmungen am 4. April. Bei der ersten Frage: ob Herr Häusler gegenüber Herrn Bock den Vorsitz correct gehandhabt oder nicht, habe sich selbstverständlich keiner dieser Herren an der Abstimmung betheiligt. Ob sie über den zweiten Antrag mitstimmen könnten, welcher

dahin ging, öffentliche Erörterungen wie die von Herrn Bock angesprochenen principiell für unstatthaft zu erklären, sei ihm anfangs zweifelhaft gewesen; zunächst habe er sie daher bei der Umfrage ebenfalls übergangen, alsdann aber auf eine Reclamation Herrn Häuslers, erst diesen und hierauf mit den Worten: „Und Sie, Herr Bock?“ auch letztern zur Stimmabgabe aufgerufen. Dabei Herrn Bock in begreiflicher Spannung zugewandt, habe er ein deutliches Ja — und zwar nur eines — vernommen, welches ihm von diesem auszugehen schien. Dies sei ihm als ein Zugeständniß Herrn Bocks an den einstimmigen Wunsch der Versammlung einerseits hoch erfreulich, andererseits einigermaßen überraschend gewesen, und so habe er denn bei Rückkunft an seinen gewöhnlichen Platz an Herrn Kloss, der bis dahin Herrn Bocks unmittelbarer Nachbar gewesen, die Frage gerichtet, wie letzterer votirt habe, worauf seine Auffassung sowohl durch Herrn Kloss, als auch, wenn sein Gedächtniß ihn nicht täusche, durch Herrn Bräse lediglich bestätigt worden. Demzufolge sei er bis auf diese Stunde der zweifellosen Meinung gewesen, Herr Bock habe mit Ja gestimmt.

Herr Kloss kann bezeugen, daß er aus Herrn Bocks Munde einen Ton gehört, der ihm wie ein gequältes, zwischen den Lippen hervorgepreßtes Ja zu lauten schien.

Herr Bräse hat ein Ja gehört, weiß aber nicht mit voller Sicherheit, ob es von Herrn Bock ausgegangen.

Herr v. Seckendorf hat ein Ja gehört, welches ihm wie eine präcise Antwort auf eine präcise Frage, nicht aber wie ein unberufenes Flüsterwort geklungen.

Herr Solmiz wiederholt, daß er ein Ja gehört.

Allen diesen Aussagen gegenüber beharrt Herr Bock bei der Versicherung, daß er in dem entscheidenden Augenblicke auch nicht den mindesten Laut von sich gegeben habe.

Herr Graf Görz-Brisberg drückt zunächst sein Bedauern aus, daß er genöthigt sei, in einer so rein persönlichen Angelegenheit das Wort zu nehmen, da seiner Ueberzeugung nach Persönlichkeiten in jedem Falle nur der Sache zum Nachtheil gereichen können. Die Frage betreffend, um die es sich handle, könne er nur seine frühere Erklärung wiederholen, daß er mit Bestimmtheit nicht zu sagen wisse, ob Herr Bock mit Ja oder mit Nein votirt habe. Fasse man nun aber die hier abgegebenen Zeugnisse zusammen, so ergebe sich, daß von keinem der bei der fraglichen Abstimmung anwesend gewesenen Collegen ein Nein, von vielen hingegen ein Ja gehört worden. Daß dies Ja gesprochen sei, gebe denn auch Herr Bock zu, allerdings mit der Behauptung, daß dasselbe aus Herrn Lucius' Munde gekommen, er selbst hingegen jeder Antwort sich enthalten habe. Wenn nun aber Herr Bock auf die an ihn gerichtete Frage ein Ja gehört, welches er nicht wollte gelten

lassen, so wäre an ihm gewesen, dagegen zu protestiren, seine Stimmenthaltung ausdrücklich kundzugeben, und das habe Herr Bock nicht gethan. Ob man dessen ungeachtet das Protocoll so wie Herr Bock wünsche abändern wolle, scheine eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Einerlei aber, wie die Versammlung hierüber entscheide, auf alle Fälle bleibe Herrn Bock's Verfahren ein solches, das unter die Bestimmungen in § 43 der Städteordnung falle. In der Sitzung am 22. Februar habe Herr Bock einen Antrag gestellt und bei dessen Motivirung sich über einen bis dahin unbescholtenen Mitbürger in höchst verletzender Weise ausgelassen. Dieser Antrag sei so in das Protocoll aufgenommen, wie Herr Bock ihn schriftlich dem Protocollführer übergeben, in dieser Fassung dann aber vielen Mitgliedern der Versammlung nicht vollständig als der erschienen, welchen Herr Bock mündlich gestellt hatte. Dies habe in der nächsten Sitzung der Herr Vorsitzende constatirt, zugleich aber erklärt, daß er namentlich mit Rücksicht auf die in dem ausgelassenen Satze enthaltenen Persönlichkeiten darüber hingehen könne und wolle. Hiervon habe weiter Herr Bock Anlaß genommen, jene Aeußerung des Herrn Vorsitzenden tendenziöser Unrichtigkeit zu zeigen. Eine tendenziöse Unrichtigkeit aber sei nichts anderes als eine Unwahrheit, eine Lüge, und mit solchem Vorwurfe habe Herr Bock dieser Versammlung gegenüber den Mann zu bezlegen gewagt, unter dessen Vorsitz die Versammlung tage. Alsdann habe die Versammlung einhellig den Wunsch ausgesprochen, daß ihre Debatten nicht in die Tagespresse hinausgetragen werden möchten. Trotzdem aber, und ob schon er auf einen direct an ihn gerichteten Zuspruch des Herrn Lucius erklärt, daß dessen Wünsche ihm heilig, habe Herr Bock unmittelbar darauf seine persönlichen Beleidigungen in einem öffentlichen Blatte fortgesetzt, indem er zwei Mitglieder der Versammlung der Unwahrheit bezichtigt, sofern sie nicht auch ihrerseits jenem Wunsche der Versammlung zuwiderhandeln und sich in einen öffentlichen Streit mit ihm einlassen würden. Gewiß, das seien Vorgänge, welche die Versammlung um jeden Preis von ihrem Boden verbannen müsse. Dazu gebe der vorliegende Antrag die gesetzlich vorgesehenen Mittel und Wege an die Hand. Zugleich aber baue derselbe Herrn Bock eine Brücke, auf eine ehrenhafte Weise von seinem Unrecht zurück zu kommen. Wolle Herr Bock diese Brücke abbrechen, so sei dies seine Sache; er, Redner, wünsche von Herzen, daß dies nicht geschehe und somit die Versammlung eines Beschlusses überhoben bleibe, welcher andernfalls, wenn er sonst die Gefühle aller Betheiligten richtig würdige, nicht ausbleiben werde.

Herr Bock stellt nochmals in Abrede, daß der vermiste Satz ein integrierendes Theil seines Antrags vom 22. Februar gewesen, wiederholt den Vorwurf, daß Herr Häusler in unparlamentarischer Weise aus eben diesem durchaus hypothetischen Satze eine persönliche Beleidigung gegen den Deconomierath Griepenkerl her-

ausgedeutet habe, bleibt aber dabei, daß jenes erste Inserat gleichwohl nicht gegen Herrn Häusler gerichtet gewesen, welcher ihn der Unterdrückung des fraglichen Satzes wenigstens nicht direct beschuldigt, sondern lediglich gegen das in solchem Sinne gehaltene Referat der Braunschweigschen Zeitung. Weiter liest dann Herr Vock eine inzwischen anderweitig veröffentlichte Auslassung ab.

Da dieselbe auch auf die Vorgänge bei dem projectirten Verkaufe der Rathsbliche zurückgreift, constatirt der Herr Vorsitzende, daß Herrn Vocks Vortrag weder zur Sache gehöre noch der Geschäftsordnung entspreche, erklärt aber doch Herrn Vock im Hinblick auf dessen ungewöhnliche Lage nicht unterbrechen zu wollen, und hört die Versammlung die Vorlesung bis zu Ende an.

Dann, nachdem Herr Häusler bemerkt, daß es nach diesem Vortrage wohl kaum noch einer weitem Discussion bedürfen werde, schreitet die Versammlung zu den Abstimmungen.

In Betreff der Reclamation gegen das Protocoll vom 4. April

verlangt Herr Vock eine Fragestellung dahin, ob das Wort „Ja“ ein- oder zweimal gehört sei, was der Herr Vorsitzende als lediglich die Wahrnehmung der einzelnen Mitglieder betreffend und daher zur Abstimmung nicht geeignet ablehnt.

Herr Lucius beantragt die Frage dahin zu stellen, ob die Versammlung überzeugt sei, daß Herr Vock mit Ja gestimmt habe.

Der Herr Vorsitzende erinnert, daß die Reclamation des Herrn Vock dahin gehe, daß er nicht mit Ja geantwortet, sondern sich der Stimmabgabe gänzlich enthalten habe, daß demnach die Frage nur die sein könne: „ob die Vock'sche Reclamation als begründet anerkannt, das Protocoll also entsprechend abgeändert werden solle.“

Die von Herrn Lucius gewünschte Wiederaufnahme der Debatte hierüber wird von der Versammlung abgelehnt; worauf

Herr Vock gegen die Verwerfung seines Antrags auf protocollarische Erklärung sämtlicher Mitglieder als gegen eine Unterdrückung der Wahrheit Protest einlegt.

Die von dem Herrn Vorsitzenden hierauf wie vorhin von ihm präcirt gestellte Frage wird von den

Herren Bräß, Ehrenhard, Flagge, Graf Görz-Wrisberg, Götte, Haacke, Kloss, Krone, Leo, Meyer, Peters, Quenstedt, Schöttler, v. Seckendorf, Solmiz, Struck,

verneint, von den

Herren Jasper und Lucius

bejaht.

Herr Peters erklärt bei seiner Abstimmung, daß er, obwohl er in der fraglichen Sitzung nicht zugegen gewesen, aus den Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Reclamation unbegründet sei, und sich berufen halte, demgemäß an der Abstimmung Theil zu nehmen.

Die Herren Kellner, Reibemeister und Steinmann, welche in der Sitzung am 4. April nicht gegenwärtig gewesen, erklären sich der Abstimmung enthalten zu wollen.

Unter Anerkennung der von Herrn Götte eingebrachten Reclamation wird dann auch das Protocoll vom 2. Mai genehmigt.

Einstimmig beschließt die Versammlung unter Namensaufruf, Herrn Bock zu der in dem Antrage der Herren v. Seckendorf und Genossen formulirten Erklärung aufzufordern.

Gegen eine sofortige Abstimmung über die eventuelle Ausschließung Herrn Bocks, welche der Herr Vorsitzende vornehmen will, machen die Herren Graf Görz-Wrisberg und Lucius das Bedenken geltend, daß Herrn Bock für die von ihm geforderte Erklärung eine Frist von acht Tagen gesetzt sei, vor deren Ablauf der entscheidende Beschluß billiger Weise nicht gefaßt werden dürfe.

Demgemäß und da

Herr Bock nach der Abstimmung über das Protocoll vom 4. April seinen Platz verlassen und sich unter die Zuhörer begeben hat,

beschließt die Versammlung, die Debatte über den vorliegenden Antrag damit zwar zu schließen, die Abstimmung über den zweiten Punct aber bis nach Ablauf der gedachten Frist auszusetzen.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß Herr Bock schriftlich von dem gefaßten Beschlusse werde in Kenntniß gesetzt werden.

Indem auf den übereinstimmenden Wunsch der Versammlung die übrigen Gegenstände der heutigen Tagesordnung gleichfalls ausgesetzt bleiben, berichtet

II. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über ein Schreiben des Magistrats vom 17. d. M., laut dessen derselbe, dem Beschlusse vom 22. Februar entsprechend, mit den Mitgliedern der Finanz- und der Schulcommission zur Ermittlung eines für die neue Realschule geeigneten Grundstückes in Verbindung getreten, auch eine große Anzahl von Grundstücken in Betracht genommen, darunter aber keins gefunden hat, welches allen Anforderungen in gleichem Maße genüge, wie das schon früher in Vorschlag gebrachte vormals v. Beltheim'sche Grundstück hinter den Brüdern, zumal dessen Mängel nach einem neuen Bauplane des Stadtbaumeisters durch Hinzunahme des benachbarten Kaulig'schen Grundstückes völlig gehoben werden können. Demnach beantragt der Magistrat, den Ankauf dieser beiden Grundstücke für resp.

22000 und 20000 ₰ zu genehmigen und einzuwilligen, daß nach deren contractmäßig auf Ostern 1873 erfolgender Abgabe die wegen der Baulichkeiten auf dem v. Beltheimschen Grundstücke bestehenden Miethcontracte vorläufig verlängert werden, und das Kaulig'sche Grundstück einstweilen dem Notar Kaulig für einen jährlichen Miethpreis von 450 ₰ überlassen bleibe: Anträge, denen die Commission beitrith.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß die bedenkliche Situation des neuen Schulgebäudes, welche ihn bei den früheren Verhandlungen hauptsächlich zum Widerspruche gegen den Ankauf des v. Beltheimschen Grundstückes veranlaßt, nunmehr nach dem neuen Bauplane vermieden werde, und somit für ihn nur noch das eine, allerdings nicht so schwer ins Gewicht fallende und den obwaltenden Verhältnissen nach nicht zu verfolgende Bedenken übrig bleibe, daß die Stadt abermals ein ohne Zweifel sehr bedeutendes Schulgebäude dem Anblicke entzogen in einen Hof setzen werde.

Herr Schöttler ist geneigt, in dieser Lage, abgesehen von architektonischen Rücksichten, für die Schule selbst einen Vortheil zu erkennen, und erklärt sein früheres von der räumlichen Unzulänglichkeit des v. Beltheimschen Grundstückes hergenommenes Bedenken durch die neuen Dispositionen ebenfalls für gänzlich gehoben.

Nachdem der Herr Stadtrath Rittmeyer den Bauplan in einigen Stücken erläutert hat,

beschließt die Versammlung den Magistratsanträgen gemäß,

womit die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung wurden eine Reihe von Wohnrechtsgesuchen erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 4. Juni 1872.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Failard, Götte, Jasper, Schöttler.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung, indem er das Protocoll vom 23. Mai zur Genehmigung vorstellt.

Herr Ehrenhard erklärt, daß er in Folge einer mißverständlichen Auffassung auf die Frage: ob die Bock'sche Reclamation als begründet anerkannt, das Protocoll vom 4. April also entsprechend abgeändert werden solle? mit Nein gestimmt habe, während er seiner Absicht nach mit Ja hätte stimmen müssen.

Beim letzten Gegenstande der Tagesordnung vom 23. Mai vermißt Herr Flagge die Ausführung seiner Anfrage, ob zu Behuf des projectirten Realschulbaues außer dem vormals v. Beltheimschen und dem Kaulitzschen Grundstücke auch das mitteninne belegene Rischbothsche Grundstück angekauft werden solle? worauf der Herr Stadtrath Rittmeyer über die Absichten des Magistrates befriedigenden Aufschluß erteilt habe.

Die Reclamation des Herrn Flagge wird begründet gefunden und ebenso wie die Erklärung Herrn Ehrenhards in das heutige Protocoll aufgenommen.

Zur Tagesordnung übergehend,

I. theilt der Herr Vorsitzende mit, daß er Herrn Bock von dem feinetthalben am 23. v. M. gefaßten Beschlusse schriftlich in Kenntniß gesetzt, Herr Bock dann

aber bis zum Morgen vorigen Freitags (31. Mai) eine Erklärung wie sie von ihm gefordert war, nicht abgegeben habe. Erst Mittags sei das Schreiben eingegangen, welches Herr Vock inzwischen schon anderweit zu veröffentlichen für angemessen gehalten habe. Bei dieser seiner Publicität brauche das Schriftstück hier nicht mehr wörtlich verlesen zu werden; es genüge, zu constatiren, daß ein Widerruf der beleidigenden Auslassungen Herrn Vocks darin nicht enthalten sei. Demnach habe er die heutige Sitzung anberaumt, um nunmehr den eventuellen Antrag zur Abstimmung zu bringen:

Herrn Albert Vock wegen des durch sein seitheriges Auftreten gegen die Versammlung und deren Mitglieder bewiesenen unwürdigen Verhaltens auf Grund von § 43 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 von der Versammlung auszuschließen.

In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag von sämmtlichen anwesenden Mitgliedern der Versammlung — den Herren Bräß, Ehrenhard, Flagge, Graf Görtz-Brisberg, Haake, Kellner, Kloss, Krone, Leo, Lucius, Meyer, Peters, Quenstedt, Reidemeister, Reuter, Rimpau, v. Seckendorf, Solmiz, Steinmann, Struck — einstimmig angenommen. Herr Bieweg, welcher erst später in die Versammlung eintritt, erklärt nachträglich, daß er seine Stimme ebenfalls in diesem Sinne würde abgegeben haben.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß er Herrn Vock von diesem Beschlusse benachrichtigen werde. Es stehe Herrn Vock dann noch der Recurs an die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten zu, und bleibe demnach zunächst abzuwarten, ob Herr Vock denselben verfolgen werde.

II. In einem Schreiben vom 20. April theilt der Magistrat mit, daß Herzogliche Polizeidirection mit den am 14. März beschlossenen Modificationen und Zusätzen des Entwurfs der neuen Straßenpolizeiordnung sich im ganzen einverstanden erklärt und nur gegen einige wenige Punkte Erinnerungen erhoben hat, welche auch der Magistrat für begründet hält und zur Nachachtung empfiehlt. Dem schließt sich denn auch die Statutencommission an, für welche Herr Peters berichtet. Es wird demnach vorgeschlagen,

1. die § 3 unter No. 11 enthaltene Bestimmung, wonach Glitschbahnen von den zur Straßenreinigung verpflichteten Anliegern auf polizeiliche Anmahnung sofort zerstört werden müssen, nicht, wie die Versammlung beschlossen hatte, auf die Stadttheile vor den Thoren auszudehnen, da hier eine Reinigungspflicht der Anwohner nicht besteht, die Beseitigung der Glitschbahnen also entweder der Commune oder dem Staate obliegen würde, überdies aber für diese Stadttheile auch das im

Landespolizeigesetz vom 22. December 1870 enthaltene Verbot, Eisrutschbahnen zu machen und zu benutzen, allenfalls ausreichen dürfte.

Herr Flagge ist der Meinung, daß auch innerhalb der Stadt der beabsichtigte Zweck sich schon durch rechtzeitiges und genügendes Bestreuen der Straßen erreichen lasse, und beantragt demzufolge, eine darüber hinausgehende Verpflichtung den Anliegern überall nicht aufzuerlegen, die auf Glitschbahnen bezügliche Bestimmung also ganz und gar zu streichen.

Dem gegenüber macht der Herr Oberbürgermeister Caspari geltend, daß einmal durch einfaches Bestreuen die Entstehung von Glitschbahnen erfahrungsmäßig zwar erschwert, keineswegs jedoch unmöglich gemacht werde; sodann aber die in Frage stehende besondere Vorschrift doch auch auf den Fall wünschenswerth sei, daß die vorschriftsmäßige Bestreuung hier und da einmal nicht rechtzeitig geschähe.

Herr Peters hält die Auscheidung jener Vorschrift schon deswegen für unzulässig, weil die Anlage von Eisbahnen, wie bereits angeführt worden, auch durch das Landespolizeigesetz verboten werde.

Herr Flagge findet es hiernach nur um so überflüssiger, nun auch noch in dem städtischen Statut eine Vorkehrung wie die in Rede stehende zu treffen. Den Gründen des Herrn Oberbürgermeisters Caspari hält er die Erfahrung entgegen, daß derartige Vorschriften in den meisten Fällen doch nur übertreten werden. Einen weiteren Grund für seinen Antrag entnimmt er dem Umstande, daß durch die ungleichmäßige Behandlung der Straßen innerhalb und außerhalb der Thore die schon so mit mancherlei Unzuträglichkeiten verbundene und mit Recht getadelte Ausnahmestellung der Außenwohner sich abermals in einem Punkte mehr ausdrücken würde.

Nachdem indes

der Herr Vorsitzende ausgeführt, wie es immerhin zweckmäßig sei, anderweitig schon bestehende Gesetze zur Information des Publicums in den städtischen Statuten ausdrücklich zu wiederholen,

der Herr Oberbürgermeister Caspari auch darauf hingewiesen hat, daß vor-
ausgehende oder erfahrungsmäßige Uebertretungen principiell niemals den Grund zur Aufhebung eines Gesetzes abgeben können,

wird von der Versammlung Herrn Flagges Antrag abgelehnt, der des Magistrates angenommen.

2. Die Vorschrift unter § 3 No. 11, wonach im Innern der Stadt schneller als im Trabe weder gefahren noch geritten werden darf, sollte nach Beschluß der Versammlung unter den § 1 No. 2 aufgeführten für die Stadttheile außerhalb der Thore nicht verbindlichen Ausnahmebestimmungen eingeschaltet werden. Herzogliche Polizeidirection bemerkt dagegen, daß jene Vorschrift an sich ausdrücklich schon auf

das Innere der Stadt beschränkt war, ferner aber auch auf die Wallpromenaden und die Straßen bis zu den äußeren Umfluthgräben nicht wohl ausgedehnt werden kann, während andrerseits für alle Wege und Straßen außerhalb derselben die im Landespolizeigesetze gegen schnelles Fahren und Reiten erlassene Strafbestimmung vollkommen genügt. Seitens des Magistrates wird demnach beantragt, daß jene Vorschrift ganz gestrichen werde,

womit die Versammlung sich ohne weiteres einverstanden erklärt.

3. Die zu § 3 No. 19 des Entwurfs beschlossene Modification, wonach vor der Hauptthür des Schauspielhauses beim Schlusse der Vorstellung Wagen überall nicht vorfahren sollten, wird von Herzogl. Polizeidirection für unzulässig gehalten, weil es eine ungerechtfertigte Härte sein würde, wenn man das fahrende Publicum nöthigte, sich selbst zwischen die aufgestellten Wagen zu begeben und bei Wind und Wetter unter freiem Himmel einzusteigen. Da Herzogliche Polizeidirection zugleich die Absicht zu erkennen giebt, darauf halten zu wollen, daß Equipagen auf der Rampe des Theaters erst dann vorfahren, wenn die Fußgänger dasselbe verlassen haben, und hierdurch das Bedenken

Herrn Ehrenhards, als handle es sich hierbei um eine Begünstigung des fahrenden Publicums zum Schaden der anderen Theaterbesucher,

erledigt scheint, wird dem Antrage des Magistrats gemäß die ursprüngliche Fassung der bezüglichen Vorschrift von der Versammlung genehmigt.

4. Gegen die unter anderen Zusätzen zu § 3 No. 21 des Entwurfs beschlossene Vorschrift, daß bössartiges Hornvieh nur in der Zeit von 11 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens transportirt werden dürfe, wendet Herzogl. Polizeidirection ein, daß nach § 18 No. 2 des Gesetzes vom 24. December 1841 die Einfuhrung accisepflichtiger Gegenstände während der Nacht verboten ist, und daß erfahrungsmäßig selbst gutartiges Hornvieh durch den Schein von Lichtern leicht wild wird, während der Dunkelheit aber die eigene Vigilanz des Publicums ungleich schwerer ist als bei Tage. Demnach wird die Streichung jenes Zusatzes oder eventuell dessen Ersatz durch eine Bestimmung des Inhalts anheimgegeben, daß bössartigen Thieren, abgesehen von dem sonst vorgeschriebenen Verfahren, auch noch die Augen verbunden werden müssen.

Herr Flaggé wünscht unter Betonung der Gefahren und Unbequemlichkeiten, welche mit dem Transport von Hornvieh bei Tage verbunden sind, den beanstandeten Satz aufrecht erhalten zu sehen, indem er den von der Accisegesetzgebung hergenommenen Grund mit dem Hinweis zu entkräften sucht, daß die Officianten sowohl Nachts wie bei Tage am Plage sein müssen.

Nachdem jedoch Herr Graf Görz-Wrisberg und Herr Oberbürgermeister

Caspari die maßgebenden Erwägungen Herzogl. Polizeidirection nochmals im einzelnen dargelegt haben,

beschließt die Versammlung dem ergangenen Antrage gemäß.

5. Der Vorschlag, zu § 5 No. 7 hinzuzufügen:

Geschieht das Auf- und Abladen des Abends, nachdem die Straßenlaternen angezündet sind, so ist in ausreichender Weise für eine besondere Beleuchtung des Fußweges zu sorgen,

wird ohne Discussion von der Versammlung genehmigt. Ebenso

6. ein gleichlautender Zusatz zu der § 7 No. 7 ausgesprochenen Verfügung, daß das Auf- und Abladen in ununterbrochener Arbeit beendet werden muß.

7. Zu § 7 No. 7 des Entwurfs, wonach das Auffahren auf den Trottoirs, Banketts und sonstigen Fußwegen neben den Häusern nur dann gestattet sein soll, wenn das Auf- und Abladen auf der Fahrbahn nicht möglich ist, hatte die Versammlung hinter „Häusern“ einzuschalten beschlossen: „sowie auf den durch besonderes Pflaster bezeichneten oder mit Platten belegten durch die Fahrbahn führenden Verbindungswegen.“ Herzogl. Polizeidirection macht aufmerksam, daß dieser Zusatz, wenn überall erforderlich, doch nur zu No. 8 zu machen wäre, wo von dem Aufstellen der Wagen auf den Straßen die Rede ist, und giebt anheim, zu diesem Ende dort folgen zu lassen:

„und behält es außerdem bei der Vorschrift in § 366 No. 9 des Reichsstrafgesetzbuchs sein Bemenden.“

Auch hiermit erklärt die Versammlung sich einverstanden.

Endlich hatte 8. die Versammlung die Vorschrift unter § 20 No. 2 des Entwurfs: „Beim Abladen von Eisenwaaren auf Straßen und bei ähnlichen Beschäftigungen ist lautes Getöse zu vermeiden,“ als unausführbar abgelehnt. Zur Rechtfertigung derselben führt Herzogl. Polizeidirection nun nochmals aus, daß seit langer Zeit schon viel Klage über die Rücksichtslosigkeit geführt wird, mit welcher die Fuhrleute beim Abladen von Eisenwaaren, Brettern und ähnlichen Gegenständen zu Werke gehen, indem sie sich ein Vergnügen daraus machen, dieselben oben vom Wagen herab mit soviel Geräusch wie nur immer möglich auf die Straße zu werfen. Hatte es gegen diese große Belästigung der Umwohnenden bis dahin keine Abhilfe gegeben, so wurde nunmehr die Gelegenheit für günstig gehalten, solche zu schaffen, wobei Herzogl. Polizeidirection, um nach beiden Seiten hin Billigkeit walten zu lassen, zwar nicht alles Geräusch beim Abladen der bezeichneten Gegenstände unter jene Strafbestimmung gestellt, wohl aber lautes Getöse, welches bei Anwendung einiger Vorsicht wohl vermieden werden kann und im Einzelfalle

durch den Richter unschwer zu constatiren sein wird. Demnach wird anheimgegeben, den gestrichenen Satz wieder herzustellen.

Die Commission beantragt die Bestimmung in der präciseren und eine mißbräuchliche Anwendung ausschließende Fassung anzunehmen; „Beim Abladen von Eisenwaaren u. ist zur Vermeidung von lautem Getöse mit Vorsicht zu verfahren.“

Nachdem gegenüber dem Widerspruche Herrn Flagges, welcher den gerügten Uebelstand nicht für so erheblich, die betreffenden Gewerbetreibenden aber zu leicht einer gerichtlichen Bestrafung ausgesetzt hält,

Herr Reuter unter Bezugnahme auf den concreten Fall, wo dergleichen Getöse für Kranke höchst verderblich werden kann, die Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß unter solchen und ähnlichen Umständen es dem Richter nicht schwer fallen kann, die Grenze der Strafbarkeit festzustellen,

beschließt die Versammlung dem Commissions-Antrage gemäß, womit die Redaction der neuen Straßenpolizeiordnung definitiv zum Abschluß gebracht ist.

Die Tagesordnung aussehend,

III. ertheilt die Versammlung dem Magistrate auf den mündlich von dem Herrn Vorsitzenden eingebrachten Antrag Indemnität wegen Verwilligung von 25 Thalern zum Zweck einer Vertretung hiesiger Stadt bei der am 21. und 22. v. M. zu Lübeck abgehaltenen zweiten Hauptversammlung des Lübschen Geschichtsvereins; und

IV. berichtet der Herr Vorsitzende auf Grund eines Magistratschreibens vom 3. d. M., daß der Verein für Hühner- und Taubenzucht mit dem Gesuche eingekommen ist, ihm zur Ertheilung von Prämien bei den alle zwei Jahre von ihm veranstalteten Ausstellungen eine Beihilfe aus der Stadtcasse zukommen zu lassen, wie dies anderer Orten von den Behörden und hier von Seiten des land- und forstwirtschaftlichen Vereins ebenfalls bereits geschieht. Der Magistrat anerkennt, daß diesen Ausstellungen immerhin auch ein allgemeineres Interesse beizuwohnen, und giebt anheim zu genehmigen, daß zu dem angegebenen Zwecke in diesem Jahre und ebenso bis auf weiteres bei jeder spätern Ausstellung eine Beihilfe von 20 \mathfrak{R} aus der Stadtcasse gezahlt werde,

womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Ferner, der Tagesordnung gemäß,

V. trägt namens der Statutencommission Herr Peters vor, daß zufolge eines Magistratschreibens vom 22. Februar der Stadtbaumeister zu Behuf einer nöthig

befundenen Revision der bestehenden Bauordnung die Fragen gestellt hat: 1. ob zur Erzielung einer feuersicheren Bauweise nicht wenigstens für die Hauptgebäude an den Straßen und Plätzen künftig allgemein der Massivbau vorgeschrieben, und 2. ob auch fernerhin eine ästhetische Baupolizei ausgeübt werden soll oder nicht. Die erste dieser Fragen zu bejahen, hält der Magistrat aus mehrfachen Gründen für bedenklich. Einmal nämlich würde die damit in Anregung gebrachte Vorschrift den in hiesiger Stadt althergebrachten und immer noch vorwiegenden Baustil unmöglich machen, während nach gewissen Erfahrungen der Neuzeit gerade dessen angemessene Wiederbelebung wünschenswerth erscheint. Ferner müßte die immerhin doch größere Kostspieligkeit des Massivbaus unfehlbar auf die neu erwachte Baulust drücken, was bei dem herrschenden Wohnungsmangel doppelt zu beklagen wäre. Endlich würde bei Beschränkung des Massivbaues auf die Hauptgebäude mehr ästhetischen Rücksichten als der Feuergefährdung Rechnung getragen sein, welcher überdies durch Verschärfung und strengere Beobachtung der schon bestehenden Vorschrift wegen Aufführung von Brandgiebeln hinreichend vorgebaut sein. Die Statutencommission hat sich dieser Erwägungen nicht verschließen können und beantragt daher ebenfalls, daß jene erste Anfrage des Stadtbauemeisters verneint werde.

Abweichender Meinung ist Herr Reuter, welcher noch neuerdings wieder Gelegenheit gehabt hat, sich zu überzeugen, daß in andern Gegenden, selbst da wo — wie z. B. in Sachsen und Böhmen — die Holzpreise ungleich billiger als hier, und auch in kleineren Städten, der Fachwerkbau, durchaus entsprechend den eminenten Vorzügen des Massivbaues, diesem mehr und mehr weicht. Die Preisdifferenz beträgt nach Herrn Reuters Beobachtungen, Luxus beiderseits ausgeschlossen, von vornherein etwa 14%; völlig ausgeglichen aber, ja zum Vortheil des Massivbaus verschoben erscheint sie dadurch, daß bei Holzhäusern, wie sie jetzt — allerdings ganz anders als die schönen aus alter Zeit auf uns gekommenen Proben dieser Bauweise! — in den allermeisten Fällen aufgeführt werden, auf eine Dauer von etwa 70 — 80 Jahren zu rechnen ist, Steinhäuser dagegen mindestens 200 Jahr überdauern; wozu dann, sobald einmal Braunschweig mit zunehmendem Massivbau hinsichtlich seiner Feuersicherheit besser classificirt sein wird, bedeutende Ersparnisse an den Affecuranzprämien kommen müssen. Herr Reuter zieht ferner in Betracht, daß der Massivbau von selbst eine geschmackvollere Architektur mit sich bringe, und damit dann auch die Nothwendigkeit der vielgetadelten baupolizeilichen Eingriffe sich vermindern werde. Der Auffassung gegenüber, die grade in einer Vorschrift wie der in Frage stehenden einen Zwang drückendster Art finden möchte, verweist Herr Reuter einerseits auf die durch die stetig steigenden Miethwerthe geschaffene günstige Conjunction, welche einen größern Bauaufwand sehr wohl zulasse, anderseits auf die

Bauordnungen anderer Städte, wo nicht nur die Hauptgebäude massiv aufgeführt werden müssen, sondern ohne Ausnahme alle Gebäude, in denen sich Feuerstätten befinden, und nicht nur die Umfangsmauern derselben, sondern auch die Innenwände, ja Treppen und Decken.

Herr Reibemeister theilt diese Ansichten und würde es mit Freuden begrüßen, wenn der Massivbau auch für Nebengebäude sollte vorgeschrieben werden, wenigstens soweit solche als Speicher dienen. Der Stadt könne es auf alle Fälle nur zum Nachtheil gereichen, wenn man bei der bisherigen Bauweise verharre; und zu der solidern überzugehen werde gerade jetzt bei den für die Unternehmer ungewöhnlich günstigen Conjunctionen verhältnismäßig sehr leicht sein.

Herr Flagg e glaubt, daß sich dabei auch das bauende Publicum am besten stehen dürfte, wie denn die jetzige Bauweise nicht selten Häuser zuwege bringe, über deren Beschaffenheit bald nachher Niemand mehr Grund habe sich zu beklagen als die Eigenthümer selbst.

In gleichem Sinne spricht sich Herr v. Seckendorf aus, indem er beispielsweise anführt, daß ungleich strenger noch als es nach jener Anregung des Stadtbaumeisters hier geschehen sollte, der Massivbau in den Bauordnungen des Königreichs Sachsen vorgeschrieben und alle Betheiligten sehr wohl damit zufrieden.

Andererseits macht Herr Bieweg geltend, daß jene Gegenden ohne Zweifel auch durch gutes und billiges Steinbaumaterial begünstigt seien, während daselbe hier am Plage, wie bekannt, nicht von besonderer Güte und nur mit unverhältnismäßigen Kosten zu beschaffen. Unter diesen Umständen hier den Massivbau obligatorisch vorschreiben, würde allen ärmeren Leuten die Gewinnung eigener Heimstätten unmöglich machen heißen, dies aber um so bedenklicher scheinen müssen, als die auch hier täglich mehr einreißenden traurigen Wohnungsverhältnisse der ärmeren Klassen einer von den wirksamsten Hebeln der socialdemokratischen Agitation.

Theilnahme für diese Klassen und die Beobachtung, wie sehr es die Lebensfreudigkeit und die moralische Haltung gerade minder gut situirter Familien hebe, wenn sie in den Besitz eigener Häuser gelangen, ist auch für Herrn Ehrenhard der Grund, den Holzbau dem jedenfalls kostspieligern Massivbau vorzuziehen.

Für Herrn Lucius ist außer diesen Erwägungen, welche er theilt, das Bedenken maßgebend, daß eine so tief in persönliche und Eigenthumsrechte eingreifende Vorschrift nicht auf statutarischem Wege sondern nur im Wege der Gesetzgebung eingeführt werden könne.

Herr Reuter will diese Competenzfrage unerörtert lassen. Gegen Herrn Bieweg bemerkt er, daß der Unterschied zwischen den Preisen des Steinbaumaterials hier und in den sächsischen Städten, soweit er es habe ermitteln können,

keineswegs so bedeutend sei. Wenn hier der Holzbau sich wirklich erheblich billiger stelle als der Massivbau, so komme dies nur daher, daß jener eine viel unsolidere Ausführung zulasse als dieser. Eine unsolide Bauart aber zu befördern, könne nicht die Aufgabe der städtischen Behörden sein.

Herr Graf Görz-Wrisberg theilt den Wunsch, daß der Fachwerkbau mehr und mehr in Abnahme komme, anerkennt indessen das Gewicht der gegen zwangsweise Einführung des Massivbaues geltend gemachten Gründe, und würde mit Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis der ärmeren Einwohnerklassen namentlich den vom Kostenpuncte hergenommenen Einwendungen ein entscheidendes Gewicht beizulegen geneigt sein, wenn dieselben sich als begründet herausstellten. Grade die Frage aber nach dem Preisverhältniß von beiderlei Häusern scheint Herrn Graf Görz-Wrisberg bis jetzt noch keineswegs mit Sicherheit entschieden, und giebt er daher anheim, zunächst diese Frage einer genaueren Prüfung zu unterwerfen und dabei etwa von den Anforderungen der mittlern Lebenslage auszugehen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspary hat gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, wennschon eine völlig zweifellose Lösung der aufgeworfenen Frage sehr schwer sein werde, und soweit eine solche überhaupt möglich, Herrn Reuters Ermittlungen für die hiesigen Verhältnisse ungefähr zutreffen dürften, zumal wenn man die größere Dauer und die geringeren Unterhaltungskosten des Massivbaues in Betracht ziehe. Aber dieses sowie die Richtigkeit und das Gewicht der übrigen für den Massivbau angeführten Gründe immerhin zugegeben, müsse der Magistrat doch Bedenken tragen, sich so wie es auf Seiten Herrn Reuters gewünscht werde zu entscheiden. Ein Privatmann von geringem Vermögen werde natürlich weniger danach fragen können, ob sein Neubau 70 oder 200 Jahr überdauern und nach gewisser Frist größere oder geringere Unterhaltungskosten erfordern werde, als danach, ob seine augenblicklich bereiten Mittel ausreichen. Die Motive der Magistratsproposition weiter ausführend, weist der Herr Oberbürgermeister auch darauf hin, daß der Massivbau größere Bauplätze voraussetzt als der Holzbau, also wenn jener hier zum Gesetz gemacht wäre, im Innern der Stadt entweder Neubauten vielfach unmöglich, oder aber zahlreiche Dispensationen nöthig werden würden, welche letztern Uebelstand der Magistrat um jeden Preis müsse zu vermeiden wünschen. Die Ansicht, als werde der Massivbau die ästhetische Baupolizei mehr oder weniger überflüssig machen, bestreitet der Herr Oberbürgermeister, indem er vielmehr überzeugt ist, daß jeder Steinbau, um einen erträglichen Anblick zu gewähren, noch weit mehr als ein Fachwerkbau die Anwendung eines gewissen Luxus erfordert.

Herr Graf Görz-Wrisberg würde es nur als einen Vortheil mehr erkennen, wenn durch den Massivbau so winzigen Neubauten, wie man sie unter den

gegenwärtigen Verhältnissen hier vielfach entstehen sehe, von vornherein der Boden entzogen und somit Eigenthümer wie z. B. die der neuen Häuser an der Schulstraße genöthigt würden, zum Aufbau eines einzigen Hauses von würdigeren Dimensionen zusammen zu treten. Der von Herrn Lucius angeregten Competenzfrage begegnet Herr Graf Görz-Wrisberg mit der Erwägung, daß zu Maßregeln, welche so augenscheinlich wie die in Frage stehende, einem allseitigen öffentlichen Interesse dienen, jede Stadtgemeinde befugt sein müsse, und wenn solche Maßregel nicht ohne Eingriff in gewisse persönliche oder Eigenthumsrechte durchführbar, dies eben nur Opfer seien, wie jede Gemeinschaft sie zur Erhaltung geordneter Zustände von ihren Angehörigen fordern dürfe und müsse.

Der Herr Vorsitzende richtet an Herrn Grafen Görz-Wrisberg die Anfrage, wie er die beantragte Expertise über den Kostenpunct eingerichtet zu sehen wünsche. Da die Versammlung selbst nicht in der Lage sei, die Initiative in dieser Angelegenheit zu ergreifen, so werde nichts übrig bleiben, als den Magistrat zu ersuchen, daß die Kostenpunctsfrage durch geeignete Techniker geprüft, und bis zu deren Entscheidung eine Beschlußnahme über die Einführung obligatorischen Massivbaues ausgesetzt werde.

Herr Graf Görz-Wrisberg ist mit dieser Formulirung seines Antrages einverstanden.

Herr Reuter ist zum voraus der Ueberzeugung, daß die in Aussicht genommene Expertise seine Angaben wesentlich bestätigen werde. Die Rücksicht auf ärmere Bauunternehmer betreffend, glaubt Herr Reuter, daß wenn das neue Gesetz einzelnen derselben etwa die Nöthigung auferlegen sollte, ihren Bau einige Jahre hinauszuschieben, diesem Nachtheil gegenüber die Garantie stehen würde, daß sie für sich oder ihre Nachkommen einen soviel werthvollern Besitz gegründet.

Herr Lucius wünscht bei Annahme des Wrisberg'schen Antrags denselben dahin präcisirt zu sehen, daß zu der vorzunehmenden Expertise auswärtige, allen hier maßgebenden Meinungen fernstehende und daher ganz unparteiische Techniker herangezogen werden möchten.

Herr Reuter hält dies für bedenklich, da solche naturgemäß über die hiesigen Verhältnisse nicht so wie ihre Aufgabe es forderte, orientirt sein würden.

Der Herr Vorsitzende stimmt dem bei, indem er als selbstverständlich voraussetzt, daß der Magistrat nicht etwa bei der einen oder andern Bauart interessirte Werkmeister, sondern erfahrene Bautechniker zu Rathe ziehen werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist nach, wie schwierig es sein würde, fremden mit den hiesigen Verhältnissen ganz unbekannten Männern die nothwendigen Einblicke zu eröffnen. Die Voraussetzung des Herrn Vorsitzenden bestätigend,

giebt Herr Oberbürgermeister Caspari anheim, eventuell dem Magistrate zu überlassen, wie er im einzelnen bei der gewünschten Expertise zu Werke zu gehen gut finde.

Demnach wird, unter Ablehnung des von Herrn Lucius eingebrachten Amendements, der Antrag des Herrn Grafen Görg-Brissberg von der Versammlung genehmigt.

Der Herr Vorsitzende stellt zur Entscheidung, ob unabhängig von der ersten der vom Stadtbaumeister aufgeworfenen Fragen zur Berathung der zweiten geschritten werden solle, indem er hinzufügt, daß dies seines Erachtens wegen des zwischen beiden Fragen bestehenden Zusammenhangs nicht zweckmäßig sein werde.

Da kein Widerspruch erfolgt, bleibt die fernere Berathung der Vorlage ausgesetzt.

VI. Nach früheren Beschlüssen der Versammlung sollte zur Abführung des Tagewassers von der tiefsten Stelle der Goslar'schen Straße ein zwölfzölliger Plattenkanal von dort unter der Louisenstraße hinweg in den schon vorhandenen Canal der Frankfurter Straße geleitet werden. Wie auf Grund eines Magistratschreibens vom 2. d. M. Herr v. Seckendorf als Referent der Finanzcommission mittheilt, hat sich bei der Ausführung die Nothwendigkeit herausgestellt, denselben in der Louisenstraße auf $1\frac{1}{4}$, in der Frankfurter Straße auf $1\frac{1}{2}$ Fuß zu erweitern, und bittet der Magistrat um Verwilligung der dadurch veranlaßten Mehrausgabe von 325 \mathfrak{f} . Zugleich hat der Magistrat auf Antrag eines Eigenthümers, welcher einen Theil seiner zwei Grundstücke an der Louisenstraße zu deren eventueller Verbreiterung unbebaut hat müssen liegen lassen, sich bewogen gefunden, diese schon jetzt zur Ausführung zu bringen, weil jene Straße in ihrer gegenwärtigen Breite für den dortigen Verkehr voraussichtlich nicht lange mehr ausreichen kann, die Kosten aber sich mindern, wenn der Straßenbau zugleich mit jener Canalisirung vorgenommen wird. Der Magistrat beabsichtigt jedoch, nur das freigebliebene Terrain an der Südseite der Straße zum Wege zu ziehen, da auf diese Weise letzterer die völlig ausreichende Breite von mindestens $38\frac{2}{3}$ ' gewinnt, die Kosten aber sich nur auf 2450 \mathfrak{f} stellen, während zur Verbreiterung auf beiden Seiten der Straße ein Aufwand von 5600 \mathfrak{f} erforderlich wäre. Der Magistrat beantragt demnach die Genehmigung des beschränkteren Project's, wofür dann auch die Commission sich ausspricht.

Herr Flaggé drückt sein Bedauern aus, daß es dem Magistrate nicht möglich erschienen sei, die Straße gleich zu der vollen Breite von 5 Ruthen herzustellen.

Die Herren Oberbürgermeister Caspari und Graf Görg-Brissberg füh-

ren dem gegenüber aus, wie die projectirte Maßnahme einer weitem Verbreiterung der Straße, falls solche sich einmal als nothwendig herausstellen sollte, in keiner Weise präjudiciren, für den Augenblick aber dem wirklichen Bedürfnisse durchaus genügen werde, größere Opfer seitens der Stadt also nicht wohl zu rechtfertigen wären, und dies um so weniger, da die nördlichen Anwohner der Louisestraße bei den Verhandlungen über die abzutretenden Terrainstücke keineswegs das wünschenswerthe Entgegenkommen gezeigt haben.

Die Versammlung beschließt hierauf in beiden Stufen den Magistratsanträgen gemäß.

VII. Mit einem Magistratschreiben vom 4. v. M. sind der Versammlung die Pläne zum Schulbau am Prinzenwinkel zugegangen. Danach wird das neue Schulhaus, dem Programme des Schuldirectors entsprechend, in seiner Einrichtung und ebenso auch in seiner Construction wesentlich dem an der Friesenstraße gleichen, nur daß es vollständiger Unterkellerung bedarf und wegen seiner allseitig freien Lage durchgehends mit englischem Schiefer bedacht werden soll. Außerdem ist der Stadtbaumeister angewiesen, noch genaue Erkundigungen hinsichtlich der zweckmäßigsten Heizvorrichtungen einzuziehen, und hierüber seiner Zeit eine Entscheidung der städtischen Behörden zu veranlassen. Die Baukosten sind zu 67500 ₰ veranschlagt, ausschließlich von etwa 4000 ₰ für Utenfilien und Grandirung des Hofes sowie eventuell von 3000 ₰ für Einrichtung einer Centralheizung. Der 1867 aufgestellte vorläufige Anschlag hatte einen Betrag von nur 54300 ₰ ergeben; die Kosten für den Schulbau an der Friesenstraße belaufen sich mit Einschluß des Mobilars auf 56000 ₰ . Jener erhebliche Mehrbetrag rechtfertigt sich jedoch theils durch den ungünstigen Baugrund, welcher die Legung eines Streckrostes nothwendig macht, theils aber und vorzugsweise durch die inzwischen eingetretene Steigerung der Arbeitslöhne und Materialpreise. Da ferner Ersparnisse auf Kosten der Zweckmäßigkeit, Schönheit und Solidität des Baues nicht für wünschenswerth gelten können, so giebt der Magistrat anheim, das vorliegende Bauproject gleichwohl zu genehmigen und die anschlagsmäßige Summe zur Disposition zu stellen.

Namens der Finanz- und der Schulcommission durch Herrn v. Seckendorf empfohlen, wird dieser Antrag ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

VIII. Laut einem Magistratschreiben vom 6. v. M. wird die in Gemäßheit früherer Beschlüsse zunächst in Angriff genommene Neupflasterung des Straßenzuges vom Bahnhofe zum Wendenthore in diesem Jahre vollendet sein, und soll alsdann mit der Neupflasterung von Damm und Bohlweg vorgegangen werden, da einerseits

diese beiden Straßen von notorisch schlechter Beschaffenheit, als zweite Verbindung zwischen Bahnhof und Wendthor aber von großer Wichtigkeit sind, nach Herrichtung der Münzstraße auch die gegenwärtigen Mängel des Dammes sich doppelt empfindlich fühlbar machen würden, andererseits die Hallersleberstraße durch Besserung an den schadhaftesten Stellen des Pflasters bereits in erträglichen Stand gesetzt ist und überdies vor durchgreifender Neupflasterung erst canalisirt werden müßte, während mit Pflasterung des Dammes unverzüglich begonnen werden kann, wozu dann noch der Umstand kommt, daß Fabriken, welche besondere Berücksichtigung erheischen, vor dem Hallersleberthore nicht vorhanden sind. Von dem Kreisbaumeister Gräfen ist sodann bei Entwicklung dieser Pläne die Frage gestellt worden, ob zu Behuf der Pflasterungsarbeiten auf den für die Jahre 1871 und 72 aus dem Kreisfond bewilligten Zuschuß auch für die Zeit von 1873 bis 1875 zu rechnen sei, indem er wünscht, auf diesen Zuschuß erforderlichen Falls die Kosten für die Canalisirung der neu zu pflasternden Straßen in Anrechnung bringen zu dürfen, um so die wieder angeregte Herstellung eirunder Canäle, über welche ausführliche Mittheilung vorherhalten wird, eventuell zu erleichtern. Im Interesse möglicher Beschleunigung der Pflasterung und Canalisirungsarbeiten, und da eine Beschränkung der Zuschüsse aus dem Kreisfond für die nächsten Jahre nicht wohl in der Absicht der städtischen Behörden liegen kann, beantragt der Magistrat, daraufhin bei Genehmigung jener Vorschläge eine bestimmte Zusage zu erteilen und die gewünschte Ermächtigung auszusprechen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Solmitz berichtet, ist mit den in Vorschlag gebrachten Pflasterungsarbeiten einverstanden, findet sich aber in Betreff des andern Punktes der Magistratsproposition nicht in der Lage, einen Beschluß in der gewünschten Form schon jetzt herbeizuführen; vielmehr schlägt sie vor, daß der Kreisbaumeister Gräfen nur dahin ermächtigt werde, bei Aufstellung seiner Pläne für die Periode 1873 bis 1875 die Verwendung eines aus dem Kreisfond etwa zu bewilligenden Zuschusses von 4000 \mathfrak{M} jährlich zur Voraussetzung zu nehmen.

Zur Motivirung dieses Votums führt Herr Graf Götz-Brissberg aus, daß es habe unzulässig erscheinen müssen, bestimmte Summen auf einen demnächst erst zur Vorlage kommenden Etat vorweg zu bewilligen und damit einer rechtzeitigen Beschlußfassung sowohl der städtischen Behörden als auch des Herzoglichen Staatsministeriums zu präjudiciren.

Herr Oberbürgermeister Caspari hat gegen den Commissionsantrag an sich nichts einzuwenden, da derselbe materiell mit den Vorschlägen des Magistrats auf eins hinauslaufe. Der Auffassung jedoch glaubt er entgegenzutreten zu sollen, als könne man in Bezug auf einen Etat keinen Beschluß fassen, so lange jener selbst

nicht vorliegt. Natürlich sei nothwendige Voraussetzung, daß mit Sicherheit auf eine bestimmte Einnahme zu rechnen. Wo aber dieses wie hier der Fall, seien bindende Beschlüsse von der Art des hier beantragten sehr wohl möglich und sowohl im städtischen als auch im Staatshaushalte etwas ganz alltägliches, wie denn ohne dergleichen überall keine Anlage würde beschossen werden können, deren Ausführung sich über mehrere Jahre hinausziehe. Zu den jährlichen Kreisfondsetats sei allerdings auch die Genehmigung Herzogl. Staatsministerii erforderlich, und würde diesem also ein vorgreifender Beschluß der städtischen Behörden ebenfalls unterbreitet werden müssen. Stimme Herzogl. Staatsministerium dann aber bei, wie dies in dem gegenwärtigen Falle kaum zweifelhaft, so sei formell alles in Ordnung.

Ueber diese Frage entspinnt sich eine längere Debatte.

Herr Graf Görz-Wrisberg. Wenn die Versammlung eine Maßregel beschließt, welche die städtischen Finanzen mehrere Jahre hindurch in Anspruch nimmt, so liege es in der Natur der Sache, daß sie die erforderlichen Mittel, falls dieselben disponibel zu machen, von Jahr zu Jahr bewillige. Dem entspreche es, wenn man im gegenwärtigen Falle, wie die Commission empfehle, die Verwilligungen zu Behuf der projectirten Pflasterungsarbeiten auch für die Folgezeit in Aussicht stelle, und sich damit einverstanden erkläre, daß hiernach Disposition getroffen werde. Weiter zu gehen, dem Antrage des Magistrats in der Form wie er vorliegt Folge zu geben, müsse die Commission aus den vorhin entwickelten Gründen ablehnen.

Herr v. Seckendorf hebt als eins von den Motiven der Commission auch das Bedenken hervor, einen verhältnismäßig doch nur kleinen Etat wie den des Kreisfonds zum voraus mit einer Anzahl erheblicher Ausgabeposten zu belasten.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß Herr Oberbürgermeister Caspary insofern von einem unrichtigen Gesichtspunkte auszugehen scheine, als es sich hier nicht um den Stadtkassenetat handle, über welchen die städtischen Behörden allerdings unbedingt verfügen und den sie durch Eingehung von Verbindlichkeiten auf längere Zeit hinaus belasten könnten, sondern um einen abgeordneten Etat der besonderer Feststellungen bedürfe, weswegen denn auch Herzogl. Staatsministerium der vom Magistrat beantragten Etatirung, welche seinen gesetzmäßigen Einfluß auf diese Feststellungen zu einem Theile aufheben würde, schwerlich beistimmen könnte. Dieser Auffassung entspreche es denn auch, daß bei Aufstellung der ersten Jahresetats des Kreisfonds die Position für Herstellung der hiesigen Kirchen, obgleich auch sie voraussichtlich eine Reihe von Jahren immer wiederkehren werde, gleichwohl nur für 1871 und 72 verwilligt, für die Folgezeit aber je einer besondern Beschlußnahme vorbehalten worden. Wie Herr Oberbürgermeister Caspary selbst anerkenne, ergebe sich aus der Wahrung des seitens der Commission geltend gemachten Grund-

sages im vorliegenden Falle für die Sache keinerlei Nachtheile. So lange es die Verhältnisse irgend gestatten, werde die beantragte Verwilligungen natürlich von Jahr zu Jahr wieder eintreten; gesetzt aber auch, dieselbe müßte einmal verläßt werden, so würde für das Jahr eben nur eine Umarbeitung der betreffenden Jahrespläne erforderlich sein, welche keine allzugroße Schwierigkeit bieten könne."

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert, wie die Verwilligung für Kirchenbauten nur deshalb auf die ersten beiden Jahresetats des Kreisfonds beschränkt sei, weil es fraglich gewesen, ob für jenen Zweck künftig eine gleiche Summe werde in Ansatz gebracht werden können — ein Bedenken, welches hinsichtlich der Zuschüsse zum Pflasterungsfonds nicht Platz greife. So ganz unerheblich, wie es der Herr Vorsitzende ansehe, würde es doch nicht sein, wenn diese Zuschüsse, einmal in Aussicht genommen, hinterher fiktirt blieben, da dann, abgesehen von der doppelten Bemühung des ausführenden Technikers, auch die Dispositionen Herzogl. Baudirection einer gänzlichen Umgestaltung müßten unterzogen werden.

Die Debatte wird damit geschlossen und hierauf die Magistratsproposition in der commissionsseitig eingebrachten Fassung von der Versammlung genehmigt.

Anknüpfend bringt der Herr Vorsitzende zur Sprache, daß dem Vernehmen nach die Münzstraßenangelegenheit gegenwärtig in ein ganz eigenthümliches Stadium getreten sei. Nachdem nämlich die städtischen Behörden sich ganz entschieden für das Project ausgesprochen, auch die Landesregierung sich bereit erklärt, den angrenzenden Oferarm zur Canalisirung und Ueberbauung an die Unternehmer abzutreten, und letztere demnach mit den ihnen aufgegebenen Canalisirungsarbeiten längst begonnen haben, sei in Folge des nach dem bezüglichem Gesetz vom Jahre 1854 eingeleiteten Verfahrens auf die Einrede der an der Beibehaltung des jetzigen Wasserzuges interessirten Anwohner von Herzogl. Kreisdirection die Entscheidung ergangen, daß ein öffentliches Interesse für Verlegung und Canalisirung des Flusses nicht vorhanden sei. An den Magistrat richtet demnach der Herr Vorsitzende die Anfrage, welche Schritte diesseits geschehen seien, um jener Entscheidung gegenüber das anerkannte Interesse der Stadt zur Geltung zu bringen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert, daß dem Magistrate von der erwähnten Entscheidung nichts bekannt geworden sei; worauf

der Herr Vorsitzende den Magistrat ersucht, Erkundigungen einzuziehen, ob es sich dargestellter Maßen verhalte, und eventuell bei Herzogl. Staatsministerium Remedur zu beantragen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der Magistrat habe seine Ansichten über die Münzstraße gegen Herzogl. Kreisdirection bereits ausgesprochen; falls die Unternehmer den ihnen zustehenden Recurs an Herzogl. Staatsministerium verfolgen,

werde diesem das bezügliche Schreiben ebenfalls vorgelegt werden. Weitere Schritte zu thun, sei der Magistrat vorläufig und wenigstens bis dahin nicht in der Lage, daß seitens der Unternehmer unter genauer Darlegung des Thatbestandes seine Mitwirkung in Anspruch genommen werde, welche der Magistrat dann gern werde eintreten lassen.

Herr Reuter. Da er über die Sachlage unterrichtet sei, halte er sich verpflichtet, gleich hier darüber Auskunft zu geben. Vor bald drei Jahren sei eine Gesellschaft zusammengetreten, welche nicht etwa pecuniären Gewinnes wegen, sondern nur um zur Herstellung neuer, gesunder, den Verkehr erleichternder Straßen durch ein augenfälliges Beispiel anzuregen, das Münzgrundstück erworben habe, um durch dasselbe eine Straße vom Wilhelmöplazze nach dem Damme zu führen. Allseitig sei dieser Plan freudig begrüßt; um dessen baldigste Ausführung sicher zu stellen, habe Herzogl. Staatsministerium die Gesellschaft in dem Verkaufscontracte zu einer Conventionalstrafe von jährlich 1000 R verpflichtet, falls damit nicht begonnen werde; ferner habe dasselbe der Gesellschaft das Terrain der umliegenden Okergräben überwiesen gegen die Verpflichtung, auf ihre Kosten nach Anordnung Herzogl. Baudirection verdeckte Canäle herzustellen. Herzogl. Ober-Hofmarschall-Amt habe derselben Gesellschaft ein zum Bevernschen Schlosse gehörendes Stallgebäude, welches den nördlichen Theil der Straße versperrte, zum Preise von 4500 R überlassen und sei diese dadurch in die Lage gekommen, eine 50 Fuß breite, das größte Häusercarré der Stadt in gerader Linie durchschneidende Straße und somit einen großen Theil des theuer erworbenen Bodens als freies Eigenthum unentgeltlich an die Stadt abtreten zu können, wogegen der Magistrat sich bereit erklärt habe, die Kosten für Pflasterung der Straße auf die Stadtcasse zu übernehmen, wozu dann die Versammlung unterm 26. Januar 1871 ihre Zustimmung erteilt habe. Alle diese Acte seien von der betreffenden Behörde damit motivirt, daß die Anlage dieser Straße aus triftigen Gründen im allgemeinen Interesse höchst wünschenswerth sei, zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt wesentlich beitrage. Die Gesellschaft ihrerseits sei mit der Ausführung des Planes ungesäumt vorgegangen; sie habe z. B. die Canäle, welche an die Stelle der jetzigen offenen Gräben treten sollten, ganz nach Anordnung der Herzogl. Baudirection mit einem Kostenaufwande von etwa 7000 R herstellen lassen; es seien dann 6 Baupläze verkauft, von denen 4, nach bereits vom Stadtbauamte genehmigten Bauplänen, im Laufe der gegenwärtigen Bausaison hätte bebaut werden sollen. Nun bestehe ein offenbar auf die jetzigen Verhältnisse der Stadt Braunschweig nicht Rücksicht nehmendes und überhaupt wenig bekanntes Gesetz über die Erhaltung und Veränderung öffentlicher Flüsse und Wasserzüge vom 19. December 1851, wonach bei dergleichen Maßnahmen die Herzogl.

Kreisdirectionen die competenten Behörden seien. Die Gesellschaft habe sich demnach gegen Ende des vorigen Jahres an Herzogl. Baudirection, welche als technische Behörde die Lage der neuen Canäle angeordnet, mit der Bitte gewandt, bei Herzogl. Kreisdirection hieselbst zu veranlassen, daß das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren eingeleitet werde. Herzogliche Baudirection habe darauf erwidert, die Gesellschaft möge dies selbst beantragen, sie wolle ihr zu dem Ende alle ihr zustehenden Rechte und Befugnisse überweisen. Danach habe die Gesellschaft nunmehr Herzogl. Kreisdirection Anfang Februars d. J. um Einleitung des gesetzlichen Verfahrens gebeten, diese aber habe dann nicht etwa mit der betr. Behörde sich benommen und danach die Verlegung des Wasserzuges angeordnet, sondern sofort in einem auf 14 Tage anberaumten Termine betheiligte dritte Personen wegen etwaiger Privatrechte vorgeladen. Da für solche Vorladung ein Termin von mindestens 6 Wochen vorgeschrieben, so sei die zunächst anberaumte Frist ganz nutzlos verstrichen; als ein hierauf nun angeordneter Termin herangekommen und Entschädigungsansprüche angemeldet worden, für die, soweit sie begründet, selbstverständlich die Gesellschaft aufkommen werde, habe Herzogl. Kreisdirection, ohne sich auch jetzt mit irgend einer andern Behörde über die Nützlichkeit der Veränderung benommen zu haben, der Gesellschaft die Resolution erteilt, daß die Verlegung nicht angeordnet werden könne. Inzwischen habe der Stadtmagistrat, wie Redner erfahren, Veranlassung genommen, der Herzogl. Kreisdirection die Gründe vorzulegen, welche die Umwandlung jener offenen Gräben in verdeckte Canäle wünschenswerth machen; die Gesellschaft aber habe sofort Recurs an Herzogl. Staatsministerium verfolgt und von Herrn Geheimerath Schulz vorläufig die Zusicherung erhalten, daß die Angelegenheit schleunigst geprüft werden solle.

So wunderbar einerseits und so kritisch andererseits — da inzwischen die Käufer der Baustellen wegen des Verzuges mit Entschädigungsansprüchen aufgetreten, während gerichtsseitig jede weitere Arbeit an den Gräben untersagt worden — die Lage der Gesellschaft, die ihrerseits prompt allen Verpflichtungen nachgekommen, auch sei, so eigne sich der specielle Fall doch wohl nicht zu einem Beschlusse der Versammlung. Wohl aber könne Redner einem etwas modificirten Antrage sich aus voller Ueberzeugung anschließen. Fasse man nämlich den Zustand der ursprünglich die Stadt durchziehenden Okerarme ins Auge, welche in Folge veränderter Mühlenanlagen zu offenen Wassergräben degradirt seien, so könne man es nur ein Glück nennen, daß die städtischen Behörden auf jedes Anrecht auf dieselben verzichtet haben und deren jetziger Zustand ihnen nicht zur Last zu legen sei. Die Regierung scheue die Kosten der Herstellung eines geordneten Zustandes und hoffe, daß nach und nach Private sich finden werden, welche auf ihre Kosten die erforderlichen verdeckten Canäle herstellen und als Aequivalent das Grabenbett entgegen nehmen. Wenn nun

aber solchen Unternehmungen Schwierigkeiten bereitet werden, wie in diesem Falle den Unternehmern der Münzstraße, dann habe die Stadt die sichere Aussicht, den gegenwärtigen unleidlichen Zustand, der in den kleinsten Städten nicht seines Gleichen finde, noch recht lange erhalten zu sehen. Wie auf dem Münzgrundstücke liege die Sache zwischen Stobenstraße und Waisenhaus und ebenso am Mauerngraben: hier wie dort seien es Unverpflichtete, welche auf eigne Kosten die Herstellung eines zweckmäßigen Wasserzuges beschaffen wollten; sollten auch ihnen ähnliche Schwierigkeiten bereitet werden, so dürfte ein vierter gleich gutwilliger Unternehmer zu solchen Anlagen sich schwerlich jemals finden. Es liege somit nicht etwa ein specielles, sondern ein allgemeines Interesse vor, worüber, nachdem der Gegenstand einmal zur Sprache gekommen, die Versammlung sich auszusprechen berufen sei.

Der Herr Vorsitzende formulirt hiernach seinen Antrag dahin:

daß der Magistrat ersucht werde, in der Angelegenheit der Verlegung der Okerarme zwischen Damm und Wilhelmsplatz, sowie hinsichtlich der Regulirung der Okeranäle im allgemeinen das öffentliche Interesse der Stadt durch geeignete Schritte wahrzunehmen.

und wird in dieser Gestalt der Antrag von der Versammlung angenommen.

Schließlich

stellt Herr Flagg e die Anfrage, ob der Magistrat geneigt sei, das Schreiben, durch welches dem Vernehmen nach der Magistrat in Gifhorn den hiesigen Magistrat ersucht hat, dahin mitzuwirken, daß eine directe Bahnlinie von hier über Gifhorn nach Uelzen hergestellt werde, sammt der etwa erteilten Antwort zur Kenntniß der Versammlung zu bringen.

Herr Oberbürgermeister Caspari bejaht dies, womit die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung wurden einige Wohnrechtsgesuche erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 18. Juli 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Braeß, Graf Görz-Brisberg, Jasper, Kellner, Lucius, Schöttler.

Bei Eröffnung der Sitzung

I. theilt der Herr Vorsitzende mit, daß der Magistrat, dem neulichen Ersuchen Herrn Flaggé's entsprechend, die Acten der wegen einer Eisenbahnanlage zwischen hier und Gifhorn gepflogenen Verhandlungen mitgetheilt hat, und selbige zur Einsicht vorliegen.

Ferner

II. hat der Magistrat zwei an ihn gerichtete Eingaben der Versammlung zugehen lassen. In einer derselben erklärt der Wagenfabrikant Herr Albert Bock, daß er sich „nach der einstimmigen Manifestation seiner Wähler vom 7. d. M. mit dem öffentlichen Vertrauen und der öffentlichen Meinung in vollständiger Uebereinstimmung befinde und es demgemäß nach Lage der Sache weder seiner bürgerlichen noch seiner amtlichen Ehre als Vertreter der Bürgerschaft angemessen finde, gegen die qu. widerrechtliche Excommunication den in § 43 der Städteordnung angedeuteten Recurs zu verfolgen, um seine verfassungsmäßigen, staatsbürgerlichen Ehrenrechte nach der Parteistellung der 20 Stadtverordneten, welche sich im vorliegenden Falle als Richter und Partei in eigener Sache gerirt haben, fernerweit der ungesetzlichen Willkür jener 20 Stadtverordneten gegen die 7 Stimmen des Stadtmagistrats zu überantworten.“ In der anderen, bereits durch die öffentlichen Blätter

und anderweit zu allgemeiner Kunde gekommenen Eingabe wird von einer Anzahl hiesiger Einwohner, angeblich Wähler aus dem Stein- und Augustithor-Districte, gegen die Ausschließung des Herrn Bock Protest erhoben. Der Magistrat ist der Ansicht, daß beide Eingaben ad acta zu nehmen und behufs der Neuwahl eines Stadtverordneten ein Wahltermin anzuberaumen sei, da gegen den erwähnten Beschluß der Versammlung gesetzlich nur Herrn Bock selbst ein Recurs zugestanden hätte, während Protesten gegen einen solchen Beschluß eine Bedeutung durch die Gesetze überall nicht beigelegt ist.

Die Statutencommission, für welche Herr Peters berichtet, schließt sich dieser Auffassung an und empfiehlt daher, daß die Versammlung sich ebenfalls damit einverstanden erkläre, jedoch in Betreff der Eingabe der Wähler unter dem ausdrücklichen Vorbehalt eines Strafantrages gegen Verfasser und Unterzeichner wegen der darin enthaltenen Beleidigungen gegen die Versammlung. Die Eingabe des Herrn Bock anlangend, glaubt die Commission nach reiflicher Erwägung der Sachlage beantragen zu müssen, wegen der darin enthaltenen schwer beleidigenden Vorwürfe, daß nämlich die Versammlung in dieser Angelegenheit widerrechtlich als Richter und Partei in eigener Sache und mit ungesetzlicher Willkür — also mit geſtiffentlicher Gesetzesverletzung — gehandelt habe, Herzoglicher Staatsanwaltschaft die zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Herrn Bock gesetzlich erforderliche Ermächtigung sofort zu ertheilen, um so mehr, als von Herrn Bock in verschiedenen dem hiesigen Tageblatte inserirten Artikeln ähnliche beleidigende Vorwürfe gegen die Versammlung erhoben sind. Die Commission ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß, wenn auch eine öffentliche Besprechung und Kritik von Beschlüssen der Versammlung nicht allein vollkommen statthaft, sondern oft sogar im Interesse gründlicher Erörterung der Sache wünschenswerth erscheint, auch bei derartigen Erörterungen, besonders wenn es sich dabei um Geltendmachung wirklicher oder vermeintlicher Rechte handelt, die Worte nicht haarſcharf zu wägen seien: dennoch die Ehre der Versammlung und die Ehre der Stadt, welche dieselbe zu vertreten berufen ist, es dringend erheischen, ehrverletzende Angriffe wie die vorliegenden, namentlich wenn sie so nachhaltig und mit so provocirender Schärfe vorgebracht werden, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen und zu diesem Behuf den Schutz der Gesetze in Anspruch zu nehmen. Die Commission beantragt deshalb, daß Herzogliche Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen der sowohl in der vorliegenden Eingabe als auch in den Inseraten Herrn Bocks im hiesigen Tageblatte enthaltenen Beleidigungen gegen die Versammlung ermächtigt werde.

Herr Faillard erbittet das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Da er allein unter allen Anwesenden habe bezeugen müssen, daß Herr Bock bei der vielbesprochenen Beschlußfassung nicht mit Ja gestimmt, so berühre die gleichwohl be-

geschlossene Aufrechterhaltung des anders lautenden protocollarischen Berichtes gewissermaßen seine eigene Wahrhaftigkeit. Er wolle daher nochmals hier die Erklärung abgeben, daß nach seiner aus nächster Nähe gemachten ganz zweifellosen Beobachtung Herr Lucius in dem bewußten Augenblicke Herrn Vock halblaut aufgefordert habe, doch auch Ja zu sagen, Herr Vock dem aber keineswegs entsprochen. Wenn freilich Herr Vock weiter behaupte, er habe keinen Laut von sich gegeben, so sei auch diese Aussage nicht richtig: in Wahrheit habe Herr Vock auf jene Zumuthung allerdings ein gegen Herrn Lucius gerichtetes verdrießliches Wort hervorgestoßen. Müßte er hiernach wünschen, es wäre bei Beschlußfassung über das bezügliche Protocoll eine Fragestellung beliebt worden, welche den Hergang so wie er ihn dargestellt zur Geltung hätte bringen können, so sei er doch weit entfernt, wegen der getroffenen Entscheidung Jemandem einen Vorwurf zu machen oder gar die ehrliche Ueberzeugung derjenigen Herren, die anders als er, ja das Entgegengesetzte ausgesagt, auch nur im mindesten anzuzweifeln. Vielmehr stehe er nicht an, als seine Meinung zu bekennen, daß eine solche Verschiedenheit der Auffassungen bei den angedeuteten Vorgängen nicht nur sehr wohl erklärlich sei, sondern selbst unvermeidlich gewesen.

Der Herr Vorsitzende. Da Herr Faillard bisher keine Gelegenheit gefunden, sich über seine persönliche Stellung in dieser Sache öffentlich auszusprechen, so habe er geglaubt, denselben nicht unterbrechen zu sollen, obwohl es sich im gegenwärtigen Augenblicke um die berührten Thatsachen gar nicht mehr handle, und überdies zu deren weiterer Feststellung, wenn solche ja noch erforderlich scheinen könnte, die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen Anlaß bieten würden. Natürlich werde er unter diesen Umständen eine nochmalige Discussion über den Gegenstand hier nicht zulassen können; nur darauf wolle er hinweisen, wie auch durch Herrn Faillards soeben vernommene Aussage jene Behauptung des Herrn Vock, als habe er in dem Augenblick, da seine Abstimmung zu erwarten gewesen, keinen Laut vernehmen lassen und somit zu der von der Mehrzahl der Anwesenden getheilten Auffassung selber keinerlei Grund gegeben, ihre volle Widerlegung finde.

Die Anträge des Magistrats und der Commission werden hierauf ohne Discussion und mit großer Majorität angenommen.

Die Tagesordnung aussehend,

III. richtet der Herr Vorsitzende an den Magistrat die Frage, ob Vorfahrungen gegen eine Wiederholung der in den letzten Tagen vorgefallenen Marktunruhen ins Auge gefaßt seien — Unruhen, deren bedenklicher Charakter ein Einschreiten der städtischen Behörden ohne allen Zweifel dringend herausfordere. Abgesehen von den dabei vorkommenden Gewaltthätigkeiten, durch welche, wie immer bei solchen

Gelegenheiten, eine Anzahl thörichte Leute sich ins Unglück stürze, sei das Unternehmen, mit derartigen Mitteln auf eine Herabsetzung der Marktpreise hinzuwirken, ein so verkehrtes, daß demselben schon im Interesse der beabsichtigten Wirkung selbst nicht bald genug ein Ziel gesteckt werden könne. Zu dem Ende dürfe sich etwa empfehlen, daß der Magistrat mit Herzogl. Polizeidirection in Verbindung trete, um dem Unfuge durch öffentliche Belehrung oder nöthigenfalls durch Repressivmaßregeln zu steuern, und wenn zu letzteren die Mittel der Polizei nicht ausreichen sollten, freiwillige Schutzleute aus der Mitte der Bürgerschaft zu berufen, wie dies in ähnlichen Fällen auch anderer Orten geschehe.

Herr Stadtrath Rittmeyer erwidert, daß der Magistrat mit großem Bedauern über die stattgehabten Excesse Schritte der angedeuteten Art bereits gethan habe, und daß schon auf nächsten Sonnabend energische Maßregeln, für den Fall der Noth selbst militairische Hülfe, vorbereitet worden.

Herr Reuter ist einverstanden, daß vor allen Dingen das Publicum über die Verwerflichkeit und Zweckwidrigkeit ungesetzlicher Selbsthilfe aufgeklärt und namentlich auch darauf hingewiesen werden müsse, wie solche nur die Folge haben könne, die Händler vom Marktbesuche abzuschrecken, und das um so gewisser, als die Landleute während der Erntearbeit für Milchprodukte und Eier in ihren eigenen Wirthschaften leicht eine vortheilhafte Verwendung finden. Andererseits aber hält Herr Reuter die allgemeine Mißstimmung über das anhaltende exorbitante Steigen der Marktpreise, namentlich im Anbetracht der vorzüglichen Ernteaussichten und der weit günstigeren Preisverhältnisse in fast allen benachbarten Städten, für vollberechtigt, und wünscht daher auch dieser Seite der Angelegenheit von den Behörden die gebührende Berücksichtigung zugewandt zu sehen.

Der Herr Vorsitzende glaubt, es werde hierzu u. a. schon in den geltenden marktpolizeilichen Bestimmungen, namentlich denen, welche den Ankauf mit Strafe bedrohen, eine Handhabe geboten und demgemäß auch deren strenge Aufrechterhaltung bei der Herzogl. Polizeidirection in Anregung zu bringen sein.

In dem gesetzwidrigen Zwischenhandel, der, wie Herr Ehrenhard anführt, nicht bloß vor den Thoren, sondern auch in gewissen Wirthshäusern innerhalb der Stadt sein Wesen treibt, wird bei fernerm Meinungsaustrausch allseitig eine der Hauptursachen der herrschenden Theuerung erkannt. Wennschon also, woran Herr Reibemeister erinnert, auch der Geschäftsbetrieb auf dem Lande neue Formen angenommen hat, sofern der eigentliche Producent meistens nicht mehr als Händler auftritt sondern seine Waare an ländliche Vorkäufer abgibt, deren Gewinnst dann von vornherein einen Preisaufschlag bewirken muß, und dies schwerlich wieder rückgängig

gemacht werden kann, so glaubt die Versammlung doch hoffen zu dürfen, daß bei Anwendung aller gesetzlichen Mittel wenigstens gegen künstliche Preissteigerungen eine Abhülfe möglich sein wird.

Der Herr Vorsitzende vertraut in dieser Hinsicht dem umsichtigen und energischen Handeln der competenten Behörden, bei welchem die Versammlung, falls deren Hülfe sollte in Anspruch genommen werden, an ihrem Theile mitzuwirken ohne Zweifel bereit sei.

IV. Der Magistrat theilt mit, daß der Particulier Markworth gegen die Stadt eine Klage, wegen Eingriffes in sein Eigenthum, erhoben hat, weil er mit seinen Anträgen, drei von der Altwieker Gemeinde gekaufte Gärten am St. Leonhardsplatze als Baustellen verwertken zu dürfen, von dem Oberbürgermeister Caspari und dem Stadtbaumeister Tappe unter Hinweisung auf das Statut vom 1. Juli 1870 und auf den Stadterweiterungsplan, welcher das Areal dieser Gärten einem freien Platze zutheilt, zurückgewiesen sei. Kläger beruft sich dabei auf die §§ 32 und 33 der Verfassung, nach welchen das Eigenthum nur den auf Recht und Gesetz beruhenden Beschränkungen unterworfen ist und für wesentliche Zwecke des Staats und der Gemeinde nur in den gesetzlich bestimmten Fällen, und auch dann nur gegen volle Entschädigung in Anspruch genommen werden kann, indem er behauptet, daß das angezogene Statut einem Gesetze nicht gleich zu achten sei, auch die Bestimmung desselben, welche neue Bauten innerhalb des Stadtgebiets künftig nur nach Maßgabe des festgestellten Erweiterungsplanes gestattet, gegen das Staatsgrundgesetz verstoße und außerhalb der Sphäre der den Städten nach § 2 der Städteordnung gesetzlich zugewiesenen Autonomie liege. Der Magistrat hält die Klage theils in formeller, theils in materieller Hinsicht für unbegründet. In formeller Hinsicht, weil Kläger in vorgeschriebener Weise beim Stadtbauamt überall noch keinen Antrag auf Genehmigung eines Bauplanes gestellt, mithin auch noch keinen ablehnenden Bescheid erhalten hat, in der vorläufigen Besprechung mit dem Oberbürgermeister und dem Stadtbaumeister aber weder eins noch das andere gefunden werden kann, umsoweniger als dabei dem Kläger ausdrücklich bedeutet ist, daß beide Beamte allein zu einer Entscheidung nicht befugt seien, solche vielmehr nur dem Stadtbauamte zustehen. In materieller Hinsicht bemerkt der Magistrat, daß der vorgebliche Widerspruch zwischen gedachtem Statut und dem Staatsgrundgesetze nicht vorhanden zu sein scheine, da durch § 2 der Städteordnung den Städten die Befugniß beilegt werde, ihre Gemeinde-Angelegenheiten und Gegenstände der Ortspolizei, allerdings unter Beobachtung der Städteordnung, durch Statute zu ordnen; polizeiliche Verordnungen aber ihrem Wesen und ihrer Bestimmung nach immer Vorschriften enthalten werden

und müssen, durch welche die Freiheit des Individuums oder des Eigenthums zu Gunsten des Gemeinwohls in der einen oder andern Weise beschränkt wird, ohne daß dadurch die verfassungsmäßige Sicherheit der Person und des Eigenthums gefährdet und das Staatsgrundgesetz verletzt erscheinen könnte, was vielmehr nur bei solcher Beschränkung eintreten würde, welche lediglich den Privatinteressen, sei es der Gemeinde oder des Einzelnen, dienen, folglich in das Gebiet des Privatrechts übergriffen und demnach statutarisch allerdings nicht angeordnet werden könnten. Von solcher Art sind nun aber die Bestimmungen des Stadterweiterungsstatuts keineswegs; vielmehr tragen diese lediglich den Character einer im öffentlichen Interesse getroffenen Maßregel, sofern es augenscheinlich doch ein Gebot des Gemeinwohls ist, daß die Vergrößerung der Stadt nach einem einheitlichen Plane geschehe und nicht durch die Willkür des Einzelnen in baulicher Beziehung Zustände ins Leben gerufen werden, welche mit den gerechten Anforderungen des modernen Staats- und Gemeindelebens in Beziehung auf Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, auf den Verkehr und selbst auf Aesthetik in directem Widerspruche stehen. In der Ueberzeugung, daß bei dieser Sachlage die erhobene Klage gerichtsseitig als unbegründet wird zurückgewiesen werden, trägt der Magistrat auf Ermächtigung zur Führung des Processus an, mit dem Bemerkten, daß es sich dabei wesentlich um Feststellung eines Princips handeln werde, solche aber um so wünschenswerther erscheine, als davon die Rechtsbeständigkeit einer großen Anzahl statutarischer Bestimmungen abhänge, und in vorliegendem Falle eine vorzeitige Nachgiebigkeit zu einer Menge von Berufungen Anlaß geben würde.

Die Statutencommission, für welche Herr Peters berichtet, schließt sich diesen Auffassungen an, und wird demnach die beantragte Ermächtigung ausgesprochen.

V. Namens der Schulcommission trägt Herr Leo vor, daß der Zeichenlehrer Dieze, welcher zu Ostern v. J. an drei der hiesigen Gemeindeschulen provisorisch auf ein Jahr gegen eine Remuneration von 525 \mathfrak{M} angestellt und zur Zufriedenheit der Behörden thätig gewesen ist, um feste Anstellung bei einer sofortigen Zulage von 125 \mathfrak{M} und unter Zusicherung der Erhöhung seines Gehaltes um je 50 \mathfrak{M} von drei zu drei Jahren bis zum Maximum von 800 \mathfrak{M} nachgesucht hat. Diese Forderungen, welche über die den ordentlichen Gemeindeschullehrern bisher verwilligten Gehaltsätze hinausgehen, hat der Schulvorstand nicht gewähren können, dagegen dem p. Dieze eröffnet, daß er sich für seine feste Anstellung sowie dafür verwenden wolle, daß bei demnächstiger Pensionirung seine Dienstzeit von seiner festen Anstellung im preussischen Staate ab gerechnet, ihm augenblicklich eine Zulage von 75 \mathfrak{M} und fernere Gehaltsaufbesserung nach Maßgabe der für die übrigen Gemeindeschullehrer festge-

festen Normen zugesichert werde. Der Lehrer Dieze hat sich hiermit einverstanden erklärt, und beantragt daher der Magistrat in einem Schreiben vom 27. v. M., jene Zusicherungen des Schulvorstandes zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Commission seitens der Versammlung ohne weiteres geschieht.

Hierauf

VI. berichtet der Herr Vorsitzende, daß einem Magistratschreiben vom 20. v. M. zufolge die wegen Bildung eines Gesundheitsrathes für hiesige Stadt vereinbarten Grundsätze von Herzogl. Staatsministerium im Ganzen genehmigt und nur insofern einer Abänderung unterzogen sind, als da wo der Gesundheitsrath Dritten gegenüber wider deren Willen thätig werden will, nicht nur, wie ursprünglich bestimmt war, die Autorisation der Polizeibehörde, sondern auch die Beordnung eines polizeilichen Organs erforderlich sein soll. Der Magistrat ersucht die Versammlung diese Abänderung zu genehmigen, und drei Mitglieder des Gesundheitsrathes aus ihrer Mitte zu wählen.

Die Genehmigung wird ertheilt.

Schließlich

VII. theilt namens der Finanz-Commission Herr v. Seckendorf ein Magistratschreiben mit, laut dessen während der beiden Kriegsjahre 1870 und 1871 auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen an Unterstützung für dürftige Familien der zum Dienst einberufenen Reserve- und Landwehrmannschaften aus der Stadtcasse 13,454 fl 15 gr gezahlt, davon aber aus Landesmitteln 13,059 fl 5 gr erstattet, und demnach dießseits nur 395 fl 10 gr zu tragen sind: der an Ascendenten Einberufener gezahlte Betrag, dessen Erstattung die Bundesregierung abgelehnt hat. Für Einquartierung, Vorspann u. s. w. sind insgesammt 97,362 fl 9 gr 1 A verausgabt, und waren von dieser Summe nach Absatz der Verpflegungs-, Pferdebefreiungs-, Service- und Vorspanngelder, sowie der aus der Staatscasse zur Erstattung gekommenen 70,914 fl 16 gr 10 A , seitens der Stadt zu decken 14,086 fl 2 gr 1 A , wovon jedoch noch ein bei der Militärbehörde liquidirter Betrag von 3400 fl abgehen wird. Endlich sind für Einrichtung eines Lazareths in der Turnhalle im Ganzen etwa 2000 fl verausgabt, welche in Gemäßheit der bestehenden gesetzlichen Vorschriften ebenfalls bei der Militärbehörde liquidirt sind und ganz oder doch zum größten Theile werden ersetzt werden. Demnach belaufen sich die der Stadtcasse durch den Krieg erwachsenen Ausgaben; auf deren Erstattung nicht zu rechnen, auf etwa 11,000 fl — eine Summe, die über Erwarten gering ist.

Nachdem der Herr Vorsitzende darauf hingewiesen, daß es gewiß dankbarlichst anzuerkennen, mit wie geringen Opfern die große Zeit der beiden Kriegsjahre für unsere Stadt vorübergegangen,
und hierauf das Protocoll vom 4. Juni genehmigt worden,
wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich wurden Wohnrechtsgesuche erledigt und eine Unterstützung verwilligt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 15. August 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Braeß, Jasper, Kellner, Lucius, Peters, Reidemeister, Schöttler, Solmiz.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Nachdem das Protocoll vom 18. Juli genehmigt ist,

verliest Herr Oberbürgermeister Caspari ein Schreiben, durch welches das Commando des 67. Infanterie-Regiments Magistrat und Stadtverordnete einladet, als Gäste des Regiments an der beabsichtigten Feier des 18. August Theil zu nehmen.

Namens der Versammlung nimmt der Herr Vorsitzende diese ehrenvolle Einladung dankend an, worauf Verabredung über die Art und Weise getroffen wird, wie derselben Folge geleistet werden soll.

Der Tagesordnung gemäß

I. folgt dann die Wahl der drei nach dem bezüglichlichen Reglement von der Versammlung zu deputirenden Mitglieder des Gesundheitsraths, und werden als solche die Herren Götte, Kloss und Reuter bestellt.

Sodann

II. trägt Herr von Seckendorf namens der Finanzcommission vor, daß zufolge eines Magistratschreibens vom 5. d. M. die Beschaffung von zwei Schrän-

ten für das Arbeitszimmer des Stadtarchivars sich als nothwendig herausgestellt hat. Die Commission anerkennt dies Bedürfnis ebenfalls und empfiehlt demnach, die erforderlichen 75 — 80 R aus der Stadtkasse zu verwilligen, was seitens der Versammlung ohne Discussion geschieht.

Schließlich

III. erstattet Herr Graf Götz-Wrisberg den Bericht der Finanzcommission über eine unterm 7. Mai ergangene Vorlage des Magistrats, die Restaurirung der Magnuskirche betreffend.

Durch Beschluß vom 30. November v. J. hatte die Versammlung in dem Kreisfondsetat für die Jahre 1871 und 1872 die Summe von 6000 R als Zuschuß für die Gemeindefirkchenkasse angesetzt, jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, damit zu ferneren Verwilligungen für Reparaturen an den Kirchen und kirchlichen Gebäuden der Stadt nicht gebunden sein zu wollen. Inzwischen ist der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Kirchencassencollegium und dem Stadtbaumeister zu der Ansicht gelangt, daß es am zweckmäßigsten, kleinere Bauten der gedachten Art wie bisher aus den regelmäßigen Einnahmen der Gemeindefirkchenkasse zu bestreiten, jenen außerordentlichen Zuschuß hingegen sowie die zu hoffenden künftigen Verwilligungen aus dem Kreisfond auf eine größere Ausgabe zu Behuf der hiesigen Kirchen zu verwenden. Als ein Bedürfnis allerdringlichster Art stellt sich nun aber die Instandsetzung des Innern der Magnuskirche heraus, da dessen gegenwärtige Beschaffenheit der Würde eines Gotteshauses in keiner Weise mehr entspricht. Die Kosten dieser Restaurirung sind auf 26,000 R veranschlagt, so daß also nach Verwendung der z. Z. disponibeln 6000 R noch 20,000 R zu decken bleiben werden, zu welchem Ende der Magistrat, obschon einverstanden, daß die Stadt als solche zur Bestreitung von Kirchenbauten keineswegs verpflichtet ist, dennoch nach Lage der Verhältnisse eine fernere Verwilligung aus den Revenüen des Kreisfonds, und zwar auf fünf Jahr zum Betrage von je 4000 R beantragt. Da nun aber die Kirche dem Gottesdienste für die Dauer der Restaurationsarbeiten entzogen sein wird, letztere aber, falls darauf 1873 und 1874 je 10,000 R verwandt werden könnten, sich schon in diesen beiden Jahren zu Ende führen ließen, so schlägt der Magistrat vor, daß die erforderlichen Mittel bis zum Belaufe von 20,000 R aus der Stadtkasse vorgeschossen und die jeweiligen Vorschüsse bis zur Erstattung aus dem Kreisfond mit $4\frac{1}{2}$ Procent eben daher verzinst werden.

Die Commission anerkennt gleichfalls die zwingende Nothwendigkeit der beabsichtigten Restaurirung, hält auch die Stadt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, für derartige Bedürfnisse entweder durch eine Kirchensteuer oder in anderer Weise aufzukommen. Bei den gegen eine Kirchensteuer vorwaltenden

Bedenken nun, und da es die eigentliche Bestimmung des Kreisfonds ist, gemeinnützigen Zwecken zu dienen, als deren einer die Erhaltung und Herstellung von Gotteshäusern unzweifelhaft angesehen werden darf, ist die Commission mit der vorgeschlagenen Verwendung der disponibeln 6000 \mathfrak{R} vollkommen einverstanden. Den Rest aber von vornherein ebenfalls auf den Kreisfonds zu übernehmen, hält die Commission deshalb für unzulässig, weil dadurch, wie dies schon einmal bei anderer Gelegenheit zur Sprache gebracht ist, der gesetzlichen Bestimmung präjudicirt sein würde, wonach über den Etat des Kreisfonds nur von einem Jahre zum andern Beschluß gefaßt werden kann. Um indessen die allerdings sehr wünschenswerthe Beschleunigung des Unternehmens zu ermöglichen, giebt die Commission anheim,

zu beschließen, daß das Innere der Magnikirche nach den Vorschlägen des Stadtbaumeisters hergestellt, auf die entstehenden Kosten im Gesamtbetrage von 26,000 \mathfrak{R} zunächst der der Gemeindefirchenkasse für die Jahre 1871 und 1872 aus dem Kreisfond verwilligte Zuschuß von 6000 \mathfrak{R} verwandt, der Rest aber, soweit er nicht aus der Gemeindefirchenkasse erfolgen kann, einstweilen vorschußweise aus der Stadtkasse berichtigt werde,

darüber jedoch, ob die so geleisteten Vorschüsse definitiv auf die Stadtkasse übernommen oder durch Zuschüsse des Kreisfonds an die Gemeindefirchenkasse und Rückzahlung von dieser an die Stadtkasse nach und nach getilgt werden sollen, den Beschluß vorzubehalten,

und hieneben zur Bedingung zu machen, daß bis zu definitiver Erledigung dieser Angelegenheit ohne ausdrückliche Genehmigung der Versammlung an den Kirchen und kirchlichen Gebäuden der städtischen Kirchengemeinden auf Kosten der Gemeindefirchenkasse andere als die gewöhnlichen Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten nicht zur Ausführung gebracht werden.

Die Versammlung tritt diesen Vorschlägen ohne Discussion bei.

Nachdem somit die Tagesordnung erledigt ist,

lenkt Herr Götte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Thatsache, daß die eine Nachtlaterne, welche seitens der städtischen Behörden in der Straße durch den Sedanbazar unterhalten wird, zu deren Erleuchtung entfernt nicht ausreicht und in Folge dessen hier leicht ein Schlupfwinkel sittenlosen Treibens entstehen könne. Demnach wünscht Herr Götte den Magistrat um Verfügung dahin ersucht zu sehen, daß der „Sedanbazar“ nicht nur wie bisher während der Abendstunden, sondern die ganze Nacht hindurch mit zwei Laternen erleuchtet werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt diesem Wunsche namens des Magistrats gebührende Berücksichtigung zusichern und somit denselben gleich hier an Herrn Director Reuter verweisen zu können.

Herr Reuter bezeichnet die jetzige Beleuchtung jenes Durchganges als ein Provisorium, dessen Verbesserung schon in Folge der noch schwebenden Unterhandlungen mit den Eigenthümern der angrenzenden Häuser in Aussicht stehe.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich verwilligte die Versammlung eine Unterstützung, worauf Wohnrechtsgesuche und — zum Theil in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten — verschiedene Steuerreclamationen zur Erledigung kamen.

1872.

(Fortsetzung der Beilage zum 222. Stücke der 1872
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 10.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 3. October 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Ehrenhard, Flagge, Peters, Rimpau, Steinmann; ohne Entschuldigung fehlten die Herren Struck und Bieweg.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Nachdem

das Protocoll vom 25. August genehmigt ist,

bringt zunächst Herr Reuter die letzter Zeit immer häufiger vorkommenden Unregelmäßigkeiten im Gange der hiesigen Thurmuhren zur Sprache, einen Uebelstand, der vielleicht unerheblich scheinen könne, in Wahrheit aber doch, von den anderen Unzuträglichkeiten zu schweigen, bedeutende Zeitverluste im Geschäftsleben nach sich ziehe. Anderwärts habe man unter gleichen Verhältnissen die Zahl der Thurmuhren vermindert, um die beibehaltenen desto besser im Stande halten zu können, und dieser Ausweg möge sich hier vielleicht ebenfalls empfehlen. Auf alle Fälle wünscht Herr Reuter durch eine Commission in Erwägung gezogen zu sehen, mit welchen Mitteln in dieser Sache am schnellsten und wirksamsten Abhilfe geschafft werden könne.

Der Herr Vorsitzende überweist diesen Antrag der Finanzcommission.

Zur Tagesordnung übergehend,

I. schreitet die Versammlung zur Wahl von vier Deputirten in die Ortscommission für die Einschätzungen zur Gewerbesteuer, und werden dazu die Herren Flagge, Götte, Kloss und Solmiz ernannt.

Ferner wird

II. auf Bericht des Herrn v. Seckendorf als Referenten der Finanzcommission die hypothekarische Beleihung zweier Grundstücke hiesiger Stadt aus den zu solcher Anlage verfügbaren Mitteln genehmigt,

nachdem auf eine Anfrage Herrn Schöttler's von verschiedenen Seiten constatirt worden, daß für größere Posten bei pupillarischer Sicherheit nach dem letzten Kriege momentan allerdings wohl 5 Proc. auszubringen waren, gegenwärtig aber der allgemein übliche Zinsfuß nur $4\frac{1}{2}$ Proc. ist.

Wie sodann

II. namens der Finanzcommission Herr Solmiz vorträgt, hat der Magistrat auf ein Gesuch der seitens des Bürgervereins zur Leitung der neulichen Sedanfeier bestellten Commission 300 \mathfrak{M} als Beitrag zu den Kosten dieses Festes überwiesen, und dann in einem Schreiben vom 31. August gebeten, diese Ausgabe nachträglich gutzuheißen. Auf Empfehlung der Commission

beschließt demgemäß auch die Versammlung.

Weiter

IV. berichtet namens der Statutencommission Herr v. Seckendorf, daß laut Magistratschreibens vom 29. August der Eigenthümer des Hauses sub Mord. 19 an der Bertramstraße für eine zu Behuf der Straßenregulirung abzutretende Fläche von 1 Ruthe 244 Fuß □ entweder durch anderweitiges Straßenterrain oder durch eine Baarvergütung von 200 \mathfrak{M} entschädigt zu werden beansprucht. Ersteres ist bei der schon sehr geringen Breite der Straße unmöglich, die eventuelle andere Forderung nach Größe und Nugwerth des fraglichen Raumes gradezu exorbitant hoch gegriffen. Der Magistrat beantragt demnach, daß er zur Einleitung des Expropriationsverfahrens ermächtigt werde, womit die Commission

und ebenso auch die Versammlung sich einverstanden erklärt.

V. Nachdem den beiden Lehrern der katholischen Schule schon früher eine Beihilfe von je 50 \mathfrak{M} jährlich für die Dauer ihres Amtes aus der Stadtkasse verwilligt war, haben dieselben neuerdings vorge stellt, daß ihr Gesamteinkommen sich nur auf 444, bzw. 330 \mathfrak{M} beläuft, zu Nebenerwerb durch Privatunterricht ihnen wenig Gelegenheit geboten und somit ihre Lage ungleich schlechter ist als die der gleichaltigen Gemeindegullehrer. Eine Zulage aus dem Klosterfond für sie zu erwirken, ist dem Magistrate nicht gelungen, indem dagegen seitens des Herzogl. Staatsministeriums eingewandt wurde, daß mit den von dort bereits verwilligten 170 bzw. 110 \mathfrak{M} der bisherige Beitrag aus städtischen Mitteln um so weniger in richtigem Verhältniß stehe, als die Stadt durch die katholische Schule der Verpflich-

tung überhoben werde, eine beträchtliche Anzahl von Kindern unbemittelter Eltern in die Gemeindeschulen aufzunehmen. Der Magistrat muß sowohl diese Erwägung als auch die Vorstellung der beiden Petenten als begründet anerkennen und giebt demnach anheim, den bisherigen Zuschuß für diese auf je 100 \mathfrak{R} jährlich zu erhöhen, was denn auch seitens der Schulcommission durch Herrn Leo warm befürwortet

und von der Versammlung anstandslos genehmigt wird.

VI. In Folge des von der Versammlung früher gefassten Beschlusses zu einem Gutachten aufgefordert, hat sich der Stadtbaumeister dahin ausgesprochen, daß auch bei fernerer Ausdehnung der Stadt auf einen vortheilhaften Verkauf der Rathsbleiche nur dann würde zu rechnen sein, wenn etwa in größerer Nähe ein neuer Bahnhof entstände, oder die an sich ungünstige Lage des Grundstücks im Bereich der Okerüberschwemmungen für eine auf rasche Abführung ihres Schmutzwassers angewiesene Fabrik verwerthet werden könnte. Doch wird eine derartige Wendung keineswegs als Unmöglichkeit hingestellt und deshalb die Beibehaltung dieses Besitzes immerhin empfohlen. Die Gebäude glaubt der Stadtbaumeister zur Noth noch bis Ostern 1876 hinhalten zu können, keinesfalls aber länger; das Anerbieten des Pächters, dieselben für 200 \mathfrak{R} zum Abbruch anzukaufen und dann auf jede weitere Entschädigung für seinen sofortigen Rücktritt zu verzichten, hält er hiernach für ganz annehmbar. Contractmäßig muß der Pächter alle größeren und kleinern Reparaturen beschaffen, welche nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters unter billiger Berücksichtigung des Alters und der Beschaffenheit der Gebäude sowie der Mittel des Pächters nöthig sind; falls die Gebäude deffenungeachtet unbewohnbar werden und zusammenfallen, kann er einen Neubau nicht verlangen, indem in solchem Falle vielmehr der Contract aufhört. Kann nun hiernach von ihm auch nicht solche Reparatur beansprucht werden, wie sie erforderlich wäre, um die schlechten Gebäude in einen guten Zustand zu versetzen, so würde er andererseits doch zu keinerlei Entschädigungsforderung befugt sein, falls dieselben etwa noch während der Pachtzeit müßten abgebrochen werden. Da zudem innerhalb der in Aussicht genommenen Frist auch die Wahrscheinlichkeiten einer andern Benutzung oder vortheilhafteren Verwerthung des Grundstücks sich geklärt haben dürften, so empfiehlt der Magistrat, von einem Verkaufe bis dahin abzusehen.

Herr Götze, welcher namens der Finanzcommission über diesen Gegenstand berichtet, fügt hinzu, daß aller Wahrscheinlichkeit nach jeder neue Verbindungsweg zwischen den Gegenden vor dem Wenden- und dem Petritzhore über die Rathsbleiche werde geführt werden und somit deren Werth über kurz oder lang ganz erheblich steigen müssen.

Den Erwägungen des Magistrats und der Commission beipflichtend, beschließt die Versammlung dem Antrage gemäß.

VII. Namens der Finanzcommission berichtet auf Grund eines Magistratschreibens vom 29. August Herr Reidemeister, daß in Folge des neuen Besoldungsreglements mehreren Gemeindegullehrern Gehaltszulagen haben verwilligt werden müssen, den geringer besoldeten Lehrern und Lehrerinnen auch Extraordinarien ausbezahlt sind, außerdem aber die Besetzung einiger neuen Stellen erforderlich gewesen ist, und dem allen zufolge die Gemeindegulkasse im Laufe des Rechnungsjahrs 1871 einen Vorschuß von 1464 fl 1 gr 8 d hat leisten müssen, welcher zwar aus den Einnahmen dieses Jahres einstweilen bestritten ist, aus denen des Jahres 1872 aber voraussichtlich nicht gedeckt werden kann. Unter diesen Umständen beantragt der Magistrat, der Gemeindegulkasse einen außerordentlichen Zuschuß von 1500 fl zu verwilligen. Auf Empfehlung der Commission

wird diese Verwilligung ohne Discussion von der Versammlung ausgesprochen.

VIII. Eine Vorlage in Betreff der in den Gemeindegulen einzuführenden Heizvorrichtungen wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die Commission sich über einige der in Betracht kommenden Punkte noch nicht hinlänglich hat instruiren können.

Es hält daher

IX. u. X. namens der Finanzcommission Herr Götte Vortrag über die Geschäftsberichte und Rechnungsabschlüsse der Gasanstalt und des Wasserwerks für das Jahr 1870/71, wie solche der Versammlung mit Magistratschreiben vom 19. und 20. September in autographischer Vervielfältigung zugegangen sind.

Bei der Gasanstalt war nach den Voranschlägen auf eine Jahresproduction von 38 Millionen Kubikfuß Gas und einen Reingewinn von 32,600 fl gerechnet, während in Wirklichkeit 38,281,300 Kubikfuß angefertigt sind, diese aber nur 29,273 fl Reingewinn ergeben haben. Da dieses Resultat sich durch das bedeutende Steigen der Kohlenpreise genügend erklärt, so beantragt der Magistrat, daß der Direction wegen der Rechnungsführung Decharge ertheilt werde. Von jenem Ueberschusse sollten nach den vom Magistrate adoptirten Anträgen der Direction

280 fl wie bisher dem Gasmeister, den Controleuren und den Arbeitern der Anstalt als Gratification ausbezahlt,

10,000 fl zur Amortisation von 100 Stück Obligationen verwandt,

18,993 fl 25 gr 11 d aber für die Erweiterung des Gaswerks zurückgelegt

werden. Letztere Anforderung rechtfertigt sich durch das nahe Bedürfniß verschiedener größerer Bauten, insbesondere eines neuen Retorten- und Reinigungshauses so-

wie eines neuen Gasometers, wozu überdies der erforderliche Raum durch Ankauf benachbarter Grundstücke erst gewonnen werden müßte — Bedürfnisse, zu deren Deckung bis jetzt nur die im Vorjahre reservirten 12,000 \mathfrak{M} sowie 44 Banlactien vorhanden sind, die Zurücklegung jenes Ueberschusses also um so räthlicher erscheint, als bei Fortdauer der jetzigen Kohlenpreise die Rentabilität des Gaswerks sich auch fernerhin erheblich vermindern wird.

Den übrigen Anträgen unbedingt zustimmend, giebt eben in Anbetracht der letztgedachten Verhältnisse die Commission anheim, zur Amortisation nur 5000 \mathfrak{M} auszuwerfen, die anderen 5000 aber ebenfalls für den Erweiterungsfond inne zu behalten, da es nicht zweckmäßig wäre, über die vertragsmäßige Verpflichtung hinaus Schulden zu tilgen, während die Eventualität, neue möglicherweise unter ungünstigeren Bedingungen contrahiren zu müssen, in so naher Aussicht steht.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht hiegegen geltend, daß einmal bis jene Bedürfnisse wirklich eintreten, die erforderlichen Mittel wahrscheinlich aus den eigenen Erträgen des Gaswerks aufgebracht, andernfalls aber zu 4 Procent von Herzoglichem Leihhause zu erlangen sein werden. Gesezt aber auch, die Stadt hätte bei dieser Negociation einen kleinen Schaden zu tragen, so würde man billiger Weise doch eher dem sich fügen, als durch Herabsetzung der Amortisationsquote die Erwartungen der Gläubiger täuschen, welche ehemals ihr Geld zu 4 Procent dargeliehen und inzwischen noch einen Coursverlust von 6 Procent an ihren Obligationen erlitten haben.

Der Herr Vorsitzende würde, wenn er mitzustimmen hätte, seine Entscheidung lediglich davon abhängig machen, ob die Gasanstalt die bezeichneten Aufwendungen demnächst aus eigenen Mitteln machen könne oder nicht. Wenn nicht, so werde man die fraglichen 5000 \mathfrak{M} zum Erweiterungsfond schlagen müssen, ohne Rücksicht auf die Gläubiger, welche ihr Geld bei der Gasanstalt durchaus geschäftsmäßig angelegt und so lange die vereinbarten Zinsen gezahlt und die Amortisationen in dem zugesicherten Betrage geleistet werden, keinerlei Grund zu einer Klage haben, zumal auch jener vorübergehende Coursrückgang factisch von keiner Bedeutung.

Herr Reuter gelangt bei einer Recapitulation der bereits disponibeln oder demnächst mit Wahrscheinlichkeit flüssig werdenden Ueberschüsse zu dem Schluß, daß selbige menschlichem Ermessen nach um so eher ausreichen dürften, als die in Aussicht genommenen Erweiterungen keinesfalls doch in einem Jahre zur Ausführung kommen werden. Möglich allerdings, daß sich demnächst auch noch eine Erweiterung des Röhrennetzes als nothwendig herausstelle. Eine derartige Eventualität jedoch, welche eintretenden Falls erst noch mancfacher Ueberlegung bedürfen würde, könne bei der jetzt vorliegenden Frage füglich außer Rechnung bleiben.

Herr Graf Götz-Wrisberg rechtfertigt den abweichenden Antrag der

Commission. Nach Herrn Reuters eigenen Darlegungen habe man die bevorstehenden Erweiterungsbauten früher zu 80,000 \mathcal{F} veranschlagt, so daß auch bei günstigster Annahme immer noch 20,000 \mathcal{F} würden zu decken bleiben. Daß im Interesse der Gasanstalt eine Amortisation von mehr als 5000 \mathcal{F} jährlich sich nicht empfehle, und nur Rücksicht auf die Gläubiger Anlaß geben könne darüber hinauszugehen, werde denn auch allseits anerkannt. Die Gläubiger aber würden bei einer solchen Einschränkung der Amortisationen sich nicht zu beklagen haben, da ja mit 5000 \mathcal{F} jährlich immer noch das Doppelte des zugesicherten Betrages zur Rückzahlung komme.

Auf der andern Seite glaubt Herr Götte nach den soeben vernommenen Erklärungen Herrn Reuters und mit Rücksicht darauf, daß die disponibeln Ueberschüsse der Gasanstalt einstweilen auch nur zu 4 Procent könnten angelegt werden, für Amortisation von 10,000 \mathcal{F} stimmen zu müssen, wie er sich hierfür denn auch in der Commission schon ausgesprochen habe.

Die Versammlung entscheidet ebenfalls in diesem Sinne, und gelangen somit sämtliche Vorschläge des Magistrats zu unveränderter Annahme.

Die Einnahmepositionen des Wasserwerks haben sich sämmtlich höher gestellt als im Voranschlage gesetzt war. Sind dann in Folge verschiedener Umstände und namentlich der Betriebserweiterungen sowie des Steigens der Kohlenpreise ebenso auch die Ausgaben größer gewesen, so darf der Abschluß doch als sehr günstig bezeichnet werden, indem einschließlich des Kassenbestandes, der Ausstände und der Vorräthe sowie nach Absatz noch zu leistender Zahlungen ein Ueberschuß von 8240 \mathcal{F} 7 \mathcal{g} 9 \mathcal{A} bleibt. Der Magistrat beantragt, dem Directorium wegen der Rechnungsführung Decharge zu ertheilen. Da aber jener Ueberschuß zur Erweiterung des Röhrennetzes, zur Anlage eines dritten Dampffessels sowie zu der vertragmäßigen Amortisation nicht ausreicht, wird beantragt, 3476 \mathcal{F} 12 \mathcal{g} 2 \mathcal{A} aus dem Betriebsfond zu entnehmen und damit den Ueberschuß auf 11,716 \mathcal{F} 19 \mathcal{g} 11 \mathcal{A} zu erhöhen, um dann

1500 \mathcal{F} auf Einlösung von 15 Obligationen,

8281 \mathcal{F} 21 \mathcal{g} 11 \mathcal{A} , welche aus der Kasse des Privateinrichtungsgeschäftes zur Erweiterung des Röhrennetzes vorgeschossen sind, diesem nicht zu ersetzen, sondern ebenso wie

1954 \mathcal{F} 28 \mathcal{g} , welche auf Anlage des dritten Dampffessels verwandt sind, einstweilen dem Bauconto als unverzinsliches Anleihkapital zur Last zu schreiben.

Die hiernach als Betriebsfond bleibende Summe von 1551 \mathcal{F} 8 \mathcal{g} 2 \mathcal{A} genügt zur Bestreitung der im Laufe des Jahres vorkommenden Erweiterungsbauten nicht; auch die Ueberschüsse des Privateinrichtungsconto werden die Mittel dazu nicht liefern,

und so schlägt denn in Uebereinstimmung mit dem Directorium der Magistrat vor, aus den Kassenbeständen der Gasanstalt bis auf weiteres 15,000 ₰ gegen Verzinsung mit 4 Procent leihweise auf das Wasserwerk zu entnehmen.

Die Commission tritt diesen Vorschlägen bei und werden selbige auch von der Versammlung genehmigt.

XI. Um den vielen Aufnahmeanträgen genügen zu können, auch die Localitäten zur Unterbringung der auszubildenden Krankenpflegerinnen und zu einer zweckmäßigen Trennung der Kranken zu gewinnen, beabsichtigt das hiesige Marienstift, mit einem Kostenaufwande von 5000 ₰ eine zweite Baracke und ein Todtenhaus zu erbauen. Da zu diesem Zwecke nur 3000 ₰ disponibel sind, giebt auf einen vom Vorstande des Vaterländischen Frauenvereins an ihn gerichteten Antrag der Magistrat in einem Schreiben vom 25. September anheim, mit Rücksicht auf den Nutzen, welchen jene Anstalt theils als Aushilfe des überfüllten städtischen und herzogtl. Krankenhauses, theils als Bildungsstätte für Krankenpflegerinnen gewährt, eine Beihilfe von 1000 ₰ aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu verwilligen.

Seitens der Finanzcommission durch Herrn Haake befürwortet, wird diese Verwilligung von der Versammlung ausgesprochen.

Hierauf

XII. berichtet namens der Finanzcommission Herr Graf Görz-Brisberg über den Kreissfondetat für das Jahr 1873. In Einnahme stehen die 5 Procent Zinsen des Capitals von 375,500 ₰ mit 18,775 ₰, unter Vorbehalt einer event. Einbuße durch Kündigung oder Convertirung von 2070 Stück Magdeburg-Halberstädter Eisenbahnprioritäten; in Ausgabe

Verwaltungskosten mit	250 ₰
Zuschuß zur städtischen Wegebaukasse	4000 "
(auf diesen Betrag von den bisherigen 2000 ₰ erhöht in Voraussicht der Nothwendigkeit, eine Anzahl neu aufzunehmender Communalwege zu chauffiren und zu canalisiren)	
Zuschuß für Straßenpflasterung und Canalisirung mit . . .	4000 "
Zuschuß für die Gemeindefirchenkasse mit	4000 "
(indem für die Restaurirung der Magnikirche nach Beschluß vom 15. August event. die Stadtkasse aufzukommen hat)	
Zuschuß für die Gemeindefasse mit	6525 "
(als Rest der mutmaßlichen Einnahme, welcher sich im Falle der vorgedachten Einbuße an dieser entsprechend vermindern würde.)	

In Uebereinstimmung mit der Commission erklärt die Versammlung sich mit diesen Ansätzen einverstanden.

Schließlich

XIII. trägt Herr v. Seckendorf vor, daß auf Grund der günstigen Ergebnisse, welche eine Untersuchung der bereits vorhandenen Plattenkanäle hinsichtlich der Schlammabführung ergeben hat, der Magistrat in einem Schreiben vom 18. September sich für allgemeine Anwendung dieses Systems ausdrückt, die Finanzcommission jedoch sich allein zu einem Votum in dieser wesentlich technischen Angelegenheit nicht für competent erachtet und daher anheimgiebt, daß der Magistrat ersucht werde, diese Vorlage zunächst dem Gesundheitsrathe zur Vorprüfung überweisen zu wollen.

Herr Graf Götz-Wrisberg beantragt, unabhängig von dem Ausfall der somit beabsichtigten technischen Verhandlungen wenigstens vom Damme zum Bohlwege einen Plattenkanal zu legen, weil andernfalls die hochnöthige Pflasterung dieser Strecke noch länger müßte hintangehalten werden, und falls die Entscheidung demnächst ja zu Gunsten eirunder Canäle ausfallen sollte, auf dieser kurzen Strecke ohne Nachtheil der Plattenkanal je nachdem entweder beibehalten oder geändert werden könnte.

Unter Annahme dieses Amendements erklärt die Versammlung sich mit dem Antrage der Commission einverstanden,
worauf die Sitzung geschlossen wird.

Die anberaumten vertraulichen Beratungen müssen ausgesetzt werden, weil mehrere Mitglieder der Versammlung zu anderweitigen Geschäften abberufen werden und hiernach dieselbe unvollzählig wird.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 23. October 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Faillard, Struck und Wie weg.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden mit der Anzeige eröffnet, daß die Stats über den städtischen Haushalt des nächsten Jahres sowie die Stadtkassenrechnungen aus dem Jahre 1871 eingegangen und zunächst der Finanzcommission überwiesen sind.

Nach Genehmigung des Protocolls vom 3. d. M.

berichtet der Tagesordnung gemäß

I. namens der Statutencommission Herr Graf Görß-Wrisberg über ein Magistrats Schreiben vom 30. v. M., die Aufnahme des Gießmaroder Fußwegs und der Kasanienallee unter die städtischen Communalwege betreffend.

In gerechter Würdigung der überaus mangelhaften Beschaffenheit dieser beiden Straßen, ist der Magistrat schon seit längerer Zeit nicht abgeneigt, den wiederholten Gesuchen der Anwohner um Canalisirung und Chaußirung derselben zu willfahren. Bei den dieserhalb gepflogenen Verhandlungen war dann von Seiten der Hägerer Verwaltungsdeputation die Frage angeregt worden, ob ein Canal im Gießmaroder Fußwege nicht zugleich zur Entwässerung des Hagenbruches dienen könnte, und kam endlich auch noch ein Gesuch der betreffenden Actiengesellschaft in Betracht, das Regenwasser der Bierbrauerei am Streitberge durch den Hauptgraben des Hagenbruches nach der Mittelriehe abführen zu dürfen. Unter Berücksichtigung dieser Momente

wurde zunächst ein Project ausgearbeitet, nach welchem der Hauptgraben hinter dem Rettungshause bis zu einem gegebenen Puncte ausgebracht und regulirt, von da ab in östlicher Richtung ein neuer Wasserlauf bis zum städtischen Grenzgraben angelegt, letzterer bis zur Mittelriehe vertieft und verbreitert und unabhängig hiervon zur Aufnahme des Wassers aus diesem Theile der Feldmark vom Grenzgraben im Gliesmaroder Fußwege hinab bis zur Oker ein Canal hergerichtet werden sollte. Dieses Project jedoch hat theils seiner Kostspieligkeit halber — die Ausführung würde nicht weniger als 45,350 \mathfrak{R} erfordert haben — theils aber auch deswegen müssen aufgegeben werden, weil der Canal im Gliesmaroder Fußwege auf seiner westlichen Strecke von so bedeutender Tiefe hätte sein müssen, daß bei der geringen Breite der Straße die angrenzenden Gebäude gefährdet worden wären. Wenigstens annähernd aber werden jene verschiedenen Zwecke vermittels eines neuen Projectes zu erreichen sein, welches der Magistrat in einem Schreiben vom 30. v. M. zur Beschlußnahme vorstellt.

Es würde danach der Gliesmaroder Fußweg auf der noch wenig angebauten Strecke östlich vom Hauptgraben des Hagenbruches von der Canalisirung auszuschließen und hier die Entwässerung, falls das Bedürfnis eintreten sollte, eben vermittels des Hauptgrabens zu bewerkstelligen sein. Dagegen soll die Straße in ihrer ganzen Länge verbreitert und chaussirt, am östlichen Ende eine Ueberfahrt zur Gliesmaroder Chaussee angelegt, die Strecke westlich vom Hauptgraben auch mit einem Canal versehen und dieser in seiner Fortsetzung bis zur Oker hinlänglich weit hergestellt werden, um zugleich das Wasser vom Bültenwege, aus der Kaiserstrasse und vom westlichen Theile der Gliesmaroder Chaussee aufnehmen zu können. In Betreff der Kastanienallee wird vorgeschlagen, selbige ebenfalls nur bis zum Hauptgraben zu chaussiren und zu canalisiren, den noch nicht angebauten westlichen Theil einstweilen gleichfalls noch unverändert zu belassen, im Bedürfnisfalle aber zu chaussiren und in den Hauptgraben zu entwässern. Um endlich der Actienbrauerei am Streitberge den gewünschten Wasserabfluß zu verschaffen, würde der Hauptgraben auf seiner ganzen Länge zu reguliren, zu vertiefen und mit dem Canale des Gliesmaroder Fußweges derart in Verbindung zu setzen sein, daß bei hohem Wasserstande die Mittelriehe sich in die Oker entleeren könnte, wodurch dann auch zur Entwässerung der tiefer liegenden Grundstücke im Hagenbruche wesentlich beigetragen und somit den Wünschen der Högenger Interessentenschaft thunlichst entgegengekommen wäre.

Die zu 1500—2000 \mathfrak{R} veranschlagten Kosten dieser letzteren Vorrichtungen sowie der spätern Unterhaltung des Grabens müßte die Actiengesellschaft allein tragen: außerdem würde sie die Verpflichtung übernehmen, das Wasser vor Eintritt

in den Hauptgraben zu desinficiren. Die Kosten der übrigen Anlagen sind für die Kastanienallee zu 7800, für den Gliesmaroder Fußweg zu 19,235 ₡ veranschlagt. Nach dem Stadterweiterungsstatut liegt der Stadt die Herstellung der *Fahrbahnen*, den Anwohnern die der Fußwege und der Wasserableitung von den Grundstücken ob, während eine Canalisirung von beiden Theilen je zur Hälfte getragen wird, und würde demnach in diesem Falle der Beitrag der Stadt sich auf bzw. 5070 ₡ 1 x und 10,031 ₡ belaufen.

Der Magistrat beantragt nun, die Kastanienallee und den Gliesmaroder Fußweg, vorausgesetzt daß das Eigenthum daran von Herzogl. Landesregierung bzw. der Hägerer Interessentschaft an die Stadt abgetreten werde, unter die städtischen Communalwege aufzunehmen, beide Wege nach Maßgabe des Stadterweiterungsstatuts mit Gas- und Wasserleitung und der erforderlichen öffentlichen Beleuchtung zu versehen, sie nach den vorgelegten Projecten zu canalisiren und zu chauffiren, die Kosten hierfür in vorgeschlagener Weise zwischen der Stadt und den Anwohnern zu repartiren, und letzteren, falls sie etwa ihren Beitrag nicht sofort entrichten könnten, auf hypothekarische Sicherheit, gegen Verzinsung mit 5 Procent und unter dem Beding ratenweiser Rückzahlung, die erforderlichen Vorschüsse zu machen.

Wie der Herr Referent mittheilt, hat inzwischen die Altwieker Interessentschaft gegen eine Benützung des Hauptgrabens zur Abführung des Wassers von der Actienbierbrauerei an ihrem Theil Einspruch erhoben, und ist somit der hierauf bezügliche Theil der Vorlage einstweilen hinfällig geworden. Im Uebrigen kann die Commission trotz der erheblichen Ausgaben, welche der Stadt dadurch erwachsen werden, nur zu uneingeschränkter Annahme der Magistratspropositionen rathen, damit endlich ein in der That für die Anwohner ganz unleidlicher und unserer Stadt durchaus unwürdiger Zustand beseitigt werde — ein Zustand freilich, der nicht etwa durch Saumseligkeit der Behörden, sondern lediglich durch den eigenthümlichen Entwicklungsgang der Stadt hereingeführt worden sei.

Auch Herrn Schöttler scheint es zu dieser Beschlussfassung weiterer Erörterungen nicht mehr zu bedürfen, da Jedermann zugestehen müsse, daß hier eine Nothwendigkeit vorliege, und ebenso, daß der Magistrat nichts verabsäumt habe, um die erforderlichen Anlagen für beide Theile so billig zu machen als möglich, der Stadt also kein Opfer auferlegt werde, welches sich so oder so hätte umgehen lassen.

In Anbetracht der häufigen Stauungen der Oker findet Herr Reuter ein Bedenken darin, daß durch den Canal vom Gliesmaroder Fußwege abermals ein Stadttheil mehr sein Schmutzwasser in die Umfluthgräben abführen soll. Seine An-

frage: ob nicht die Möglichkeit einer Ableitung nach dem Wehr am Wendenthore in Erwägung gezogen sei?

wird von Herrn Oberbürgermeister Caspari bejaht mit dem Bemerken, daß man auf diesen Ausweg in Rücksicht auf die sehr bedeutenden Mehrkosten habe verzichten müssen.

Die Anträge des Magistrats werden hierauf insgesammt angenommen.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, daß der Magistrat ermächtigt werde, in solchen Fällen wo dies billigem Ermessen nach im Interesse der beitragenden Anwohner etwa wünschenswerth und sonst statthaft erscheinen könnte, bei den beabsichtigten Vorschüssen von hypothekarischer Sicherheit abzusehen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit ebenfalls einverstanden;

worauf der Herr Vorsitzende den Wunsch ausdrückt, daß nunmehr baldigst auch mit der Ausführung des beschlossenen Werkes begonnen werde,

und dem gegenüber Herr Oberbürgermeister Caspari auf den Umstand verweist, daß vor allem erst noch die statutenmäßige Abtretung beider Wege an die Stadt erfolgen müsse. Hinsichtlich des Gießmaroder Fußweges habe dieser Bedingung die Hägener Interessentenschaft bereits genügt; dagegen liege in Betreff der Kastanienallee die gleiche Erklärung zwar schon seitens der Militärbehörde, noch nicht aber von Herzogl. Staatsministerium vor.

Von dem Wunsche geleitet, die neue Straßenanlage vor Mängeln, wie sie sich z. B. in der Parkstraße bereits fühlbar machen, von vornherein bewahrt zu wissen, beantragt Herr Ehrenhard, die Gassen diesmal gleich mit Bordquadern zu versehen und wegen der Mehrkosten mit den Anwohnern einen Vergleich dahin zu treffen, daß von beiden Theilen je die Hälfte zugeschossen werde.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß dieser Punkt auch in der Commission zur Sprache gekommen, dort aber geltend gemacht sei, es werde eine derartige Ausführung für die Kastanienallee, wo sich Fußweg und Fahrbahn durch die Bäume hinlänglich scheiden, leicht entbehrt werden können, am Gießmaroder Fußweg aber, wenn auch sehr wünschenswerth, doch ihrer Kostspieligkeit halber schon aus Rücksicht auf die Contribuenten nicht wohl durchzuführen sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert, wie auch in der Parkstraße die billigere Herstellung der Gassen nur gewählt sei, um nicht zum Nachtheil der Anwohner die Kosten zu vergrößern. Uebrigens solle die Frage nochmals einer technischen Prüfung unterzogen, und wenn diese in Herrn Ehrenhards Sinne ausfalle, eine entsprechende Vereinbarung mit den Anwohnern versucht werden.

Weiter

II. berichtet namens der Statutencommission Herr Graf Georg Wrisberg,

daß laut eines Magistratschreibens vom 21. d. M. die Anwohner des Bülttenweges dessen Canalisirung beantragt haben, der Magistrat die Nothwendigkeit dieser Anlage anerkennt und selbige in der Weise auszuführen vorschlägt, daß dadurch zugleich das Wasser aus der Nebenstraße seinen Abfluß in den demnächst vom Oliesmaroder Fußwege zur Oker führenden Canal finde. Für begründet hält der Magistrat auch die Beschwerde eines Anwohners der Straße hinter dem Bahnhofe wegen häufiger Ueberschwemmungen seines Grundstückes durch Regenwasser. Nach dem Gutachten des Stadtbauameisters ist diesem Uebelstande nur dadurch abzuheffen, daß an Stelle der bisherigen Drainröhren ein Canal mit dem von der Frankfurterstraße zur Oker leitenden in Verbindung gesetzt wird, was einen Kostenaufwand von 400 \mathfrak{f} erfordert. Ein 181 Meter langer und zu 750 \mathfrak{f} veranschlagter Canal ist ferner auf dem südlichen Ende des Salzbadlumer Weges erforderlich. Der Magistrat bittet, diese drei Anlagen unter den statutenmäßigen Bedingungen zu genehmigen. Endlich haben die Anwohner der Autorstraße um deren Aufnahme unter die Communalwege gebeten. Die statutenmäßige Abtretung des Straßenterrains vorausgesetzt, beantragt der Magistrat, diesem Gesuche zu willfahren und von den zu 2200 \mathfrak{f} veranschlagten Kosten den nach Absetzung des Betrages für Herstellung der Fußwege und der halben Canalisirungskosten verbleibenden Rest von 1295 \mathfrak{f} auf die Begebaukasse zu übernehmen.

Die Commission schließt sich den Magistratspropositionen an, und werden diese sonach auch von der Versammlung angenommen,

worauf Herr Oberbürgermeister Caspari noch bevormundet, daß bei diesen Anlagen sehr leicht eine Ueberschreitung der Anschläge vorkommen könne, da das stete Steigen der Arbeitslöhne eine sichere Vorausberechnung nicht zulasse.

III. Laut eines Schreibens vom 14. d. M. hält der Magistrat für zweckmäßig, daß bei vorkommenden Neubauten auf Verbreiterung und Grabelegung der Langenstraße in einer vom Stadtbauamte festgestellten Linie Bedacht genommen werde, und müßten demgemäß in diesem Augenblicke zunächst 16 — 20 Quadratrußen von dem Hause sub No. ord. 24 zur Straße gelegt werden. Es wird nun jener Verbreiterungsplan allerdings den Uebelstand mit sich führen, daß einzelne Häuser auf längere Zeit hinter die Fluchtlinie zurücktreten. Gleichwohl aber wird beantragt, denselben in Anbetracht der Enge und Unregelmäßigkeit der Langenstraße zu genehmigen, und bittet der Magistrat zugleich um Vollmacht, wegen Abtretung der gegenwärtig in Frage kommenden Fläche zu unterhandeln, eventuell auch, falls nämlich der Eigenthümer mit einer Entschädigung von höchstens 50 \mathfrak{f} für die Quadratruße nicht zufrieden sein sollte, das Expropriationsverfahren einzuleiten.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Graf Görz-Wrisberg berichtet, beschließt die Versammlung den Anträgen gemäß.

Weiter

IV. berichtet namens der vereinigten Commissionen für Finanz- und Schul-sachen Herr v. Seckendorf über ein neues Reglement, die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Gemeindefullehrer betreffend, durch welches der Magistrat, laut des Begleitschreibens vom 30. v. M., namentlich deren pecuniäre Lage den Zeitverhältnissen entsprechend zu verbessern wünscht.

Es sind darin die Anfangsgehälter der Inspectoren der mittleren Bürgerschulen, bei freier Wohnung und mit Aussicht auf eine zweimalige Zulage von 100 \mathfrak{f} nach je fünf Jahren, auf 800 \mathfrak{f} erhöht; die dirigirenden Lehrer an den unteren Bürgerschulen, sobald sie die vorgeschriebene Prüfung bestanden haben, den Schulin-spectoren vollkommen gleichgestellt, bis dahin aber hinsichtlich ihres Gehaltes den übrigen ordentlichen Gemeindefullehrern nach Maßgabe ihrer sonstigen Dienststellung eingereiht, indem für die ihnen übertragene Aufsicht neben freier Wohnung nur eine Gratification von 100 \mathfrak{f} und nach fünf Jahren gewissenhafter Dienstführung eine Zulage von 50 \mathfrak{f} ausgesetzt wird. Die Eintheilung sämmtlicher Gemeindefullehrer in elf Gehaltsklassen sowie die Bestimmungen hinsichtlich des Aufrückens in denselben sind beibehalten; desgleichen der unterste Gehaltsatz mit 300 \mathfrak{f} , weil die jungen Lehrer gegenwärtig schon sehr früh zum Amte gelangen und bei den zahlreichen Neuanstellungen, welche das stetige Anwachsen der hiesigen Schulen mit sich bringt, sehr bald aufrücken. Dagegen ist den höheren Gehaltsklassen eine bedeutende Aufbesserung in der Weise zugewandt, daß jeder Satz gegen den nächstniedrigen um 50 \mathfrak{f} , der der ersten Klasse also auf 800 \mathfrak{f} erhöht ist. Durch diese Veränderungen wird der Schulkasse zunächst eine jährliche Mehrausgabe von 5400 \mathfrak{f} erwachsen, die sich indes bei zunehmendem Bedarf an Lehrkräften sehr bald noch erheblich steigern dürfte. Indem somit aber die Lehrer in hiesiger Stadt besser gestellt sein werden als an den meisten andern Orten Deutschlands, glaubt der Magistrat den gerechten Klagen derselben auf längere Zeit hinaus abgeholfen zu haben. Endlich sollen auch die ordentlichen Lehrerinnen der Gemeindefulschulen mit einem Anfangsgehälter von 250 \mathfrak{f} (statt wie bisher mit 200) angestellt werden und nach je drei Jahren eine Zulage von 25 \mathfrak{f} erhalten, bis sie den Maximalsatz von 400 \mathfrak{f} erreicht.

Nachträglich theilt der Magistrat in einem Schreiben vom 12. d. M. mit, daß er auf die Vorstellung eines Betheiligten Anweisung erlassen wird, damit denjenigen Lehrern, welchen mit Rücksicht auf eine freie Dienstwohnung jährlich 50 \mathfrak{f} von ihrem Gehalte abgesetzt werden, dennoch von dessen vollem Betrage zur Witt-

wenkasse beizutragen freistehende. Sie ebenso auch nach ihrem vollen Gehalte zu pensioniren, wohin ein zweiter Antrag des Petenten zielt, hält der Magistrat nur in dem Falle für gerechtfertigt, wenn bei der Pensionirung auch die bis dahin innegehabte freie Wohnung wegfällt.

Alle diese Vorschläge sind von den beiden Commissionen als durchaus zeitgemäß und zweckentsprechend mit Freuden begrüßt, und können diese daher nur deren uneingeschränkte Genehmigung anheimgeben.

Herrn Lucius gehen dieselben in einigen Punkten nicht weit genug. Ein Gehalt von 300 fl werde bei den heutigen Geldverhältnissen auch einen allein stehenden jungen Lehrer der Nothwendigkeit nicht überheben sich mit Privatstunden übermäßig anzustrengen. Sollte den Lehrern Zeit und Kraft zur Fortbildung bleiben, so werde man nicht wohl umhin können, die Gehaltsscala mit mindestens 400 fl einzusetzen und sonach in neun Stufen zu dem Maximalsatze von 800 fl aufsteigen zu lassen. Da ferner wünschenswerth, daß jeder Lehrer mit Sicherheit absehen könne, wann er in die einzelne Gehaltsklasse eintrete, so scheine es sich zu empfehlen, daß das Aufrücken nach bestimmten Dienstjahren geregelt werde. Endlich werde es nicht mehr als billig sein, die Lehrer je bei ihrem Aufrücken in den Genuß des höheren Gehaltsatzes nicht erst, wie im Reglement vorgesehen wird, mit dem Beginne des nächstfolgenden Jahres sondern sofort eintreten zu lassen. In diesen drei Punkten wünscht daher Herr Lucius die Vorlage amendirt zu sehen.

Die beiden letzteren Anträge für die Specialdiscussión der bezüglichen Paragraphen des Reglements vorbehaltend, verstellt der Herr Vorsitzende zunächst die Gehaltsfrage zur Verathung.

Dem Antrage des Herrn Lucius schließen sich die Herren Reidemeister und Flaggge an, weil bei der zunehmenden Theuerung mit 300 fl jährlich in der That auch die nothwendigsten Lebensbedürfnisse nicht zu bestreiten seien, unmöglich aber ein Lehrer bei ungenügendem Auskommen seinem Berufe mit ganzer Seele sich hingeben könne, wogegen bei auskömmlichem Gehalte immer tüchtige Kräfte zur Verfügung stehen und so die erforderliche Mehrausgabe sich reichlich lohne.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Wie gern auch der Magistrat zu jeder billigen Verbesserung der Lehrer die Hand biete — Herrn Lucius' Vorschlägen könne er, und zwar einfach aus finanziellen Rücksichten, nicht zustimmen. Nach ungefährem Ueberschlage würde eine Erhöhung der Anfangsgehälter um 100 fl schon jetzt eine jährliche Mehrausgabe von 10,000 fl erfordern, und dies sei für die Verhältnisse der Stadt immerhin doch eine bedeutende Last, deren Uebernahme doppelt bedenklich, wenn man erwäge, daß sie durch die fortwährende Vermehrung der Schulen sich anhaltend vergrößern müsse und so möglicherweise demnächst ein Zeitpunkt eintreten könne, wo die bisherigen Einnahmen diese Bedürfnisse nicht mehr

decken. Andererseits müsse berücksichtigt werden, daß die Lehrer nicht mehr wie früher bis zum 26. oder 27. Lebensjahre auf eine Anstellung zu warten brauchen, meistens vielmehr schon mit dem 22. oder 23. Jahre ins Amt gelangen, in der untersten Gehaltsklasse durchschnittlich kaum zwei Jahre bleiben und überdies viel Zeit und Gelegenheit zu Nebenerwerb haben. Nach zuverlässiger Information werde denn auch in den Kreisen der Lehrer selbst der vorgeschlagene Anfangsgehalt für ausreichend angesehen und ebenso wie im Magistrate vorzugsweise darauf Werth gelegt, daß das Reglement die Lehrer in den höheren Lebensjahren besser stelle. Zu richtiger Würdigung der Frage werde endlich auch die Thatsache dienen, daß nach den Propositionen des Herzogl. Staatsministeriums, über welche demnächst die Landesversammlung werde zu befinden haben, der unterste Gehaltsatz für die übrigen Lehrer des Herzogthums auf nur 250 fl und 30 fl Mietentschädigung normirt werde, und daß ebenso auch in den meisten Städten des übrigen Deutschlands der angehende Lehrer mit weniger als 300 fl beginne. Nach dem allen bittet Herr Oberbürgermeister Caspari, auf Herrn Lucius' Antrag nicht einzugehen, da der Magistrat sich zu einer Einigung auf dieser Grundlage schwerlich entschließen würde.

Herr Graf Görz-Wrisberg möchte im Interesse der Lehrer ebenfalls wünschen, daß ihnen von vornherein 400 fl könnten geboten werden. Da bisher aber kein anderer Beamter einer entsprechenden Kategorie mit solchem Gehaltsanfang anfangen würde, würde eine derartige Begünstigung der Lehrer gleiche Ansprüche auf anderen Seiten hervorrufen, Ansprüche, deren finanzielle Tragweite sich zum Voraus selbst annähernd nicht übersehen lassen. Schon im Interesse der Steuerzahler also werde man von einer Liberalität, wie Herr Lucius sie anstrebe, Abstand nehmen müssen.

In gleichem Sinne spricht sich auch Herr Solmiz aus.

Herr Lucius hingegen ist der Ansicht, daß es bei zweckmäßigen und nothwendigen Ausgaben auf 5000 fl mehr oder weniger nicht ankommen könne. Ein Gemeinwesen aber, welches sonst bei Ehrenaussgaben niemals zu kargen pflege, dürfe finanziellen Bedenken am wenigsten da Raum geben, wo es sich um eine so hohe Pflicht handle wie die, die Jugenderziehung in möglichst tüchtige Hände zu legen.

Herr Schöttler muß das Gewicht der Erwägungen, welche den Magistrat bei Bemessung des Minimalgehaltes geleitet haben, allerdings anerkennen, andererseits aber den Satz von 300 fl bei den Anforderungen des hiesigen Lebens in der That für sehr niedrig halten und demgemäß in erster Linie doch für Herrn Lucius' Amendement stimmen. Auf den Fall, daß dieses abgelehnt würde, bringt Herr Schöttler den Vermittelungsantrag ein, den fraglichen Satz auf 300 fl zu erhöhen. Damit würde eine Mehrausgabe von circa 7000 fl jährlich übernommen sein. Daß die Stadt solche tragen könne, stehe außer allem Zweifel; ein

Leichtes werde dies sein, wenn man nur erst die Communalsteuer richtiger einschätzen und williger zahlen lerne, und hierauf werde zum Danke gerade die Lehrerschaft kräftigst können hinwirken helfen, indem sie in der heranwachsenden Generation das Bewußtsein wecke, daß es nicht ein nothwendiges Uebel sondern eine Ehre, für die Bedürfnisse des heimischen Gemeinwesens beizusteuern. Vielleicht daß dann dieses Bewußtsein sich von den Schulen aus auch auf die heutigen Steuerzahler übertrage.

Herr v. Seckendorf hebt hervor, daß die angehenden Lehrer bei ihren 3—5 Arbeitsstunden täglich auf Privatunterricht so wie so nicht verzichten würden, der denn auch, mit Maß betrieben, ihre Fortbildung eher zu fördern als zu hemmen geeignet sei. Hiernach aber könne ihre Lage keineswegs so gar ungünstig erscheinen, namentlich im Vergleich zu anderen städtischen Beamten ihres Alters, z. B. der Magistratschreibers, von denen doch auch eine gewisse Vorbildung und Tüchtigkeit verlangt werde, die jedoch, obwohl keinesfalls besser bezahlt, täglich 10—12 Bureaustunden haben, zu Nebenerwerb also wenig oder gar keine Zeit übrig behalten.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Man dürfe die Frage nicht so stellen, ob die Verdienste der Lehrer mit 300 oder 400 fl entsprechend belohnt seien, da dergleichen, seiner Ansicht nach, sich überhaupt nicht wohl in Geldwerthen abschätzen lasse. Beruf der städtischen Behörden aber sei, nicht einseitig einer sonst noch so gerechtfertigten Liberalität nachzugeben, sondern den in Betracht kommenden Verhältnissen in ihrer Gesamtheit Rechnung zu tragen. Daß die Stadt eine Mehrausgabe von 10,000 fl allenfalls tragen werde, bezweifle er freilich nicht; wenn aber Herr Lucius die Analogie anderer großen Ausgaben heranziehe, welche man zu Ehren der Stadt willig auf sich genommen, so übersehe er, daß es sich in jenen Fällen um einmalige, hier dagegen um dauernde Anforderungen handle, was doch ein großer Unterschied. Ferner müsse man die Verschiedenheiten im Dienstalter und in den Familienverhältnissen der Lehrer in Anschlag bringen, eine Erwägung, welche den Magistrat ebenfalls dahin geführt habe, Ersparnisse in den untern Gehaltsklassen zu suchen, um die obern soviel wirksamer aufbessern zu können. Ein gewisser Einfluß sei endlich auch den Verhältnissen anderer Orte einzuräumen. Es komme schon jetzt nicht ganz selten vor, daß von außen Lehrer mit 6—8jähriger Dienstzeit sich zur Anstellung in hiesiger Stadt melden, bereit, gegen die Aussicht auf den Vortheil der höheren Gehaltsklassen selbst augenblicklich bessere Einnahmen daran zu geben. Diese Concurrenz aber durch fortgesetzte Aufbesserung auch des Minimalgehaltes zu erleichtern, könne am wenigsten im Interesse der jüngeren Lehrer liegen, da die Schulbehörden natürlich durchaus in der Lage seien, bei Bewerbungen immer den tüchtigsten Kräften den Vorzug geben zu müssen. Alles zusammen genommen,

werde es nicht grade als Unbilligkeit zu bezeichnen sein, die jüngern Lehrer mit einem geringern Gehalte beginnen zu lassen, und so werde die Sache im allgemeinen denn auch in Lehrerkreisen selbst angesehen.

Herr Lucius findet weder die Paralele mit den Magistratschreibern noch die letzte der von dem Herrn Vorredner aufgeführten Erwägungen zutreffend: jene nicht, weil die beiderseitige Thätigkeit von grundverschiedener Art und Tragweite, diese, weil es im Interesse der Sache nur erwünscht sein könnte, wenn eine möglichst starke Concurrenz der tüchtigsten Kräfte hervorgerufen würde.

Nachdem noch Herr Jasper die Zweckmäßigkeit der größeren Fürsorge zu Gunsten der älteren Lehrer betont hat,

schreitet die Versammlung zur Abstimmung, und wird nach Ablehnung des von Herrn Lucius eingebrachten Antrages der des Herrn Schöttler angenommen; worauf Herr Oberbürgermeister Caspari die Erklärung abgibt, daß der Magistrat seine Zustimmung einstweilen noch vorbehalten müsse.

Bei der hierauf folgenden Specialdiscussion wird § 2 des Reglements in der durch den Antrag des Herrn Schöttler sich ergebenden Gestalt festgestellt.

Zu § 3 gelangt der Antrag des Herrn Lucius zur Berathung: das Aufrücken in den einzelnen Gehaltsklassen nicht nach Maßgabe der eintretenden Vacanzen sondern nach bestimmten Dienstjahren eintreten zu lassen.

Die Versammlung lehnt diesen Antrag ab,

nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari daran erinnert, wie ein solcher Modus auf Wunsch der Lehrer selbst schon früher einmal eingeführt, bald aber auch wieder abgeschafft worden, weil jene sich überzeugt, daß die jetzige Einrichtung, nach welcher jeder Zutritt neuer Lehrer ein allgemeines Aufrücken zuwege bringt, ihrem Interesse besser entspreche.

Das dritte Amendement des Herrn Lucius zielt dahin, daß die aufrückenden Lehrer in den Genuß des höheren Gehaltes sofort und nicht erst von dem nächstfolgenden 1. Januar ab eintreten möchten.

Wie Herr Oberbürgermeister Caspari darlegt, ist letzteres nur darum so angeordnet, weil plötzliche Aenderungen der Gehaltsbezüge die Rechnungsführung erschweren. Da übrigens jedes Aufrücken von einem formellen Beschlusse des Magistrats und des Schulvorstandes abhänge, so werde gleichwohl immer eine Handhabe geboten sein, damit je nach Bedürfnis zu zögern.

Herr Lucius zieht hiernach seinen Antrag zurück.

Die übrigen Paragraphen des Reglements werden ohne Anstand genehmigt, nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari zu der § 8 ausgesprochenen Erhöhung der Anfangsgehälte für die ordentlichen Lehrerinnen auf den Betrag von 300 M bemerkt hat, daß der bisherige Satz, 200 M , sich gegenüber den großen Anstreng-

gungen welche denselben zugemuthet werden, als durchaus unzureichend herausstellen müsse.

Weiter folgt

V. durch Herrn Götthe erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die in einem Magistratschreiben vom 12. d. Mts. beantragten Veränderungen in den Effecten des Kreisfonds.

Es gehören dazu nämlich u. a. 2070 Stück 5procentige Magdeb.-Halberst. Eisenbahnprioritäten, welche nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung der Aktionäre demnächst gekündigt oder in $4\frac{1}{2}$ procentige convertirt werden sollen. Von Seiten des Banquier Löhnestinde ist nun die Offerte eingegangen, der Stadt 207,000 \mathfrak{M} in 5procentigen Pfandbriefen der preussischen Central-Bodencreditactiengesellschaft zu überlassen, wenn ihm commissionsweise der Verkauf jener Papiere unter Verabredung eines Minimums und gegen Vergütung von $\frac{1}{4}$ Procent Spesen (welche indeß wegfallen sollen, falls der Preis nicht über Pari ausgebracht wird, so daß also der Paricours auf alle Fälle gesichert bleibt) übertragen würde. Da die Sicherheit der Pfandbriefe ganz zweifellos ist und die Entscheidung drängte, hat der Magistrat nach dem Gutachten des Herrn Vorsitzenden und der Finanzcommission diese Offerte bis zum Betrage von 100,000 \mathfrak{M} angenommen, und wird hierfür nun die Genehmigung der Versammlung erbeten. Behufs Belegung der übrigen 107,000 \mathfrak{M} ist die Betheiligung an einer demnächst zur Emission kommenden Prioritätsanleihe der Kaiser-Ferdinands Nordbahn in Aussicht genommen. Da deren Emissionscours noch nicht feststeht, es auch nach dem Vortrage der Commission zweckmäßig erscheinen kann, statt der jetzigen Emission die Prioritäten einer frühern Emission zu erwerben, kann der Magistrat bestimmte Vorschläge dieserhalb einstweilen nicht machen. Um jedoch event. zu rascher Entscheidung im Stande zu sein, beantragt er, daß der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter und die Finanzcommission ermächtigt und beauftragt werden, in Gemeinschaft mit dem Magistrate darüber Beschluß zu fassen, ob und mit welchen Summen die Stadt sich an der erwähnten Anleihe betheiligen solle. Beide Anträge werden von der Commission befürwortet, und

nachdem die Chancen der letztern Operation von den Herren Solmiz und Graf Götz-Weisberg des nähern beleuchtet sind,
durch die Versammlung genehmigt.

Wie ferner

VI. namens der Finanzcommission Herr Haake vorträgt, hat der Fuhrherr Brautwerß beantragt, einer neuen Hypothek von 8000 \mathfrak{M} den Vorzug vor denje-

nigen 1000 ₡ einzuräumen, mit welchen er der Stadt für den Verdingcontract wegen der Straßenabfuhr Caution an seinem Hause bestellt hat. Schon jetzt gehen dieser letztern Hypothek 6800 ₡ voraus, die indeß eben vermittels jener 8000 ₡ abgetragen werden sollen, so daß es sich nur um den Vorzug von weiteren 1200 ₡ handelt. Da das Haus in der Landesbrandkasse zu 16,525 ₡ versichert und mindestens 18,000 ₡ werth ist, hält laut eines Schreibens vom 14. d. M. der Magistrat und ebenso die Commission die Gewährung des Gesuchs für unbedenklich, und beschließt in gleichem Sinne auch die Versammlung.

VII. Die Berathung über den Antrag Herrn Schöttlers auf gewisse Aenderungen im Steuereinschätzungsverfahren muß ausgesetzt bleiben, weil die Vorprüfung des Gegenstandes in der Statutencommission noch nicht hat zum Abschluß gebracht werden können.

Schließlich,

VIII. auf den durch Herrn v. Seckendorf namens der Finanzcommission erstatteten Bericht über ein Magistratschreiben vom 14. d. M. erklärt die Versammlung in Anerkennung des erheblichen Interesses, welches die wissenschaftlichen Bestrebungen sowohl des Harzvereins für Geschichte und Alterthumskunde als auch des Hansischen Geschichtsvereins für hiesige Stadt gewähren, sich einverstanden, daß denselben bei der für den 2. und 3. Juni k. J. bevorstehenden gemeinsamen Hauptversammlung beider Vereine die unentgeltliche Benutzung des Altstadtrathhauses gestattet, an einem der gedachten Abende ebenso wie bei der jüngsten Zusammenkunft des deutschen Forstvereins das Aeußere desselben sowie die Umgebung illuminirt, auch eine Musik auf der Laube veranstaltet, und endlich dem Harzvereine von 1873 ab bis auf weiteres eine jährliche Beihilfe von 10 ₡ bewilligt werde; womit die öffentliche Sitzung beschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung wird eine Anzahl Wohnrechtsgeuche und ein Gesuch um Steuererlaß erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 14. November 1872.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Ehrenhard, Schöttler und Steinmann.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet, das Protocoll vom 23. September unter Anmerkung des unten in der Note verbesserten Druckfehlers genehmigt.

I. Der erste der zur Verathung stehenden Gegenstände, Vorschläge des Magistrats in Betreff der Heizungsanlagen für die Schule im Prinzenwinkel, muß von der Tagesordnung nochmals abgesetzt werden, da die Commission weitere technische Vorprüfungen für erforderlich hält, zwecks deren der Stadtbaumeister zunächst die entsprechenden Einrichtungen der Berliner Schulen in Augenschein nehmen wird.

Demnach

II. trägt namens der Statutencommission Herr v. Seckendorf vor, daß laut eines Schreibens vom 1. d. M. der am 23. October beschlossenen Abänderung von § 2 des neuen Reglements über die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Gemeindeschullehrer, nach welcher der Anfangsgehalt zu 350 fl.^*) angenommen und somit zu dem Maximalsatze von 800 fl. in zehn Klassen aufzurücken ist, der

^{*)} Nicht zu 300 fl. , wie S. 8 des Protocolls vom 23. October S. 3 v. u. Herrn Schöttlers Antrag fälschlich wiedergegeben ist.

Magistrat ebenfalls beistimmt. Gleichzeitig haben die dirigirenden Lehrer der beiden unteren Bürgerschulen dringend gebeten, die Sonderstellung, in welcher sie auch nach dem neuen Reglement verbleiben würden, da sie bei ihrem vorgerückten Alter sich zur Ablegung eines Examens nicht wohl verstehen könnten, aufzuheben und sie den Schulinspectoren gleichzustellen. Der Magistrat erkennt nicht, daß jene Sonderstellung einigermaßen peinlich werden müßte, sobald etwa jüngere Lehrer der unteren Bürgerschulen in Inspectorstellen einrückten. Da außerdem beide Petenten ihre Tüchtigkeit in mehr als zehnjähriger Amtsführung hinlänglich bewährt haben, erscheint es zulässig, von der Forderung eines besondern Examens in diesem Falle ausnahmsweise abzugehen und damit diesen Männern zugleich eine öffentliche Anerkennung ihrer Leistungen zutheil werden zu lassen. Zu dem Ende schlägt der Magistrat für § 1 des Reglements folgende Fassung vor:

„Die Dirigenten an den mittleren und unteren Bürgerschulen, für welche die Verleihung des Titels von Schulinspectoren beantragt werden wird, erhalten neben freier Wohnung in der ihrer Leitung anvertrauten Schule einen jährlichen Gehalt von 800 \mathfrak{R} und bei treuer und gewissenhafter Dienstführung zweimal nach je 5 Jahren vom 1. Januar 1873 ab eine Zulage von 100 \mathfrak{R} .

Uebrigens soll künftig Niemandem eine solche Dirigentenstelle übertragen werden, der nicht die in der Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministerii vom 15. Januar d. J. **Nr** 4 vorgeschriebene Prüfung bestanden hat.“

Die Statutencommission schließt sich den Erwägungen des Magistrats an, und wird vorstehende Fassung von § 1 dann auch seitens der Besammlung anstandslos genehmigt.

III. Spätestens vom 1. April k. J. ab werden die Pferde von zwei Escadrons des hiesigen Husarenregiments, welche wegen Raummangels in den Casernen bei hiesigen Einwohnern quartiert sind, in den auf Kosten der Stadt erbauten Ställen am Giersberge untergebracht werden, dann aber im Interesse des Dienstes die Mannschaften in der Nähe einquartiert werden müssen. Den zunächst wegen Aufnahme der einen Escadron mit dem Schenkwrth Maseberg abgeschlossenen Contract, in welchem für Mann und Tag der wirklich geleisteten Quartierung der Preis von $2\frac{3}{4}$ \mathfrak{R} stipulirt wird, stellt der Magistrat in einem Schreiben vom 4. d. M. zur Genehmigung, indem er zugleich um Vollmacht bittet, auf derselben Grundlage demnächst auch wegen der andern Escadron abzuschließen.

Wie Herr Peters als Referent des nähern begründet, wird durch den vorliegenden Contract nach Aenderung eines Satzes in § 2, um die rechtzeitige Fertig-

stellung der im Bau begriffenen Baracken wirksamer zu sichern, das Interesse der Stadt in jeder Richtung aufs beste gewahrt, weswegen die Statutencommission empfiehlt, denselben mit dieser einen Modification gutzuheissen und die beantragte Ermächtigung auszusprechen.

Herr Reuter regt die Frage an, ob nicht ebenso eine Bestimmung dürfte einzufügen sein, welche eventuell der Stadt eine geeignete Handhabe bieten könnte, den Vermiether zu vorschriftsmässiger Herrichtung der Senkgruben anzuhalten.

Der Herr Referent und nach ihm die Herren Oberbürgermeister Caspari und Graf Görz-Brisberg sprechen sich dahin aus, daß die Erfüllung dieses Erfordernisses theils schon durch allgemeine polizeiliche Vorschriften, theils auch durch den Contract selbst zur Genüge gewährleistet sei, sofern derselbe die Beschaffenheit der in Betracht kommenden Localitäten ausdrücklich und in jeder Hinsicht der Recognition des Stadtbauamts unterstelle; daß andererseits aber auch eine Stipulation wie Herr Reuter sie wünsche, jedenfalls erst noch Weiterungen veranlassen, vielleicht selbst den Contract zum Scheitern bringen und überdies das obwaltende Verhältniß verdunkeln würde, da es nicht Sache der Stadt sondern der Militärbehörde sei, dahin zu sehen, daß die quartierten Mannschaften nicht durch mangelhafte Erfüllung des Contracts geschädigt werden.

Der Herr Vorsitzende kann sich mit einer solchen Trennung der Gewalten in vorliegendem Falle nicht befremden: immer liege es doch auch im Interesse der städtischen Behörden, darüber zu wachen, daß keinerlei der allgemeinen Wohlfahrt schädliche Einrichtungen getroffen werden. Damit aber die Stadt als Mietherin bei Erfüllung dieser Aufgabe nicht auf Schwierigkeiten stoße, erscheine es allerdings rathsam, den Vermiether in der Weise zu binden, daß es ihm an den Seckel ginge, falls er seinen Verpflichtungen gegenüber der öffentlichen Gesundheitspflege nicht nachkommen sollte. Zu dem Ende dürfte es genügen, wenn man contractlich neben dem Stadtbauamte auch der Polizei ein Aufsichts- und Einspruchsrecht ausbedänge.

Da indeß Herr Oberbürgermeister Caspari die Zusage ertheilt, daß mit Rücksicht auf die soeben zur Sprache gekommenen Bedenken dem Vermieter ein geeigneter Vorhalt gemacht werden solle,

verzichtet Herr Reuter auf einen besondern Antrag in dieser Richtung, und wird dann seitens der Versammlung in Gemäßheit der Commissionsanträge Beschluß gefaßt.

Ferner

IV. trägt namens der Statutencommission Herr Peters Folgendes vor.

Um eine größere Anzahl gesunder Baupläze in unmittelbarer Nähe der Stadt aufzuschließen, beabsichtigt eine durch die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank

vertretene Gesellschaft hiesiger Capitalisten zwischen der Hamburger Straße und der neuen Promenade eine Verbindungsstraße herzustellen. Der Magistrat hält die Ausführung dieses Projects für sehr wünschenswerth und ist unter gewissen nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters aufgestellten Bedingungen nicht abgeneigt, den Unternehmern die erbetenen Begünstigungen zutheil werden zu lassen. Die in dem vorgelegten Anlageentwurfe enthaltenen Abweichungen vom Stadterweiterungsplane findet der Magistrat unbedenklich, zumal von Anfang an vorbehalten ist, denselben in gewissen Fällen je nach den Umständen zu modificiren. Dagegen erscheint unerläßlich, daß die neue Straße durchweg 60' breit, die einzelnen Bauplätze 50' lang, die Häuser in grader Flucht, und die Vorgärten der Reihenhäuser auf der schmälern Südseite 16' tief gehalten werden, während auf der breitern Seite gegenüber eine Tiefe von 20' statthast ist; daß ferner ein seitwärts der Hamburger Straße 16' breit in der Richtung der Wendenthorstraße projectirter Zugang als Fußweg chausfirt und grandirt, von den Unternehmern im Stande erhalten und nicht mit Reihenhäusern sondern mit villenartigen Gebäuden besetzt werde, eine andere Abzweigung, welche ebenfalls 60' breit in einer südöstlich gerichteten Curve die Hauptstraße mit der neuen Promenade in Verbindung setzen soll, in jene rechtwinklig münde und auf den Grundstücken zu beiden Seiten der Curve wie der erwähnte Fußweg nur mit Villen nach Vorschrift des Stadtbauamts bebaut werde; endlich daß die Canalanlagen und Begebauten nach Anordnung der städtischen Beamten erfolgen. Unter diesen Bedingungen sowie gegen unentgeltliche Abtretung des Straßenterrains soll dem Antrage des Magistrats zufolge nach Vollendung der Canalisirungs- und Chausfirungsarbeiten den Unternehmern eine Beihilfe von 2500 \mathfrak{f} aus der Stadtkasse gezahlt und jede mögliche Förderung zur Erwerbung der als Interessentenweg nicht zur Disposition der städtischen Behörden stehenden Spielmannswette zugesichert, die Straße aber von der Stadt zu Bau und Besserung übernommen und auf Kosten der betreffenden Werke mit Gas- und Wasserröhren belegt und mit öffentlicher Beleuchtung versehen werden. Seitens der Statutencommision werden diese Vorschläge dringend befürwortet.

Auf Antrag Herrn Flagges beschließt die Versammlung, den Unternehmern zu den übrigen Bedingungen auch die Einfassung der Fußwege mit Bordquadern aufzuerlegen. In allem Uebrigen gelangt die Vorlage zu einstimmiger Annahme, indem jedoch Herr v. Seckendorf als Director der Hypothekenbank und Herr Bieweg als Mitglied des Unternehmerconfortiums sich der Abstimmung enthalten,

während der Herr Vorsitzende, welcher sich als Director der mitbetheiligten Creditbank ebenfalls am Beschlusse der Versammlung interessirt bekennet, durch Abwesenheit seines Stellvertreters den Vorsitz beizubehalten genöthigt wird.

V. Mit einem Schreiben vom 8. October hat der Magistrat den Stadtkassenetat auf das Jahr 1873 nebst den Specialetats über die Armenkasse, die Gemeindschulkasse, die Kasse der höhern Töchterchule und des Lehrerinnenseminars, der Wegebaukasse und der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde zur Genehmigung vorgelegt, wie dieselben in ihren Hauptansätzen der Versammlung auch gedruckt zugegangen sind. Bei 72,803 ₧ 28 gr 3 d Einnahme und 182,803 ₧ 28 gr 3 d Ausgabe schließt der Hauptetat mit einem Deficit von 110,000 ₧ ab, welches der Magistrat durch eine nach den bisherigen Grundsätzen auszusprechende Communalsteuer zu decken beantragt.

Namens der Finanzcommission hält Herr v. Seckendorf über jeden einzelnen Etat ausführlich Vortrag. Zu Bedenken liegt keinerlei Anlaß vor; doch schlägt die Commission zum Stadtkassenetat vor, daß in der Ausgabe

1. Cap. VI d. 1, 2 und 3 in Anbetracht der den Stadtkassenbeamten durch die Rechnungsführung über den Kreisfond erwachsenden Mehrarbeit der Gehalt des Kämmerers um 100 ₧, der der beiden Controleure um je 50 ₧ erhöht,

2. Cap. XII zur Unterhaltung der Schulen mit Rücksicht auf die inzwischen beschlossene Erhöhung der Lehrergehälter 2000 ₧ mehr ausgeworfen und diese Cap. XIX von der Position für unvorhergesehene Ausgaben in Abzug gebracht,

3. von den hiernach für dieses Capitel verbleibenden 5183 ₧ die Summe von 500 ₧ dergestalt zur Verfügung gestellt werde, daß der Magistrat bei gelegentlichem Bedarf bis zu diesem Betrage an eine ausdrückliche Verwilligung der Versammlung nicht gebunden sein solle.

Bei Berathung der Position für das Nachtwachenwesen nimmt Herr Lucius Anlaß, auf die anerkannten Mängel desselben hinzuweisen, deren hauptsächlichsten Grund er in der unzulänglichen Besoldung der Wächter zu erkennen glaubt. Herr Lucius knüpft hieran die Frage, ob die bei Gelegenheit eines Aufbesserungsgesuches dieser Beamten in Aussicht gestellte Reorganisation inzwischen ihrer Verwirklichung näher gerückt sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari verneint dies: in Folge eines Beschlusses der Landesversammlung habe Herzogl. Staatsministerium mit dem Magistrate Verhandlungen wegen eines Beitrags der Stadt zu den Gesamtkosten der Polizeiverwaltung eröffnet, Verhandlungen, welche möglicherweise auch zu einem Arrangement dahin führen könnten, das Nachtwachenwesen ganz an Herzogl. Polizei zu überweisen.

Der Herr Vorsitzende würde es immerhin für ersprießlich halten, die in der That ganz unhaltbaren polizeilichen Verhältnisse hiesiger Stadt an diesem Orte

zur Sprache zu bringen, wenn nicht über den Cardinalpunkt der Angelegenheit, die finanzielle Frage, in der Landesversammlung entschieden werden müßte. Dort werde er denn allerdings die Gelegenheit ergreifen, auszusprechen, daß den herrschenden Uebelständen weniger durch Vermehrung des Officiantenpersonals als durch zweckmäßigere Instruction und Verwendung desselben abzuhelpen sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält die vorhandenen Uebelstände im wesentlichen für natürliche und unvermeidliche Folgen des gegenwärtigen Ueberganges zu ganz neuen politischen und wirthschaftlichen Verhältnissen und zumal im Vergleich mit anderen Städten für weniger erheblich als man gemeinhin annehme. Daß die hiesige Polizei über unverhältnißmäßig geringe Kräfte verfüge, setze eine einfache Zahlenvergleihung ebenfalls doch außer Zweifel. Uebrigens könne es gerade im Hinblick auf die obschwebenden Verhandlungen wegen der diesseitigen Beitragspflicht keineswegs opportun erscheinen, die Ansprüche allzuhoch zu spannen.

Mit den von der Commission empfohlenen Modificationen gelangen hierauf sämtliche Stats zur Annahme.

Ebenso wird schließlich

V. in Gemäßheit des durch Herrn v. Seckendorf erstatteten Berichts der Finanzcommission und auf Grund der mit einem Schreiben vom 22. September der Versammlung zugegangenen Rechnungen und Beläge die Rechnungsabnahme über den städtischen Haushalt im Jahre 1871 für erledigt erklärt und dem Magistrate Decharge ertheilt.

In vertraulicher Sitzung wurden einige Wohnrechtsgesuche sowie eine größere Anzahl Steuerreclamationen erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 19. December 1872.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Flagge, Götte, Kellner, Bieweg.

Bei Eröffnung der Sitzung theilt der Herr Vorsitzende mit, daß der Richterstatler des Br. Tagebl. in einer schriftlichen Eingabe gebeten hat, im Zuhörerraum einen Tisch oder Pult herrichten zu lassen, an welchem er den Verhandlungen besser folgen könne als von dem dunkeln und unbequemen Plage aus, auf den er bisher angewiesen ist.

Seitens der Versammlung wird eine derartige Einrichtung als Bedürfnis anerkannt, und demnach der Herr Vorsitzende zu den zweckdienlichen Maßnahmen ermächtigt.

Der Tagesordnung gemäß

I. trägt sodann namens der Statutencommission und auf Grund eines Magistratschreibens vom 29. October Herr Peters Folgendes vor.

In dem Schreiben vom 12. November 1869, mit welchem Herzogl. Staatsministerium der Landesversammlung den Entwurf eines Gesetzes über das mit den Leihhausanstalten verbundene Verfaßwesen vorlegte, war erörtert, welche bedeutende Veränderung dadurch herbeigeführt ist, daß nach § 35 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund die Befugnis zum Pfandleihgeschäft nur solchen Personen versagt werden kann, welche wegen eines aus Gewinnsucht begangenen Vergehens oder Verbrechens gegen das Eigenthum bestraft sind, während zuvor dieses Geschäft in hiesigem Lande einer besondern Erlaubnis bedurfte und, da solche nicht erteilt wurde, factisch auf die Leihhausanstalten beschränkt war. Hieran knüpfte sich die Frage, ob es nicht zulässig, den Uebergang des Pfandleihgeschäftes an Private durch völlige Aufhebung der öffentlichen Verfaßämter zu beschleunigen; trotz der pecuniären Nachtheile aber, welche mit letzteren verbunden sind, wurde dies dann verneint, weil es rathsam erschien, erst durch eine längere Erfahrung festzustellen, in wie weit sich das Geschäft in Privathänden gedeihlich entwickeln könne und ob nicht, die Concurrenz der Leihhäuser einmal gänzlich beseitigt, die ärmeren Classen

wucherischen Uebervortheilungen zu sehr würden preisgegeben sein. Die zur Prüfung des Gesetzentwurfes eingesetzte ständische Commission anerkannte die Richtigkeit dieser Erwägungen, stellte jedoch in einer bei der Landesversammlung leider so oft sich geltend machenden Besorgniß vor unbilliger Bevorzugung der Stadt Braunschweig den Antrag, die Erwartung auszusprechen, daß, falls die Aufhebung der Verlagsbüreaus in den übrigen Städten des Landes beschlossen werden sollte, ein solches auch bei hiesigem Leihhause nicht ferner werde beibehalten werden — ein Antrag, welcher von der Landesversammlung genehmigt wurde. In einem Rescript vom 16. October hat nunmehr Herzogl. Staatsministerium an den Magistrat die Mittheilung ergehen lassen, daß die Bestände des Pfandcapital-Conto bei den Leihhausanstalten des Landes sich in den drei Jahren vom 1. Juli 1869 bis zum 1. Juli 1872 von 63,148 ₰ auf 41,502 ₰ vermindert haben, und zwar bei den Anstalten

zu Braunschweig	von 43817 ₰	auf 30812 ₰
„ Wolfenbüttel	„ 3640 „	„ 2155 „
„ Helmstedt	„ 8554 „	„ 4870 „
„ Gandersheim	„ 1481 „	„ 1083 „
„ Blankenburg	„ 2484 „	„ 1742 „
„ Holzminden	„ 3871 „	„ 840 „

Müßte nun hiernach, vom rein finanziellen Gesichtspunkte aus, das öffentliche Verlagsgeschäft nothwendig aufgehoben werden, weil es fortwährend pecuniäre Opfer erheischt, so ist Herzogl. Staatsministerium doch der Ansicht, daß der Schwerpunkt der Frage wesentlich auf volkswirthschaftlichem Gebiete liege, und daher zu erwägen stehe, ob nicht der die augenblickliche Noth der weniger bemittelten Bevölkerungsklassen ausbeutenden Privatspeculation selbst um den Preis eines Geldopfers für den Staat in den öffentlichen Verlagsämtern eine wohlthätige Schranke zu setzen sei. — Hinsichtlich der hiesigen Verhältnisse zu einer gutachtlichen Aeußerung aufgefordert, ersucht der Magistrat die Versammlung um Mittheilung ihrer Ansicht, indem er seinerseits bemerkt, daß es nicht thunlich erscheine, etwa städtische Verlagsanstalten zu gründen, da deren Erhaltung voraussichtlich große Zuschüsse erfordern würde, welche bei Fortdauer der übrigen Geschäftszweige des Herzogl. Leihhauses nicht wie in anderen Städten durch die Vortheile, welche Sparkassen, die Annahme und nutzbare Verwerthung verzinslicher Capitalien u. dgl. gewähren, ausgeglichen werden könnten, sondern lediglich auf die Stadtkasse übernommen und durch die Communalsteuer gedeckt werden müßten.

Die Statutencommission hat in Betracht gezogen, daß es sich hier nicht so wohl um ein den Gewerbebetrieb von Privatpersonen beschränkendes Staatsinstitut als um eine Wohlthätigkeitsanstalt handelt, die in vielen deutschen Staaten und namentlich in unserem Herzogthume seit länger als einem Jahrhunderte ihrem Zwecke gemäß zur Abhülfe der augenblicklichen Noth Unbemittelter durch Gewährung kleiner Gelddarlehen segensreich gewirkt hat. Andererseits erscheinen die seit Einführung des neuen Gewerbegesetzes gesammelten Erfahrungen noch nicht ausreichend, um den

von bewährten Volkswirthschaftslehrern aufgestellten Grundsatz zu widerlegen, daß jener Zweck am besten und sichersten durch eine Staatsanstalt erreicht werde. Insbesondere aber hält die Commission, in Anbetracht der seitdem unbeschränkten Zulassung privater Pfandleiher, die Abnahme der Pfandcapital-Conti bei den Herzogl. Leihhausanstalten in der Zeit von 1869 bis 1872 für verhältnißmäßig nicht sehr bedeutend und diese Periode überdies auch deshalb schon nicht für maßgebend, weil inzwischen sehr günstige Erwerbsverhältnisse vorgewaltet haben, ungewöhnliche Calamitäten aber, wie geschäftliche Krisen, Mißernten u. dgl., die allein einen sicheren Maßstab für die Nothwendigkeit oder Entbehrlichkeit derartiger Einrichtungen an die Hand zu geben geeignet, glücklicher Weise nicht zu beklagen waren. Auf Grund dieser Erwägungen muß die Commission sich gegen die Aufhebung der öffentlichen Versatzanstalten aussprechen,

und tritt diesem Botum dann auch die Versammlung bei.

Ferner

II. berichtet namens der Statutencommission Herr Peters, daß gegen § 2 Nr. 14 der neuen Straßenpolizei-Ordnung, wonach das Fahren mit hintereinander gehängten Wagen innerhalb des Stadtgebietes verboten ist, die Landleute, welche Torf hierher liefern, in verschiedenen Eingaben mit der Erklärung remonstrirt haben, daß sie, falls jene den vortheilhaften Betrieb des Torfhandels im höchsten Grade schädigende Bestimmung aufrecht erhalten würde, ihre Lieferungen einstellen müßten. Herzogliche Polizeidirection findet diese Beschwerde nicht ganz unbegründet und macht daher einen Vorschlag, welcher geeignet scheint, derselben abzuhelpen, ohne den Zweck jenes Verbotes zu vereiteln. Danach soll den Torffuhrleuten das Zusammenhängen zweier Wagen unter der Voraussetzung gestattet sein, daß dazu keine Deichsel, sondern nur eine ganz kurze Verbindung angewandt werde, die so verbundenen Wagen bis 7 Uhr Morgens einpassiren und vom Wendenthore ab nur die Wendestraße entlang bis zum Hagenmarke, vom Neuen Petriothore nur bis zum Kadefflint fahren. Der Magistrat hält diesen Ausweg für zweckentsprechend und unbedenklich und empfiehlt ihn daher zur Genehmigung.

Die Commission verkennt ihrerseits keineswegs, daß es an sich sehr mißlich, ein kaum in Kraft getretenes Statut abzuändern. Angesichts der drohenden Eventualität aber, die Zufuhr eines so unentbehrlichen Brennmaterials abgeschnitten zu sehen, werde man sich wohl oder übel zu dem Eingeständniß bequemen müssen, daß diese Seite der Frage zuvor nicht hinreichend gewürdigt sei. Da nun überdies die Gefahren und Uebelstände, welche bei Aufstellung des Verbots vorschwebten, durch die in Aussicht genommenen Vorsichtsmaßregeln erheblich verringert werden, so erscheine es auch unbedenklich, daß die Versammlung sich mit der beantragten Aenderung einverstanden erkläre.

Unter Berufung auf die Fälle, in denen auch sonst das Bedürfniß eintreten kann, mit zwei Wagen am Plage zu sein, um abwechselnd den einen zu beladen,

während der andere ab- und zufährt, beantragt Herr Struck, das fragliche Verbot gänzlich aufzuheben.

Herr Ehrenhard wünscht, daß die beantragte Erlaubniß wenigstens auch auf die Torswagen ausgedehnt werde, welche auf dem Wege nach anderen Ortschaften und wieder zurück die Stadt passiren.

Wie Herr Oberbürgermeister Caspari mittheilt, hat Letzteres auch Herzogliche Polizei-Direction bereits ins Auge gefaßt, sofern dergleichen Führen ebenfalls bis 7 Uhr Morgens und auf bestimmten Straßen durchgehen. Auf Herrn Strucks Antrag dagegen werde voraussichtlich nicht einzugehen sein, da einerseits die Unzuträglichkeiten des Fahrens mit zusammenhängenden Wagen namentlich in den engeren Straßen zu groß seien, andererseits aber in den bezeichneten Fällen der Ausweg sich darbiete, die leeren Wagen einzeln mit je einem Pferde an Ort und Stelle zu schaffen und zur Abfuhr dann das ganze Gespann zu benutzen.

Diesen Erwägungen schließt sich Herr Reuter an, indem er ausführt, wie beim Wenden zusammenhängender Wagen nicht nur eine unverhältnismäßige Abnutzung der Eck- und Bordsteine, sondern auch eine Gefährdung der Passanten, insbesondere der Kinder, ganz unvermeidlich sein würde. In die vorgeschlagene Ausnahmebestimmung beantragt Herr Reuter, um Irrungen zu vermeiden, ausdrücklich auch die von ihren hiesigen Halteplätzen abfahrenden Torswagen einzuschließen.

Herr Peters erklärt dies für unbedenklich. Mit gänzlicher Streichung des Abjages M 14 dagegen werde die Commission nicht können einverstanden sein, wie sie denn auch der partiellen Aufhebung dieses Verbotes nur unter der Bedingung zugestimmt habe, daß den hieraus zu besorgenden Gefahren und Unzuträglichkeiten durch jene besondere Vorsichtsmaßregel und die Beschränkung auf gewisse Stunden und einen kleinen Rayon einigermaßen vorgebeugt werde.

Herr Struck schränkt seinen Antrag dahin ein, daß das Verbot des Zusammenhängens für leere Wagen auf den Wegen zum Bahnhof und zur Dunga- abfuhr aufgehoben werde.

Herr Graf Götz-Brissberg findet die Zweifel, welche ihm von vornherein erschwert haben dem Commissionsantrage beizutreten, durch den gegenwärtigen Meinungsaustausch nur noch bestärkt. Herrn Strucks Antrag müsse er für um so bedenklicher halten, als gerade mit leeren Wagen meist rasch gefahren werde und somit das Zusammenhängen von solchen um so gefährlicher sei.

Herrn Strucks Antrag wird hierauf abgelehnt, der der Commission mit den durch die Herren Ehrenhard und Reuter empfohlenen Zusätzen genehmigt.

Weiter

III. berichtet namens der Statutencommission Herr Peters über einen in die neue Straßenpolizei-Ordnung eingeschlichenen Irrthum. Die Vorschrift unter § 20 M 2 nämlich, daß beim Abladen von Eisenwaaren und ähnlichen Beschäftigungen lautes Geräusch zu vermeiden, war ursprünglich als unausführbar von der Ver-

sammlung abgelehnt, dann aber, da Herzogl. Polizeidirection eine derartige Bestimmung ganz nicht glauben zu können, in der Form angenommen, daß beim Abladen von Eisenwaaren u. zur Vermeidung lauten Getöses mit Vorsicht solle verfahren werden. Irrthümlicher Weise ist nun bei der Schlussredaction doch jene erste strengere Fassung beibehalten und seitdem auf Grund derselben bereits Anklage erhoben. Dem Antrage der Commission entsprechend,

und nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari das Einverständniß Herzogl. Polizeidirection angezeigt hat,

wird seitens der Versammlung die im Protokoll vom 4. Juni d. J. vermerkte Fassung als die beabsichtigte anerkannt und der Magistrat ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Herrn Vorsitzenden die entsprechende Redaction von § 20 Nr. 2 zu bewirken.

IV. Durch Beschluß der Versammlung vom 29. December 1870 war aus der Stadtcasse die Summe von 250 \mathfrak{M} verwilligt, wovon 180 bis 210 \mathfrak{M} als Zuschuß zu den Druckkosten der auf 30—35 Bogen veranschlagten Fortsetzung des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig, der Rest zum Ankauf einer Anzahl von Exemplaren dieser Fortsetzung verwandt werden sollten. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das aufzunehmende Material 55 Druckbogen füllen wird und demnach an Druckkosten 120 \mathfrak{M} mehr zu zahlen sind; ferner ist es nothwendig, auf ca. 15 Bogen verschiedene Nachträge und ein Register folgen zu lassen, und endlich werden bei dem jetzigen Umfange des Buches 40 \mathfrak{M} nicht mehr ausreichen, um die zum Austausch mit auswärtigen Geschichtsvereinen und anderen gelehrten Anstalten erforderliche Anzahl von Exemplaren anzukaufen. Demzufolge beantragt der Magistrat in einem Schreiben vom 10. December, zu diesen Zwecken nochmals bis zu 300 \mathfrak{M} zu verwilligen.

Seitens der Finanz-Commission, für welche Herr von Seckendorf berichtet, zur Genehmigung empfohlen, wird die Verwilligung von der Versammlung ausgesprochen.

V. Eine Vorlage des Magistrats, die Einschätzung der Actien- und Commanditgesellschaften zur Communalsteuer betreffend, wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil diese Frage erst für nächstes Jahr in Betracht kommt, bis dahin aber in Folge eines bei der Landesversammlung eingebrachten Antrages gesetzlich geregelt sein wird.

Herr Reuter bringt in Erinnerung, daß mehrere Gesellschaften der bezeichneten Art noch mit ihren Declarationen im Rückstande sind, und wenigstens diese nunmehr nach erfolgten Abschlüssen dürften einzufordern sein.

Wie Herr Oberbürgermeister Caspari mittheilt, sind die bezüglichen Aufforderungen bereits erlassen, zum Theil auch die verlangten Nachweise schon eingegangen, und von denjenigen Gesellschaften, welche eine genaue Uebersicht ihrer Reinerträge noch nicht gewonnen haben, Erklärungen dahin abgegeben, daß sie einver-

standen, die demnächst zu ermittelnden Beträge auch für die diesjährigen Einschätzungen gelten zu lassen.

Hierauf

VI. erstattet der Herr Vorsitzende für die Statutencommission Bericht über den am 25. Januar d. J. eingebrachten Antrag Herrn Schöttler's, alljährlich nach vollzogener Wahl der Einschätzungskommissionen erstens deren Mitglieder durch den Vorsitzenden des Magistrats in öffentlicher Sitzung mit Handschlag auf Ehrenwort zu verpflichten, die Einschätzungen nach gewissenhafter Ueberzeugung ohne Ansehen der Person vorzunehmen, sowie zweitens dann die Commissionsarbeiten in der Weise zu beginnen, daß sich die einzelnen Mitglieder zunächst selbst einschätzen.

Da schon § 45 der Städteordnung jedem Mitgliede der Versammlung die Pflicht auferlegt, überall bei seiner communalen Thätigkeit nach bestem Gewissen zu verfahren, so kann die Commission weder für nothwendig noch für zweckmäßig erachten, dies für einen einzelnen Fall unter so ungewöhnlichen Formen noch besonders auszusprechen. Dagegen scheint allerdings nichts entgegenzustehen, daß auf jene Verpflichtung bei Beginn der Verhandlungen durch eine Ansprache des Vorsitzenden hingewiesen und zu dem Ende § 6 des Reglements etwa durch den Zusatz erweitert werde:

Der Vorsitzende hat bei Beginn der Commissionsberathungen die Mitglieder der Commissionen einschließlich der zugezogenen Beisitzer auf die in § 45 der Städteordnung ausgesprochene Verpflichtung, nach Ueberzeugung und Gewissen zu verfahren, hinzuweisen.

Ganz unannehmbar findet die Commission den zweiten Theil des vorliegenden Antrags. Nachdem nämlich das Princip der Selbsteinschätzungen wiederholt in Vorschlag gebracht, nach reiflicher Prüfung aber immer als unausführbar abgelehnt worden, sei es unzulässig, in dieser Beziehung für die Stadtverordneten selbst eine Ausnahmestellung in Anspruch zu nehmen, welche voraussichtlich nicht nach den idealen Gesichtspunkten des Antragstellers, sondern als eine selbstgeschaffene Begünstigung gedeutet werden würde. Richtiger werde sein, das Princip der Einschätzung durch Andere auch hinsichtlich der Stadtverordneten noch strenger durchzuführen. Bisher seien die einzelnen Mitglieder der Versammlung durch diejenige Commission veranlagt worden, der sie selber angehörten. Dies zu ändern schlage die Commission im Einverständniß mit Herrn Schöttler vor, § 5 des Reglements die Bestimmung zu treffen:

„Die Abschätzung eines Stadtverordneten oder eines der zugezogenen Beisitzer erfolgt durch eine der Commissionen, welcher er als Mitglied nicht angehört, und wird diese Commission durch das Loos bestimmt.“

Herr Schöttler fügt hinzu: Seiner innigsten Ueberzeugung nach dürfe man keinen Versuch scheuen, um den gerechten Klagen über die bisherigen Einschätzungsergebnisse abzuhelfen. Aus dieser Ueberzeugung sei sein früherer Antrag und sei die

nun vorliegende Modification desselben hervorgegangen; was in seinen Kräfte stehe, werde er auch fernerhin thun, damit jenes Ziel erreicht werde.

Herr Reidemeister bekennt, daß ihm der bisherige Einschätzungsmodus ebenfalls immer sehr bedenklich erschienen sei. Privatim habe man seitens der interessirten Kreise an ihn wohl die Zumuthung gestellt, sich selbst einzuschätzen. Dies habe er ablehnen müssen, weil er aus seiner Stellung als Stadtverordneter für sich so wenig eine größere Pflicht als ein größeres Recht ableiten könne; indirect eine Berichtigung seiner Veranlagungen herbeizuführen, habe er hin und wieder versucht, aber bei den formalen Schwierigkeiten, welche sich dem entgegenstellen, nicht mit dem gewünschten Erfolge. Um so freudiger begrüße er die soeben vernommenen Vorschläge, welche allerdings ganz geeignet scheinen, den Mitgliedern der Versammlung diejenige Unbefangenheit zu sichern, ohne welche das schwierige Werk der Einschätzung nicht wohl zu lösen sei.

Der Commissionsantrag wird hierauf ohne Discussion und einstimmig von der Versammlung angenommen.

VII. Von dem 1868 erfolgten Verkaufe der zur Cammann'schen Stipendienststiftung gehörigen Ländereien war nach Verabredung mit der Stiftungsadministration etwa ein Morgen ausgeschlossen, um demnächst seitens der Stadt übernommen und zur Erweiterung der anliegenden Straßen verwandt zu werden. Zur Louisestraße sind davon bereits 46,66 D. = R. gelegt; damit die Stiftung nicht länger eine Einbuße erleide, beantragt der Magistrat, nunmehr auch den Rest von 69 D. = R. anzukaufen und den Preis mit 862 ₰ 15 gg aus der Wegebaucasse zu berichtigen; was seitens der Finanzcommission durch Herrn v. Seckendorf empfohlen und von der Versammlung genehmigt wird.

Hierauf

VIII. und IX. berichtet ebenfalls Namens der Finanzcommission Herr von Seckendorf über die Voranschläge für die städtischen Gas- und Wasserwerke auf das Verwaltungsjahr 1872/73, wie selbige von der Verwaltungsdeputation bereits gutgeheißen sind. Auch die Commission empfiehlt beide zur Genehmigung.

Zum Voranschlage für das Wasserwerk, welcher mit 29,600 ₰ Einnahme und 28,033 ₰ 20 gg Ausgabe abschließt, stellt Herr Graf Görz-Wrisberg die Anfrage: welche Maßregeln ins Auge gefaßt seien, damit das Werk bei zunehmender Ausdehnung der Stadt den gestellten Anforderungen auch ferner gewachsen bleibe.

Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert, daß sich bekanntlich lange schon eine dritte Maschine, ein zweiter Filter und ein Hochreservoir als nothwendig herausgestellt haben, die vorgängigen Ermittlungen jedoch, namentlich in Betreff der Filteranlage, noch nicht zum Abschluß gediehen seien. Neuerlich sei dann ein Project zur Verhandlung gekommen, welches dahin ziele, jene Vorrichtungen bis auf die dritte Maschine ganz zu umgehen. Näheres jedoch könne hierüber zur Zeit noch nicht mitgetheilt werden.

Herr Reuter. Die Befürchtung, daß unter Umständen ein Wassermangel eintreten könnte, habe allerdings einen gewissen Grund, doch sei diese Gefahr nicht so groß, als man gewöhnlich meine. Durch strenge Maßregeln gegen jede Verschwendung werde man wirklich erhebliche Uebelstände, selbst in der heißen Jahreszeit, abwenden können, wenn auch nicht allen Klagen, da die Consumenten gewohnt seien, das Wasser immer unter sehr hohem Druck zu empfangen.

Der Voranschlag für das Wasserwerk wird hierauf genehmigt.

Ebenso dann der Voranschlag für die Gasanstalt, welcher bei höheren Ansätzen für Kohlen und Arbeitslöhne mit einer Ausgabe von 97,073 fl 15 gr und einer Einnahme von 111,662 fl 20 gr abschließt, also einen Ueberschuß von 14,549 fl 5 gr in Aussicht stellt.

Anknüpfend an ein von Herrn Solmitz gegebenes Resumé,

weist Herr Oberbürgermeister Caspari darauf hin, daß die Gasanstalt trotz dieses allerdings noch günstigen Abschlusses keineswegs doch in so glänzender Lage sei, wie man glaube. Wie die betreffenden Positionen des Voranschlags ausweisen, habe sich ihre Rentabilität in Folge der Steigerung in den Kohlenpreisen und Arbeitslöhnen bereits vermindert, und aller Wahrscheinlichkeit nach werde sie in den nächsten Jahren noch weiter hinabgehen, wonach also der Magistrat durchaus berechtigt gewesen, wenn er einer übermäßigen Herabsetzung der Gaspreise entgegentreten sei, um nicht etwa demnächst wieder zu einer Erhöhung greifen zu müssen.

Schließlich

X. erhält Herr Reuter das Wort zu einem selbstständigen Antrag. Auf eine frühere Anregung seinerseits sind auch bisher schon wichtigere Vorlagen gedruckt und allen Mitgliedern der Versammlung zugefertigt worden. Herr Reuter wünscht nun, daß die Magistratsanträge ohne Ausnahme auf diese Weise zur Kenntniß der Versammlung gebracht werden. Es werde dann eine erhebliche Anzahl von Gegenständen sofort im Plenum zur Berathung gelangen können, und so nicht nur die Commissionen bedeutend entlastet werden, sondern auch die Verhandlungen an Interesse gewinnen, und zugleich dem Publikum die Möglichkeit geboten sein, sich gründlicher zu informieren. Selber bestimmte Vorschläge zu formuliren, sei vorläufig nicht seine Absicht; sein Zweck werde erreicht sein, wenn die Versammlung sich mit dieser Frage zu beschäftigen beschliesse.

Der Herr Vorsitzende ist der Meinung, daß die angeregte Veränderung ziemlich tief in die Geschäftsordnung eingreife, und überweist daher den Antrag zunächst der Statutencommission,

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung werden Wohnortsgesuche und Steuerreclamationen erledigt.